

Stenographischer Bericht

24. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 16. April 2002

Inhalt:

Personelles:

Entschuldigt: Abg. Kaufmann, Abg. Mag. Zitz.

1. Mitteilungen.
2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 457/1, Beilage Nr. 49, Gesetz zum Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Steiermärkisches Pflanzenschutzgesetz).
Berichterstatter: Abg. Gangl.
Redner: Abg. Gangl.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 792/1, Beilage Nr. 101, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Grundverkehrsgesetz geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Riebenbauer.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 802/1, betreffend den Bodenschutzbericht 2001.
Berichterstatter: Abg. Gangl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 530/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Wasserbewirtschaftung und Wassernutzung.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 671/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Sicherstellung der sozialen Betriebshilfe.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 185/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Agrarmaßnahmen.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer).
Redner zu den Tagesordnungspunkten 4 bis 7: Abg. Böhmer, Abg. Rieser, Abg. Halper, Abg. Dietrich, Abg. Hagenauer, Abg. Gangl, Abg. Ing. Ober, Abg. Graf, Abg. Riebenbauer, Abg. Dietrich, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 463/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Anhebung des Eintrittsalters für PolitikerInnen beim Ruhebezug.
Berichterstatterin: Abg. Lechner-Sonnek.
Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Dr. Lopatka.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 544/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Offenhaltung der Volksschulen.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Dr. Bleckmann.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 10.
Beschlussfassung.

10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 248/2, zum Beschluss Nr. 150 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Drexler, Mag. Koller, Halper, Graf und Gödl, betreffend „Nachtbussystem für Jugendliche“.
Berichterstatter: Abg. Mag. Drexler.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 9 und 10: Abg. Mag. Drexler, Abg. Kröpfl, Abg. Graf, Abg. Hagenauer, Abg. Mag. Lackner, Abg. Wiedner, Abg. Margarethe Gruber, Landesrat Schützenhöfer, Abg. Kröpfl.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 783/1, der Abgeordnete Dr. Lopatka, Schrittwieser, Lafer, Hamedl, Gross, Ferstl, Dirnberger und Rieser, betreffend Motivation der Jugend zum Engagement in Einsatzorganisationen.
Berichterstatter: Abg. Rieser.
Redner: Abg. Ferstl, Abg. Schrittwieser, Abg. Halper, Landeshauptmann Klasnic).
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 804/1, Beilage Nr. 108, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1962 geändert wird.
Berichterstatter: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 356/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka und Mag. Drexler, betreffend Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Moderne Landesverfassung – Verhältniswahl (Proporzregierung) oder Mehrheitswahl (Majorzregierung)“.
Berichterstatter: Abg. Dr. Lopatka.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 431/1, der Abgeordneten Dietrich, Ferstl und Wiedner, betreffend Erhöhung der Beihilfe beim Ankauf von Gemeinschaftsanlagen.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Redner: Abg. Dirnberger).
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 480/2, der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 197 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner und Gennaro, betreffend Euroumstellung auf Ebene der Landesregierung.
Berichterstatter: Abg. Prattes).
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 806/1, Beilage Nr. 109, Gesetz, mit dem das Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 geändert und das Gesetz über die Übernahme von Bundesstraßen (Steiermärkisches Bundesstraßen-Übernahmegesetz 2002) erlassen wird.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 20.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 807/1, betreffend Einreihung jener Straßen als Landesstraßen, die dem Land Steiermark mit dem Bundesstraßenübertragungsgesetz vom Bund übertragen werden.
Berichterstatter: Abg. Wiedner).
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 20.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 416/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Stöhrmann, Kröpfl, Dipl.-Ing. Grabner, Kollegger, Margarethe Gruber und Böhmer, betreffend die rasche Umsetzung dringend notwendiger Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 20.
Beschlussfassung.
19. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 604/1, der Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Nein zum Transitstraßenausbau im Ennstal.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 20.
Beschlussfassung.

20. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 796/1, betreffend den Landesstraßentausch im Stadtgemeindegebiet Zeltweg und Gemeindegebiet Maria Buch-Feistritz, Auflassung der L 538 Mariabucher Straße von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,772 in einer Länge von 0,772 Kilometer; Übernahme der aufgelassenen B 78 Obdacher Straße im Abschnitt „Weißkirchen-Zeltweg“ von Kilometer 0,000 bis Kilometer 5,853 in einer Gesamtlänge von 5,853 Kilometer.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 16 bis 20: Abg. Straßberger, Abg. Schrittwieser, Abg. Wiedner, Abg. Straßberger, Abg. Hagenauer, Abg. Schrittwieser, Abg. Halper, Abg. Majcen, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Tasch, Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler und des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Anträge, Einl.-Zahl 292/1, der Abgeordneten Halper, Mag. Lackner und Kröpfl, betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Chancen und Gefahren durch Neue Medien für Jugendliche“ sowie Einl.-Zahl 395/1, der Abgeordneten Hamedl, Mag. Drexler, Mag. Koller, Hammerl, Gödl, Wicher und Pußwald, betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Drogenproblematik in der Steiermark“.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 417/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gennaro, Gross, Böhmer, Kröpfl, Stöhrmann und Prattes, betreffend Ablehnung einer finanziellen Beteiligung der Gemeinden an der Spitalsfinanzierung.
Berichterstatter: Abg. Böhmer.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 434/2, zum Beschluss Nr. 170 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Juni 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Lafer und Dietrich, betreffend fixe Unterhaltssicherungsbeiträge.
Berichterstatterin: Abg. Dietrich.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 795/1, betreffend den Verkauf von Landesanteilen an 23 Gesellschaften auf Basis der Bewertungsgutachten der Kleiner & Kleiner GmbH. und die Verwendung der durch die Veräußerung erlösten Mittel für neue touristische Infrastrukturinvestitionen.
Berichterstatter: Abg. Bacher.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 28.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 794/1, betreffend den Verkauf der jeweils 85-prozentigen Beteiligung des Landes Steiermark an der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. und der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 329 Millionen Schilling (23,909.363 Euro).
Berichterstatter: Abg. Majcen.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 28.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 793/1, betreffend den Verkauf der jeweils 75-prozentigen Beteiligung des Landes Steiermark an der Präbichl Bergbahnen GmbH. und der Präbichl Bergbahnen GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 23 Millionen Schilling (1,671.475, Euro).
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 28.
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 803/1, betreffend den Verkauf der Landesbeteiligungen an der Reiteralp Bergbahnen GmbH. und der Reiteralp Bergbahnen GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 14,10 Millionen Schilling (1,024.687 Euro).
Berichterstatter: Abg. Tasch.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 28.
Beschlussfassung.
28. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 408/1, der Abgeordneten Schleich, Margarethe Gruber, Kollegger und Detlef Gruber, betreffend Therme Bad Gleichenberg, Thermenprojekte.
Berichterstatter: Abg. Schleich.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 24 bis 28: Abg. Gennaro, Abg. Bittmann, Abg. List, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Straßberger, Abg. Schrittwieser, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Prattes, Abg. Wiedner, Abg. Schleich, Abg. Majcen, Abg. Gennaro, Landesrat Dr. Hirschmann.
Beschlussfassung.

29. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 800/1, betreffend Johann-Joseph-Fux-Konservatorium des Landes Steiermark in Graz, Mietkauf von 1190 Quadratmeter Nutzfläche im Bürogebäude Graz, Entenplatz 3 bis 5 laut Immobilienleasing-Mietvertrag und Andienungsrecht; monatlicher Aufwand ab April 2002 von brutto 254.154,01 Schilling = 18.470,09 Euro (erstes bis zehntes Jahr) beziehungsweise 226.372,61 Schilling = 16.451,14 Euro (elftes bis zwanzigstes Jahr).
Berichterstatter: Abg. Bittmann.
Beschlussfassung.
30. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 412/1, der Abgeordneten Kröpfl, Gross und Kollegger, betreffend Unterstützung des Vereines der Steirischen Eisenbahnfreunde zur Erhaltung der Dampflok 671.
Berichterstatter: Abg. Kröpfl.
Redner: Abg. Kröpfl, Landesrat Dr. Hirschmann.
Beschlussfassung.
31. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 626/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl, betreffend „Teach-The-Teacher“ – Qualifizierungsoffensive für LehrerInnen im berufsbildenden Schulwesen im Bereich Informatik.
Berichterstatter: Abg. Ferstl.
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 801/1, betreffend die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Jahr 2002 (2. Bericht für das Rechnungsjahr 2002).
Berichterstatter: Abg. Straßberger.
Beschlussfassung.
33. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 805/1, betreffend den Erwerb von Landesmietwohnungen durch darin wohnende Landesbedienstete.
Berichterstatter: Abg. Bittman.
Beschlussfassung.
34. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse (1541).
35. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 631/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schrittwieser, Lafer und Mag. Zitz, betreffend die Abhaltung einer Enquete zum Thema „Dritte Welt“.
Berichterstatter: Abg. Dr. Lopatka.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung: 10.06 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 24. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt sind die Frau Abgeordnete Kaufmann und die Frau Abgeordnete Mag. Zitz.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass 13 schriftliche Anfragen und sieben Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tag der Ausschuss für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 631/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schrittwieser, Lafer und Mag. Zitz betreffend Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Dritte Welt“ beraten hat.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 631/1, als Tagesordnungspunkt 35 aufzunehmen, wobei die Behandlung des genannten Tagesordnungspunktes an folgender Stelle stattfindet:

Tagesordnungspunkt 35 vor dem Tagesordnungspunkt 14.

Gemäß Paragraph 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Die Zweite Lesung eines Schriftlichen Berichtes des Ausschusses darf gemäß Paragraph 43 Absatz 2 GeoLT in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes an die Landtagsklubs stattfinden, doch kann bei Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hievon abgesehen werden.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Ergänzung der Tagesordnung und die Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegungsfrist in einem abstimmen.

Wenn Sie meinen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

Bevor ich nun darauf eingehe, freue ich mich, die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Gnas unter der Leitung von Herrn Landtagsabgeordneten außer Dienst Ökonomierat Johann Neuhold begrüßen zu dürfen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Klöch unter der Leitung von Herrn Altbürgermeister Gangl.

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Ligist unter der Leitung von Herrn Obmann Josef Guggi.

2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 457/1, Beilage Nr. 49, Gesetz zum Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Steiermärkisches Pflanzenschutzgesetz).

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Anton Gangl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gangl (10.11 Uhr): Ich verlese den Antrag des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 457/1, Beilage Nr. 49, betreffend Gesetz zum Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Steiermärkisches Pflanzenschutzgesetz). Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 11. September 2001 und 9. April 2002 über obgenannte Regierungsvorlage die Beratungen durchgeführt. Zur Beratung über das Gesetz zum Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Steiermärkisches Pflanzenschutzgesetz) wurde ein Unterausschuss eingesetzt, der in seiner Sitzung am 13. März 2002 Folgendes beschlossen hat: Paragraph 12 der Regierungsvorlage (Übergangsbestimmungen für den Euro) entfällt. Im Paragraphen 12 Ziffer 1 neu der Regierungsvorlage (Paragraph 13 alt) wird das Wort „Schadstofforganismen“ durch das Wort „Schadorganismen“ ersetzt. Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Pflanzen vor Krankheiten und Schädlingen (Steiermärkisches Pflanzenschutzgesetz) wird zum Beschluss erhoben. (10.12 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gangl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gangl (10.12 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, Hoher Landtag, geschätzte Damen und Herren!

Auch von meiner Seite einen herzlichen Gruß an die Ortsgruppe Klöch und an die Ortsgruppe Gnas des Steirischen Seniorenbundes. Welche Bedeutung der amtliche Pflanzenschutz hat, wird uns immer dann bewusst, wenn durch besondere Begünstigungen, durch die Witterung oder durch das Fehlen von natürlichen Gegenspielern in der Natur es zu einem starken Auftreten von Schadorganismen kommt. Als Beispiele sind der Borkenkäfer oder neuerdings auch der Feuerbrand genannt. Auch wenn jetzt für ortsfeste Maßnahmen die Landesregierung Behörde ist, werden die zu vollziehenden Maßnahmen mit Konsequenz durchgeführt werden können. Im Gesetz sind weiterhin alle Bestimmungen, die zum Schutz der Pflanzen beitragen, enthalten: von der Meldepflicht über die amtliche Probenentnahme bis zur Abgrenzung von Befall beziehungsweise Schaffung von Sicherheitszonen sowie die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und bestimmter Pflanzenschutzverfahren und auch deren Überwachung.

Das Verbot des Verbringens von Pflanzen wie auch das Verbot des Anbaues bestimmter Pflanzenarten stellt einen weiteren Schutz dar. Besonders wichtig ist zu erwähnen, dass der amtliche Pflanzenschutz nicht nur Feuerwehr spielt, das heißt dann in Einsatz tritt, wenn etwas passiert ist, sondern auch aktiv für vorbeugende Maßnahmen sorgen kann und auch sorgt.

Ein positives Beispiel der Vorbeugung ist die derzeitige Vorgangsweise bei der Bakterienkrankheit Feuerbrand. Der Feuerbrand stellt nicht nur eine Gefahr für den steirischen Obstbau dar, sondern ist auch eine große Gefahr für die typische Kulturlandschaft der Süd- und Oststeiermark mit ihren unzähligen Apfel- und Birnenbäumen. Gerade hier ist es wichtig, dass im Zuge der Feuerbrandverordnung durch das Verbot der Auspflanzung von Wirtspflanzen eine Maßnahme gesetzt werden kann, die zur Minimierung der Ausbreitung der Krankheit beiträgt. Außerdem wird mit dem Feuerbrandmonitoring, mit der Beobachtung ein frühestmöglicher Befall geortet und dann die weitere Verbreitung der Krankheit mit verordneten Maßnahmen verhindert.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Biedermann mit seinem Team, der mit Umsicht waltet. Wenn auch kein Rechtsanspruch für Entschädigungen entstandener Kosten durch verordnete Maßnahmen oder durch entstandene Schäden festgeschrieben ist, so ist doch zu berücksichtigen, dass der Schaden und die Kosten der verordneten Maßnahme zur Gänze der Grundeigentümer zu tragen hat, obwohl auch die zu treffende Maßnahme der gesamten Gesellschaft zugute kommt. Hier sind Lösungsansätze über den Verordnungsweg notwendig. Das Pflanzenschutzgesetz des Bundes stellt für die Landesgesetzgebung Grundsätze für die Regelung des Schutzes der Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge auf. Der vorliegende Entwurf entspricht inhaltlich in wesentlichen Abschnitten dem geltenden Gesetz. Lediglich die nicht mehr den heutigen Gegebenheiten entsprechenden Inhalte wurden weggelassen beziehungsweise Ergänzungen im Sinne eines modernen Pflanzenschutzgesetzes vorgenommen. Insbesondere wurden die Bestimmungen im Hinblick auf das Gemeinschaftsrecht der Europäischen Union aufgenommen und die Behördenzuständigkeit neu geregelt. Ich bitte daher um Beschlussfassung des Ausschussantrages. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.16 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

3. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 792/1, Beilage Nr. 101, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Grundverkehrsgesetz geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (10.17 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine geschätzten Damen und Herren

Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zur Regierungsvorlage, Einl.Zahl 792/1, Beilage Nr. 101, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Grundverkehrsgesetz geändert wird. Die Regierungsvorlage ist Ihnen allen bekannt. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Gesetz vom, mit dem das Steiermärkische Grundverkehrsgesetz geändert wird. Der Landtag hat beschlossen: Das Steiermärkische Grundverkehrsgesetz, LGBl. Nr. 134/93 in der Fassung LGBl. Nr. 14/2000 wird wie folgt geändert:

Erstens: Im Paragraphen 14 wird die Aufzählung der Vorbehaltsgemeinden im Bezirk Liezen durch „Gröbming“ ergänzt.

Zweitens: Paragraph 45 Absatz 1 lautet: „(1) Grundverkehrsbehörden erster Instanz sind die Grundverkehrsbezirkskommissionen. Sie sind für jeden Gerichtsbezirk einzurichten. Grundverkehrsbehörde zweiter Instanz ist die Grundverkehrslandeskommission.“

Drittens: Dem Paragraphen 60 wird folgender Absatz 4 angefügt: „(4) Die Neufassung des Paragraphen 14 und Paragraphen 45 Absatz 1 durch die Novelle LGBl. Nr./..... tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag, das ist der, in Kraft.“ Ich bitte um Zustimmung. (10.18 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Deshalb komme ich nun schon zur Abstimmung:

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 4 bis 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

4. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 802/1, betreffend den Bodenschutzbericht 2001.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Anton Gangl.

Abg. Gangl (10.20 Uhr): Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung betreffend den Bodenschutzbericht 2001. Im Steiermärkischen landwirtschaftlichen Bodenschutzgesetz, LGBl. Nr. 66/1987, ist im Paragraphen 2 Absatz 6 festgelegt, dass die Steiermärkische Landesregierung durch Verordnung ein Steiermärkisches landwirtschaftliches Bodenschutzprogramm zur Erhebung und Kontrolle des Belastungsgrades landwirtschaftlicher Böden zu erlassen hat und dass über das Ergebnis der Untersuchungen jährlich ein „Bodenschutzbericht“ zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Kenntnis zu bringen ist. Der Bodenschutzbericht 2001 – es handelt sich bereits um den 14. derartigen Bericht – präsentiert die aktuellen Ergebnisse der Bodenzustandsinventur im Bezirk Radkersburg, wo in den Jahren 1993 und 1998 insgesamt 24 Untersuchungsstandorte eingerichtet worden sind, in detaillierter Weise.

Darüber hinaus wird in zwei kurzen Beiträgen die Landwirtschaft im Bezirk Radkersburg vorgestellt und über einen Versuch zur Läuse- und Unkrautbekämpfung bei Ölkürbis berichtet. Bis Ende des Jahres 2001 wurden im Rahmen der Bodenzustandsinventur insgesamt 873 Standorte eingerichtet. Das vollständige Untersuchungsnetz mit rund 1000 Standorten soll im Jahr 2006 erreicht sein.

In elf steirischen Bezirken ist die Bodenzustandsinventur bereits weitest gehend abgeschlossen.

Zufolge Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 4. März 2002 wird nachstehender Antrag gestellt:

Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der Bodenschutzbericht 2001 wird zur Kenntnis genommen. (10.21 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen zur Berichterstattung Tagesordnungspunkt

5. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 530/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Wasserbewirtschaftung und Wassernutzung.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich.

Abg. Dietrich (10.22 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 530/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Wasserbewirtschaftung und Wassernutzung.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 6. November 2001 und am 9. April 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag betreffend Wasserbewirtschaftung und Wassernutzung berichtet die Landesregierung zusammenfassend, dass die Österreichische Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm festgelegt hat, dass das Einstimmigkeitsprinzip bei der Bewirtschaftung der Wasserressourcen beibehalten werden muss.

Zur Frage des nachhaltigen Schutzes des österreichischen Wassers wird festgestellt, dass das Wasserrechtsgesetz bereits jetzt ein dichtes Instrumentarium zum nachhaltigen Schutz der Wasserressourcen enthält. Zur Aufteilung der Materie „Wasserrecht“ in Grundsatzgesetzgebung Bund und Ausführungskompetenz Land wird angeführt, dass sich das bisherige System (mittelbare Bundesverwaltung) in den letzten Jahrzehnten bewährt und in Österreich zu einem hohen Gewässerschutzniveau geführt hat.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 530/1, der Abgeordneten Lafer und Dietrich, betreffend Wasserbewirtschaftung und Wassernutzung, wird zur Kenntnis genommen. (10.23 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

6. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 671/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Sicherstellung der sozialen Betriebshilfe.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Waltraud Dietrich.

Abg. Dietrich (10.24 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Ich berichte zu dem genannten Antrag betreffend Sicherstellung der sozialen Betriebshilfe.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 15. Jänner 2002 und 9. April 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 671/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Sicherstellung der sozialen Betriebshilfe, führt die Landesregierung in ihrer Stellungnahme zusammenfassend aus, dass die Finanzierung der sozialen Betriebshilfe weiterhin sichergestellt ist.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 671/1, der Abgeordneten Dietrich und Graf, betreffend Sicherstellung der sozialen Betriebshilfe, wird zur Kenntnis genommen. (10.25 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zu Punkt

7. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 185/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Agrarmaßnahmen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (10.25 Uhr): Der schriftliche Bericht des Ausschusses liegt vor. Demzufolge stellt der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 185/1, der Abgeordneten Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Agrarmaßnahmen, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (10.26 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Ich habe eine Reihe von Wortmeldungen zu diesen Tagesordnungspunkten.

Erste Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Böhmer. Ich erteile ihm das Wort. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Böhmer (10.26 Uhr): Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuseher!

Wir haben hier den Bodenschutzbericht des Bezirkes Radkersburg, ein 130 Seiten umfassendes, sehr informatives, wichtiges und ich sage auch lebensnotwendiges Buch. Ein lebensnotwendiges Buch deswegen, geht es doch um die Erhaltung des Lebensmittels Boden. Und ich behaupte, der Boden ist die Grundlage für unser Leben, bringt er doch Pflanzen hervor, diese wiederum lebenswichtige Früchte; aber er ist auch verantwortlich dafür, unser Wasser durch unsere Landschaft zu führen.

Was enthält dieser Bodenschutzbericht? Ganz informativ enthält er einen Blick in die Geologie des südlichen Teils und südöstlichen Teils unserer Steiermark, allen voran aus der Eiszeit heraus die geologischen Großräume. Sodann haben wir einen Streifzug durch die Bodentypen vielleicht zur Veranschaulichung, es ist aber reiner Zufall, von der Braunerde, wie es mein Sakko ist, bis zur Gleye und Pseudogley in einem Grauton und letztendlich auch die Bestandteile des Bodens.

Ein wichtiger und wesentlicher Teil dieses Buches wird aber den Missgriffen dieses Lebensmittels Boden gewidmet. Es geht um Erosion, um Windabtragung, um Wasserabtragung und es geht letztendlich auch um die Bodenverdichtung. Nicht zu vergessen zu Erosion und Bodenverdichtung auch die Schadstoffbelastung oder der Schadstoffeintrag. Ich habe mir das sehr gut durchgelesen und ich möchte mich bei den Verantwortlichen dieses Buches der Fachabteilung 10B recht herzlich bedanken. (Beifall bei der SPÖ.)

Dem Dank schließt sich aber gleich der Zeigefinger an. Zwar hat der Bezirk Radkersburg, was den Boden anlangt, den geringsten Schwermetallgehalt wie Kupfer, Zinn, Blei und Arsen, aber wir können im Bezirk Radkersburg eine Überbelastung – wenn ich es so nennen darf – an Phosphor, an Kalium und auch an Magnesium feststellen. Und diese Überbelastung ist unter anderem auch durch ein Überdüngen zustande gekommen. Und hier steht in einem kleinen Kommentar ein kleiner Ratschlag für die Leser dieses Berichtes und wahrscheinlich auch für die Landwirte, dass oft nach Gefühl und oft nach Brauch und Tradition gedüngt wird. Ich möchte meinen Tipp an die Landwirte oder meine Bitte an die Landwirte richten, richten wir uns nach den Fachleuten, denn die beraten Sie gerne. Das ist der zweite Kritikpunkt, dass die Inanspruchnahme der Beratungsstellen nicht immer sehr zufrieden stellend entgegengenommen wird.

Was die Bodenverdichtung anlangt, so sind im Bezirk Radkersburg von diesen 24 Stellen ein Drittel der Böden stark verdichtet und zwei Drittel mäßig verdichtet. Ich weiß, dass diese Mitteilungen alle an die Landwirte kommen und möchte auch hier sagen, Lebensmittel Boden ist behutsam zu behandeln. Sehr positiv in diesem Bericht habe ich auch unter anderem gefunden, dass sich neben dem Anbau von Mais immer mehr auch der Ölkürbis dort einbürgert und als Letztes auch immer mehr Obstkulturen. Eine positive Entwicklung in den letzten Jahren, die dem Verständnis der Bauern zu danken ist.

Abschließend zu diesem kleinen Kommentar meinerseits einige Fragen an den Herrn Landesrat Pörtl.

Erste Frage: Wie gehst du, Herr Landesrat, mit deinen Beratern, mit deinen Betreuern heran, den Landwirten letztendlich das nötige Know-how oder die nötige Hilfe in puncto Bodenverdichtung, die wiederum eine Erosion mit sich bringt, zu geben?

Die Zweite: Ich entnehme dem Bericht, dass es verstärkt günstiger und natürlich auch billiger ist, Gülle einzubringen als den eher teuren Kunstdünger zu verwenden. Wie schaut auch hier die Beratung aus?

Dritte Frage, Herr Landesrat: Warum wird nur alle zehn Jahre quasi ein Bezirk durchleuchtet? Wir haben im Jahr 2006 flächendeckend mit 1000 Beobachtungsstandorten die ganze Steiermark eigentlich unter bestem Auge. Warum gehen wir nicht stichprobenartig immer in jene Gegenden, wo unsere Landwirte Probleme haben? Ich bitte um Beantwortung und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 10.32 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Rieser. Danach in Vorbereitung Frau Abgeordnete Halper.

Abg. Rieser (10.32 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Ich möchte mich mit dem Tagesordnungspunkt 5 „Wasserbewirtschaftung und Wassernutzung“ auseinander setzen. In der Zeitschrift „Wasserland Steiermark“, Ausgabe März 2000, schreibt im Vorwort der zuständige Landesrat Erich Pörtl Folgendes:

„Wasser ist Leben. Wasser in seinen vielfältigen Erscheinungsformen ist Molekül und Mythos. Wasser hat ein Gedächtnis und es wird unseren Nachkommen viel über unsere Lebensweise erzählen!“ – So das Zitat des zuständigen Landesrates.

Einleitend darf ich allen Beamten, die sich mit dem Thema Wasser auseinander setzen, danken und zur Zeitschrift „Wasserland Steiermark“ gratulieren. Die Aufsätze, aber auch die Aufnahmen sind sehr aufschlussreich und besonders aktuell. Wasser ist das bedeutsamste und derzeit auch billigste Lebensmittel. Wenn man den Wasserbedarf im Durchschnitt von 150 Liter pro Tag und Person bewertet und den Preis des österreichischen Trinkwassers von durchschnittlich einem Euro pro Kubikmeter ansetzt, kostet ein Liter Wasser 0,14 Cent. Mit

einer Zigarette kann man den Tagesbedarf an Wasser, mit einem Liter Benzin den Tagesbedarf an Wasser für eine Woche oder mit einem Krügerl Bier den Tagesbedarf an Wasser für 20 Tage finanzieren. Wasser wird global gesehen das entscheidendste Thema dieses Jahrhunderts sein. Die Steiermark verfügt über große Wasservorräte, die es zu schützen und für zukünftige Generationen zu erhalten gilt.

Wasser, Hohes Haus, ist nicht vermehrbar. Wasser wird nicht weniger, Wasser geht nicht verloren, Wasser verdunstet, Wasser versickert, Wasser kann aber verunreinigt und unbrauchbar werden. Auf Grund eines Berichtes der UNESCO sterben jährlich 5,3 Millionen Menschen durch verschmutztes Trinkwasser. Österreich ist eines der wenigen Länder, wo Wasser auch aus der Leitung getrunken werden kann.

Unser Klub war vor Ostern in China. Wir haben in dieser Zeit acht Hotels bewohnt. Überall in den Badezimmern war der Hinweis angebracht: „Achtung, kein Trinkwasser!“ 10 Prozent, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind über 1600 Quadratkilometer, der Landesfläche sind Wasserschutz- beziehungsweise Schongebiete. 1500 Quelfassungen und mehr als 820 Hochbehälter wurden durch die Gemeinden, Wasserwirtschaftsverbände und Private mit öffentlichen Förderungsmitteln errichtet. Wir haben in der Steiermark eine durchschnittliche Niederschlagsmenge pro Jahr von 1150 Millimeter: im Süden unseres Landes zirka 700 Millimeter und im Norden zirka 2000 Millimeter. Für die menschliche Versorgung, ohne Industrie und Landwirtschaft gerechnet, benötigen wir eine Niederschlagsmenge von 40 Millimeter.

Wie sieht der Aufteilungsschlüssel des Wasserbedarfes eigentlich auf der Erde aus: 8 Prozent Haushalten 22 Prozent Industrie und 70 Prozent für die Landwirtschaft. Insgesamt, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden drei Prozent des gesamten Süßwasserangebotes auf der Erde genützt. Errechnet man den Wasserverbrauch pro Einwohner im Haushalt von 150 Liter pro Tag, so benötigen wir in der Steiermark im Durchschnitt eine Menge von 2060 Liter pro Sekunde, bei einem Wasserbedarf für Haushalte, Industrie und Gewerbe 260 Liter pro Einwohner. Das ergibt einen Bedarf von 3600 Liter pro Sekunde. Das Wasserangebot allein der 76 größten Quellen liegt bei 8800 Liter, je nach der Jahreszeit bis 76.000 Liter pro Sekunde. Das ergibt einen Durchschnittswert von 40.000 Liter pro Sekunde. In Österreich schlummert ein verborgener Schatz. Bei dem Ausmaß der Wasservorräte und der Summe an Niederschlägen im eigenen Bundesland plus dem Zufluss aus den Nachbarländern minus der Verdampfung kommen wir auf 10.000 Kubikmeter pro Einwohner und Jahr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein Vielfaches der Menge, welche auf einen Bürger zugerechnet werden kann. Schon unsere Vorfahren haben den Spruch geprägt: „Wo Wasser fließt, wächst die Wirtschaft!“ Dieser Spruch ist auch heute eins zu eins zu übernehmen. Wasser ist mehr als ein Wirtschaftsgut. Es darf zu keinem Spekulationsgut werden. Das Wasserrechtsgesetz, und um das geht es ja auch, ist die Grundlage für die Wasserbewirtschaftung. Das österreichische Wasserrecht hat eine Besonderheit. Demnach gibt es sowohl Privatgewässer als auch öffentliche Gewässer. Öffentliche Gewässer sind Fließgewässer und Seen. Privatgewässer sind das auf eigenem Grund und Boden vorhandene Grundwasser sowie die auf eigenem Grund und Boden zu Tage tretenden Quellgewässer. Öffentliche Gewässer sind alle im Wasserrechtsgesetz namentlich angeführten Gewässer – in der Regel sind das große Gewässer – und diejenigen, die vor Inkrafttreten des Wasserrechtsgesetzes schon als öffentliche Gewässer behandelt wurden. Daraus folgt, dass jeder Grundbesitzer, ob die Republik Österreich, das Land, Gemeinden oder auch Private, über dieses Wasser in seinem Grundbesitz grundsätzlich auch verfügen kann. Das Wasserrechtsgesetz sieht als Schranke für diese Verfügungsgewalt jedoch die Bewilligungspflicht durch die Wasserrechtsbehörde vor. Dieses Mitspracherecht der Wasserrechtsbehörde beschränkt sich allerdings im Wesentlichen darauf, dass durch die Wassernutzung nicht fremde Wasserrechte beeinträchtigt werden und eine Verletzung des öffentlichen Interesses vermieden wird. Im Klartext heißt das, dass jeder Grundeigentümer eine wasserrechtliche Bewilligung erwirken kann, wenn das Projekt ordnungsgemäß eingereicht wird und durch die geplante Wassernutzung kein Raubbau betrieben wird.

Obwohl Grundwasser Privateigentum ist, darf es nur gewonnen und verteilt werden, wenn Bedarf gegeben ist. Ein Horten von derartigen Rechten ist unzulässig, es wird ohne Bedarfsnachweis auch gar nicht gewährt. Und hinsichtlich der Verbringung von Wasser ins Ausland gibt es allerdings im Paragraf 105 Absatz 1 litera k eine gewisse Beschränkung. Demnach darf Wasser ins Ausland dann nicht abgeleitet werden, wenn dies zum Nachteil des Inlandes erfolgt. Was darunter genau, meine sehr verehrten Damen und Herren, zu verstehen ist, wurde bisher nicht ausjudiziert. Doch scheint damit aber die Ableitung von Oberflächengewässern gemeint zu sein. 86 Prozent der steirischen Bevölkerung bezieht das Trinkwasser über eine öffentliche Wasserversorgungsanlage einschließlich der Genossenschaften, 14 Prozent privat. Und es wäre auch sehr begrüßenswert in diesem Zusammenhang, wenn unsere diplomatischen Büros im Ausland österreichisches Trinkwasser hätten, und nicht Trinkwasser aus Kanada. Nur eine flächendeckende Land-, Forst- und Almbewirtschaftung sowie der Gedanke der Nachhaltigkeit gibt uns die Garantie, gesundes Wasser für unsere Kinder weiterzureichen. Dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es jedoch notwendig, dass die finanziellen Mittel für das Umweltprogramm auch gesichert werden.

Im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung wurde ein Wasserversorgungsplan erstellt, welcher am 19. Juni 2001 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde. Eine Darstellung des aktuellen Gesamtüberblickes über die Trinkwasserversorgung in der Steiermark und die Erfassung des Wasserbedarfs sind die Fundamente dieses Wasserversorgungsplanes. Am 22. März des vergangenen Jahres, anlässlich des Weltwassertages, wurde am Grazer Tummelplatz ein Wasserbauobjekt präsentiert und vorgestellt. Viele von euch werden es ja besichtigt haben, wo tausende Steirerinnen und Steirer, aber auch Leute aus dem Ausland dort gewesen sind. Die Abteilung Wasserwirtschaft, Wildbachverbauung, Grazer Stadtwerke AG., Kanalbauamt Graz und der Fischerei-

verband haben mit diesem Schauprojekt bestens zusammengearbeitet und alle Baustoffe, welche dort verwendet wurden, wurden nach der Abräumung wieder in die Natur eingebaut. Ich danke und gratuliere auch den Initiatoren für dieses Projekt hier von dieser Stelle aus.

Und anlässlich des Weltwassertages 2002 wurde am Abend des 21. März dieses Jahres im Landhauhof unter großer Teilnahme der Bevölkerung zur aktuellen Situation und Wasserknappheit im Osten, Süden und Westen des Landes eine Power-Point-Präsentation zum Thema „Wassernetz Steiermark, Trinkwasser erkunden, sammeln und verteilen“ mit interessanten Interviews, auch die Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic war anwesend, präsentiert. Ein weiterer Höhepunkt war die Uraufführung des Fernsehfilms „Die Mur – eine Wiedergeburt eines Flusses“, der am 31. März dieses Jahres österreichweit ausgestrahlt wurde.

Ich bin also der Auffassung, dass gerade der Leitgedanke, den unser zuständiger Landesrat Erich Pörtl prägt, Wasserland Steiermark, auch die Nachhaltigkeit garantiert. Danke! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 10.45 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile ihr das Wort. Die nächste Wortmeldung kommt dann von Herrn Abgeordneten Hagenauer.

Abg. Halper (10.45 Uhr): Werte Frau Landeshauptmann! Werter Herr Präsident! Sehr geehrte Landesregierungsmitglieder! Hohes Haus!

Vor allem, lieber Kollege Rieser, danke für diesen glänzenden Vortrag, damit erspare ich mir vieles und kann hiermit gleich zum Wesentlichen kommen:

Wasser ist ein Menschenrecht und keine Handelsware. Wenn man Wasser zwar chemisch betrachtet, dann ist es nichts anderes als eine Verbindung von zwei Wasserstoffatomen und einem Sauerstoffatom und diese Wasserstoffatome sind zum Sauerstoffatom in einem Winkel von 105 Grad angeordnet. Aber Wasser ist mehr, denn Wasser ist der Stoff, aus dem das Leben ist. Und wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen waren uns dessen eigentlich schon immer bewusst und sind uns dessen auch noch immer bewusst. Deshalb würde es uns sehr freuen, wenn sich auch die ÖVP und die FPÖ dazu besinnen könnten und dies ebenso erkennen würden. Immerhin haben wir uns klar und deutlich gegen den Verkauf von Wasser ausgesprochen, was man ja von anderen Fraktionen in diesem Hohen Haus nicht behaupten kann. Das Schlagwort der Privatisierung steht eher im Vordergrund als die Tatsache, dass es sich bei Wasser um kein Wirtschaftsgut handelt, wenn man es als Menschenrecht und nicht als Handelsware betrachtet.

Was die vorliegenden Entschließungsanträge betrifft, so lassen Sie mich noch Folgendes sagen:

Wir haben hier einen Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Regenwasseranlagen. Wir werden diesem Antrag natürlich zustimmen, obwohl ich mich persönlich schon frage, dass gerade in Zeiten, wo Wassermangel im Süden der Steiermark hervorzuheben ist, man erst dann auf die Idee kommt, sich Regenwasseranlagen eigentlich einmal genauer anzuschauen, inwieweit sie nicht umsetzbar sind. Wir können diesem Antrag mit gutem Gewissen zustimmen und hätten uns eigentlich schon viel früher so eine derartige Initiative gewünscht.

Was den zweiten Antrag der ÖVP bezüglich Verwendung von Brauchwasser für die Straßenreinigung angeht, auch diese Initiative hätte schon früher gestartet werden können. Man hätte nicht darauf warten müssen, dass es hierbei zu einer Krise kommt. Wir werden aber diesem Antrag natürlich auch zustimmen.

Betreffend den nächsten Entschließungsantrag der FPÖ zum Wasserrechtsgesetz und der Wassernutzung schlagen wir eine punktuelle Abstimmung vor, die folgendermaßen aussehen sollte:

Punkt eins wäre, dass das Wasserrechtsgesetz überarbeitet und in Anbetracht der Verkaufsabsichten adaptiert wird – danke für das Wasser –, wobei unter öffentliches Recht Mengenbeschränkungen für den Export zu subsumieren sind. Diesem Punkt können wir leider nicht zustimmen.

Der zweite Punkt dieser Abstimmung wäre dann, dass die in Aussicht gestellte Studie möglichst rasch fertig gestellt und den Ländern zur Verfügung gestellt wird. Natürlich werden wir einer Studie zustimmen.

Und der dritte Punkt wäre dann, nach dem Erhalt der Studie, dass sie dem Landtagsklub zugeht. Das hoffe ich doch sehr, dass sie diesem zugeht, immerhin müssen wir damit arbeiten. Ein Antrag liegt noch vor, und zwar die Maßnahmen zur Wasserversorgung in der Steiermark. Auch hier handelt es sich um eine Studie und um eine Evaluierung. Natürlich werden wir auch dieser zustimmen.

Und apropos Studie, Herr Landesrat, ich habe immer wieder kritisiert in der letzten Zeit, dass bei Ihren Stellungnahmen mehr auf die europäische Ebene eingegangen wird als auf unser Bundesland. Und nachdem eben Ihre Stellungnahme aus Ihrem Ressort und auch die Regierungsvorlagen uns tatsächlich eine kostenlose Einführung in das Europarecht geben, ist das für mich fraglich. Nur, wenn wir dann Studiengebühren zahlen, liefern Sie ja den Abgeordneten dieses Hohen Hauses hier gerade kostenlos eine Einschulung in die europäische Gesetzgebung und das kann man durchwegs mit einer Vorlesung vergleichen. Persönlich bin ich ja froh darüber und hoffe auf Ihren Innovationsgeist, dass Sie am Ende der Periode dann ein Diplom dafür bekommen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 10.49 Uhr.)

Präsident: Nach Absprache der Abgeordneten kommt jetzt zu Wort die Frau Abgeordnete Dietrich und danach Herr Hagenauer.

Abg. Dietrich (10.49 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Kaum ein anderes Thema beschäftigt uns Menschen so sehr wie die Problematik rund um das Wasser. Wahrscheinlich ist dies auch deshalb der Fall, weil Wasser eine Lebensgrundlage ist und jeder von uns weiß, wie notwendig Wasser ist, wie notwendig Wasser nicht nur für die Landwirtschaft, für das Gedeihen der Umwelt, sondern für jeden von uns persönlich ist. Das Thema „Wasser“ wurde auch stark emotionalisiert durch die vergangenen Monate. Gerade gestern wurde eine Studie bekannt, wonach innerhalb der letzten zwölf Monate in zehn Monaten ein Minus an Niederschlag zu verzeichnen war gegenüber dem langjährigen Vergleich und lediglich zwei Monate hatten einen Wasserüberschuss zu verzeichnen. Wir alle atmen auf, dass es regnet und wir alle hoffen, dass dieser Regen noch einige Tage anhält, damit eben die Problematik in der Landwirtschaft entschärft werden kann. Dies alles ist eine Situation, die wir erleben, die wir zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte kritisch beifügen, dass wir selbstverständlich auch Schuld an dieser Wassersituation haben, dass Fehler in der Vergangenheit jetzt zum Tragen kommen, dass wir jetzt die Zeche dafür bezahlen, dass wir größtenteils sehr unsensibel mit der Umwelt umgegangen sind. Ich denke dabei an Verrohrungen, Bachverbauungen und an Verbetonieren von Bächen. Niemandem war es bewusst, dass wir damit die Fließgeschwindigkeit der Gewässer erhöhen, dass wir den Grundwasserspiegel senken und dass die Fehler der Vergangenheit in der Obersteiermark vor allem heute für die südliche Steiermark sehr nachteilig zum Tragen kommen. (Abg. Tasch: „Dass die Obersteiermark Fehler begangen hat! Die größte Auszeichnung in wasserrechtlichen Bauten!“)

Kurt, mit Sicherheit gibt es positive Signale auch in der Vergangenheit. Ich kann aus meiner persönlichen Erfahrung sagen, weil ich habe selbst das Fischereirecht in einem Bach, dass ich kämpfen musste bis zum Gehtnichtmehr, weil damals die Wildbachverbauung einfach den Bach begradigen wollte, verbetonieren wollte ohne Fischsteine. Wenn dann die Argumente gekommen sind, dass das für die Umwelt nicht verträglich ist, so wurde das mit einem Lächeln abgetan. (Abg. Tasch: „Liebe Waltraud, das ist 50 Jahre her!“)

50 Jahre, geschätzter Herr Kollege, bin ich nicht verheiratet und auch nicht in der Steiermark. Wenn das ein verstecktes scharmant Kompliment sein sollte, freue ich mich. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, den ich deponieren wollte, und zwar eine Evaluierung der Flüsse und Bäche vorzunehmen und zu schauen, wo es sinnvoll ist, Rückbauten durchzuführen, damit es wieder Überschwemmungen gibt, damit das Wasser dort länger bleiben kann, dass die Fließgeschwindigkeit reduziert wird.

Ein weiterer Punkt betrifft den Ackerbau: Ich glaube, dass auch im Ackerbau in der Vergangenheit Fehler begangen wurden. Ich bin aber sehr zuversichtlich, dass vor allem die Generation der jungen Bauern durch Gründüngung, durch Zwischenfrüchte, durch verschiedenste Maßnahmen den Humushaushalt belebt und schaut, dass die Erosionen hintangehalten werden. Ich glaube, dass es wichtig ist, hier vermehrt nach einem verstärkten Verständnis und dem Bewusstsein der Zusammenhänge in der Natur zu sorgen.

Der dritte Punkt, der auch nachhaltig unseren Wasserhaushalt beeinflusst und der von uns Menschen hausgemacht ist, ist der Treibhauseffekt. Der Treibhauseffekt bewirkt, dass die langwellige Wärmestrahlung nicht mehr aus der Atmosphäre entweichen kann, dass es zu einer Aufwärmung der Atmosphäre kommt. Die Folgen daraus sind klar: Wir haben im Winter nicht mehr Niederschläge in Form von Schnee, sondern wir haben Niederschläge in Form von Regen. Der Schnee ist ein Wasserspeicher. Das Wasser geht im Frühjahr nur ganz langsam in die Erde. Im Wald speichert das Moos die Wassermenge, die vom Schnee kommt. Wenn es dann bei gefrorenem Boden im Winter regnet, dann kann der Boden dieses Wasser nicht in dem Maß aufnehmen und der Wald als Wasserspeicher steht nicht in diesem Ausmaß, wie wir es wünschen würden, wie es über Jahrtausende positiv war, zur Verfügung. Ich glaube, das ist ganz wichtig, dass wir uns die hausgemachten Ursachen vor Augen führen und dass wir schauen, dass die CO₂-Reduktionsverpflichtungen eingehalten werden und dass vor allem die öffentliche Hand hier eine Vorbildrolle übernehmen muss.

Auf die Frage, wem gehört das Wasser überhaupt, hat Kollege Rieser zum Teil schon geantwortet. Ich möchte es vielleicht noch etwas weiter ausdefinieren: Es gibt ein Verwaltungsgerichtshoferkennntnis, wonach festgehalten ist, dass im Paragraphen 3 des Wasserrechtsgesetzes Quell- und Grundwasser dem Grundeigentümer gehören. Dies würde einem Verkauf nicht widersprechen, aber – und hier ist der Punkt, den ich ansprechen möchte – Wasser befindet sich auch in einem Kreislaufsystem: Was oben entnommen wird, fehlt unten. Und das wäre eine mögliche Einschränkung dieses Rechtes, dass man nur mehr in die Richtung geht, dass man sagt, die zur Verfügung stehende Wassermenge ist jene, die der jährlichen Grundwasserneubildungsrate entspricht. Das heißt, dass der Einzelne nicht grenzenlos über dieses Quell- oder Grundwasser, das er auf seinem Grundstück hat, verfügen kann.

Laut Franz Oberleitner, dem österreichischen Wasserpapst, ist ein Exportverbot für Wasser nicht EU-konform. Eine primäre regionale Nutzung könnte jedoch gesetzlich verankert werden. Dies ist der Punkt, über den wir nachdenken sollten und wo, meiner Meinung nach, der richtige Ansatz zu finden ist. Wenn nun jemand glaubt, der Wasserverkauf ist das Goldsuchen der modernen Zeit, so möchte ich schon darauf hinweisen, dass Experten der Meinung sind, dass der Wasserelexport sich für Österreich nicht lohnen kann, und zwar aus zwei Gründen: Erstens ist Österreich schon viel zu spät dran – die Franzosen und andere Länder betreiben schon seit Jahrzehnten Wasserelexport – und zweitens wären Milliardenbeiträge für ein sinnvolles Marketing notwendig. Märkte für den Export wären, dass wir – laut Experten von Deutschland und da gibt es auch eine Studie, die besagt, dass der Rhein bei seinem Durchfluss durch Deutschland durch sieben Menschenmägen läuft – in Gebinden das Wasser nach Italien, Spanien oder eventuell in den arabischen Raum verkaufen könnten, so es einen Markt dafür gibt und so überhaupt diese ganze Verkaufsphilosophie sinnvoll und überhaupt machbar ist.

Es gibt allgemeine Prognosen über den Wasserverkauf:

Industrieländer werden auch in Zukunft einen steigenden Wasserverbrauch haben und Reformländer rückläufige Verbräuche durch steigende Wasserpreise. Die entscheidende Frage, die wir uns wohl alle stellen werden müssen, lautet: Werden wir demnächst auch für die Luft bezahlen?

Meine geschätzten Damen und Herren! Ich bringe einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf betreffend Maßnahmenkatalog zur Wasserversorgung in der Steiermark ein. Die Begründung ist nahezu ident mit meiner Wortmeldung. Daher lese ich nur den Antrag vor. Die unterfertigten Abgeordneten stellen folgenden Antrag: Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Maßnahmenkatalog zur Wasserversorgung in der Steiermark, der insbesondere eine Evaluierung von möglichen Rückbaumaßnahmen von steirischen Flüssen und Bächen enthält, vorzulegen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 10.59 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Hagenauer. Danach der Herr Abgeordnete Gangl.

Abg. Hagenauer (10.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Landeshauptfrau, Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer!

Ich möchte gleich daran anschließen, wo die Frau Abgeordnete Dietrich geendet hat, nämlich damit, ob man die Luft auch vermarkten wird. Das werden wir sicher, Frau Kollegin, bei dieser Bundesregierung, bei diesen Verantwortlichen im Lande. Machen Sie sich keine Sorgen. Ich frage mich ohnehin schon die ganze Zeit, warum man noch nicht versucht hat, die Luft zu privatisieren. Die ESTAG zum Beispiel macht das aber ganz sicher mit der EdF, denn die Schloten und die Reinigungsanlagen haben sie schon überall stehen. Was dabei herauskommt; so erinnere ich mich an die Müllverbrennungsdebatte im Lande, wo man uns auch eingeredet hat, das Beste ist, wir schicken alles durch die Müllverbrennungsanlage, weil am Schluss ist das Produkt, was hinten herauskommt, sauberer als das, was vorne hineingeht. Auf diese Art und Weise steigern wir das Bruttosozialprodukt und so harmlos ist die Sache gar nicht und eigentlich überhaupt nicht zum Schmunzeln. In Wirklichkeit steckt hinter diesen Sachen ein anderer Trend, nämlich der, die Existenzbedürfnisse des Menschen einfach ökonomisch nutzbar zu machen, wenn man so will, auch auszubeuten.

Ob das ein Schotterteich ist im Süden von Graz, wo man angefangen hat, die Nackten zu jagen und erst dann eine Ruhe gegeben hat, wie alle Eintritt gezahlt haben oder ob das eben unser tägliches Trinkwasser ist, das ist alles dasselbe. Ich sage das ganz bewusst. Der Kapitalismus ist draufgekommen, dass die menschlichen täglichen Bedürfnisse natürlich das einträglichste Geschäft sind. Das gilt auch für das Telefonieren mit dem Handy im Übrigen. Das deckt heute bereits alle Lebensbereiche ab. Ich denke, dass wir bei dem Thema „Wasser“, vor allem beim Thema „Wasser“ mehr noch als bei anderen Bereichen, wo man über die Rolle der Privatwirtschaft und jene der öffentlichen diskutiert, vor allem beim Wasser uns ganz stark dieser Dimension bewusst sein müssen, dass es hier nicht nur um die Gestaltung dieses Bereiches geht, wo die öffentliche Hand einen Einfluss behalten muss, was Wasserpolitik anbelangt, sondern eben auch dieser Aspekt gesehen werden muss, dass hier der Übergang zur Ausbeutung der Menschen ein im wahrsten Sinne des Wortes fließender ist.

Jetzt komme ich zu einem zweiten Aspekt, es ist auch das schon kurz angezogen worden, nämlich vor welchem Phänomen stehen wir? Natürlich kann man jetzt nicht hergehen und kann sagen, hätten wir hier in der Steiermark in den vergangenen Jahrzehnten weniger Abgase produziert, die Luft verschmutzt, dann wäre die Klimaschwankung nicht eingetreten und dann hätten wir heute in diesen Tagen und Wochen keine Wassersorgen. So kurz kann man das natürlich nicht denken, das ist mir schon klar. So direkt ist der Zusammenhang nicht, aber er existiert trotzdem. Man muss sich bewusst sein und darf nicht vergessen, dass es sich hier vor allem um ein Klimaphänomen handelt, wenn wir heute Wasserprobleme haben. Es ist richtig, dass man mit dem einen oder anderen Rohr scheinbar unser Problem löst. Aber die Frage, die wir uns stellen müssen, ist die, ob wir uns hier nicht in den eigenen Sack hineinlügen, wenn wir sagen, bravo, jetzt bauen wir eine Leitung dorthin und eine Leitung dahin, obwohl ich und wir natürlich Verständnis haben dafür, ob man kurzfristig jetzt etwas tun muss, damit ich nicht falsch verstanden werde. Natürlich kann man jetzt nicht die Leute im wahrsten Sinne des Wortes im Trockenen sitzen lassen. Und natürlich kann jetzt nicht die Feuerwehr die nächsten 50 Jahre mit dem Löschwagen den Leuten ihr Trinkwasser hintransportieren – logo! Aber ich meine es umgekehrt – ich habe das grausame Gefühl, dass mit einem Leitungsbau dann wieder alles erledigt ist in diesem schönen Land und in dieser ganzen unseren westlichen Zivilisation. Und dass man sich dann zurücklehnt und sagt, haben wir gelöst, fesch sind wir! Und hier stimme ich der Frau Kollegin Dietrich – es kann sein, dass ich mich auch verhöhrt habe – nicht zu, wenn es heißt, niemand hat vor Jahrzehnten, wie man also etwa die Flussbegradigungen gemacht hat in der Steiermark, ahnen können, was das bewirkt. Tut mir leid! Also vor 30 Jahren, da kenne ich viele, nicht zuletzt meine Wenigkeit, die sich damals lautstark und verzweifelt gewehrt haben gegen viele dieser Maßnahmen. (Abg. Dietrich: „Wie die zuständigen Bauten das aufgeführt habe, haben Sie es nicht hören wollen!“)

Gut, dann habe ich mich tatsächlich verhöhrt. Es ist so, wie Sie es sagen. Die Zuständigen, die zum Teil sogar heute noch dieselben sind und uns jetzt im verantwortungsvollen Pathos erklären, was sie jetzt alles machen werden, das waren dieselben, die damals genau das „verbratelt“ haben, was uns heute die Probleme schafft. Das steigt mir momentan und manches Mal auch sauer auf.

Ich komme zurück zu diesem Beispiel dieser Wasserleitungen. Nicht zufällig hat man in der Umweltpolitik diesen Ausdruck „End of Pipetechnology“ geprägt. Das heißt, das Pferd am Schwanz aufzäumen, ins Steirische übersetzt, also am Ende des Rohres. Und das ist ein gutes Bild, ist eine gute Metapher. Was passiert denn zum Beispiel mit der Landwirtschaft? Was passiert denn mit der Vegetation? Der Grundwasserspiegel hat sich jetzt wegen der paar Millimeter Niederschlag in den letzten paar Tagen nicht erholt, das wissen wir alle. Dies ist auch schon gesagt worden. Das Grundwasser, das kann uns durchaus passieren, dass es jetzt in den nächsten Monaten endgültig ausrinnt, weil Schnee haben wir keinen gehabt. Die Schneeschmelze ist ausgefallen und vorher war es auch schon trocken. Was machen wir dann? Ich kann ja nicht die ganze Steiermark unter eine einzige Beregnungsanlage stellen, das werden wir nicht bezahlen können. Ich wundere mich, wieso die Landwirtschaft hier nicht stärker auf den Putz haut. Warum nicht die Landwirtschaft hergeht und sagt, ja, bitte, dass wir einmal unseren Rasen sprengen können oder so, das ist ja ein Problem, aber was ist mit uns? Was ist denn mit dem ganzen Naturhaushalt in x steirischen Bezirken, wenn es so weitergeht? Das können wir mit einem Wasserleitungsbau nicht lösen, vom Bezahlen rede ich gar nicht.

Und noch ein Wort zum Leitungsbau. In Wirklichkeit – mir können Sie das nicht erzählen –, dass das hier nur die Sorge ist um die Menschen, die jetzt betroffen sind, sondern da, wo jetzt quasi im Trüben gefischt wird, weil jetzt gerade eine Trockenheit herrscht, das wird seit vielen Jahren immer wieder versucht durchzudrücken, nämlich die vor vielen Jahren gebaute überdimensionierte Leitung vom Hochschwab nach Graz, wo das Geld einmal vergraben ist und wo man versucht, das jetzt auszunutzen – schlicht und ergreifend. Und wenn ich mich richtig erinnere, war es der Herr Landeshauptfraustellvertreter Schachner, der vor ein paar Wochen auch gesagt hat, was ist denn mit dem Wasserwerk Feldkirchen? Dort gibt es ein Schongebiet, dort gibt es Auflagen, dort haben Heerscharen von Beamten in tausenden von Wasserrechtsverfahren halb Graz Auflagen erteilt, weil dieses Schongebiet für Feldkirchen zu schützen sei. Wer redet denn von Feldkirchen? Alle reden von der Wassernot und dass man das Wasser von weiß Gott woher transportieren muss, aber Feldkirchen, das noch immer als Reservewasserkraftwerk ganz offiziell am Papier aufscheint, von dem redet niemand aus den genannten Gründen. Weil das entspricht nicht den wirtschaftlichen Interessen, die dahinter stehen, auch im eigenen Land.

Nächster Punkt, einen Einschub möchte ich übrigens noch machen zu der Frage, seit wann das bekannt ist. Wissen Sie, wann ich zum Beispiel das erste Mal aufmerksam gemacht wurde, was hier in der Steiermark läuft mit dem Wasserhaushalt? Das war ein Insektenforscher, der mich aufmerksam gemacht hat, dass in einem Mischwald zirka 400 Schmetterlingssorten vorkommen in der Steiermark und in einer Fichtenmonokultur zirka vier Sorten. Und er hat mir gesagt, dass ihm die Leute von der STEWEAG berichten, dass bei uns die Wasserkraftwerke eine schlechtere Auslastung haben, weil die Wasserführung der Mur immer stärker schwankt. Sie können das messen; damals konnten sie das schon messen. Das Wasser war im Jahr dasselbe, was die Mur hinuntergeronnen ist und durch die Kraftwerke, aber es ist immer unregelmäßiger geworden. Es ist immer mehr schwallartig dahergekommen, ist ungenutzt über das Wehr geronnen und in der Zwischenzeit, in der langen, war weniger da. Das ist 30 Jahre her. Und wir alle kennen es eigentlich, es ist für uns alles nichts Neues, bis hin zur Versiegelung der Böden durch die Zersiedelung und den Forststraßenausbau und so weiter.

Das heißt, was ich damit sagen will, ist, man muss an die Wurzeln gehen, man darf nicht das Pferd von hinten aufzäumen. Und wir sollten genau diese Zeit, diese Wochen und diese Monate jetzt nutzen, um vielleicht gerade jetzt hier wirklich ernsthaft zu handeln. An dieser Stelle übrigens – weil es gerade so gut zum Thema passt – die Beilage des „Standard“ vom letzten Wochenende: Ein doppelseitiges Inserat, fragen Sie mich nicht, was das gekostet hat, das steht jetzt nicht zur Debatte, Graz wirbt hier als Kulturhauptstadt, doppelseitig, das Sujet, ein Bild einer Wüste hier, irgendwo, Sahara oder Ähnliches, da drinnen ein Rennauto und der Text betrifft den Autosport und den Autocluster. Was lernen wir daraus?

Wir müssen nur möglichst viel Autofahren, wie die Wahnsinnigen einen Grand Prix veranstalten, tunlichst unter dem Titel „Muttertags-Grand-Prix“, weil dann können die Mütter gleich dabei sein, wenn ihre Söhne umfallen wie die Rüben und dann passt es schon wieder. Das ist Nachhaltigkeit und Kreislaufdenken auf steirisch. (Beifall bei den Grünen.)

Sagen Sie mir nicht, das sei Polemik. Hier kommt eine Geisteshaltung zum Ausdruck, ob beabsichtigt oder nicht.

Noch kurz etwas zum Thema Ausverkauf unseres Wassers, weil wir einem Teil der Entschließungsanträge der Freiheitlichen Partei nicht zustimmen werden, wo es um diesen Themenkreis geht. Ich fasse mich kurz, weil ich das schon mehrfach ausgeführt habe. Kann unser Wasser verkauft werden an das böse Ausland oder nicht? Herr Kollege Rieser hat es auch schon ausgeführt, dass diese Frage nicht ausjudiziert ist. Alle Juristen sagen aber, die EU wird, wenn es zu einem Einspruch kommt, sagen: „Liebe Freunde in Österreich, ihr seid jetzt Mitglied bei uns. Mit einem Bescheid, wo drinnen steht, österreichisches Wasser darf nicht woanders hin, könnt ihr euch brausen gehen!“ – im doppelten Sinn des Wortes. Das heißt, wir werden derartigen Anliegen nicht zustimmen, wohl aber dem, auch das ist schon angezogen worden, wenn man sagt, wir schützen einfach die Natur in unserem Land, zum Beispiel den Wasserhaushalt im Hochschwabmassiv. Das dürfen wir, das können wir – mehr geht nicht. Und das sollten wir tunlichst mit Geschwindigkeit und mit Hochdruck in Angriff nehmen. Damit komme ich zum Ende meiner Ausführungen.

Ich möchte meine Wortmeldung noch zum Anlass nehmen, um einen Entschließungsantrag zu einem anderen Bereich einzubringen, nämlich ein Antrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend artgerechte Haltung von Legehennen. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die unverzügliche Umsetzung der EU-Legehennenrichtlinie sicherzustellen, zweitens eine Förderung für die Umstellung auf Freilandhaltung bereitzustellen und drittens das Beschaffungswesen des Landes auf Freiland Eier umzustellen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 11.14 Uhr.)

Präsident: Bevor ich zur nächsten Wortmeldung komme, darf ich die Schülerinnen und Schüler der 4 b-Klasse und der 3. Klassen der HBLA Fohnsdorf unter der Leitung von Frau Dr. Url-Pinteritisch und Frau Mag. Gerlinde Kreiter begrüßen. Einen herzlichen Dank für das Interesse an dieser Landtagssitzung. (Allgemeiner Beifall.)

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Gangl. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Gangl (11.14 Uhr): Ich darf mich noch ganz kurz auf den Bodenschutzbericht 2001 beziehen. Kollege Böhmer hat den Aufbau des Berichtes und einige Inhalte vorweggenommen, somit kann ich mich kürzer halten. Auch wenn dort und da aufgezeigt wurde, dass es Werte gibt, die noch zu korrigieren sind, muss man aber dazu sagen, dass der Bodenschutzbericht 2001 insgesamt ein gutes Zeugnis sowohl den Bewirtschaftern als auch den Programmen, ÖPUL-Programme und Verordnungen des Wasserschongebietes, ausstellt, weil im Vergleich der Zahlen der Jahre zuvor deutliche Verbesserungen festzustellen sind. Es wird auch festgehalten, dass der Humusgehalt der untersuchten Böden prinzipiell in Ordnung ist. Festgehalten wurde auch, dass durch kalkarmes Ausgangsmaterial der Böden es dort und da zu leichten Versäuerungen der Böden kommen kann und diese mit Kalkgaben zu beheben sind. Die Hauptnährstoffe wurden angesprochen, die Spurenelemente und die austauschbaren Kationen sind je nach Bewirtschaftungsweise und Ausgangsböden unterschiedlich hoch oder auch niedrig vorhanden. Insgesamt ist aber festzuhalten, dass durch die Umweltprogramme und die dadurch auch mit sich gezogenen geänderten Bewirtschaftungsweisen es zu einer deutlichen Verbesserung von Altlasten geführt hat. Auch das ist eindeutig herauszulesen.

Ganz wichtig ist auch zu sagen, dass der Bezirk Radkersburg, auf den sich der Bodenschutzbericht bezieht, auf Grund seiner geologischen Ausgangssituation und des Fehlens der Großindustrie zu den am wenigsten mit Schwermetallen belasteten Regionen der Steiermark zählt. Auch auf Grund der klimatisch günstigen Gegebenheiten zählt der Bezirk Radkersburg eben zu den günstigsten Gebieten von allen Produktionsgebieten in Österreich. Gerade deshalb werden neben dem traditionellen Ackerbau mit seiner Veredelung den Spezialkulturen, wie Obst- und Gemüsebau und Weinbau, eine besondere Bedeutung gegeben und bringen daher auch Produkte mit hohen Qualitäten auf den Markt.

Meine Damen und Herren! Es ist noch vieles mehr aus dem Bodenschutzbericht herauszulesen, auch die richtige Strategie bei der Läuse- und Unkrautbekämpfung beim Ölkürbis. Insgesamt ist aber zu sagen, dass der Bodenschutzbericht, auch das wurde bereits erwähnt, ein interessantes und umfassendes Nachschlagewerk für alle Interessierten ist.

Ich danke daher auch der Fachabteilung 10B unter Hofrat Dr. Michael Köck mit seinen Mitarbeitern, speziell Herrn Mag. Dr. Wolfgang Krainer, für die aufwändige und inhaltlich wertvolle Darstellung der Bodensituation im Bezirk Radkersburg. Ich bitte um Kenntnisnahme des Bodenschutzberichtes 2001. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.17 Uhr.)

Präsident: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Ing. Ober. Danach Frau Abgeordnete Graf. Herr Abgeordneter Ober, Sie sind am Wort.

Abg. Ing. Ober (11.17 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich darf zum Antrag 530/1 der Abgeordneten Lafer und Dietrich betreffend die Wasserwirtschaft und Wassernutzung den Bericht der Landesregierung ausführen, dass die Österreichische Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm festgelegt hat, dass das Einstimmigkeitsprinzip bei der Bewirtschaftung der Wasserressourcen beibehalten werden muss. Das ist – so glaube ich – ein sehr wichtiger Punkt. Bei den Verhandlungen des Vertrages von Nizza wurde konsequent an diesem Programm festgehalten und in der Folge die Beibehaltung der Einstimmigkeit der Bewirtschaftung von Wasserressourcen durchgesetzt. Der entsprechende Artikel im EG-Vertrag wurde diesbezüglich nicht gelockert, sondern – im Gegenteil – verschärft. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft teilt darüber hinaus mit, dass auch bei zukünftigen Verhandlungen zum Schutz der österreichischen Wasserressourcen von der Einstimmigkeit nicht abgegangen wird und dies unverrückbarer Bestandteil der österreichischen Wasserpolitik ist. Zur Aufteilung der Materie Wasserrecht in der Grundsatzgesetzgebung Bund und Ausführungskompetenz Land wird angeführt, dass sich das bisherige System „mittelbare Bundesverwaltung“ in den letzten Jahrzehnten bewährt und in Österreich zu einem hohen Gewässerschutzniveau geführt hat. Darüber hinaus ist in jedem Bundesland ein wasserwirtschaftliches Planungsorgan eingerichtet, welches in allen Phasen des wasserrechtlichen Verfahrens den Schutz des öffentlichen Interesses an der Trinkwasserversorgung sicherzustellen hat. Somit werden zentrale Planungsaufgaben im geltenden Wasserrechtsgesetz auf Landes- beziehungsweise auf regionaler Ebene wahrgenommen.

Zusätzlich muss berücksichtigt werden, dass die Komplexität der wasserrechtlichen Planung einen aufgabenteiligen Prozess unter Einbeziehung des Bundes als auch der Länder erfordert.

Zur heutigen Debatte einige Anmerkungen: Es freut mich, dass sich sehr viele Kollegen im Landtag für das Thema Wasser, Wasserversorgung, Umweltschutz, globale Bedrohung interessieren. Ich warne aber davor, dass hier im Landtag das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird, weil sich die Steiermark einer hohen Wasserressource erfreuen kann. Bei 100 Prozent Trinkwasser, das verfügbar ist, nutzt die Steiermark 3 Prozent dieses Trinkwasservorkommens. Wir können daher recht stolz sein, dass wir auch mit dieser Ressource sehr nachhaltig umgegangen sind, wenn auch viele Einsparungspotenziale, die heute auch in Anträgen vorkommen werden, noch genutzt werden müssen. Gerade unsere Frau Landeshauptmann und Herr Landesrat Erich Pörtl haben sich um diese Thematik sehr früh angenommen. Es ist unserem Abgeordnetenkollegen Josef Straßberger zu danken, dass dieses Altenberger Wasserforum sich dieser Thematik so exzellent angenommen hat und auf unpolitischer Ebene dieses Thema in der Steiermark transportiert. (Beifall bei der ÖVP.)

Zu diesem Altenberger Wasserforum finden sich Experten aus allen Regionen und Fachbereichen ein und weisen uns einen zukünftigen Weg, der für uns auch gangbar ist.

Die Steiermark hat im vorigen Jahr einen Wasserversorgungsplan verabschiedet, der vorausschauend auf den Wasserbedarf der Zukunft der Steiermark abzielt und somit hat die Regierung ein Instrument in der Hand, die Wasserversorgung in der Steiermark auch in Zukunft zu gewährleisten. Das vorher angesprochene Gebiet der Südoststeiermark, das jetzt unter Wassermangel leidet, hat schon im Jahre 1998 mit einer aktiven Planung begonnen, wie man hier in der Oststeiermark ein Wassernetzwerk aufbauen kann, das die Oststeiermark in Krisensituationen versorgen kann.

Herr Kollege Hagenauer führt aus, dass natürlich viele Fehler passiert sind. Das mag schon sein. Aber eines muss auch festgestellt werden, in den letzten 30 Jahren hat sich die Wassernutzung, der Wasserbedarf auf Grund unseres Standards, den wir uns auch angeeignet haben, enorm verändert. Und bei geringeren Niederschlägen, die natürlich globale Situationen hervorrufen, da stimme ich Ihnen schon zu, aber nach dem Subsidiaritätsprinzip können wir nur hier auf dieser Ebene in dieser Region das tun, was wir momentan auch in der Lage sind und den globalen Bedrohungen auch entgegenwirken. Aber dieser größere Wasserbedarf, die geringen Niederschläge, führen zu Engpässen. Das ist – glaube ich – richtig, dass man hier vorausschauend auch Versorgungsmaßnahmen für diese Krisensituationen schafft. Und dieses Wassernetzwerk Oststeiermark, den Plan darf ich Ihnen zeigen, wurde im Jahre 1998 begonnen, ist bereits in Umsetzung, so dass sich die Wasserverbände, Stadt und Gemeinden der Oststeiermark vernetzen, um sich in Krisensituationen, wie es jetzt den Anschein hat und auch sein wird, gegenseitig auch versorgen zu können. Die müssen nicht nur auf Wasserengpässe zurückzuführen sein, sondern es können auch andere Bedrohungen oder Situationen auftreten, wo dieses Wasserverbundnetzwerk sehr, sehr gut nutzbar ist.

Auch die Notwasserversorgung Plabutsch ist angesprochen worden. Natürlich gibt es verschiedene Interpretationen dazu. Sie haben auch das Wasserwerk Feldkirchen angesprochen, diese Ressource. Ich würde mich freuen, nachdem wir gerade auch verhandeln, wie wir in der Oststeiermark über Graz, Graz-Umland, Leibnitzer Feld, in die Oststeiermark Wasser versorgen können, wenn Sie uns dazu unterstützen könnten, dass wir eine Gesprächsbasis finden, dass man hier eine Einigkeit auch findet, wie wir uns da auch abstimmen. Mit dem Vertrag vom Plabutsch ist zumindest eines gewährleistet, dass eine Wasserversorgung in Krisensituationen mit all diesen Verbänden akkordiert ist und auch alle zu diesem Vertrag stehen. Natürlich ist diese zusätzliche Wasserressource nur in Notsituationen in Anspruch zu nehmen und die Regionen sind gefordert, mit ihrem Wasserhaushalt in der Region natürlich ordentlich hauszuhalten und ihn auch in Ordnung zu halten. Es sind umfangreiche Maßnahmen gerade im Leibnitzer Feld und auch in Radkersburg in den letzten Jahren mit großen Anstrengungen auch in der Landwirtschaft passiert und man sollte das auch zu diesem Anlass hier sagen, dass hier großartige Maßnahmen von Seiten des Landes auch gesetzt worden sind. Was insgesamt die Ökologie anbelangt, glaube ich, dass mit dem ÖPUL-Programm uns gerade in der Steiermark europaweit ein Instrument gegeben worden ist, wo sehr viele Landwirte in einem hohen Bewusstsein dieses Programm auch mitgestalten und auch annehmen.

Die letzten Tage haben vielen Regionen wieder Hoffnung gebracht, dass es einen Regen gibt. Als Vertreter eines Wasserverbandes in der Oststeiermark, Grenzland Südost, bin ich sehr dankbar dafür, dass auch die Regierung am vergangenen Montag einen Beschluss gefasst hat, dieser Notwasserversorgung in der Oststeiermark finanzielle Unterstützung zu geben, da es notwendig ist, im öffentlichen Interesse dieser großen Struktur, die aufgebaut worden ist, auch mit einer Vernetzung zu einer Lösung zu verhelfen, dass man sich gegenseitig auch unterstützen kann.

Zu den Anträgen, die heute eingebracht worden sind, einige Bemerkungen dazu:

Die Rückbaumaßnahmen, die gefordert worden sind von der FPÖ, vom Antrag der Frau Dietrich und der Frau Graf, begrüßen wir sehr, möchte aber darauf hinweisen, dass gerade das Land Steiermark und vor allem auch die Abteilung von Herrn Hofrat Saurer in vielen Bereichen diesem Entsprechen schon frühzeitig nachgekommen ist und darüber nachgedacht wird. Natürlich wird immer wieder da gesprochen, dass hier auch Fehler passiert sind. Ich komme noch aus einer Generation, die Hochwasser in der Oststeiermark, im Raabtal, in Feldbach am Hauptplatz, jährlich zweimal, dreimal miterlebt hat, Evakuierungen, Häuser, die nicht mehr brauchbar waren, miterlebt hat. Ganze Siedlungsbereiche wurden überschwemmt. Natürlich hat man darauf drastisch reagiert, hat hier Maßnahmen gesetzt, um einfach dieses jährlich wiederkehrende Problem zu beherrschen. Natürlich hat man vielleicht in diesen Bereichen auch darüber hinausgezielt, zu viel gemacht. Aber auch die wasserwirtschaftliche Planung hat in den letzten 20 Jahren erkannt, dass es in einigen Fällen auch Möglichkeiten gibt, hier einen naturnahen Wasserbau anzustreben und auch zurückzuführen. (Präsident Purr: „Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen!“)

Ich darf aber noch bitten, den Entschließungsantrag vorzulesen, den ich von unserer Fraktion noch einbringen möchte, der vor allem eines aufzeigen möchte, dass die Wasserversorgung in der Steiermark auch noch Ressourcen beinhaltet vor allem im städtischen Bereich.

Ich darf den Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Ober und Purr, betreffend Verwendung von Brauchwasser für die Straßenreinigung, zu Tagesordnungspunkt 5, Einl.-Zahl 530/1, zur Verlesung bringen.

Die lange Dürreperiode hat in der Steiermark deutlich die Grenzen der Trinkwasserkapazitäten gezeigt. In zahlreichen Regionen unseres Bundeslandes sind Hausbrunnen ausgetrocknet und die Trinkwasserversorgung erfolgt über die Feuerwehren.

Umso unverständlicher scheint es, dass trotz dieser Wasserknappheit in zahlreichen Städten und Gemeinden die Straßenreinigung mittels Trinkwasser erfolgt, obwohl hierfür auch der Einsatz von Brauchwasser möglich erscheint.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen, unter welchen Bedingungen ein Einsatz von Brauchwasser für die Straßenreinigung in den steirischen Städten und Gemeinden möglich ist.

Ich bitte um Zustimmung für diesen Antrag.

Ich danke der Steiermärkischen Landesregierung und dem Steiermärkischen Landtag, dass sie in der Frage der Wasserversorgung in der Steiermark so vorausschauend gehandelt haben und vor allem auch die noch anstehenden ökologischen Probleme so gut in Angriff nehmen und das eigentlich fast parteienübergreifend in Umsetzung gebracht werden kann. Ein herzliches Danke, ein herzliches steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.28 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf, bitte. Danach Riebenbauer, bitte!

Abg. Graf (11.28 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Werte Damen und Herren!

Anlässlich des Weltwassertages 2002 sollten wir uns an dem Sprichwort „Steter Tropfen höhlt den Stein“ orientieren. Und der mag zwar in vielen Bereichen zutreffen, hier aber besonders. Und, Frau Kollegin Halper, wenn Sie vorher gesagt haben, Sie hätten sich diesen Antrag von uns schon früher gewünscht, jedem hier in unserem Haus steht es frei, sich Gedanken über Themen zu machen, wann, wo immer und zu jeder Zeit und Sie hätten auch gerne schon früher einen Antrag dazu einbringen können. (Abg. Ing. Ober: „Ich habe mir schon immer Gedanken gemacht!“)

Ich habe mir jetzt dazu Gedanken gemacht beziehungsweise nicht nur jetzt, denn wir haben zum Beispiel schon vor vier Jahren ohne irgend eine Förderung beim Bau unseres Einfamilienhauses dies bedacht. Wir haben eine Regenwasseranlage installiert mit der Doppelinstitution und so weiter. Deswegen auch dieser Entschließungsantrag von uns. Wir wollen nämlich, dass es für all jene, die jetzt um- oder neu bauen, eben einen positiven Anreiz hier zu diesem Thema gibt. Und natürlich spricht man jetzt über Probleme, wenn sie akut sind und natürlich gibt es auch noch immer Bereiche, wo wir Möglichkeiten sehen, Wasser zu sparen. Und beispielsweise ist es eben dieses Thema, wo das Trinkwasser WC-Anlagen hinunterrinnt oder für die Waschmaschine verwendet wird. Da gibt es sogar noch positive Dinge, die nebenher gehen. Bei der Waschmaschine zum Beispiel benötigt man weniger Waschpulver und keinen Weichspüler, wenn man Regenwasser verwendet zur Waschmaschinenbetreuung. Es gibt mit diesem Antrag auch die Möglichkeit, 50 Prozent des Trinkwassers zu sparen, denn wir benötigen nämlich sehr viel unseres Trinkwassers dazu, die WC-Anlagen und die Waschmaschinen zu bedienen. Deshalb unser Entschließungsantrag, der besagt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, einheitliche Richtlinien für eine Förderung dieser Regenwasseranlagen zu erarbeiten.

Ich habe schon gesagt, natürlich wird diskutiert, wenn Probleme akut sind, aber wir haben auch schon seit längerer Zeit Augenmerk auf dieses Thema gelegt.

Sie wissen, dass die Steiermark das Forschungsland Nummer eins ist und es soll sich auch im Bereich Wasserforschung zum Forschungsland Nummer eins entwickeln. Unser Landeshauptmannstellvertreter mit Joanneum Research ist daran, in Graz ein Wasserkompetenzzentrum einzurichten, welches einiges erforschen soll: vom Regentropfen bis zum Recycling. Damit wollen wir auch das Forschungsland Nummer eins in diesem Bereich innerhalb der EU werden.

Erforschen wir aber uns einmal selbst. Ich spreche jetzt von der Region, aus der ich komme. Ich wohne am Fuße des Hochschwabs. Sie wissen alle, wir haben genügend Wasser. Ich kann es mir eigentlich nicht vorstellen, dass ich nicht duschen kann, wann und wie oft ich möchte, dass ich mir Wasser in einem Eimer herrichten muss, um zum Beispiel in der Nacht dieses Wasser in die WC-Anlage zu schütten. Ich trinke das Wasser auch direkt aus der Leitung. Es gibt Unannehmlichkeiten für die Steirer und diese hat es leider schon gegeben, wo diese Fälle eben nicht so waren.

Meine Damen und Herren! Auch unser zweiter Antrag, der Unselbstständige Entschließungsantrag, zielt auf die Sicherheit für die Zukunft ab. Herr Ober, Sie haben die Stellungnahme noch einmal vorlesen und als heile Welt dargestellt. Dass die Welt doch nicht so heil ist, sieht man daran, dass auch Sie sich dazu Gedanken gemacht haben, nämlich dass mit Brauchwasser die Straßen gewaschen werden. Wir begrüßen diesen Antrag natürlich sehr. Auch wenn das Eigentumsrecht am Wasser derzeit durch zahlreiche Bewilligungs- und Duldungspflichten eingeschränkt ist, so darf trotzdem nicht übersehen werden, dass das österreichische Wasser-

recht auf einen Verkauf von Wasser aus den Alpen nicht angemessen vorbereitet ist. Das Grundwasser und die Quellen auf eigenem Grund unterstehen dem Privateigentum und damit den Gesetzen der freien Marktwirtschaft.

Auf Grund der ausreichenden Wasserressourcen besteht kein Rechtsgrund für die Untersagung einer exzessiven Nutzung zu kommerziellen Zwecken. Somit kann praktisch jeder Grundeigentümer sein Wasser nach Belieben verkaufen. Experten weisen auf diese Schwachstelle des österreichischen Wasserrechtes und auf die Gefahr eines Verkaufes von Wasser aus den Alpen auf Grund der Gesetze der freien Marktwirtschaft sowie auf die zu erwartende Entwicklung eines rentablen kommerziellen Handels mit Wasser aus den Alpen hin. Es ist daher – in Anbetracht der zunehmenden Intentionen, Wasser zu einem Handelsgut zu machen – erforderlich, das Wasserrechtsgesetz in dieser Hinsicht anzupassen und das „öffentliche Interesse“ genauer zu bestimmen. So muss „öffentliches Interesse“ unter anderem bedeuten, dass nur eine genau bestimmte Menge heimischen Wassers außer Landes gehen darf.

In der Stellungnahme der Landesregierung wird eine wissenschaftliche Studie in Aussicht gestellt, in der die komplexe und sensible Problemstellung der ökonomischen Nutzung der österreichischen Wasserressourcen behandelt werden soll. In Anbetracht dieser Ausführungen muss diese Studie rasch fertig gestellt und den Ländern zur Verfügung gestellt werden. Deshalb auch unser zweiter Unselbstständiger Entschließungsantrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass erstens das Wasserrechtsgesetz überarbeitet und in Anbetracht der Verkaufsabsichten adaptiert wird, wobei unter „öffentliches Recht“ Mengenbeschränkungen für den Export zu subsumieren sind; zweitens dass die in Aussicht gestellte Studie möglichst rasch fertig gestellt und den Ländern zur Verfügung gestellt wird; drittens nach Erhalt der betreffenden Studie diese umgehend den Landtagsklubs zur Verfügung gestellt wird.

Ich hoffe hier auf Ihre Zustimmung. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 11.35 Uhr.)

Präsident: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, freue ich mich, die Damen und Herren Seniorinnen und Senioren aus Frohnleiten unter der Leitung von Frau Luise Fuchs begrüßen zu dürfen. (Allgemeiner Beifall.)

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Riebenbauer. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Riebenbauer (11.35 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Gesunder Boden, gute Luft und klares, reines Wasser sind unsere wichtigsten Lebenselemente. Ich bedanke mich bei allen, die den Bodenschutzbericht mit diesen klaren Darstellungen gemacht haben. Ich bedanke mich auch bei dir, Herr Landesrat, für dein Bemühen, damit die Wasserversorgung in unserer Steiermark auch erhalten bleibt. Ich möchte diese Debatte aber auch zum Anlass nehmen, um einige bewusst persönliche Überlegungen zur Thematik „Landwirtschaft und Umwelt“ zu bringen. Wenn man draußen mit den Konsumenten diskutiert, so spürt man eigentlich eines klar und deutlich: Man will eine sehr romantische Landwirtschaft. Selbstverständlich will man auch eine hohe Qualität. Selbstverständlich will man möglichst biologisch wirtschaften. Selbstverständlich ist das Wort „intensiv“ für sehr viele ein Reizwort. Naturverbunden und Nachhaltigkeit sind die Schlagworte, die man sich von unserer bäuerlichen Landwirtschaft erwartet. Andererseits, und das ist die zweite Seite, hört man auch über die Medien immer wieder den leisen Vorwurf: „Ihr Bauern stellt euch gar nicht dem Wettbewerb. Ihr seid nicht wettbewerbsfähig!“ Meine geschätzten Damen und Herren, ein klares Wort: Von Nostalgie kann kein einziger Bauer leben. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ.)

Mit unseren Strukturen, mit unserer bäuerlichen Landwirtschaft werden wir, auch wenn wir uns noch so bemühen, mit Gunstlagen sicher nicht konkurrenzfähig sein. Wenn wir unsere bisherigen Strukturen erhalten wollen, dann werden wir gemeinsam Zeichen zu setzen haben, dann werden wir unseren Bauern und Bäuerinnen das Gefühl zu geben haben, dass sie uns etwas wert sind und dass uns selbstverständlich das auch etwas wert ist. Wenn man sich für diese unsere Strukturen einsetzt, dann hört man nicht sehr oft, aber doch öfter: „Ist eh klar, Bauernvertreter, ewiger Jammerer!“ (Abg. Gennaro: „So gehts mir!“) Manchmal wird man auch belächelt. Ich bin Kollegen Gennaro dankbar, weil er sagt wenigstens ehrlich, was er sich denkt. Er sagt ehrlich seine Meinung und das akzeptiere ich. Andere denken es sich und trauen es sich aber nicht zu sagen. Du bist der Einzige, der ehrlich sagt, was er für eine Meinung hat. (Beifall bei der SPÖ.)

So ist es. Er sagt, du bist ein Jammerer und ihr wollt die Kälber auch schon wieder gefördert haben. Aber er sagt es, und das schätze ich.

Meine geschätzten Damen und Herren! Die Bauern erwarten sich von uns, obwohl wir nicht für alles zuständig sind, obwohl wir unseren Einfluss nicht überall geltend machen können, obwohl wir natürlich auch von der Finanzierung her nicht alle Möglichkeiten haben, dass man ihnen klar und deutlich sagt, dass wir sie mit diesen unseren steirischen bäuerlichen Strukturen erhalten wollen. Sie erwarten sich, dass man ihnen sagt, dass wir sie mit ihren Strukturen brauchen. Wir werden sie erhalten, denn sie sind uns etwas wert.

Meine geschätzten Damen und Herren! Das wollen wir nicht als Nächstenliebe, dass das gesagt wird, sondern unserem Land und unserer Umwelt zuliebe brauchen wir diese steirische bäuerliche Landwirtschaft. Noch etwas sage ich ganz offen und ehrlich: Wenn man das nicht will, dann sollen wir den Mut haben zu sagen:

„Stellt euch dem Wettbewerb – bedingungslos!“ Wir sollen den Mut haben zu sagen: „Wir wollen diese unsere Strukturen nicht!“ Der Schnellere und der Stärkere wird schon überleben. Wir werden dann in absehbarer Zeit in diesem Landtag einen Landschaftspflegeplan beschließen müssen, damit unsere Umwelt und unser Tourismus erhalten bleiben. Das wird notwendig sein, wenn es auch manche nicht glauben werden. So sachlich und nüchtern sehe ich dieses Problem. Alles können wir mit der Politik sicher nicht regeln. Vieles hängt selbstverständlich vom Denken und Handeln der Bäuerinnen und Bauern ab. Aber wir können dem bäuerlichen Berufsstand das Gefühl geben, die Sicherheit geben, dass wir ihn brauchen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Bemühen wir uns gemeinsam um diese unsere bäuerlichen Strukturen, denn unser Land, unsere Umwelt, unsere Wirtschaft braucht – und das ist meine persönliche Überzeugung – möglichst viele Bauernhöfe. Und deshalb werden wir auch die Entschließungsanträge unterstützen. Und ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 11.41 Uhr.)

Präsident: Vorläufig letzte Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Abgeordnete Dietrich.

Abg. Dietrich (11.41 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich melde mich noch einmal zu Tagesordnungspunkt 7 Agrarmaßnahmen. Ich möchte noch kurz den Herrn Kollegen Ober ansprechen, der gesagt hat, die Steiermark – so gut, so toll! Aber ich glaube, wir sollten schon festhalten, es ist nicht unser Verdienst, dass wir in der Steiermark nur 3 Prozent der anfallenden Wassermenge verbrauchen. Wir haben das Glück, dass es eben Regionen gibt mit 2000 und mehr Millimeter Niederschlägen im Jahr. Aber das täuscht nicht darüber hinweg, dass wir auch Regionen haben, die heuer und im Herbst jetzt noch erstmals mit akutem Wassermangel konfrontiert waren. Selbst in der Obersteiermark, im Bezirk Knittelfeld, gibt es Betriebe, wo die Brunnen versiegt sind und die Feuerwehr bereits seit Monaten das Wasser führt. Ich glaube, es ist eine Problematik, wir können nicht sagen, wir sind eh so gut, wir haben eh alles gemacht, sondern wir müssen unser Handeln hinterfragen und unsere Fehler korrigieren.

Der Punkt, Tagesordnung 7, Agrarmaßnahmen, zu dem melde ich mich deshalb, weil die EU-Osterweiterung näher rückt, wir bereits 2004 die ersten neuen Beitrittsländer dabei haben werden und laut einer Studie von Prof. Schneider diese EU-Osterweiterung gravierendere Auswirkungen auf die Landwirtschaft haben wird als der EU-Beitritt. Ich glaube schon, dass wir auch jetzt darüber nachdenken müssen, was wir für die Landwirtschaft tun können, damit wir nicht so hineinfallen und eben wieder Nachteile haben oder dass es uns unvorbereitet trifft. „Wettbewerbsgleichheit“ ist das Stichwort, das in allen Medien diskutiert wird. Bauernbunddirektor Josef Pröll fordert Wettbewerbsgleichheit innerhalb der EU, das heißt, gleiche Preise bei den Betriebsmitteln. Wir sind jetzt noch immer teurer, und zwar bei vielen Tierarzneimitteln, bei Pflanzenschutzmitteln, bei vielem anderem mehr. Wir haben auch innerhalb der EU einen Nachholbedarf. Aber wir haben darüber hinaus auch innerhalb von Österreich zu sorgen, dass gleiche Rahmenbedingungen für den landwirtschaftlichen Wettbewerb herrschen. Auch hier ist mir aufgefallen, dass wir am Milchsektor, bei der Milchgeldabrechnung österreichweit einen gravierenden Unterschied haben, nämlich jenen, dass die Steiermark als einziges Bundesland keine Landeszuschüsse gibt. Schauen wir einmal da: Burgenland gibt 1,09 Cent, das entspricht 15 Groschen, Tirol 0,73 Cent, Salzburg 0,73 Cent, Vorarlberg 0,8, Kärnten 0,87, Niederösterreich 0,36 und Oberösterreich 0,33 Cent Grundpreiszuschlag je Kilo Milch. Die Steiermark bezahlt als einziges Bundesland – wie erwähnt – keine Zuschüsse für qualitätssteigernde Maßnahmen. Und ich glaube, wenn wir von Chancengleichheit sprechen, müssen wir auch diesen Punkt aufgreifen und auch in diesem Bereich für eine Gleichstellung der heimischen, der steirischen Landwirte mit jenen der anderen Bundesländer sorgen.

Große Diskussionen in den vergangenen Wochen hat die Nutztierhalterverordnung hervorgerufen und bei den Informationsveranstaltungen der Kammern hat es arge Diskussionen gegeben und viele Bauern, vor allem jene, die eine Hoflage im steilen Bereich haben, Bergbauern, sehen sich nicht in der Lage, diese Nutztierhalterverordnung zu erfüllen. Egal ob man jetzt sagt, es muss ein Laufstall gebaut werden oder ob man sagt, man kommt mit diesen 120 Weidetagen oder zwei Stunden in der Woche oder mit diesen fünf Stück Ausnahmeregelungen durch, wie immer man die Sache dreht, Investitionen werden erforderlich sein und Kosten werden anfallen, da auch die bisherige Maße für die Rinderstände nicht mehr gelten. Die Breiten wurden verändert, die Längen wurden verändert, also die Auflagen haben sich verändert und dadurch sind Investitionen erforderlich geworden. Ich glaube, dass es wichtig ist, über die Nutztierhalterverordnung noch einmal nachzudenken, inwieweit sie im ländlichen klein strukturierten Bereich zu vollziehen ist. Ich persönlich hätte mir vom Kommissär Fischler erwartet, dass er als Tiroler wissen hätte müssen, wie bei uns die Produktion in diesen Bergbauerngebieten erfolgt und dass vielleicht etwas mehr Sensibilität in Richtung klein strukturierter bergbäuerlicher Betriebe stattfinden hätte sollen.

Nichts desto trotz bringe ich jetzt einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf betreffend erforderliche Maßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich ein und ich hoffe, dass dieser Antrag die Unterstützung erhält.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens eine Evaluierung der Nutztierhalterverordnung in Bezug auf die klein strukturierte heimische Landwirtschaft vorzunehmen, wobei vor allem die Umsetzbarkeit und die Finanzierbarkeit zu ermitteln sind, zweitens nach erfolgter Kostenabschätzung die Richtlinien für ein Förderprogramm zu erstellen, drittens Richtlinien für einen Grundpreiszuschlag bei Milch als qualitätssichernde Maßnahme zu erlassen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 11.48 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Agrarlandesrat Erich Pörtl. Herr Landesrat, bitte!

Landesrat Pörtl (11.48 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das war heute Vormittag ein sehr intensiver Diskussionskurs über die eigentlichen Lebensfragen Boden und Wasser, aus dem nicht nur Pflanzen und davon Tiere, sondern vor allem auch wir Menschen ganz entscheidend abhängig sind, aber ganz entscheidend vor allem auch die Wirtschaftsentwicklung abhängig ist, ob und in welcher Form wir die Zukunft absichern. Und gerade der Herr Abgeordnete Böhmer hat also diesen Bodenschutzbericht angesprochen, wo er einige Fragen gestellt hat. Wir wissen also ganz genau, das so genannte Phänomen der Überdüngung haben wir bereits mit einem Umweltberatungsmodell und mit einer Gülleverschlachtung beratend unterstützt, wo wir ebenfalls nach modernen Bodenbearbeitungskriterien dieser Verdichtung, die wir teilweise haben, gewissermaßen mechanisch entgegenschreiten, aber vor allem auch in der Fruchtfolge durch Durchwurzelung eine Strategie haben, um diese bodenverbessernde Sicherung zu machen. Ich glaube daher, dass wir mit diesem Bodenschutzbericht eine Grundlage liefern. Nächstes Jahr ist der Bezirk Leibnitz punktuell dran, wir haben bis zum Jahre 1998 einen generellen Bodenschutzbericht gehabt, dann waren die Abgeordneten der Überzeugung, wir müssen punktuell, wo schwerpunktmäßig die Notwendigkeit besteht, bezirks- und regionsweise diese Untersuchung machen. Ich bitte um Verständnis, bis zum Jahre 2006 haben wir diese Bezirke durch und selbstverständlich werden wir mit Stichproben anschauen, wie in anderen Regionen das läuft. Wir haben selbstverständlich begonnen mit den natürlichen Schwermetallsituationen der Böden des Landes Steiermark. Ich kann mich noch gut erinnern, eine Tageszeitung hat gesagt, ich will die Ortschaft nicht nennen, weil zum Schluss gibt es dort eine Wallfahrt hin, es gibt einen Teil im oberen Murtal, wo ganz massiv arsenhaltige Gesteine sind. Das stimmt, aber sie sind nicht mobil. Das heißt, auch solche Dinge waren die Grundlage dieser Beratungen. Die Gesamtentwicklung – und das wissen wir – ist vor allem in solchen Bewirtschaftungsmodellen bodenmäßig und wassermäßig, und der Abgeordnete Gangl hat das angesprochen, bis hin zur behutsamen Bewirtschaftung von Ackerkulturen. Diese umweltschonende Unkrautbekämpfungsmethode oder überhaupt die mechanische Methode der Ackerbewirtschaftung dient beiden, speziell aber der Wasserwirtschaft und dem Bereich einer bodenverbessernden kleinbäuerlichen und teilweise intensiven Landwirtschaft. Speziell bei kleinen Strukturen wissen wir, dass das ein Problem ist und wir deshalb diese Gülleverschlachtung forcieren, dass wir nicht diese Wirtschaftsdünger zur Unzeit einbringen. Das ist unsere Strategie, dass wir nicht im Herbst diese Gülle gänzlich einbringen, sondern wenn die Vegetation mit einer halben Höhe an Mais vorhanden ist, dass wir dort, wo die Pflanze diese Nährstoffe braucht, dieses Nährstoffangebot einbringen und damit die Überdüngung gewissermaßen in Schach gehalten wird. Das ist die Strategie.

Bei dieser großen wasserwirtschaftlichen Diskussion möchte ich vielleicht in einigen Punkten zusammenfassen: Ich könnte generell sagen, dass – und Herr Abgeordneter Rieser hat das angesprochen – das Wasser die Visitenkarte der Wirtschafts- und Regionalentwicklung eines Landes darstellt. Es ist die Steiermark sehr unterschiedlich auch klimatisch strukturiert. Bereits andiskutiert wurde die Niederschlagsmenge: 2000 Millimeter in den nördlichen Gebieten, 400 Millimeter in den südlichen Gebieten und das durch Jahre hindurch. Daher haben wir in dieser wasserwirtschaftlichen Betreuung mit unseren Verbänden und der Stadt Graz diese Vernetzung der innersteirischen Wasserversorgung angepeilt, weil wir durch Entwicklungen in den süd-, ost- und auch weststeirischen Bereichen einen vermehrten Wasserverbrauch durch Siedlungsveränderungen haben, vor allem auch durch gewerblich-industrielle und touristische Entwicklung. Der Herr Abgeordnete Hagenauer hat die Problematik des Grundwasserstandes bereits angesprochen. Wir haben dort bereits eingegriffen und haben durch die Kraftwerke die Geschiebeverlagerung durch die Mur unterbrochen. Es ist das Geschiebe von den Gebirgsregionen der Mur nicht durchgehend möglich. Daher gibt es die Eintiefung bis zu eineinhalb Meter und damit gibt es auch die Absenkung der Grundwässer einschließlich so mancher Entwässerungen, die damals in verbautem Gebiet, aber auch durch Täler passiert ist.

Seitdem Hofrat Saurer dort in der Abteilung ist mit den jeweiligen Referenten der Landesregierung, haben wir in der Steiermark den naturnahen Wasserbau und den passiven Hochwasserschutz als Maßnahme der Baumaßnahmen. Es gibt nur mehr in den intensiv bewohnten Gebieten in Wahrheit diese harten Maßnahmen – im vergangenen Jahr ganz intensiv zum Beispiel in Judenburg. Ich möchte dazu ein offenes Wort sagen: Früher einmal – ich will jetzt aber nicht die alten Zeiten wieder hochschaukeln – war eine Dachrinne ein Luxus. Das heißt, das Wasser ist entlang der Mauer hinunter geronnen und zwei Meter war die Mauer nass. Ich möchte nicht, dass es wieder so ist. Das war aber damals der Stand der Technik. Jetzt ist die Dachrinne sofort ausgelegte Schale. Es braucht nur zehn Minuten zu regnen, stürzt das Wasser praktisch in den Bach plus alle versiegelten Flächen, und das bei jedem Betrieb und bei jedem Haus.

Landesrat Heidinger von Neudau hat einmal erzählt, früher ist in zwölf Stunden das Hochwasser vom Wechsel bei einem Sturzregen in Neudau gewesen, dann war es in sechs Stunden bereits in Neudau. Das sind letztendlich die Auswirkungen. Daher gibt es derzeit die Gegenoffensive mit Rückhaltebaumaßnahmen, um das Wasser zurückzuhalten. Es sollen nicht die Bäche verbaut werden, sondern man soll Flächen kaufen zum Ausufern von Wasser. Das sind praktisch die Grundlagen.

Ein paar Worte zum Wasserverkauf: Ich möchte auch politisch festhalten, dass unser Bundeskanzler Schüssel und die Frau Landeshauptmann in ihren Aktionen und Missionen die Frage der Einstimmigkeit in der Europäischen Union punkto Wasserverkauf mit aller Vehemenz vertreten und auch durchgesetzt haben. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Schrittwieser: „Und trotzdem wird der Herr Fischler geschimpft!“) Bitte? (Abg. Schrittwieser: „In der Demokratie ist das so!“)

In der Demokratie können wir das Gott sei Dank machen. Es kommt dann aber das Echo auch. Das ist halt so. Ich meine, da darf man nicht so kitzlig sein. Ich habe manche auch schon angewandelt und hinterher habe ich mir gedacht, ich hätte vorbeigehen können. Das ist auch oft eine Seelenlage.

Ich stelle fest, dass wir gerade auf dem Gebiet wissen müssen, dass im Grunde alle Bereiche entscheidend sind. Es ist vor allem von der Frau Abgeordneten Dietrich diese ganze Problematik der Evaluierung beziehungsweise der Erosionstendenzen angesprochen worden. Selbstverständlich haben wir jetzt eine Maßnahme, die ökologische Waldwirtschaft mit Mischwald zu forcieren. Die hohe Wissenschaft hat uns früher so quasi das reiche Brot mit der Fichtenreinkultur verkündet, aber das vor 50, 100 Jahren bereits. Jetzt, Gott sein Dank, wenn man durch die Wälder schaut, ist im Herbst eine bunte Vielfalt gegeben. Fest steht, dass wir diesen Treibhauseffekt spüren.

Man braucht nur nachzuschauen, welches Schigebiet kann schon ohne Schneekanone fahren? Dazu brauche ich keine wissenschaftliche Untersuchung, das ist ein bitteres Faktum. Herr Abgeordneter Hagenauer hat auf dem Gebiet vollkommen Recht, denn wir müssen international, national und vor Ort diese Phänomene offensiv in all den klimarelevanten Entscheidungen im System der Nachhaltigkeit anvisieren. Ich glaube, dass wir in der nächsten Zeit neue interessante Schübe der Regionalentwicklung wahrnehmen. Ich glaube daher, dass gerade bei der Gesamtposition, zum Beispiel beim Wasserverbrauch, zum Teil sogar sprachliche Fehler passieren. Man kann das Wasser nicht verbrauchen, man kann es nur gebrauchen. Das Wasser, welches bei der Quelle herausrinnt, ist teilweise 50.000 Jahre unterwegs, bis es zum Meer kommt und wieder hochsteigt, eventuell am Gletscher liegt, 20.000 oder 30.000 Jahre und unten wieder durchsudelt. Das ist ein Phänomen. Wenn wir diese Hülle um den Erdball im Rahmen der Klimaveränderung verändern, dann muss das sicherlich eine Maßnahme zum Handeln sein. Ich glaube, dass diese nachhaltige Wassernutzung, das zu verbrauchen, was vorhanden ist, eine kluge Entscheidung ist. Mit dem steirischen Wasserplan wird sicherlich eine regionale Versorgungsstrategie festgelegt. Unsere Wasserversorger können uns sagen, dass das Wassersparen in vielen Gebieten konkret bereits Früchte trägt. Der Herr Abgeordnete Hagenauer und ich können herrlich streiten, wenn es darauf ankommt, nur, in der Frage sind wir uns einig. Es gibt das Schwergewicht für die öffentliche Hand, was den Wasserbesitz und die Wassernutzung betrifft. Hier soll man keine Experimente eingehen. Ich bin überzeugt davon, dass das Wasserrecht auf dem Gebiet sehr stark ist, aber auch der Markt. Manche sagen, um Gottes willen, Ausverkauf des Wassers. Wohin will man es verkaufen? Ich kenne in Wildalpen noch keinen Reichtum. Sie haben ganz schöne Probleme, wie der Markt überhaupt zu erreichen ist. Ich glaube, dass wir das gerade auf dem Gebiet Entwicklungen vorfinden, dass wir mit den Verbänden, mit den Kommunen, mit privatwirtschaftlichen Wasserbewirtschaftungsmodellen selbstverständlich das bewirtschaften können.

Ich glaube daher und da bin ich einer anderen Meinung, dass wir froh sein können, dass wir die Hochschwabsüdleitung haben, weil es gibt auch die andere Wasserleitung durch die Steiermark. Wenn ich die Grundwasserlage betrachte, dann rinnt die Mur durch das Land und mit Uferfiltratbrunnen hole ich das Wasser heraus. Das heißt, das ist die zweite Pipeline neben der innersteirischen Versorgungsleitung. Der Herr Abgeordnete Ober hat das vom Kollegen Straßberger betreute Altenberger Wasserforum angesprochen. Mit diesem Wasserforum haben wir alle diese Themen interessant und faszinierend auch mit neuen Partnerschaften bearbeitet. Das ist eine Maßnahme der Zeit voraus, weil Abgeordneter Straßberger selbst erlebt hat, was passiert, wenn man Wasser absaugt und was das für die Region bedeutet. Und daher ist diese kluge Wasserbewirtschaftung für uns ein entscheidender Punkt. Ich glaube aber, dass wir von der Steiermark aus behaupten können, wir haben in den vergangenen Jahren permanent österreichische Neptunpreise erhalten und wir haben vor allem – ich will da nicht zu lange werden – bewiesen, dass wir derzeit auf dem richtigen Weg sind, auch was die Gebrauchwasser-nutzung betrifft.

Bei Neubauten ist Gebrauchwassernutzung überlegenswert, bei alten, bestehenden Gebäuden an und für sich äußerst problematisch. Wir haben bereits in der Steiermark eine Erfindung, wo Handwaschbecken zum Beispiel bei WC-Anlagen direkt über dem Spülkasten liegen und dieses Wasser vom Handwaschbecken beim Händewaschen gleich unmittelbar und direkt – europäisch patentiert – wieder für die Spülung ist. Das ist gar kein unwesentlicher Wasserersparnisbereich, den wir vor allem wirtschaftlich damit einbringen können.

Vielleicht noch ein paar Gedanken, was also dieses Wasserkompetenzzentrum oder Forschungszentrum betrifft. Da sind wir selbstverständlich komplett offen. Ich habe aber nach wie vor die Überzeugung, dass wir mit diesem Kompetenzzentrum Wissensexport betreiben, wie man Wasserbewirtschaftung betreibt und nicht die Wasserexportschiene im Vordergrund hat, weil wir bisher Gott sei Dank bereits diese Fakten in der ganz konkreten Abwicklung laufen haben. Ich möchte also abschließend schon noch einmal festhalten, dass das Grundwasser automatisch mit einem gewissen Zeitverzug mit den Niederschlägen korrespondiert. Wir werden im heurigen Jahr wahrscheinlich kaum Grundwasservermehrungen in der Steiermark erleben, mit Ausnahme, es gibt also wochenlange Regenfälle, weil vor allem nach unseren Erfahrungen nach wie vor der Schnee ganz entscheidend für die Grundwasserbildung und vor allem im Frühjahr oder im Herbst die Grundwasseranreicherung läuft.

Zu dieser Frage, von der Kollegin Dietrich zum Schluss angesprochen, ich möchte nur festhalten, dass wir in der Steiermark im Rahmen einer 15 a-Vereinbarung bei den Rindern eine Vereinbarung haben, dass wir innerhalb von zehn Jahren in der Umstellung auf eine artgerechte Tierhaltung Schritte zu setzen haben. Wir haben den ersten Schritt entschieden, dass bis unter sechs Großvieheinheiten pro Kuh, pro Kalbin, pro Stier, pro Ochse, pro Kalb diese Anbindehaltungsdiskussion nicht betroffen ist. Das heißt, die kleinen Betriebe sind von dieser Maßnahmen nicht betroffen. Wir haben aber in weiterer Folge für alle baulichen Maßnahmen Förderungsschwerpunkte gesetzt, um das zu ermöglichen. Und es steht fest, wenn ich in der Woche zwei Stunden die Tiere

austreibe, das heißt wassern schicke oder rauslasse, ist diese Maßnahme bereits erreicht. Das heißt, wir sollen uns da nicht sozusagen selber hochschaukeln. Wir werden Schritt für Schritt diese Voraussetzungen erreichen und es ist in Wahrheit keine Neuregelung, sondern es ist eine Verbesserung des Haltungssystems mit positiven wirtschaftlichen Effekten.

Ich habe das wahrscheinlich schon einmal in diesem Raum gesagt, alle Milchviehbetriebe, Mutterkuhhaltungsbetriebe sowieso, haben durch dieses Freilaufsystem eine Zuwachssteigerung von 80 bis 100 Kilo und eine Leistungssteigerung bis zu 800 Liter Milch. Das heißt, es ist auch eine sinnvolle Maßnahme, die wir schrittweise vornehmen, wo selbstverständlich es Situationen gibt, ich kenne in Köflach einen Betrieb, ein alter Kollege von mir, zehn Meter vorne die Bundesstraße und 15 Meter hinterm Haus fährt der Zug vorbei, dass dort vernünftige Regelungen getroffen werden, damit da nicht Dinge passieren, ist also im Grunde logisch. Ich bitte um Verständnis, dass wir selbstverständlich in unserem Fördermodell die artgerechte Tierhaltung als Lösungsmöglichkeit für diese Form einer modernen und auch europäisch akzeptierten Tierhaltung erreichen können. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 12.06 Uhr.)

Präsident (12.06 Uhr): Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es ist eine ganze Reihe von Abstimmungen vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 802/1, Tagesordnungspunkt 4, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu Einl.-Zahl 530/1, Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP betreffend Verwendung von Brauchwasser für die Straßenreinigung zu Tagesordnungspunkt 5 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Wasserrechtsgesetz und Wassernutzung ihre Zustimmung geben, ersuche ich dann punktuell abzustimmen und wie folgt:

Punkt eins:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Wasserrechtsgesetz überarbeitet und in Anbetracht der Verkaufsabsichten adaptiert wird, wobei unter öffentliches Recht Mengenbeschränkungen für den Export zu subsumieren sind.“ Wenn Sie diesem Punkt Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen damit zu Punkt zwei des Entschließungsantrages der FPÖ mit folgendem Wortlaut:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, dass die in Aussicht gestellte Studie möglichst rasch fertig gestellt und den Ländern zur Verfügung gestellt wird.“ Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen damit zu Punkt drei des Entschließungsantrages:

„Die Landesregierung wird aufgefordert, nach Erhalt der betreffenden Studie diese umgehend den Landtagsklubs zur Verfügung zu stellen.“ Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu ebenfalls die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ betreffend Maßnahmenkatalog zur Wasserversorgung in der Steiermark, das ist der Tagesordnungspunkt 5, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Danke, einstimmige Annahme.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Regenwasseranlagen, zu Tagesordnungspunkt 5 ihre Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Handzeichen und stelle die einstimmige Annahme dazu fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zu Einl.-Zahl 671/1, Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle auch dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 185/1, Tagesordnungspunkt 7, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend erforderliche Maßnahmen im landwirtschaftlichen Bereich zum Tagesordnungspunkt 7 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen betreffend artgerechte Haltung von Legehennen zu Tagesordnungspunkt 7 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu Tagesordnungspunkt

8. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 463/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Anhebung des Antrittsalters für PolitikerInnen beim Ruhebezug.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (12.11 Uhr): Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zum Antrag, Einl.-Zahl 463/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend die Anhebung des Antrittsalters für PolitikerInnen beim Ruhebezug. Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform hat in seinen Sitzungen am 9. Oktober 2001 und 9. April 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Der vom Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform eingesetzte Untersuchungs-Ausschuss hat über den Antrag in der Unterausschusssitzung am 20. März 2002 beraten und ist zu dem Ergebnis gekommen, dass das Pensionsantrittsalter für Politiker auf 61,5 Lebensjahre angehoben werden soll. Dies entspricht auch den Regelungen in Niederösterreich, Salzburg und Vorarlberg sowie dem Bundesbezügegesetz. Der Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes, das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut sowie das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert werden, wird zum Beschluss erhoben. (12.12 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Lechner-Sonnek (12.12 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Es geht jetzt in diesem Beschluss um 33 Millionen Schilling oder 2,5 Millionen Euro. Das ist genau die Summe, die wir errechnet haben, die Summe, die den Unterschied ausmacht, ob wir heute beschließen, dass PolitikerInnen mit 61,5 Jahren einen Anspruch auf Pension haben sollen oder mit 65 Jahren. Das betrifft die Personen, die der Recherche der „Kleinen Zeitung“ in der Sonntagsausgabe entsprechen: 33 Millionen Schilling oder 2,5 Millionen Euro. Wofür wollen wir sie ausgeben? Man könnte dafür eine Reihe von Kindergartenplätzen schaffen. Man könnte zum Beispiel Beschlüsse des Landtages umsetzen, Bezirkshauptmannschaften, in die jemand, der im Rollstuhl sitzt, nicht hineinkommt, mit Liften zu versehen. Da würde noch einiges übrig bleiben. Man könnte mit Sicherheit einigen Klein- und Mittelbetrieben entscheidend unter die Arme greifen, wenn es gerade eng ist oder wenn sie zum Beispiel innovative Maßnahmen planen und nicht durchführen können.

Es geht aber natürlich hier und heute nicht nur um das Geld, sondern es geht um die Privilegienwirtschaft und an diesem Wort ist nicht zu rütteln und das ist nicht wegzuarargumentieren. Sie, meine Damen und Herren, wollen, so nehme ich an, dem Ausschussantrag entsprechend heute hier festlegen, dass PolitikerInnen einen Anspruch auf Pension haben sollen, wenn sie so alt sind wie andere Personen, die auf Grund von Erkrankung oder Unfall oder was auch immer das Recht haben in Frühpension zu gehen, PolitikerInnen im selben Alter wie FrühpensionistInnen. Es geht um öffentliches Geld und darum, dass öffentliches Geld für öffentliche Aufgaben einzusetzen ist und nicht Politiker zu finanzieren, die üblicherweise ohnehin nicht in die Gesellschaftsgruppe gehören, der es finanziell besonders schlecht geht. Es geht um das Bild der Politik, das Sie hier abgeben, meine Damen und Herren, wenn Sie diesem Ausschussantrag zustimmen, das Bild der Politik, das ohnehin nicht so gut ist und das damit auch wieder eine Bestätigung erfahren würde, nämlich: „Die richten es sich ganz einfach!“ Taten statt Worte sind gefragt. Es muss klar sein, dass PolitikerInnen es nicht besser haben dürfen, sondern dass für sie das Gleiche gelten muss wie für andere Personen. Wir werden Sie erinnern, meine Damen und Herren, sollten Sie sich heute wirklich entscheiden, einem anderen Pensionsantrittsalter von PolitikerInnen zuzustimmen, in der nächsten Zeit in den Situationen, wo es um Budgetmittel geht, die nicht vorhanden sind. Wir werden Sie daran erinnern, für wen Sie sich entschieden haben, wofür Sie sich entschieden haben, in welche Taschen dieses Geld wandert. Wir werden Sie daran erinnern, wenn es zum Beispiel wieder so weit ist, dass die Biomasseförderung nicht ausbezahlt werden kann, weil der Topf schon wieder ausgeleert ist.

Ich möchte jetzt den Abänderungsantrag der Grünen betreffend Pensionsantrittsalter von PolitikerInnen einbringen. Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zum Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über die Bezüge und Pensionen der obersten Organe des Landes, das Gesetz über die Ruhebezüge der Bürgermeister der steirischen Gemeinden mit Ausnahme der Städte mit eigenem Statut sowie das Statut der Landeshauptstadt Graz 1967 geändert werden, wird wie folgt geändert, und zwar sinngemäß: Antrittsalter für PolitikerInnen 65 Jahre. Ich danke! (Beifall bei den Grünen. – 12.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster hat sich Herr Klubobmann Dr. Lopatka zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Dr. Lopatka (12.16 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Politikerbezüge sind natürlich immer ein vortreffliches Thema für eine öffentliche Diskussion, auch um Neid zu schüren. Das, was Sie als Privileg angesprochen haben, wurde 1997 im Parlament auch mit den Stimmen der Grünen beschlossen. Diese Pensionsregelung hat zum Inhalt, dass einzelne wenige Abgeordnete, nämlich jene, die sich vor 1997 einen Pensionsanspruch erworben haben, diese Pension auch bekommen. Mit dem heutigen Beschluss – das ist kein Privileg – kommt es genau wie im ASVG-Bereich zu einer Anpassung auf 61,5 Jahre. Ich möchte das schon sehr deutlich sagen. Solche Pensionen haben eine Größenordnung von – wie bei Anne Marie Wicher – nicht einmal 5000 Schilling, das sind 330 Euro. Daran können Sie uns gerne erinnern. Es wird hier

wieder etwas zu einer Größe gemacht, was wirklich jeder sachlichen Grundlage entbehrt. Daher haben – Gott sei Dank – die Klubobleute der Freiheitlichen Partei, der Sozialdemokratischen Partei und auch wir diesen Ausschussantrag eingebracht, der anschließend zur Abstimmung kommt. Das, was wir hiermit erreicht haben, und das sage ich auch sehr deutlich, auch mit den Stimmen der Grünen im Landtag 1997, falls Sie das vergessen haben, war eine Regelung, auch mit den Stimmen der Grünen, Frau Kollegin Lechner-Sonnek (Abg. Lechner-Sonnek: „Unterschiede sind noch immer vorhanden!“), denn damals war es Ihnen noch recht und billig und jetzt haben Sie eine andere Auffassung Ihrer Funktion im Haus. Wir nehmen das zur Kenntnis, es hat dazu geführt, dass die Steiermark um 15 Prozentpunkte unter der Bezügepyramide geblieben ist, was in anderen Bundesländern nicht erfolgt ist. Das wird uns niemand lohnen. Wir haben es aber gemacht, weil wir gesagt haben, wenn die Bezüge, auch wenn es um 15 Prozentpunkte geht und es waren immerhin 15.000 Schilling im Monat, um 15 Prozentpunkte unter dieser Pyramide bleiben, dass es noch immer eine angemessene Bezahlung ist.

Ein Zweites, was ich auch deutlich sagen möchte: Durch diese Beschlussfassung, dass es in Hinkunft keine Politikerpensionen mehr gibt, haben wir Folgendes erreicht: Während wir bei der Gesamtpensionssituation eine Situation haben, die uns allen miteinander Kopfzerbrechen bereiten kann, weil wir einfach solche Steigerungsraten auf Grund der Bevölkerungsentwicklung haben und Gott sei Dank haben wir eine Entwicklung, dass das Lebensalter im Ansteigen begriffen ist, haben wir bei Politikern genau die gegenteilige Situation. Wir hatten in den vergangenen Jahren allein für Bürgermeisterpensionen mehr als 100 Millionen Schilling auszugeben und hatten insgesamt für diesen Pensionsbereich einen Betrag von 172 Millionen Schilling. Dieser Betrag wird nun Jahr für Jahr geringer. In zehn Jahren werden es nur mehr 150 Millionen sein, in 20 Jahren weniger als 100 Millionen und hoffentlich erleben viele von uns noch den Tag mit, wo das Land dann überhaupt keinen Schilling mehr für Politikerpensionen im herkömmlichen Sinn bereitzustellen hat.

56 Abgeordnete sitzen im Landtag. 40 haben nicht einmal mehr auf einen Cent oder einen Groschen einen Pensionsanspruch, sieben haben einen gedeckelten Pensionsanspruch, ganze neun sind noch im alten System und haben irgendwann einmal, wenn sie 61,5 Jahre alt sind, ihren Pensionsanspruch. Auch bei den Regierungsmitgliedern ist es so, dass ein Drittel keinen Pensionsanspruch mehr hat. Daher drehen wir hier nicht die Fakten um. Wir haben 1997 einen einschneidenden Schritt gesetzt, indem wir Politikerpensionen abgeschafft haben. Das ist das Faktum. Mit den Stimmen der Grünen haben wir eine Regelung beschlossen, dass jene, die bis dorthin neun Jahre im Landtag gesessen sind und schon einen Pensionsanspruch erworben haben, diesen auch beibehalten. Heute setzen wir logischerweise den nächsten Schritt, dass wir dieses Pensionsantrittsalter um eineinhalb Jahre hinaufsetzen. Ob das der letzte Schritt ist, weiß ich nicht. Aber vielleicht wird es noch einmal hinaufgesetzt. Aber alles andere, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, ist wirklich unlogisch. Und das, was Sie heute hier machen, finde ich schade, dass Sie dem nicht zustimmen. Das letzte Mal waren Sie Gott sei Dank nicht populistisch und haben dieser Regelung zugestimmt. (Abg. Lechner-Sonnek: „Nein, das stimmt nicht!“)

Sie haben dieser Regelung 1997 zugestimmt. Damals haben wir auch beschlossen, dass die Pensionsregelung bleibt, sage ich Ihnen und das ist die Grundlage für heute. Heute verhalten Sie sich hier anders, wir nehmen es zur Kenntnis. Ich finde es aber schade. Bedanke mich aber bei den Fraktionen der Freiheitlichen Partei und der Sozialdemokratischen Partei, dass wir zu einer so großen Mehrheit hier im Hause kommen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 12.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Abänderungsantrag der Grünen betreffend Pensionsantrittsalter für Politiker/Politikerinnen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich wiederhole: Ich bringe zur Abstimmung den Abänderungsantrag der Grünen betreffend Pensionsantrittsalter für Politiker und Politikerinnen und darf um ein Zeichen mit der Hand bitten. (Abg. Lechner-Sonnek: „Zur Geschäftsordnung! Warum wird noch einmal abgestimmt?“)

Weil die beiden Herren vor mir gestanden sind und ich nicht gesehen habe, wer die Hand hebt. (Abg. Lechner-Sonnek: „Aber es wurde alles verstanden. Alle Abgeordneten haben gehört, was gesagt wurde und haben aufgezeigt!“)

Es tut mir leid, Frau Klubobfrau, aber ich habe nicht gesehen, der Herr Landesrat und der Herr Abgeordnete sind unmittelbar vor mir gestanden. (Abg. Lechner-Sonnek: „Die ÖVP hat mitgestimmt bei unserem Antrag!“)

Bitte, noch einmal ein Zeichen mit der Hand, wer für den Abänderungsantrag der Grünen betreffend Pensionsantrittsalter für Politiker und Politikerinnen stimmt. Ein Zeichen mit der Hand, bitte. (Abg. Lechner-Sonnek: „Also, das ist nicht okay!“)

Es tut mir leid. (Abg. Lechner-Sonnek: „Es hat aber eine Abstimmung stattgefunden, Frau Präsidentin!“) Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Ich bitte um ein deutliches Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat die erforderliche Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 9 und 10 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.
Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

9. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 544/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Offenhaltung der Volksschulen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Dr. Magda Bleckmann.

Abg. Mag. Bleckmann (12.24 Uhr): Danke!

Es geht um den Antrag, Offenhaltung der Volksschulen. Dazu hat die Landesregierung eine Stellungnahme abgegeben:

Gemäß Paragraph 51 Absatz 3 des Schulunterrichtsgesetzes endet die gesetzliche Aufsichtspflicht mit der Beendigung des Unterrichts. Die Lehrer der Schule sind somit nicht verpflichtet, darüber hinaus Schüler in der unterrichtsfreien Zeit zu beaufsichtigen. Eine Aufsichtsführung der Lehrer kann in diesem Fall nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Eine generelle Lösung würde eine Änderung bundesgesetzlicher Bestimmungen zum Beispiel über die Aufsichtspflicht erfordern.

Die Landesregierung führt weiters aus, dass es zwei weitere Möglichkeiten der Offenhaltung von Volksschulen gibt: Die Offenhaltung der Volksschulen im Rahmen der schulischen Betriebe in Form von Ganztagschulen sowie die Offenhaltung der Volksschulen ohne Zusammenhang mit dem schulischen Bereich in Form eines Hortbetriebes oder einer Kindertagesstätte beziehungsweise Lernbetreuung.

Deshalb stellt der Ausschuss für Soziales und Kindergärten den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 544/1, der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Offenhaltung der Volksschulen, wird zur Kenntnis genommen. (12.25 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke! Wir kommen zur Berichterstattung, Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 248/2, zum Beschluss Nr. 150 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Drexler, Mag. Koller, Halper, Graf und Gödl, betreffend „Nachtbussystem für Jugendliche“.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler.

Abg. Mag. Drexler (12.26 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Vorweg noch der Bericht zum Tagesordnungspunkt 10:

Es handelt sich um eine Regierungsvorlage zum Beschluss Nr. 150 des Steiermärkischen Landtages vom 8. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Drexler, Mag. Koller, Halper, Graf und Gödl, betreffend „Nachtbussystem für Jugendliche“.

In dieser Regierungsvorlage werden konkrete Projekte, so wie die Förderungskriterien für Nachtbussysteme, vorgestellt. Dies wurde in der letzten Ausschusssitzung behandelt und ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 150 des Steiermärkischen Landtags vom 7. Mai 2001 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Drexler, Mag. Koller und Gödl, betreffend „Nachtbussystem für Jugendliche“, wird zur Kenntnis genommen. (12.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich als Erster der Herr Abgeordnete Drexler. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Mag. Drexler (12.27 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wie Sie schon dem Bericht entnommen haben, haben wir ungefähr vor einem Jahr hier im Landtag das Thema „Nachtbusse“ besprochen. Das heißt die Frage, wie insbesondere in ländlichen Gebieten Jugendliche am Wochenende, insbesondere aber auch sonst am Abend nach Hause kommen sollen, wenn öffentliche Verkehrsmittel nicht funktionieren. Wenn wir es oft nicht wollen, dass sie mit Autos, Mopeds oder sonst irgendwelchen Kraftfahrzeugen durch die Gegend fahren, weil ja gelegentlich am Wochenende oder bei sonstigen Gelegenheiten auch alkoholische Getränke genossen werden, hoffentlich nicht in so großem Umfang, dass wir das massiv zu kritisieren hätten. Aber jedenfalls ist unser Ansinnen gewesen, möglichst in weiten Teilen der Steiermark eine Versorgung mit öffentlichen Verkehrsmitteln, mit solchen Nachtbussen, sicherzustellen, auch zu Zeiten, wo üblicherweise die öffentlichen Verkehrsmittel nicht fahren, ein sicheres Nachhausekommen zu ermöglichen; nicht angewiesen zu sein auf mehr oder weniger verlässliche Mitfahrgelegenheiten und sich auch selbst nicht in das Abenteuer stürzen zu müssen, spät nachts oder spät abends sozusagen den Heimweg anzutreten.

Mittlerweile liegt uns nun hier diese Regierungsvorlage vor, in der unter anderem eine Reihe von Projekten, die durch diese Initialzündung der Diskussion hier möglicherweise ermuntert stattgefunden haben. Es gibt Projekte in Judenburg, in der Region Aichfeld. Es gab ein Pilotprojekt im Bezirk Leibnitz und es gibt schon aus einer Zeit vor unserer Debatte insbesondere im Ennstal ein sehr erfolgreiches Projekt im Bezirk Liezen in diesem Zusammenhang. Nicht zuletzt gibt es auch ein Projekt, das seitens des Regionalentwicklungsvereines „Mostwärts“

ins Leben gerufen wurde und im Bereich Laßnitzhöhe/Sankt Marein bei Graz und dergleichen mehr solche Leistungen nun anbietet. Es gibt auch – und in diesem Zusammenhang ist dem Jugendlandesrat Hermann Schützenhöfer zu danken – Förderungen nach gewissen Förderungskriterien für derartige Projekte und diese Förderungen sind sichergestellt worden, die wurden auch in Anspruch genommen. Und ich glaube, damit ist ein wesentlicher Beitrag für ein sicheres Nachhausekommen am Abend geleistet worden.

Was aus meiner Sicht jetzt hier noch hinzuzufügen wäre ist, dass wir auch regionale Initiativen, Verantwortungsträger vor Ort bis hin natürlich auch zu den Betreibern der Gastronomiebetriebe, bis hin zu den Festveranstaltern und dergleichen, mehr ermuntern müssen, zusätzlich solche Initiativen zu starten, denn noch ist von einer flächendeckenden Versorgung in diesem Zusammenhang nicht zu reden. Es gibt einige Projekte – Gott sei Dank –, eines, das ein Pilotprojekt war, ist sozusagen jetzt wieder nicht mehr in Betrieb. Aber ich glaube, es ist einfach von dieser Stelle der Appell an alle, die sich in dem Zusammenhang engagieren, zu richten, möglichst viele derartige Projekte ins Leben zu rufen, die Förderung des Landes dabei in Anspruch zu nehmen, vor allem aber nach Möglichkeit für eine möglichst flächendeckende Versorgung mit derartigen Dienstleistungen zu sorgen. Ich glaube, dass das im Interesse insbesondere der Jugendlichen wäre, vor allem aber auch im Interesse vieler besorgter Eltern, dass man mit solchen Nachtbusssystemen ein sicheres Nachhausekommen gewährleistet. Ich glaube, dieser Appell sollte von dieser Stelle losgehen und daher bitte ich Sie auch, die Regierungsvorlage zur Kenntnis zu nehmen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 12.30 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Kröpfl zu Wort gemeldet. Ich erteile es dir.

Abg. Kröpfl (12.30 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Frau Landeshauptmann!

Ich melde mich zum Tagesordnungspunkt „Offenhaltung der Volksschulen“ – das ist ein Antrag der ÖVP. (Abg. Bittmann: „Von wem ist der Antrag?“)

Entschuldigung, ich darf korrigieren, das ist ein Antrag der FPÖ – das ist ganz wichtig. Ich bekenne mich dazu, dass ich einen Fehler gemacht habe. (Abg. Gennaro: „Das ist Größe!“) Die FPÖ stellt den Antrag, dass die Volksschüler bis 13.30 Uhr beaufsichtigt werden sollen, weil in dieser Zeit manche Eltern Probleme mit der Beaufsichtigung der Schüler haben. Dazu gibt es eine sehr umfangreiche Stellungnahme der Fachabteilung. Diese Stellungnahme sagt eindeutig, wer für die Beaufsichtigung zuständig ist. Für mich war auch klar erkennbar, worauf man hinaus will. Man möchte wieder haben, dass man die Lehrer dazu einteilt. Sie sollen ein bisschen länger in der Schule bleiben und das Ganze soll wahrscheinlich auch nichts Zusätzliches kosten, weil keine Budgetmittel dafür vorhanden sind. Ich möchte dazu eines feststellen: Einerseits sehen wir die Schule als eine Bildungseinrichtung und nicht als eine Aufbewahrungsstätte.

Andererseits meine ich, dass wir, verehrte Damen und Herren, durchaus die Möglichkeit zur Beaufsichtigung der Schüler außerhalb der Unterrichtszeit haben, indem wir Horte oder Tagesstätten mit einer Lernbetreuung und so weiter einrichten. Das ist im Gesetz alles vorgesehen. Dazu müssten Sie, die Antragsteller, aber auch initiativ werden, damit das umgesetzt werden kann. Dazu wären aber Budgetmittel notwendig, und zwar vom Bund und vom Land und natürlich auch von den Gemeinden. Aber da putzt man sich dann ab und sagt, das ist alles zu teuer, das können wir uns alles nicht leisten. Wo früher diese Kindergartenmilliarde sehr viel dazu beigetragen hat, dass man auch ganztägige Betreuungen anbieten konnte, da fehlt das heute. Da wäre eine Initiative von Seiten der Freiheitlichen gefragt und wünschenswert, wie Sie auch in anderen Bereichen durchaus Initiativen setzen, die sehr fragwürdig sind. Ich verweise dabei auf die Bürgerwehr oder die Einrichtung dieser Hilfssheriffs, was überhaupt keinen Sinn ergibt und bezweifelt wird. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „Das kostet aber sehr viel!“)

Sie können auch ein Modell zur Beaufsichtigung der Schüler entwickeln, was nichts kostet. Da wird es auch kein Problem geben.

Das Einfachste, lieber Kollege Wiedner, ist, alles auf die Lehrer abzuwälzen, weil die haben einen breiten Buckel und halten das aus. Wir haben kein Problem damit. Ich würde euch empfehlen, bevor ihr solche Anträge stellt, im Gesetz nachzuschauen, welche Möglichkeiten es bereits gibt und diese Möglichkeiten solltet ihr in diesem Zusammenhang ausnützen. So viel zu diesem einen Thema.

Was mich heute besonders betroffen gemacht hat ist, dass in der Präsidialkonferenz unser Entschließungsantrag betreffend der „Neuen Mittelschule Klusemannstraße“ nicht zugelassen wurde. Ich werde ihn aber trotzdem einbringen. Für mich gibt es nämlich einen inhaltlichen Zusammenhang zu diesem Antrag der Freiheitlichen: Im Schulversuch „Neue Mittelschule“ gibt es auch ganztägige Schulbetreuung. Wenn dieser Schulversuch gestoppt oder ausgehungert wird, dann wird diese ganztägige Schulbetreuung fallen.

Ein zweiter Grund, warum ich diesen Entschließungsantrag einbringen werde, ist der, dass ein dringender Handlungsbedarf gegeben ist, damit dieser Schulstandort, damit dieser Schulversuch erhalten wird. Der Landeschulrat hat mit einer Weisung vom 18. März dieses Jahres die Schulleitung des Schulverbundes Klusemannstraße beauftragt, die Personalplanung und die Unterrichtsplanung für 2002/2003 nach dem Normstundenkontingent, wie für ein Bundesrealgymnasium oder für ein Bundesgymnasium üblich, auch für diesen Schulversuch so zu erstellen, und das, meine Damen und Herren, bedeutet das Aus für diesen Schulversuch. Obwohl immer wieder gesagt wird, wir brauchen die Chancen für unsere jungen Menschen, wir müssen der Jugend eine Chance geben, dann frage ich mich schon, weshalb dann rundherum gespart wird, meine Damen und Herren! Wenn wir im Bildungsbereich sparen, dann geben wir der Jugend keine Chance, dann nehmen wir der Jugend

die Chance auf eine sehr gute Ausbildung. Was noch weh tut ist, dass gerade ein erfolgreicher Schulversuch, wie es dieser Schulversuch der „Neuen Mittelschule“ ist, wo eine Kooperation zwischen AHS und den Hauptschulen besteht, „ausgehungert“ wird, indem man ihm einfach nicht mehr die notwendigen Werteinheiten zur Verfügung stellt.

Im Vergleich dazu gibt es wesentlich weniger erfolgreiche Schulversuche, die weiter bestehen. Ich erinnere an den Schulversuch der Realschule. Sagen Sie mir, wo dieser Schulversuch erfolgreich ist. In den ersten vier Jahren gibt es Schüler genug. Da passt es, weil da umgeht man das Leistungsgruppenprinzip in der Hauptschule. Es gibt in der 6. Schulstufe nur noch zwei Klassen in der ganzen Steiermark. Das ist doch ein Zeichen dafür, dass dieser Schulversuch gescheitert ist.

Noch ein wesentlicher Punkt, verehrte Damen und Herren: Der Schulversuch „Realschule“ baut darauf auf, dass es als Abschluss eine mittlere Reife gibt. Wo ist denn bitte die mittlere Reife? Was hat man damit erreicht? Überhaupt nichts. Es hat immer geheißen, die Wirtschaft wird bei der Realschule einspringen. Bis heute ist leider nichts passiert. Dort fließen aber Stunden aus dem Stundenkontingent hinein und diese Stunden gehen uns natürlich gerade bei den erfolgreichen Schulversuchen ab. Diese Stunden gehen uns dann ab, wenn es um Schulqualität geht. Verehrte Damen und Herren, bitte überlegen Sie sich auch diese Situation. Wir haben jetzt Mitte April und die Planung muss bis zum Ende des Schuljahres abgeschlossen sein. Deshalb ersuche ich Sie auch, diesem Entschließungsantrag zuzustimmen.

Auch Herr Landesrat Schützenhöfer hat schon signalisiert, wenn wir den Punkt zwei umändern, und dazu sind wir bereit, wenn dieser Antrag angenommen wird, dass die ÖVP dann mit diesem unserem Entschließungsantrag mitgeht. Ich fordere Sie daher auf, meine Damen und Herren, im Sinne der Schüler, im Sinne der jungen Menschen in der Steiermark und vor allem im Sinne jener Schülerinnen und Schüler, die von dieser Schließung betroffen wären, unseren Entschließungsantrag mitzubeschließen und den Schulversuch „Neue Mittelschule“ nicht auszuhungern, sondern ihn mit den entsprechenden Finanzmitteln zu versehen. Ich hoffe, dass es im Landesschulrat nicht irgendwelche Köpfe gibt, die deswegen gegen den Schulverbund sind, weil es ein rotes Modell ist und die Realschule aufrechterhalten, weil es ein schwarzes Modell ist. Ich glaube, die parteipolitische Zuordnung sollte in dem Fall keine Rolle spielen, sondern man sollte wirklich darauf achten, dass jene Schulversuche weitergeführt werden, die erfolgreich sind, die für die Schüler, die uns anvertraut sind, etwas bringen und die für die Zukunft unserer Schüler besonders wichtig sind.

Ich bringe daher den Entschließungsantrag der SPÖ zum Schulverbund „Neue Mittelschule – Schulverbund Graz-West“ ein. Ich werde mir eine ausführliche Begründung sparen und gehe nur auf ein paar Punkte ein, was es bedeuten würde, wenn dieser Schulversuch nicht mehr stattfindet. Das bedeutet im Konkreten: erstens das Ende des ZweilehrerInnensystems und der Kooperation von HS- und AHS-LehrerInnen; zweitens den Abzug der AHS-LehrerInnen von den HS-Standorten; drittens den Abzug der HS-LehrerInnen vom AHS-Standort; viertens also insgesamt drastische Einsparungen im Personalbereich; fünftens die Verweisung – und das ist ganz wichtig – der nicht AHS-reifen SchülerInnen vom AHS-Standort und deren Einschulung an einer Hauptschule; sechstens keine Klassenteilungen im Sprachunterricht sowie siebentens die Streichung von bildungspolitisch sinnvollen, ja unabdingbaren Zusatzangeboten, wie zum Beispiel eine zweite lebende Fremdsprache, Mathematik – Informatik, naturwissenschaftliches Labor, Förderunterricht in den Hauptfächern.

Ich glaube, mit diesen Punkten sieht man, wie bedeutend dieser Schulversuch ist. Wir stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, damit der Schulversuch „Neue Mittelschule – Schulverbund Graz-West“ mit seinen pädagogischen Errungenschaften wie bisher weitergeführt werden kann sowie zweitens die erforderlichen finanziellen Mittel, sofern sie vom Bund nicht mehr getragen werden, seitens des Landes bereitzustellen, wobei ich nochmals betone, dass wir zur Abänderung des Punktes zwei bereit sind, wenn dieser Entschließungsantrag angenommen wird und um diese Annahme ersuche ich Sie recht herzlich! (Beifall bei der SPÖ. – 12.40 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste hat sich die Frau Abgeordnete Graf zu Wort gemeldet. Ich möchte Ihnen das Wort erteilen.

Abg. Graf (12.40 Uhr): Frau Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landesrat! Werte Zuhörer!

Der Herr Abgeordnete Drexler hat geendet mit der Anregung betreffend die Nachtbusssysteme, doch alle aufzufordern, hier noch mehr Systeme in die Wege zu leiten, noch mehr zu tun, damit unsere Jugend spät abends Möglichkeiten hat nach Hause zu fahren, damit sich die Eltern nicht so viele Sorgen machen müssen. Sorgen müssen sich die Eltern auch in anderen Bereichen machen, auch wenn die SPÖ das nicht glaubt und glaubt, die Eltern haben hier keine Sorgen, so sage ich, haben Mütter doch Sorgen, wenn sie ein Kind in der Volksschule haben und kurzfristig irgendwelche Stunden ausfallen und keine Betreuungsmöglichkeit für ihr Kind vorhanden ist und sie somit mehr oder weniger dann kurzfristig vor einem Problem stehen: Mein Kind aus der Volksschule kann ich nicht abholen, weil ich bei der Arbeit bin. Aber es gibt nicht die Möglichkeit, dass das Kind für eine Stunde länger dort in der Volksschule bleiben kann und dort nicht in einer Aufbewahrungsstätte, wie Sie das beurteilen, Herr Kröpfl, weil ich muss sagen, dieses Wort möchte ich grundsätzlich nicht in den Mund nehmen, weil für die Kinder gibt es keine Aufbewahrungsstätten. (Abg. Kröpfl: „Der Antrag geht auf das hinaus als Aufbewahrungsstätte!“)

Und wenn Sie sagen, das ist eine Bildungseinrichtung, dann kann das sehr wohl auch sein, denn der Lehrer hat ja dann in dieser Zeit, wo er dieses Kind beaufsichtigt oder diese Kinder beaufsichtigt, die Möglichkeit, ihnen Wissenswertes weiterzugeben und ihnen etwas für die Zukunft mitzugeben.

Im Kindergarten stellt sich das Problem nicht so dar, denn die Kindergartenzeiten sind meistens bis 13 oder 14 Uhr, dass eben berufstätige Mütter die Möglichkeit haben die Kinder abzuholen. Und wie das in der Volksschule ist, habe ich eben schon gesagt. Manchmal endet die Schule vor 12 Uhr, manchmal endet sie erst um 13 Uhr und manchmal entfallen einfach Stunden. (Abg. Kröpfl: „Erst seitdem es diese Regierung gibt. Früher sind diese Stunden suppliert worden!“)

Und daher stellen wir diesen unselbstständigen Entschließungsantrag, Herr Kröpfl.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund mit der Forderung heranzutreten, dass in Volksschulen jeweils eine Klasse für Kinder, deren betreuender Elternteil teilzeitbeschäftigt ist, bis mindestens 13.30 Uhr offen gehalten wird und die Kinder in dieser Zeit durch eine Lehrperson beaufsichtigt werden, wobei mittels einer Änderung des Schulunterrichtsgesetzes die Aufsichtspflicht der Lehrer in Volksschulen ausgedehnt werden müsste.

Und im Sinne der Sorgen der Eltern bitte ich Sie, dem zuzustimmen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 12.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (12.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landeshauptfrau! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen und Zuhörer!

Ich werde mich kurz zu dem Thema „Nachtbus“ melden. Das Thema „Nachtbus“ ist nicht nur eines, das speziell jetzt die Jugendlichen anbelangt, mit der Sicherheit zu tun hat. Es ist auch ein soziales Thema und es hat auch sehr viel natürlich mit Verkehrspolitik zu tun.

Zum Thema „Sicherheit“: Wir haben gerade, Sie werden das ja auch gelesen haben, in den letzten Tagen wieder die Meldungen gehabt über den wirklich erschreckenden Alkoholmissbrauch und Alkoholkonsum, nicht zuletzt unter Jugendlichen und nicht zuletzt auch unter Minderjährigen. Und es ist daher eine gute Sache, wenn Nachtbusse für Jugendliche eingerichtet werden unter dem Motto „Diskobusse“ etwa. Aber Sie werden mir zustimmen, dass man das Problem nicht, wie ich schon vorhin erwähnt habe, mit einer „End-of-Pipe“-Lösung, das heißt von hinten aufziehen kann, indem man sagt, na, die sollen sich ruhig niedersaufen, dann führen wir sie mit dem Nachtbus nach Hause. Das unterstelle ich Ihnen nicht, ich stelle das nur fest. Ich stelle das deshalb fest, weil diese selbe Koalition von ÖVP und Freiheitlichen auf der Bundesebene nichts Besseres zu tun hat als die Gewerbeordnung novellieren zu wollen, wo genau jene beiden Paragraphen herausfallen sollen, die hier eine ganz zentrale Rolle spielen. Die Paragraphen 149 bis 151 der Gewerbeordnung betreffend den so genannten Jugendgetränkparagraphen, wonach – Sie kennen diese Regelung – alkoholfreie Getränke angeboten – zumindest zwei – werden müssen, die nicht teurer sind als das billigste alkoholische Getränk, werden ersatzlos gestrichen. Bravo, Bartenstein, Rossmann und Co. lassen grüßen! Das ist schon schizophren, wenn man auf der einen Seite den Kampf gegen die Drogen beschwört nicht zuletzt hier in dem Landtag, lautstark und überhaupt und sowieso und auf der anderen Seite, in der Praxis geht man dann her und macht einfach das Gegenteil, wenn es um den Cash geht. Dann ist die Stunde der Wahrheit, wenn die Kassa aufgemacht wird.

Dasselbe gilt für die Abgabe von Alkohol an Jugendliche als solche, das ist zwar noch im Jugendschutzgesetz geregelt, aber war bisher in der Gewerbeordnung und hat auch durchaus dort hingehört, weil da hat man direkte Exekutionsmöglichkeiten gehabt bis zum Entzug der Genehmigung. Das soll auch herausfallen. Was soll man dazu noch sagen?

Das Zweite, der soziale Aspekt. Ein Nachtbusssystem, übrigens, ich komme zum Schluss, weil ich nehme die Schlussfolgerung vorweg, das war auch die Folgerung meiner Vorrednerin und Vorredner, ein Nachtbusssystem ist tunlichst flächendeckend einzurichten. Und das ist keine Illusion. Wir haben uns als Grüne mit dieser Materie in den letzten Monaten und Jahren intensiv beschäftigt, nicht zuletzt jetzt eben auch in Hinblick auf unseren Vorstoß für die Einrichtung eines Nachtbusystems in Graz, der für das Erste einmal – Gott sei Dank – erfolgreich war. Der Grazer Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung einen einstimmigen Beschluss gefasst auf Antrag der Grünen, dass eine Studie erstellt werden soll, ein Vorschlag für die Einführung eines versuchsweisen Nachtbusystems für Graz. Wenn man sich also das anschaut außerhalb der Steiermark und außerhalb Österreichs, dann wird man feststellen, dass, wenn man nur auf die Nachbarländer jetzt schaut, auf die deutschsprachigen, Deutschland und Schweiz, das dort in der Tat flächendeckend eingeführt ist. Die Eidgenossen haben ein Nachtbusssystem nicht nur in den Städten, die haben das auch am Lande, in den weniger dicht besiedelten Gebieten und die SBB, die Schweizerische Bundesbahn, wirbt mit einem Slogan: „Sie versäumen keinen Zug, Sie kommen immer nach Hause!“ Warum? Weil die Schweizer fahren zwischen den Städten von Basel nach Luzern und von Bern nach Winterthur, wenn der letzte Zug gefahren ist, im Stundenrhythmus mit dem Nachtbus weiter. Und das hat nämlich einen weiteren Grund, weil sie wollen mit dieser Alternative zum Auto ganz bewusst etwas anbieten. Nicht umsonst fährt der Schweizer Bürger doppelt so viele Kilometer im Jahr mit der Bahn als sein österreichischer Nachbar, nicht zufällig. Und nicht zufällig hat die Steiermark, wenn wir schon beim Benchmarking sind, die rote Laterne unter allen österreichischen Bundesländern, was die Erschließung mit dem öffentlichen Verkehr

anbelangt. Das heißt, der Nachtbus ist mehr als nur ein Hilfsinstrument und ist mehr als nur ein Instrument, den Eltern die Sorgen zu nehmen, die berechtigten Sorgen, wie ihre Kinder nach Hause kommen, lebendig nach dem Diskobesuch.

Die Nachtbusse sind dort, wenn man sich das von der Benützung her in der Schweiz und in Deutschland anschaut, wo so etwas funktioniert, wo das oft eine einzige Erfolgsstory ist und laufend Linien eingerichtet und ausgeweitet werden, wenn man sich die Frequenzen und die Leute anschaut, natürlich auch eine Alternative für diejenigen Leute, die sich das nicht leisten können: 120 Schilling. Fragen Sie mich jetzt bitte nicht, wie viel Euro das sind. (Landesrat Schützenhöfer: „Nicht ganz 10 Euro!“) Ich sage, es sind in etwa 10 Euro, die sie sich einfach nicht so locker leisten können. Sehen wir doch dieser Tatsache ins Auge, dass die Schere zwischen Arm und Reich auch in diesem schönen Land aufgeht, und nicht zu.

Es gibt immer mehr Menschen, jetzt nicht nur Jugendliche und nicht nur mehr oder weniger Alkoholisiertere, die irgendwann einfach heimfahren oder überhaupt daheim bleiben müssen, die außerhalb von Graz sind, weil sie sich das nicht leisten können. Die einzige Alternative, die es gibt, wäre das Taxi oder auch das eigene Auto. Es gibt auch solche Menschen, Sie werden es kaum glauben, die sich ein Auto nicht leisten können. Für diese einigermaßen faire Lebensbedingungen zu schaffen, ist auch die Aufgabe eines Nachtbusystems. Schlussendlich spielt das eine große Rolle, nicht zuletzt bei jungen Leuten, wenn Sie sich das vergewissern, wann die ein Auto kaufen, wann sie beginnen, alles und jedes mit dem Auto zu erledigen, wenn die Leute eine Möglichkeit haben, ein öffentliches Verkehrsmittel zu benutzen, auch das zeigen alle Untersuchungen eindrucksvoll, selbst auch bei uns in Österreich. Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Benutzung des Autos, selbst zwischen dem Besitz des Autos und dem Erschließungsgrad mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Wo hängt also – das ist schon angesprochen worden vom Kollegen Drexler – ein derartiges Modell eines Nachtbusses, Diskobusses – jener in Leibnitz ist außerdem inzwischen schon wieder eingestellt worden. Ich denke, es hängt vordergründig im Wesentlichen an zwei Faktoren: Das eine ist die Siedlungsstruktur. Diese wird auch in der Regierungsstellungnahme angesprochen. Hier lässt wieder einmal die verhandelte Raumordnungspolitik grüßen. Das sind genau diese Geschichten, wo man jetzt die Rechnung bezahlt bekommt für das, was man jahrzehntelang verklopft hat. Natürlich ist es illusorisch, wie drinnen steht, einen Diskobus zu machen, der von einer Disko zur Tür, zum Wohnhaus, zum Wohnort fährt. Das Von-Tür-zu-Tür in der Steiermark kann man vergessen. Das ist nicht finanzierbar. Sie können mich jederzeit zitieren. Das geht nicht. Das geht nur mit einem Taxi und eventuell in günstigen Lagen dann mit Sammeltaxisystemen. Ein einigermaßen finanziell tragbares System besteht in einem Bussystem und das ist natürlich von Tür zu Tür bei uns oder innerhalb einer vertretbaren fußläufigen Entfernung bereits vielfach nicht mehr machbar. So schaut es aus. Das ist das eine. Das heißt, es ist letztlich, nachdem die Verhältnisse sind, wie sie sind, auch das einfach zum Anlass zu nehmen, in Sachen Raumordnung wenigstens heute zu beginnen umzudenken und die Weichen zu stellen, auch in dem Bewusstsein, dass es unter Umständen 100 Jahre dauern kann, bis man wieder die Früchte erntet.

Das zweite Hindernis ist dann das Geld. Damit sind allerdings sehr stark verbunden alle anderen Maßnahmen, wie das Finden von Sponsoren, Marketing und Ähnliches. Ich halte es für gut, für lobenswert und bin froh, dass Herr Landesrat Schützenhöfer als Verantwortlicher für die Jugend bereit ist, seinen Beitrag zu leisten – bravo. Sehr weit werden wir aber nicht kommen. Flächendeckend wird Herr Landesrat aus seinem Budget das Nachtbusssystem in der Steiermark nicht auf die Beine stellen können. Das ist auch überhaupt nicht sein Job. Eigentlich wäre Herr Landeshauptfraustellvertreter an dieser Stelle gefragt. Ich sehe ihn im Moment nicht. (Abg. Schrittwieser: „Den interessiert das nicht, Herr Hagenauer!“) Es ist wahrscheinlich auch kein Zufall. Wenn er auch jetzt gerade verhindert wäre, kann passieren, dann wäre es trotzdem zu erwarten gewesen, dass er sich jetzt, nachdem er doch schon einige Zeit in Amt und Würden ist, zu dem Thema einmal „hinausgelehnt“ hätte. Das darf man von ihm verlangen. Hat er aber nicht. Keine Silbe kommt aus dieser Richtung. Eigentlich ist es er, der in Vorlage treten müsste – wie man so schön sagt. Er müsste der Hauptfinanzier sein und der Hauptmotor eines derartigen Projektes. Ist er aber nicht, wie in allen anderen Bereichen auch – von Inseraten in Brauchtumskalendern einmal jetzt ganz abgesehen. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 12.56 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Lackner zu Wort gemeldet. Ich erteile es dir.

Abg. Mag. Lackner (12.57 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

Ich melde mich zum Tagesordnungspunkt, der sich um die Schulen und um die Offenhaltezeiten in der Volksschule dreht. Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt auch erweitert sehen, wie unsere Fraktion insgesamt, was den Schulverbund in Graz-West betrifft. Diesen Schulverbund gibt es seit zehn Jahren und er ist ein gelungenes Schulmodell in Graz mit Bedeutung auch für die Bezirke Graz-Umgebung, Deutschlandsberg und Leibnitz – wenn man sich die Zahlen anschaut. Vor einem Jahr war es, dass mit Fug und Recht bei der Zehn-Jahres-Feier des Schulverbundes dieser Erfolgsweg gepriesen worden ist. Wenn man die Zahlen anschaut und dazu komme ich jetzt, muss man wirklich sagen, dass dieser Schulverbund eine ganz wesentliche Bereicherung in der Schullandschaft im Großraum Graz darstellt. Einige Beispiele für diesen Erfolgsweg, der vor zehn Jahren eingeschlagen wurde:

Die Verdoppelung der Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Hauptschulstandorten Karl Morre, Algersdorf, Straßgang und Puntigam; eine überaus hohe Akzeptanz bei den Eltern, was sich auch darin äußert, dass sie sehr gerne bereit sind, bei allen Projekten mitzutun; die Entwicklung von Qualitätsstandards und Vernetzung innerhalb der Schulen, aber auch innerhalb der Lehrer und Lehrerinnen; eine kontinuierliche Innovationsarbeit, die auch in wissenschaftlicher Art begleitet wird und die auch anderen Schulen, nicht nur in der Steiermark, ein gutes Vorbild geben kann; die optimale Zusammenarbeit von Hauptschullehrerinnen und -lehrern und AHS-Lehrerinnen und -lehrern durch den so genannten verschränkten Lehrer- und Lehrerinneneinsatz an den Standorten, das heißt, Hauptschullehrerinnen und -lehrer unterrichten an AHS und umgekehrt. Es werden Synergieeffekte erzielt, die durch bloße Konferenzen theoretischer Art gar nicht erreicht werden können und es ist ein Schulmodell, wie schon erwähnt, das auch Schüler und Schülerinnen aus anderen Bezirken anspricht. Die Attraktivität steigt auch deswegen, weil dieses Schulmodell eine wirkliche Entscheidung in den Jahren von zehn bis 14 ermöglicht, welche Schul- oder Berufslaufbahn eingeschlagen werden soll. Diese bessere schulische und berufliche Richtungsentscheidung ist auch nachgewiesen.

Was aber ganz besonders wichtig ist und deswegen melde ich mich auch zu diesem Punkt zu Wort, ist, dass es das richtige Modell für einen Ballungsraum wie Graz und Graz-Umgebung ist. Obwohl das System der Schulen zwischen Hauptschule und AHS sehr durchlässig ist, wählen in Ballungsräumen die Eltern einfach die AHS, um in dieser Schulform dann die weitere Entscheidung zu treffen. Ich möchte jetzt schon die künftigen Zeitungsmeldungen, die im April und Mai noch erscheinen werden, vorab zitieren, weil wieder berichtet werden wird, wie übervoll die AHS und die BHS in Graz im Herbst sein werden, dass es wahrscheinlich auch wieder da und dort Wanderklassen geben wird und im Gegensatz dazu sind die Hauptschulen wahrscheinlich wieder leer.

Und es ist, glaube ich, auch an der Zeit, alte schulische Strukturen hintanzustellen, wenn man weiß, dass es andere Modelle gibt, die zum Beispiel die Probleme in einem Ballungsraum wie Graz, Graz-Umgebung und mit Auswirkung auf andere Bezirke, wie bessere Modelle dieses Problem in den Griff bekommen. Es gab seit diesem Schreiben des Landesschulrates an das BG/BRG Klusemannstraße zahlreiche Initiativen an allen Standorten des Schulverbundes von den Elternvertretern. Es gab gemeinsame Stellungnahmen der Elternvertreter aller Schulen. Es gab Briefe an Behörden, an die Politik, auch an die Medien und es gab natürlich auch Unterschriftenlisten. Und aus all dem ist zu ersehen, dass Eltern und Lehrer/Lehrerinnen bereit sind alles zu unternehmen, um den Schulverbund in die nächsten Jahre zu retten. Das befürchtete Aus des Schulverbundes wurde schon von Walter Kröpfl hier beschrieben. Es wäre ein absoluter Rückschritt in eine pädagogische Steinzeit, wenn Graz dieses Schulmodell ab dem kommenden Herbst nicht mehr hätte und vor allem wäre vielen Kindern und Jugendlichen mit diesem Lernkonzept die Chance genommen, das wirklich überall anerkannt wird.

Auf Grund der Initiativen der Schulen hat der Grazer Gemeinderat vorige Woche einen gemeinsamen Antrag einstimmig beschlossen, der in eine Petition gegossen worden ist. Und diese Petition ist wieder an Land und Bund gerichtet. Das heißt, es wird sich der Landtag auch wieder mit dieser Petition beschäftigen. Und die Petition ist so formuliert, dass alle Maßnahmen zu ergreifen sind, damit dieser Schulverbund im Herbst weitergehen kann. Es sind hunderte Schülerinnen und Schüler mit ihren Eltern und Lehrern und Lehrerinnen betroffen. Sie haben sehr wohl ein Recht, dass wir ihnen unsere Unterstützung geben. Und es ist sehr, sehr schade, wenn unser Antrag heute erstens nicht zugelassen wird und zweitens auch keine Unterstützung findet. Es geht nämlich um die Sicherung von Schulqualität, es geht um die Identifizierung der Region mit diesem Schulmodell. Es müssen die Schulverbände auch ins Regelschulwesen übernommen werden und nicht immer von einem auf das andere Jahr „vielleicht“ genehmigt werden durch die entsprechende Zuteilung von Werteeinheiten. Es müssen einfach auch die nötigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Heute früh ist ein Brief auf unseren Tischen gelegen. Er ist von einem Schüler des BG/BRG Klusemannstraße und ich möchte ihn zum Schluss noch ganz kurz – zumindest zwei Zeilen davon – Ihnen auch zur Kenntnis bringen, wenn Sie ihn selbst nicht gelesen haben. Der David Poier beschreibt die Gründe, wieso er und seine Kollegen und Kolleginnen in der Schule für die Erhaltung des Schulverbundes sind. Zum Schluss schreibt er: „Wir haben das Gefühl, dass unsere Lehrer auf unsere Interessen und Fähigkeiten gut eingehen. Wir wollen auf unsere Schule, so wie sie jetzt für uns da ist, nicht verzichten. Könnten Sie auf unsere Wünsche antworten?“ Das ist die Frage, die der David Poier zum Schluss stellt. Die Antwort, die heute die Mehrheit in diesem Haus, nämlich die Mehrheit der ÖVP und FPÖ gibt, ist, dass diesem Schulverbund nicht unter die Arme gegriffen wird, wie das zum Beispiel das Land Wien sehr wohl macht für die kooperativen Mittelstufenmodelle und dass es sehr, sehr schade ist im Sinne einer wirklich zukunftsorientierten Schulausbildung für Kinder und Jugendliche in der Steiermark. Leider ist das die Antwort, die heute aus diesem Haus geht. Oder Sie überlegen es sich und können unseren Antrag dahin gehend mit unterstützen, dass der Landesschulrat die entsprechenden Werteeinheiten so verteilt, dass auch der Schulverbund eine sehr, sehr gute und erfolgsversprechende Zukunft hat. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich darf es Ihnen erteilen.

Abg. Wiedner (13.05 Uhr): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Landesräte! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte bei diesem Punkt keine Diskussion über die Lehrer und die Lehrerschaft vom Zaune brechen. Nur, der Kollege Kröpfl hat es schon ein bisschen herausgefordert.

Die Lehrerschaft zählt meines Wissens nicht zu den unterprivilegierten Bevölkerungsschichten.

Ich glaube, da kannst du mir zustimmen, sind wir uns da einig? (Abg. Kröpfl: „Zähl ein paar Privilegien auf!“)

Ich sage dir ein Privileg: Unser Schulwart hat einmal nachgezählt, wie viele Tage der Lehrer wirklich in der Volksschule ist. (Abg. Kröpfl: „70, 90 Stunden und mehr!“) Weißt du, auf wie viele Tage er gekommen ist? Weißt du, wie viele Tage der Volksschullehrer in der Schule ist?

171 Tage im Jahr! (Abg. Kröpfl: „Hast du vom Jahreskontingent gehört?“) 171 Tage im Jahr ist der Lehrer in der Schule. (Abg. Kröpfl: „Das war aber ein fleißiger Lehrer!“) Das ist eine ganz tolle Sache, die will ich gar nicht bewerten. Aber eines steht wahrscheinlich im Gesetz auch nicht und das hast du ja über das Gesetz angezogen, wie die Kollegin Graf das gesagt hat, es steht sicherlich nichts im Gesetz drinnen, dass du persönliches Engagement an den Tag legen darfst und etwas machen kannst und nicht eine Aufbewahrungsstelle daraus machst und sagst, diese halbe Stunde bin ich bereit oder sind der eine oder andere Lehrer bereit, im Wechsel eine sinnvolle Beaufsichtigung durchzuführen. Also ich glaube nicht, Kollege Kröpfl, dass das im Gesetz drinnen steht, dass du und deine Kollegen das nicht machen dürfen.

Es hängt nicht immer alles – das ist nicht nur im Schulbereich so, sondern in vielen Bereich, in anderen Bereichen auch – vom Geld ab. Es wird immer gesagt, es gibt dort kein Geld, es gibt da kein Geld und weil wir kein Geld haben, können wir das nicht machen. Ich sehe in weiten Bereichen oft, dass jene Initiativen, die mit persönlichem Engagement getragen werden, oft weit besser finanzieren als jene, die nur auf Grund der finanziellen Zuschüsse funktionieren. Also das ist wirklich kein Argument dafür, dass man sagt, es geht nicht, weil wir haben dafür kein Geld. Das kann nicht die Ausrede sein, dass man ein bisschen mehr Engagement im Sinne der Kinder, der euch anvertrauten Kinder, machen würde.

Mit Bedauern – das geht aber jetzt in ein anderes Thema, und zwar das Thema des Nachtbusses. Es tut mir Leid, dass der Kollege Hagenauer – schade, dass er nicht da ist – sich immer wieder durch verbitterte Rundumschläge, ich weiß nicht, was er da immer hat, ich glaube, das braucht er, sonst ist er nicht gesund, durch verbitterte Rundumschläge eigentlich eine gute Wortmeldung zusammenschlägt. Da sind viele Punkte dabei gewesen, speziell im Anbot für die Nachtbusse, wo er vollkommen Recht hat. Wenn der Bus irgendwo mitten im Ort stehen bleibt und das Kind oder der Jugendliche dann um 2 Uhr in der Nacht einen Kilometer oder weiß Gott wie weit nach Hause gehen kann, wird das Angebot sicherlich nicht sehr attraktiv sein. Da hat er vollkommen Recht. Ich habe das wirklich mit Bedauern feststellen müssen, dass bei uns im Bezirk Leibnitz dieser Bus eingestellt werden musste. Vor einigen Monaten mit großen Zeitungsmeldungen angekündigt, dass es passiert und stattfindet, gefördert wird und gemacht wird, war eine tolle Sache. Wenn ich nicht zufällig im Gemeinderat höre, dass das Ganze eingestellt ist, weiß man gar nichts davon im Bezirk. Das wird momentan jetzt totgeschwiegen, das gibt es nicht mehr, haben wir nicht mehr, wollen wir nicht mehr. Ich glaube, es ist schade um diese Idee, dass man sie jetzt nicht mehr weiterverfolgt.

Ich glaube, man hat da von den Verantwortlichen her und auch von den Gemeinden her zu rasch die Flinte ins Korn geworfen. Ich bin sicher, dass drei Monate, maximal vier Monate Beobachtungszeit wahrscheinlich zu kurz sind, um ein System wirklich einzuführen. Und der Nachtbus ist eine wichtige Einrichtung nicht nur für die Diskobesucher, sondern für viele andere auch. Es ist auch heute angesprochen worden, es gibt die Probleme, aber das wird die Gewerbeordnung nicht lösen. Es gibt die Probleme mit Lokalitäten, in denen die Jugendlichen mit 13, 14 Jahren mit Alkohol vollgemacht werden bis oben hin. Das kann man mit der Gewerbeordnung nicht lösen, das kann man wirklich nur mit strengen Kontrollen lösen. Ich sage eines, diese schwarzen Schafe sind vor den Vorhang zu holen und die haben mit allen Konsequenzen zu rechnen. Das bitte geht wirklich nicht, dass man hier 13- und 14-Jährige mit Alkoholaktionen und Billigstaktionen zum Trinken animiert. Und hier ist es aber sehr wichtig, dass es trotzdem noch eine Möglichkeit gibt, die Leute nach Hause zu bringen.

Ich bin selbst ein Betroffener, der des Öfteren um Mitternacht nach Leibnitz fahren muss, um die Tochter nach Hause zu bringen. Ich mache es allerdings sehr gerne, weil es wichtig und notwendig ist. Wenn es ein System gäbe, das funktioniert, wäre es besser. Ich würde bitten, Herr Landesrat, dass auch die Verantwortlichen vor Ort, die diese Aktion so groß verkauft haben, bestrebt sein sollten, diesen Versuch weiterzuführen und auf neue Beine zu stellen. Man sollte nicht so schnell die Flinte ins Korn werfen. Man sollte dies mit mehr Werbung und mit mehr Angeboten versuchen. Es wäre traurig, wenn das Nachtbusssystem damit gestorben wäre. (Beifall bei der FPÖ. – 13.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Margarethe Gruber zu Wort gemeldet. Ich möchte es dir erteilen.

Abg. Margarethe Gruber (13.11 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist wirklich alles Politik. Hier im Landtag muss ich sagen, super, schauen wir, dass wirklich jeder Ort mit einem Nachtbus erreicht werden kann. In meinem Bezirk, von Hohentauern bis über Obdach hinaus stündlich Freitag und Samstag, müsste ich dann vertreten, wer das bezahlen wird. Es ist nicht so einfach, wie es hier dargestellt wird. Es gibt die Realität und es gibt die Illusion. In diesem Zwischenbereich müssen wir uns treffen. Es ist wichtig, dass es dieses Nachtbusssystem für Jugendliche geben sollte. Es muss aber auch ganz genau definiert sein, wie wir es durchführen können. Wenn zum Beispiel Knittelfeld im Jahr 27.000 Euro bezahlen müsste, dann ist das ein Betrag, den eine Gemeinde kaum mehr aufbringen kann. Judenburg wäre mit 23.000 Euro betroffen. Das sind Beträge, die zusätzlich zu den Jugendmaßnahmen, die jede Kommune zu treffen hat, kaum erschwinglich sind.

Ich darf mich Kollegen Hagenauer anschließen: Speziell diese Paragraphen 149 bis 151 der Gewerbeordnung sind es, die den Kommunen besonders zu schaffen machen. In der Region Judenburg haben viele Orte sich bereit erklärt Projekte zu starten, die speziell auf dem Sektor Alkohol mit Jugendlichen arbeiten. Hier eine Aufweichung zu treffen, ist besonders schwierig und gleichzeitig auch zu fordern, es muss der Bus für Jugendliche bereitgestellt werden, der sie zu diesen Gaststätten bringt und zusätzlich kommt noch dazu, dass Wirte kaum bereit sind, sich dementsprechend einzubringen.

So haben sich die sozialdemokratischen Gemeinden entschlossen, Resolutionen zu verfassen, die verhindern sollen, dass es zum Wegfall dieser Verordnungen kommt. Es wäre auch schön, wenn sich das Land Steiermark zu einer solchen Resolution entschließen könnte, dass sehr viel für die Jugendlichen getan wird und es dazu kommt, dass diese Paragraphen weiterhin in der Gewerbeordnung verankert bleiben. (Beifall bei der SPÖ. – 13.15 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, außer Herr Landesrat meldet sich zu Wort.

Landesrat Schützenhöfer (13.15 Uhr): Das ist sehr schön, dass Sie mir das Wort geben, Frau Präsidentin, denn ich hätte bald auf meine Wortmeldung vergessen. In aller Kürze, meine Damen und Herren, darf ich zu den drei angesprochenen Themen Stellung nehmen.

Meine Damen und Herren, zum Nachtbus sage ich Ihnen Folgendes: Die Idee ist nicht neu, denn es gibt seit Jahren Versuche. Mich hat das Beispiel Liezen dazu bewogen, den Versuch zu unternehmen, den Bezirken das anzubieten. Ich weiß, es gibt Einwände von allen möglichen Leuten. Die Sicherheit der jungen Menschen ist es mir aber in jedem Fall wert, solche Nachtbuskonzepte zu unterstützen, denn in dem genannten Bezirk hat sich ganz eindeutig gezeigt, dass die Zahl der Unfälle drastisch gesunken ist. Der Nachtbus ist daher ein ganz entscheidender Beitrag dazu. Es wurde des Öfteren das Beispiel Leibnitz angesprochen. Das habe ich persönlich gut mitverfolgt. Ich sage Ihnen, dass es in diesem Bezirk so gewesen ist wie in vielen anderen Bezirken, dass nämlich die Bürgermeister einmal dagegen sind. Es war letztlich Christine Koller, auch mit Unterstützung von Peter Tschernko, aber insbesondere Christine, die das zu ihrer Sache gemacht hat. Fragen Sie mich nicht, wie. Das war nicht nur demokratisch der Überzeugungsvorgang der Bürgermeister, aber sie haben letztlich mitgemacht, am allermeisten die Stadt Leibnitz. Sonst wäre das ganz sicher nicht gegangen. Das Beispiel zeigt eben auch, dass es nicht angenommen wurde. Ich kann Sie nur bitten, bei dieser Überzeugungsarbeit mitzuhelfen, dass wir, und einige Dinge sind ja in Vorbereitung, in möglichst vielen Bezirken solche Nachtbusse installieren können, denn es ist im Interesse der Jugend. Ich freue mich auch, wenn nun eine Initiative in der Landeshauptstadt gestartet wird. Bisher hat es das Nachttaxi gegeben. Es gibt auch seit Jahren Initiativen, einen Nachtbus auf die Räder zu stellen. Vor einigen Jahren war es zum Beispiel die Junge Volkspartei, die einen solchen Probetrieb gestartet und von der GVB einen Bus gemietet hat. Das ist – so meine ich – ganz gut gelaufen. Es ist daher wichtig, dass auch in Graz unter Einbeziehung der Umgebung nun ein solches Projekt versucht wird.

Ich darf, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang auch ein Wort zur Gewerbeordnung sagen, weil das von Herrn Abgeordneten Hagenauer und von der Frau Abgeordneten Gruber angesprochen wurde: Man kann darüber diskutieren, ob Gesetze Rahmengesetze sein sollen und man in den Verordnungen die vielen wichtigen Details klärt. Das ist ja die Absicht dieser neuer Novelle. Ich glaube persönlich auch, dass dieser Punkt des Alkoholausschanks im Gesetz bleiben soll. Das, was Sie, Frau Abgeordnete Gruber, verlangen unter Hinweis darauf, dass das Gemeinden in Resolutionen tun, hat die Steiermärkische Landesregierung schon gemacht. In unserer Stellungnahme zum Entwurf des Bundesgesetzes, mit dem die Gewerbeordnung 1994 geändert wird, im Rahmen des Begutachtungsverfahrens, wo wir uns sehr dezidiert dagegen aussprechen, dass die Ausübungsregelungen bei den Gastgewerben, Sie haben die Paragraphen 149 bis 151 angesprochen, aus dem Gesetz fallen sollen – also eine sehr deutliche Stellungnahme des Landes Steiermark. Ich kann trotzdem nicht versprechen, dass es so kommt. Die Willenskundgebung des Landes wäre aber da gewesen.

Kollege Erlitz hat sich gerade umgedreht, weil es hätte bald einer irrtümlich geklatscht. Er hat es aber vermutlich ehrlich gemeint. Also seid dem nicht böse. (Abg. Gennaro: „Lach jetzt nicht, das war bewusst, weil hie und da sagst du auch was Gutes!“) Ein zweiter Punkt, meine Damen und Herren, zur Frage der Öffnungszeiten in den Volksschulen: Ich würde sagen, versuchen wir möglichst sachlich an die Sache heranzugehen. Ich bleibe auch sachlich, wenn ich eingangs sage, nicht alle Probleme, und ich sage das aus der Erkenntnis von nicht ganz eineinhalb Jahren Pflichtschulreferent, die die Gesellschaft hat, auf die Schule abzuwälzen. (Allgemeiner Beifall.)

Ich bin ganz sicherlich nicht der Pflichtverteidiger der Lehrerinnen und Lehrer. Wir haben aber hervorragende Pädagoginnen und Pädagogen. Dass die Ausnahme die Regel bestätigt, wissen wir aus anderen Berufen auch. Ich sehe, es ist einfach nicht zulässig. Wenn irgend jemand ein Problem hat, ist die Schule schuld oder vorher schon der Kindergarten, wenn beim Kind etwas daneben geht, in all den großen Problemen, die wir haben.

Ich möchte da gar nicht große Sprüche führen, aber das ist ein bisschen zu kurz gegriffen und ich meine daher, dass man das Problem insgesamt sehen muss. Ich sehe schon, dass es am Nachmittag für viele Elternteile das Problem eben gibt und daher möchte ich den Antrag der Freiheitlichen da gar nicht herabwürdigen, aber eben nur sagen, dass solche Möglichkeiten schon jetzt bestehen. Und die sollen meines Erachtens genützt werden.

Wir haben im Pflichtschulbereich 42 ganztägig geführte Schulen. Wir haben im Pflichtschulbereich, dass, wenn 15 Schüler für die Bildung einer Nachmittagsgruppe gemeldet werden, der Schulerhalter das beim Land beantragen kann. Und wir haben bitte das Schulforum, das in einer zu beschließenden Hausordnung bestimmen

kann, dass die Schüler auch nach Beendigung des Unterrichts im Schulgebäude anwesend sein dürfen und dass vorgesehen ist, dass auch Nichtlehrer mit der Beaufsichtigung der Schüler beauftragt werden können und dass es im Verantwortungsbereich der Schulpartner der jeweiligen Schule liegt, die Beaufsichtigung der Kinder in der unterrichtsfreien Zeit zu organisieren. Die Möglichkeit, das zu machen, ist da, aber ich bitte um Verständnis, dass ich nicht einfach hergehen kann, etwas zu fordern vom Bund, was er uns nicht geben wird, wenn ich das österreichweit ein für allemal so regeln würde, nicht nur in Bezug auf die Kosten, sondern weil es weit über den Bereich der Schule hinausgehen würde. Und ich sage noch einmal, schon auf Grund der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen gibt es jede Möglichkeit, vor Ort das Problem anzugehen, auch unter Zuhilfenahme des Landes, weil wir hier bei den ganztätig geführten Schulformen die Kosten für die Lernzeit am Nachmittag in Form von Lehrerstunden übernehmen, die Kosten für die Freizeitbetreuung übernimmt der Schulerhalter.

Dritter und letzter Punkt, meine Damen und Herren, die Frage Schulversuch Graz-West. Darf ich vielleicht zwei Dinge zu Beginn sagen: Erstens: Ich hätte persönlich und ich denke, auch meine Fraktion, mit dem Entschließungsantrag, wie er nunmehr vorliegt, kein Problem, weil ich sowieso von vornherein meinem Klub geraten habe, bei Punkt eins mitzugehen und bei Punkt zwei dann mitzugehen, wenn wir eine Formulierung finden, die uns hilft, die Adresse dort hinzurichten, wo sie hingehört. Denn mir schreibt mein eigener Abteilungsleiter in seiner Stellungnahme, dass ich sozusagen Werteinheiten aus dem Pflichtschulbereich nicht in den AHS-Bereich geben kann, dass das rechtlich gar nicht möglich ist. Ganz abgesehen davon, dass ja wir da auch in der Hauptschule – sagen wir es einmal vorsichtig – durchaus auch in Bezug auf die Werteinheiten schon ein bisserl beengt sind und da der Unmut wieder anderenorts heraufbeschworen würde, aber mit der Formulierung in Punkt zwei, die der Kollege Kröpfl vorgeschlagen hat, nämlich dass der Landesschulrat das Kontingent weiter zur Verfügung stellen soll und dass wir uns für den Weitererhalt aussprechen, habe ich auch rechtlich und inhaltlich kein Problem, weil ich insgesamt – und ich führe da keine ideologische Debatte, da bin ich ein Pragmatiker und bleibe es auch – der Meinung bin, dass der Schulversuch Graz-West ein gelungener Schulversuch ist. Wer sich mit der Pflichtschule in Graz auseinandersetzt, kennt die Probleme etwa im Hauptschulbereich. Und daher unterstütze ich auch als Pflichtschulreferent selbstverständlich einen Schulversuch, in dem vier Grazer Hauptschulen mit einem Gymnasium zum Vorteil der jungen Menschen kooperieren. Das ist für mich überhaupt keine Frage. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Und ich habe heute auch – es waren zwei Delegationen von Lehrern, Eltern und Schülern heute Vormittag schon bei mir – gerade in dem von der Frau Abgeordneten Lackner auch zitierten Schreiben vom David, der mir das selber auch präsentiert hat und der auf nicht einmal einer Seite am besten zusammengefasst hat, empfunden, wie gut insgesamt die Sache läuft. Ich habe daher der Frau Ministerin Gehrler am 10. April auf Grund der Zeitungsmeldungen und der Briefe, die ich bekommen habe, auch mitgeteilt, zuallererst einmal bitte zu klären, ob man den Schulversuch weiter will oder nicht, für den ich bin. Aber zu klären, damit man nicht jedes Jahr die Debatte hat, ob er weiter verlängert werden kann. Und ich habe in diesem Schreiben sehr klar mitgeteilt, dass von Seiten der Landesregierung zum Schutz des Vertrauens jener Eltern, die ihre Kinder heuer an den Hauptschulen des Schulverbundes eingeschrieben haben, dasselbe Stundenkontingent wie im laufenden Schuljahr auch im kommenden Schuljahr zur Verfügung gestellt wird, was natürlich voraussetzt, dass der Bund den Schulversuch weiter fortführt und auch seinerseits die nötigen Schulversuchsstunden im Wege der Beistellung von Werteinheiten am Gymnasium Klusemannstraße veranlasst. (Beifall bei der ÖVP. – 13.27 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Noch einmal zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Kröpfl. Ich erteile es dir.

Abg. Kröpfl (13.27 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landesrat!

Herzlichen Dank, Herr Landesrat, für deine Position zu den Lehrern. Ich glaube, du hast einiges klargestellt. Auch ein Danke, dass du dich zu diesem Schulversuch „Neue Mittelschule“ bekennt und ich hoffe, dass dein Schreiben in Wien das nötige Gehör findet, damit dieser erfolgreiche Schulversuch weitergeführt werden kann im Sinne der Kinder, der Eltern und so weiter. (Landesrat Schützenhöfer: „Da bin ich mir nicht so sicher wie du!“)

Ja, ich habe gemeint, dass dein Schreiben hoffentlich – sagen wir so – verstärken wir es noch.

Ich muss aber ein paar Worte noch zur Frau Graf und zum Herrn Wiedner verlieren.

Frau Graf, wie der Herr Landesrat gesagt hat, Kinderbetreuung am Nachmittag kann auch von jenen Personen durchgeführt werden, die nicht in der Schule tätig sind. Ich weiß, es ist nicht so angenehm, sich mit Kindern am Nachmittag zu beschäftigen. Vor allem hat man dort keine Uniform wie bei den Hilfssheriffs und man kann nicht hinter dem Busch sitzen und jemanden fotografieren. Das ist einfacher.

Kinderbetreuung braucht mehr. (Beifall bei der SPÖ.)

Und warum Sie jetzt auf dieses Problem kommen, ist ja auch etwas ganz Interessantes. Wissen Sie, seit wann Supplierstunden, Randstunden, nicht mehr supplied werden?

Seitdem diese Bundesregierung im Bildungsbereich einspart. Treten Sie bitte an die Bundesregierung heran und sagen Sie, sie sollen die Supplierstunden wieder bezahlen. (Abg. Mag. Dr. Bleckmann: „Das geht die ÖVP an!“)

Bitte, das geht nicht nur die ÖVP an. Sie sitzen auch in der Bundesregierung, liebe Frau Abgeordnete. (Beifall bei der SPÖ.)

Stellen Sie die Mittel bereit und dann gibt es dieses Problem nicht mehr. Und noch etwas, Kollege Wiedner, zu den Privilegien. Du hast das sehr populistisch dargestellt, wie viele Stunden im Jahr ein Lehrer an der Schule ist. Weißt du was, ich mache das Umkehrbeispiel. Denke einmal nach, wie viele Tage bist du im Landtag und bist auch Landtagsabgeordneter? Du bist auch nicht jeden Tag da. Da kann man genauso fragen. Es gibt eben Lehrer, die Aufgaben der Lehrer sind verteilt in Unterrichtserteilung und in Vor- und Nachbereitung. Aber das solltest du wissen. Vielleicht hättest du dich auch bei der Gewerkschaft erkundigen können, wie dieses Jahresstundenmodell jetzt gehandhabt wird. Und wenn du schon sagst, persönliches Engagement. Wenn ihr diese Sparpolitik so weiter betreibt und wenn ihr weiterhin auf die Lehrer so hinschaut, werdet ihr noch die engagiertesten Lehrer vertreiben. Den alten Hut, den kennen wir schon. Der hat schon so einen Bart und das zieht ihr immer raus, wenn ihr sonst keine Ideen mehr habt. Es tut mir ja wirklich Leid. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn wir bei der Verantwortung für die Jugend sind, was du, lieber Kollege Wiedner, angeschnitten hast, dann stimme ich dir schon zu. Wir alle haben Verantwortung für die Jugend. Aber auch diejenigen, die Spielautomaten betreiben und so weiter. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.30 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Tagesordnungspunkt 9, betreffend Offenhaltung der Volksschulen: Gemäß Paragraph 51 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages können im Zuge der Wechselrede über einen Verhandlungsgegenstand Unselbstständige Entschließungsanträge eingebracht und behandelt werden, soweit sie mit diesem in inhaltlichem Zusammenhang stehen. Die Frage des inhaltlichen Zusammenhanges zum Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, betreffend Weiterführung und finanzielle Absicherung des Schulversuches „Neue Mittelschule und Schulverbund Graz-West“ zu Tagesordnungspunkt 9 „Offenhaltung der Volksschulen“ der Abgeordneten Kröpfl, Mag. Lackner, Böhmer, Mag. Erlitz, Detlef Gruber, Gennaro und Gross, wurde in der Präsidialkonferenz bereits erörtert. Der inhaltliche Zusammenhang ist insbesondere aus folgenden zwei Gründen nicht gegeben:

Erstens: Der Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Graf betrifft den Volksschulbereich, der Entschließungsantrag der Abgeordneten Kröpfl, Mag. Lackner, Böhmer, Mag. Erlitz und Detlef Gruber betrifft den Hauptschul- und AHS-Bereich.

Zweitens: Der Antrag der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann und Graf zielt auf eine verlängerte Beaufsichtigung von Kindern in der Volksschule ab, deren Elternteile teilzeitbeschäftigt sind. Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Kröpfl, Mag. Lackner, Böhmer, Mag. Erlitz und Detlef Gruber zielt auf integrative bildungspolitische Ziele ab. Ich werde daher über den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Kröpfl, Mag. Lackner, Böhmer, Mag. Erlitz und Detlef Gruber mangels inhaltlichen Zusammenhanges gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nicht abstimmen lassen und lade die Antragsteller ein, diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag als Selbstständigen Initiativantrag einzubringen.

Ich komme nun zur Abstimmung: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 544/1, Tagesordnungspunkt 9, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Offenhaltung der Volksschulen, zu Tagesordnungspunkt 9 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche nun jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 248/2, Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

11. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 783/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schrittwieser, Lafer, Hamedl, Gross, Ferstl, Dirnberger und Rieser, betreffend Motivation der Jugend zum Engagement in Einsatzorganisationen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (13.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hoher Landtag!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zur Einl.-Zahl 783/1. Aus zeitökonomischen Gründen erspare ich mir die Begründung und ich darf daher nur mehr den Antrag einbringen. Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine Initiative in die Wege zu leiten, die Jugendliche zum freiwilligen Engagement in Jugendgruppen des Roten Kreuzes und der steirischen Feuerwehren motiviert. Ich bitte um Beschlussfassung. (13.34 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Ich erteile es ihm.

Abg. Ferstl (13.35 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Dieser vorgetragene Antrag ist voll und ganz zu unterstützen. Seit 30 Jahren gibt es die Feuerwehrjugend und etwas weniger lang das Jugendrotkreuz. Eine Steigerung der Mitgliederzahlen in beiden Organisationen war bis vor wenigen Jahren bemerkbar. Jetzt ist aber eine Stagnierung eingetreten, die wir gemeinsam aufzuhalten versuchen müssen. Das Problem allerdings, das es auch bisher immer wieder gegeben hat und ich kann von der Entwicklung in der Feuerwehr genau berichten, ist, dass bei der Jugend, wenn die Lehrzeit oder das Studium beginnt, wenn sozusagen die Jugendgrundausbildung abgeschlossen ist, ein sehr starker Rückgang zu bemerken ist, ebenso wird es sich so beim Roten Kreuz verhalten. Von den 5000 Feuerwehrjugendlichen bleiben 10 bis 13 Prozent im Dienst und der natürliche Abgang in den steirischen Feuerwehren wird damit nur ausgeglichen. Ich glaube, Ähnliches wird auch bei den Rotkreuzorganisationen zu bemerken sein. Die „Konkurrenz“, meine Damen und Herren, ist natürlich groß. Im Antrag war von Videos, Funparks, Internetcafés und so weiter zu hören. Es gibt aber auch einen weiteren Grund, die FPÖ wird einen diesbezüglichen Antrag einbringen.

Die Unternehmen, öffentliche oder private, haben im wirtschaftssystematischen Wettbewerb keine große Freude, wenn Mitarbeiter, Lehrlinge oder Partner in den freiwilligen Einsatzorganisationen tätig sind. Manche trauen sich das beim Stellungsbewerb gar nicht zu sagen oder aber sie beenden die für unser Land so wichtigen Leistungen, auf die wir alle so stolz sind. Die Motivation der Jugend zum Engagement in diesen Organisationen lässt deshalb nach, weil neben den geschilderten auch noch verständlicherweise andere Lebensdinge auf sie zukommen, wie eine Freundin, Familiengründung oder die Liebe, wie es eben bei den jungen Menschen passiert. Motivieren müsste man die Unternehmen, wie es die FPÖ und der Bundesfeuerwehrverband oft und öfter gefordert haben zum Beispiel mit Steuerbegünstigungen oder anderen Unterstützungen für jene Betriebe, die Mitarbeiter freiwilliger Einsatzorganisationen beschäftigen. Natürlich ist das nicht leicht umzusetzen und es ist ein sensibles Unterfangen. Mit der Landesregierung, der Wirtschaftskammer und den Einsatzorganisationen könnte dies aber gelingen. Einige Vorschläge:

Eine Plakette für einen Betrieb „Feuerwehfreundlicher Arbeitgeber“ oder „Rotkreuzfreundlicher Arbeitgeber“ oder eine Förderung der Unternehmen, die Freiwillige beschäftigen oder Anreize schaffen, dass sich diese Betriebe feuerwehr- oder rotkreuzfreundlich verhalten sollten. Im vergangenen Jahr des Ehrenamtes in Österreich, wo viel geredet und gelobt wurde, hat sich auch nichts in diese Richtung verändert. Vielleicht haben auch wir in der Steiermark, wie in vielen anderen Fragen des Feuerwehrwesens und der freiwilligen Einsatzorganisationen, auch diesmal wieder die Nase vorne. Mitfreuen würden sich alle. Die dann merkbare Anerkennung der Leistungen würde die Motivation, wie es im Antrag heißt, sicher heben. In anderen Bundesländern, wie zum Beispiel in Niederösterreich, wird schon gemeinsam mit der Regierung, der Wirtschaftskammer und dem Feuerwehrverband, wo auch das Rote Kreuz an diesem Projekt mitgestalten kann, daran gearbeitet. Die FPÖ stellt durch die Abgeordneten Ferstl, Graf und Wiedner mit dem Klubobmann der SPÖ Schrittwieser gemeinsam diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag. Es sind viele Dienstnehmerinnen und Dienstnehmer, die Mitglieder bei freiwilligen Einsatzorganisationen sind, die bei Arbeitsuche und/oder Einstellungen ihre Tätigkeiten verbergen, um nicht bei der Bewerbung Nachteile zu haben. Während der Berufstätigkeit kommt es oft vor, dass sie im Interesse ihrer Arbeitgeber und in Sorge um ihren Arbeitsplatz nicht an Einsätzen oder Alarmierungen der freiwilligen Einsatzorganisationen teilnehmen. Es sind all diese Freiwilligen äußerst wichtige Leute, die für die sicherste Region Europas, nämlich die Steiermark, sorgen und zuständig sind. Versuchen wir diesen Menschen mit diesem Entschließungsantrag einmal selber Hilfe zu leisten. Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, Unternehmen (öffentliche und private), die Mitarbeiter von freiwilligen Einsatzorganisationen wie Feuerwehr, Rotes Kreuz, Bergrettung und andere mehr beschäftigen, als Ersatz für die infolge von „unbedingten“ Einsätzen, Katastrophen und sonstige Hilfstätigkeiten ausgefallenen Arbeitsleistungen steuerliche oder andere finanzielle Hilfe zukommen zu lassen. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 13.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster hat sich der Herr Klubobmann Schrittwieser zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (13.40 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann!

Es ist gut, wenn du deine Abgeordneten aufmerksam machst, wenn die SPÖ etwas zu sagen hat. Das kann dem ganzen Klub nur gut tun, wenn er zuhört. (Abg. Tasch: „Das wär das erste Mal!“)

So, meine Damen und Herren, wir haben hier ein Thema auf der Tagesordnung, das uns nicht nur in der Vergangenheit beschäftigt hat, sondern ich glaube, das ist ein Thema, das uns in der Zukunft noch viel mehr beschäftigen wird, als das heute der Fall ist. Wir haben die Problematik, dass wir in den Ortsgruppen, in den Rotkreuzstellen Jugendgruppen haben, dass wir auch immer wieder Jugendliche und erwachsene Kinder, sage ich einmal so, weil Kinder darf man ja nicht mehr sagen ab 13, 14 Jahren, erwachsene Kinder haben, die bereit sind, in die Jugendgruppen der Einsatzorganisationen zu gehen, auch hier ihre erste Ausbildung zu machen. Aber wenn sie dann – und das wurde schon gesagt – in die Lehre, in die Schule eintreten oder ins Berufsleben oder wenn sie ihre erste Freundin oder den ersten Freund haben, dann passiert es auch immer wieder, dass diese Jugendlichen wiederum das Rote Kreuz oder die Feuerwehr verlassen, weil sie andere Interessen haben, die ihnen zu dieser Zeit wichtiger sind. Wir erleben aber immer wieder, wenn sie sich dann familiär gefestigt haben, dass der eine oder andere wieder zurückkehrt und hier seine Tätigkeit fortsetzt.

Meine Damen und Herren, ich weiß schon, wie wichtig es ist, dass Personen, die in der Einsatzorganisation tätig sind, gut ausgebildet sind. Ich glaube, es kann sich auch die Öffentlichkeit und die Bevölkerung erwarten, dass diejenigen, die mit einem Rettungsfahrzeug oder mit der Feuerwehr ausfahren, auch gut ausgebildet sind. Ich stelle aber auch fest, und das macht mir eine gewisse Sorge, den Berufsdruck, den jeder hat. Und es hat der Kollege Ferstl erklärt, es ist hin und wieder schon von dem einen oder anderen Unternehmen meines Erachtens oft eine größere Rücksichtnahme auf Leute genommen worden, die sich um Gottes Lohn – wie man so schön sagt – da hinsetzen und den Dienst verrichten. Die Ausbildungsanforderung wird schon so groß, dass fast niemand mehr bereit ist und sagt, ich kann nicht zwei, drei Wochen oder mehr im Jahr Urlaub nehmen, dass ich diese Ausbildung, die von mir jetzt erwartet wird, absolvieren kann. Frau Landeshauptmann, Sie wissen das, wenn am 1. Juli das Gesetz kommt, sind viele Dinge nicht mehr möglich, die heute möglich sind. Ich meine, wir steuern immer mehr darauf zu und ich habe nichts dagegen, wenn wir es finanzieren können, dass dieser Dienst – vor allem beim Roten Kreuz ist es so und da bin ich selber tätig, darum kann ich am besten darüber reden – immer öfter und mehr von Hauptamtlichen gemacht werden muss. Jetzt bin ich schon dafür, dass wir sagen, schaffen wir neue Arbeitsplätze und überall, wo wir jetzt eine Menge Freiwillige haben und wir dann nicht mehr haben werden, nehmen wir Hauptamtliche. Und wir stellen auch fest, dass weder für den Landesverband – und ich habe gestern in einem Bezirksverband ein Gespräch gehabt – die finanzielle Belastung so groß wird, dass sie sagen, wir können uns das in diesem Ausmaß fast nicht mehr leisten. Darum meine ich, wir sollten dafür sorgen, dass eine notwendige Ausbildung sehr wohl vorhanden ist. Aber ich glaube nicht, dass es notwendig ist, dass ein Rotkreuzhelfer, wenn er fährt, schon ein halber Doktor sein muss, dass er sich überhaupt in das Rettungsauto hineinsetzen darf oder mit einem Notarztsinsatzfahrzeug mitfahren darf, weil dann werden wir künftig die nötigen Personen nicht mehr haben, die wir brauchen. Und wenn ich mir anschau, ich habe hier vom Roten Kreuz 3,6 Millionen unbezahlte Dienststunden. Das sind alles Dinge, die uns allen sehr gut tun und die wir auch immer wieder bei unseren Reden hervorheben. Nur, ich stelle jetzt etwas Neues fest. Wir haben ein sehr gutes – und da brauchen wir auch unsere jungen Leute – Notarztsystem eingeführt und wir sind alle sehr stolz darauf und das Land leistet ja bereits einen Beitrag zum Notarztsystem. Und wir stellen jetzt fest, dass in den nächsten Jahren, wenn viele Reserven aufgebraucht sind, von den Bezirken wahrscheinlich der Notarzt oder das Notarztsystem nicht mehr finanziert werden wird können, weil die Einnahmen ebenfalls zurückgehen. Die Einnahmen gehen insofern zurück, weil es die Deckelung gibt und die Ausgaben steigen aber, weil viele sich mit Hauptamtlichen bereits ausgestattet haben. Dort gibt es normale Steigerungen, die jeder, der ein Dienstverhältnis hat, natürlich auch hat. Und jetzt wird es immer enger. Und ich stelle fest, ich glaube, ungefähr die Hälfte ich habe es jetzt nicht genau im Kopf, wird derzeit beim Notarzt vom Land beigetragen. Aber die zweite Hälfte, und ich habe das in Gesprächen in den letzten Wochen festgestellt, wird künftig in dieser Form, wie es bisher ist, nicht mehr leistbar sein, auch wenn man will. Ich habe ja nichts davon, wenn man die Bezirksstellen auseinanderrumpeln lässt und sagt okay, die wollen ja, aber jetzt haben sie halt nicht mehr das Geld, die nötigen Mittel für den Notarzt. Darum meine ich, dass unsere Anstrengung allgemein natürlich den Jugendlichen gelten muss. Man muss ja auch attraktive Angebote, auch was die Dienstverrichtung betrifft, anbieten. Denn ein Jugendlicher geht heute nicht mehr einfach nur in den Dienst. Jetzt habe ich einige, die sitzen, die tratschen, die fernsehen, andere wollen im Internet surfen und, und, und. Ich glaube, wir müssen auch darüber nachdenken, wie wir den Dienst für Ehrenamtliche in den Einsatzorganisationen, wenn sie gerade nicht gebraucht werden, attraktivieren. Ich möchte heute dazusagen, das ist sicher der Beginn einer Diskussion. Wir werden darüber diskutieren müssen, wenn wir die ganze Sache ernst nehmen, wie wir künftig weiter vorgehen werden, wenn es immer weniger Freiwillige gibt, weil es der Berufsdruck ist, weil es immer mehr Pendler gibt und so weiter. Und da werden wir nicht die Verantwortlichen in den Einsatzorganisationen alleine lassen können. Hier müssen auch wir uns zusammensetzen und sagen, wenn wir dieses Niveau, das wir haben – und das sicher ein gutes ist – aufrechterhalten wollen, dann werden wir auch klären müssen, wie wir dieses System finanziell aufrechterhalten – und das sage ich nicht, weil ich das Geld hinausschmeißen will. Mit diesen Mitteln, die uns bisher zur Verfügung stehen, glaube ich nicht, dass das möglich sein wird.

Ich hoffe, was diese Frage betrifft, dass die Gemeinsamkeit tatsächlich auch hier aufrecht bleibt. Ich lade wirklich ein, in den nächsten Monaten bereits sich zusammensetzen, um hier das Ganze finanziell auf neue Beine zu stellen. Weil ich sage euch wirklich, es ist Gefahr in Verzug, was die Finanzierung des Landes, aber auch – stelle ich immer mehr fest – der Bezirke und der Ortsstellen angeht. Und da können wir ja nicht zuschauen, dass zwar dort jeder das Beste will, aber sich nicht mehr leisten kann, weil er das Geld nicht hat und das wollen wir ja alle nicht, dass auch die Einsatzorganisationen sich in einem Höchstmaß verschulden. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 13.50 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren! Bevor ich in der Tagesordnung fortfahre, begrüße ich herzlichst im Hohen Haus die Schülerinnen und Schüler der 1a-Klasse der Vorbereitungsschule für die Schule zur Gesundheits- und Krankenpflege unter der Leitung von Frau Mag. Alexandra Krenn. (Allgemeiner Beifall.)

Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (13.50 Uhr): Geschätzte Frau Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Landesräte! Hohes Haus!

Dass das Ehrenamt wichtig und gut ist, ich denke mir, darüber sind wir uns alle einig in diesem Haus. Und dass vieles wahrscheinlich im Sozialbereich nicht möglich wäre, wenn wir Ehrenamtliche nicht hätten, ich glaube, auch da gibt es eine Übereinstimmung aller Fraktionen. Denken wir nur an das Vincitell, es wäre nicht

möglich, dieses Haus 24 Stunden am Tag offen zu haben, weil Ehrenamtliche nämlich dort diese Tätigkeit machen. Genau so haben wir die Humanitas als weiteres Beispiel angefügt, die einfach psychisch Kranke betreuen, genauso wie das Freiwilligenzentrum der Volkshilfe, was als Institution nicht mehr wegzudenken ist. Es gibt natürlich nur für mich ein bisschen so eine Äquivalenz, weil auf der einen Seite muss man aufpassen, dass das Ehrenamt nicht zur Hauptamtlichkeit wird, dadurch natürlich Arbeitsplätze gefährdet sind beziehungsweise die Ehrenamtlichen sich selber in eine Burn-out-Syndrom-Phase reinbegeben, weil irgendwann ist das Ehrenamt in der Form des Ehrenamtes dann auch nicht mehr machbar. (Abg. Tasch: „Das ist aber bei dir schnell gegangen! Du bist ehrenamtlich zur Politik gegangen und jetzt verdienst ganz schön!“) Das ist die Frage des Engagements und des Einsatzes, Kurt. Bei mir ist es eben schneller gegangen als bei dir. (Beifall bei der SPÖ.)

Auf der anderen Seite haben wir heute feststellen können, dass wir eigentlich mehr Ehrenamtliche brauchen würden. Wenn ich jetzt diesen Antrag in Bezug auf das Rote Kreuz hernehme, dann glaube ich schon, dass es eine ganz einfache Lösung geben könnte, Frau Landeshauptfrau. Medizinstudenten und -studentinnen haben Probleme, in diesem Bereich dann unterzukommen. Diese warten derzeit jahrelang auf einen Turnus oder auf eine Gastarztstelle. Viele dieser Studenten und Studentinnen würden gerne beim Roten Kreuz oder, wie das vom Klubobmann schon angesprochen wurde, auch beim Notarzdienst ihren Dienst versehen, um dort ihre Ausbildung zu festigen, um Erfahrungen sammeln zu können, indem sie im Ehrenamt tätig sind. Leider ist das derzeit in dieser Form nicht möglich, weil irgendwelche Barrieren da sind, die es Medizinstudenten und -studentinnen nicht ermöglichen, beim Roten Kreuz in dieser Form tätig zu sein, obwohl die Bereitschaft eigentlich sehr wohl da wäre.

Noch etwas zu diesem Antrag: Ich finde es sehr wichtig und gut, dass man sich mit der Motivation der Jugend auseinandersetzt und auch bereit ist, hierbei etwas zu tun. Der Antrag klingt für mich ein bisschen so, als ob man jetzt plötzlich die Weisheit mit dem Löffel gegessen hat. Voriges Jahr war das anscheinend anders. Ich meine, wir haben immerhin im letzten Jahr das „Jahr der Freiwilligen“ gehabt. Es ist irrsinnig viel Geld ausgegeben worden. Ich frage mich mittlerweile wirklich, was ist aus diesem Jahr geworden? Was ist eigentlich mit den Ergebnissen des letzten Jahres passiert?

Wenn wir diesen Antrag nun beschließen, den ich durchwegs begrüße, dass eine Initiative in die Wege geleitet wird, damit Jugendliche zum freiwilligen Engagement in diesen Ehrenamtsbereichen motiviert werden, dann bitte ich wirklich inständigst darum, jetzt nicht ins Ranking zu gehen, indem gesagt wird, die Steiermark hat die besseren Medienmenschen, wir können das einfach durch gute Medienkampagnen. Ich glaube, dass das nicht sehr zielführend ist. Das haben andere Bundesländer schon versucht und hat auch die EU versucht. Wir werden deswegen nicht die besseren Experten dafür finden. Ich glaube, dass es eine ganz einfache Lösung geben könnte.

Jeder, der die Unterlagen vom letzten Jahr hat, bräuchte eigentlich nur einmal darin nachlesen. Wir bräuchten uns eigentlich nur in einer Arbeitsgruppe zusammensetzen und uns überlegen, wie wir die Umsetzung angehen. Da gibt es einen Arbeitskreis Nummer 5: Anwerbung und Vermittlung Ehrenamtlicher. Es ist eigentlich im letzten Jahr schon viel erarbeitet worden von den Freiwilligen. Falls jemand noch mehr lesen möchte, siehe Endbericht. Er ist nicht sehr umfangreich, aber es steht sehr viel Gescheites drinnen. Wenn es schon um Jugend geht: Helfen zahlt sich aus – der Schüler- und Jugendwettbewerb. Falls jemand noch mehr darüber lesen möchte, so gibt es einen ganzen Binkel von diesen Unterlagen. Ich denke mir, das letzte Jahr der Freiwilligen haben wir nicht umsonst beschritten. Es ist gut und wichtig, dass wir uns erneut mit diesem Thema auseinandersetzen. Zäumen wir aber bitte das Pferd nicht wieder von hinten auf, sondern starten wir mit den Unterlagen, die wir schon haben, durch. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 13.54 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landeshauptmann. Ich erteile es ihr.

Landeshauptmann Klasnic (13.54 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bin vor allem deshalb sehr froh um die Diskussion, weil sich Vertreter der Fraktionen zu dem Thema melden, weil es nur eine gemeinsame Aufgabe sein kann und weil alle Einsatzorganisationen, ob im sozialen Bereich, ob im Einsatzorganisationsbereich, automatisch der Hilfe und der Unterstützung der Ehrenamtlichkeit bedürfen. Ich kann aber allen Rednern Recht geben, dass die Ehrenamtlichkeit eine ganz natürliche Grenze hat, wo die Betreuung, wo die Begleitung eine ständige ist, weil man es nicht schaffen kann. Ich sage aber auch sehr ehrlich dazu, dass unsere staatliche Leistungsfähigkeit an der Grenze und vollkommen überfordert wäre, hätte und gäbe es diese Ehrenamtlichkeit in unserem Land nicht. Ich teile die Aussage, Bildung, Ausbildung, Vorbereitung und Begleitung in dem Maß zu unterstützen, das auch auf die Aufgabe dann ein bisschen zugeschnitten ist. Das heißt, dass ich, wenn jemand nicht alles perfekt beherrscht, die Möglichkeit habe mich einzubringen, ehrenamtlich einen Beitrag in den einzelnen Einsatzorganisationen zu leisten. Es ist aber gerade auch in den letzten Jahren spürbar geworden, dass es zu einer neuen Partnerschaft zwischen der öffentlichen Verantwortung und den Menschen in unserem Land gekommen ist. Wir sollten nicht vergessen und ich bin sehr froh, wenn das Wort Jugend besonders angesprochen wird, dass es auch ein neues Erlebnisgefühl und ein Verantwortungsgefühl in der Gemeinschaft gibt, das man einfach braucht und das vor allem jungen Menschen vielleicht auch in einer Entwicklungsphase sehr viel für die Zukunft mitgibt. Das gilt auch wieder für den sozialen Bereich und für den Einsatzbereich im Katastrophenschutz oder vielleicht an Kreativem, ich denke dabei an die Musik, um dieses Gemeinschaftsgefühl erleben zu können. Tätige Hilfe ist gefragt, das wissen wir. Ich sage aber sehr bewusst, dass man immer das Glück hat zu erleben, wie es zum Beispiel bei Wettbewerben aussieht, ob

das jetzt der Landesrotkreuztag oder der Feuerwehrtag des Landes Steiermark ist. Wenn man diese Begeisterung der jungen Menschen sieht, dann spürt man, dass sie auf einem guten Weg sind. Wenn man anderen Organisationen zuschaut, sieht man, unter welch schwierigen, vor allem aber gefährlichen Voraussetzungen sie, wie zum Beispiel die Bergrettung, ihrer Aufgabe nachgehen.

Wir sind mit der Aktion „Ehrenamt“ österreichweit vorbildlich gewesen. Es ist in anderen Bundesländern wirklich auch nachgeholt und vielleicht auch eingeholt worden. Das sehe ich sehr gerne, wenn es wieder eine neue Idee gibt. Man kann immer voneinander lernen. Das ist ja auch ein Grund, warum wir hier im Landtag über dieses Thema sprechen. Ich bedanke mich bei den Bürgermeisterinnen im Lande, die auf meinen Brief geantwortet haben, in dem ich ersucht habe, man möge bei einer Einstellung in den öffentlichen Dienst darauf Rücksicht nehmen, ob jemand bereit ist, sich in eine Einsatzorganisation einbinden zu lassen. Es waren zwei Gemeinden, die sofort geantwortet und gesagt haben, selbstverständlich. Das war die Gemeinde Stainz und die Gemeinde Thörl, Herr Kollege Schrittwieser. Sie waren unter den Ersten. Es sind aber auch viele nachgekommen. Das Ergebnis für uns kann ja nur sein, dass es den Erwachsenen auch sehr viel Freude macht, die zum Teil 20, 25, 40 Jahre in den Organisationen tätig sind, wenn sie sehen, dass sie dem Nachwuchs etwas übergeben können. Umgekehrt muss man den Erwachsenen aber auch immer sagen, sie müssen der Jugend und dem Nachwuchs etwas zutrauen, dann kann es nur Freude bereiten. Sie müssen der Jugend vertrauen, dass sie es auch können und dass sie nicht alles selber machen müssen, weil sonst ziehen sich die Jugendlichen dort und da auch wieder zurück. Man muss daher auch diese Brücke gut schaffen. In der Bilanz kann man nur sagen: Man kann diese Aufgaben, diese Leistungen, diese Arbeiten nicht bestellen und wir können sie auch nicht bezahlen. Unser Auftrag ist mitzuhelfen, zu unterstützen, vor allem aber dort, wo es notwendig ist, neue Weichen zu stellen, wenn es zum Beispiel den Ausbildungsbereich betrifft, wenn es den Anstellungsbereich betrifft – so wie ich es bei den Gemeinden angesprochen habe – wie überhaupt im öffentlichen Dienst. Die Ehrenamtlichkeit hat eine natürliche Grenze für viele, obwohl gerade jene, die hauptamtlich in solchen Organisationen arbeiten, oft bereit sind, auch noch ehrenamtlich sich in ihrer Freizeit einzubringen.

Wir dürfen im Gesamten sagen, dass die Steiermark ein glückliches Land ist. Wir leben in einer sehr menschlichen Welt, wo Menschen in allen Generationen, Frauen und Männer, bereit sind, sich voll und ganz einzubringen. Der Mensch steht für uns im Mittelpunkt. Man erlebt es gerade draußen in den Strukturen, wo es oft die ganze Ortsgemeinschaft ist, die eine Organisation trägt. Unsere Aufgabe kann daher nur sein: Näher hin zum Menschen. Das habe ich in dieser Stunde gespürt. Danke! (Allgemeiner Beifall. – 13.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren!

Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 11 liegt nicht. Ich komme daher zur Abstimmung: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ und der SPÖ, betreffend Ersatz für ausgefallene Arbeitsleistung von freiwilligen Dienstnehmern, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 804/1, Beilage Nr. 108, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1962 geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (14.00 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

In den Gemeinden der Steiermark können Bedienstete entweder mittels Vertrag als Vertragsbedienstete oder mittels Bescheid als öffentlich-rechtliche Bedienstete angestellt sein. Für Personen, die in einem Dienstverhältnis zu Gemeinden in der Steiermark mittels Vertrag stehen, gilt das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1962.

Die Mehrzahl der in den steirischen Gemeinden angestellten Bediensteten sind Vertragsbedienstete. Dieses Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz soll durch die gegenständliche Novelle in erster Linie an die Bestimmungen der Vertragsbediensteten, die vom Land Steiermark beschäftigt sind, angepasst werden.

Weiters wird vorgesehen, dass die Gemeinden einen Pensionskassenvertrag zugunsten der Vertragsbediensteten abschließen können. Auch ist vorgesehen, für Vertragsbedienstete eine so genannte Aufwands- und Trauungsentschädigung auszuzahlen, soweit dies nicht schon auf Grund anderer Bestimmungen abgegolten wird. Finanziell wirkt sich der gegenständliche Gesetzesentwurf nur dann aus, wenn der Gemeinderat in Einzelfällen von der Möglichkeit der Verwendungsentschädigung Gebrauch macht. Unmittelbar auf Grund dieser Novelle kommt es zu keiner finanziellen Mehrbelastung.

Die Alternative zu dieser Novelle wäre die Beibehaltung der bisherigen Rechtslage, dies wäre aber nicht befriedigend. In der Entstehung der Novelle waren auch der Gemeindebund und der Städtebund eingebunden. Hinsichtlich der EU-Konformität kann angemerkt werden, es bestehen im vorliegenden Regelungsbereich keine EU-rechtlichen Vorgaben.

Die Details der Änderungen in den einzelnen Paragraphen liegen jedem Abgeordneten schriftlich vor. Ich ersuche um Annahme. (14.03 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 12 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 356/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka und Mag. Drexler, betreffend Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Moderne Landesverfassung – Verhältniswahl (Proporzregierung) oder Mehrheitswahl (Majorzregierung)“.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Reinhold Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (14.03 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zum gegenständlichen Antrag der Abgeordneten der steirischen Volkspartei haben zwei Ausschuss- und zwei Unterausschusssitzungen stattgefunden und ich kann daher den Antrag stellen, dass am 15. Mai 2002 eine Enquete des Steiermärkischen Landtages zum Thema „Zukunftsorientierte Landesverfassung – Funktion der Legislative und Exekutive des Landes unter Berücksichtigung föderalistischer und europarechtlicher Aspekte“ stattfinden soll. Themenbereiche werden sein: Regierungssystem Proporz versus Majorz, Oppositionsfunktion, Kontroll- und Minderheitsrechte, die Budgethoheit des Landtages sowie eine Reduktion der Zahl der Mitglieder der Landesregierung und des Landtages. Nach vier Referaten durch Experten aus dem universitären Bereich werden Statements der Vertreterinnen und Vertreter der vier im Landtag vertretenen Parteien die Möglichkeit zu einer anschließenden Diskussion geben. Ich bitte daher, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. (14.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zum Tagesordnungspunkt 13 liegt mir keine Wortmeldung vor. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme feststellen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

35. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 631/1, der Abgeordneten Dr. Lopatka, Schrittwieser, Lafer und Mag. Zitz, betreffend die Abhaltung einer Enquete zum Thema „Dritte Welt“.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (14.05 Uhr): Zu diesem Antrag aller vier im Landtag vertretenen Parteien hat es ebenfalls in zwei Ausschuss- und zwei Unterausschusssitzungen Beratungen gegeben mit dem Ergebnis, dass am 24. Mai 2002 eine Enquete des Steiermärkischen Landtages zum Thema „Entwicklungszusammenarbeit“ stattfinden soll. Nach einer musikalischen Einstimmung durch Trommeln wird Landtagspräsident Reinhold Purr diese Enquete eröffnen. Es kommt dann ein Referat zur aktuellen globalen Situation Neoliberalismus versus Entwicklungszusammenarbeit durch einen internationalen Experten, Univ.-Prof. Dr. Franz Nuscheler von der Universität Gesamthochschule Duisburg, nach Afrosound, Kaffeepause mit afrikanischer Hintergrundmusik im Rittersaal kommt eine Power-Point-Präsentation im Rittersaal zum Thema „Schwerpunkte der Entwicklungspolitik des Landes Steiermark in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit und der Plattform der entwicklungspolitischen Gruppen“. In einem Referat zum Thema „Stärkung des fairen Handels in der Steiermark“ durch Mag. Dietmar Schreiner folgt dann die Vorstellung einer Resolution zur Budgeterhöhung und Integration des fairen Handels mit der Dritten Welt in das Beschaffungswesen des Landes als Empfehlung an den Landtag durch die vier im Landtag vertretenen Parteien.

Den Abschluss bildet ein Mittagsempfang auf Einladung des Landtagspräsidenten Reinhold Purr mit latein-amerikanischer Hintergrundmusik im Rittersaal. Ich bitte auch hier um Annahme dieses Antrages. (14.06 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Auch zum Tagesordnungspunkt 35 liegt keine Wortmeldung vor. Ich komme zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 431/1, der Abgeordneten Dietrich, Ferstl und Wiedner, betreffend Erhöhung der Beihilfe beim Ankauf von Gemeinschaftsanlagen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (14.07 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Zum Antrag, Einl.-Zahl 431/1, der Abgeordneten Dietrich, Ferstl und Wiedner, betreffend Erhöhung der Beihilfe beim Ankauf von Gemeinschaftsanlagen für die Feuerwehren, erging seitens der Landesregierung folgende Stellungnahme:

Die Kosten, die durch die von der Landesregierung angeordneten Einsätze und Übungen der Feuerlösch- und Bergbereitschaften anfallen, trägt das Land. Weiters die Kosten dieser Beschaffung und Erhaltung für diese Bereitschaft und Leistungsfähigkeit erforderlichen Baulichkeiten, Einrichtungen, Geräte und sonstige Gegenstände, die nicht von den Freiwilligen Feuerwehren zur Verfügung gestellt werden können, zahlt ebenfalls das Land. Für die Ausstattung der Sonderdienste, die über den überörtlichen Brand- und Katastrophenschutz hinausgehen, werden die Investitionskosten bis zu 100 Prozent durch das Land übernommen. Darüber hinaus trägt das Land auch zu den laufenden Kosten für spezifische Sonderdienste bei und unterstützt durch Subventionsgewährung überregional wirksame Maßnahmen, die an sich den einzelnen Feuerwehren zugute kommen.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag der Abgeordneten Dietrich, Ferstl und Wiedner wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (14.08 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (14.08 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine Damen und Herren!

Ein Wort noch zu diesem Tagesordnungspunkt 11, wo über das Engagement der Jugend diskutiert wurde und wir haben diesem Entschließungsantrag auch zugestimmt, keine Frage.

Nur, es ist fast ein bisschen so eine Dramatik herausgekommen, wie wenn die Unternehmer, die bösen Unternehmer jedes Mal Sanktionen erteilen würden, wenn ein Jugendlicher beim Feuerwehrdienst tätig ist oder es gar verschweigen würde. Ich glaube, die Realität ist ein bisschen anders. Am Lande sind viele Unternehmer selbst Feuerwehrmänner, selbst im Einsatz und es ist null Problem. Und wenn man dann größere Entfernungen zurücklegt, wird es sowieso schwierig, kann man an Einsätzen überhaupt nicht teilnehmen. Das trifft für einen Schüler, der 20, 30 Kilometer entfernt zur Schule geht, zu, aber auch für einen Lehrling, der 20, 30 Kilometer entfernt ist; die können natürlich gar nicht an Einsätzen teilnehmen. Aber, wie gesagt, das Thema ist wichtig und die Ehrenamtlichkeit, die können wir nicht hoch genug herausstreichen.

Ich möchte wieder zur Feuerwehr im Speziellen zurückkommen. Der Herr Abgeordnete Ferstl ist natürlich ein kompetenter Mann, unbestritten, im Feuerwehrwesen. Ich darf das Feuerwehrwesen auch als praktizierender Feuerwehrmann ein bisschen durchleuchten, aber auch als Bürgermeister, der zwei Feuerwehren in der Gemeinde hat. Und wenn man so die Zahlen anschaut, sind sie schon beeindruckend. In etwa fast 48.000 Ehrenamtliche gibt es im steirischen Feuerwehrwesen, davon sind 10 Prozent Jugendliche. 4751 Jugendliche sind aktiv tätig. Das sind sehr beeindruckende Zahlen. Über 41.000 Einsätze wurden geleistet, 4,4 Millionen, hat der Klubobmann Schrittwieser heute schon erwähnt, freiwillig geleistete Stunden, davon tatsächlich 400.000 bei Einsätzen.

Man sieht, dass darüber hinaus sehr vieles in Richtung Ausbildung, in Richtung Geldbeschaffung, Veranstaltungen und dergleichen geleistet wird.

Wenn heute das Thema „Wasser“ auf der Tagesordnung war, dann sind es auch wiederum die Feuerwehren gewesen, die in weiten Teilen der Steiermark viele Einzelgehöfte und Einzelwohnhäuser mit Wasser versorgt haben und über diese kritische Phase, die mittlerweile schon mehr als ein Dreivierteljahr anhält, hinweggeholfen haben, indem sie tagtäglich Wassertransporte durchgeführt haben. Wir kennen auch die finanzielle Situation, die etwas angespannt ist. Die Feuerschutzsteuer ist stark rückläufig, weil die Versicherungsprämien wesentlich geringer wurden. (Abg. Gennaro: „Natürlich!“) In der Landeshauptleutekonferenz konnte dank unserer Frau Landeshauptmann auch beschlossen werden, dass die Feuerschutzsteuer erhöht wird. (Abg. Gennaro: „Die Feuerwehr hat andere Sorgen!“) Leider parkt es derzeit beim Finanzminister. Dieser hat aber zugesagt, bei den nächsten Finanzausgleichsverhandlungen dies zu berücksichtigen. Wir hoffen dann, dass diese Feuerschutzsteuer angehoben wird. Wir sehen auch, dass wir bei der Finanzierbarkeit an unsere Grenzen stoßen.

Wenn wir heute über die einzelnen Themen diskutieren und das tun wir ohnehin bei jeder Landtagssitzung in verschiedenster Weise, dann wird immer einzeln ein Punkt herausgegriffen und es wird gefordert, für das muss natürlich das Geld zur Verfügung stehen: für den sozialen Bereich, für den Straßenbau und so weiter, natürlich auch für die freiwilligen Einsatzorganisationen. In Wirklichkeit wissen wir, dass wir alle diese Wünsche oder Forderungen nicht mehr zur Gänze erfüllen können. Dieser Antrag beruht jetzt auf den Gemeinschaftsanlagen. Es ist dabei sehr deutlich herausgekommen, dass schon lange Gemeinschaftsanlagen vom Land bis zu 100 Prozent finanziert werden. Das sind zum Beispiel Bezirksfunkleitstellen, das ist der Ausbau des Funknetzes, das sind die Atemschutzwerkstätten, das sind zentrale Schlauch-, Wasch- und Pflegeanlagen, Büro- und Kanzleieinrichtungen für die Bezirksfeuerwehrverbände, das sind Investitionsgüter für Schulungs- und Veranstaltungsaktivitäten und so weiter, für die Sonderdienste Tauch- und Wasserdienst, Gefahrgutbekämpfung, Öllarmdienst, Strahlen-, Spür- und Messdienst, Flugdienst mit Hochhausbrandbekämpfung und Waldbrandbekämpfung,

Logistik der F- und D-Bereitschaften, wie zum Beispiel Einsatzleitfahrzeugen, Versorgungsfahrzeugen, Feldküchen, Mannschaftszelt und dergleichen. Es ist dabei noch eine ganze Reihe an Investitionen angeführt. Das heißt, hier ist das Land schon lange sehr aktiv. Ich glaube, das kann man gar nicht mehr ausweiten.

Ich möchte aber trotzdem noch zu einem Punkt kommen, und zwar, und das ist heute schon angeklungen, wie kann man in Zukunft die freiwilligen Einsatzorganisationen auch finanzieren? Wir wissen alle, dass man die Ehrenamtlichkeit nicht verordnen kann. Ehrenamtlichkeit muss gelebt werden, muss von innen heraus kommen und wir können darauf nicht verzichten. Ich glaube auch, dass es an der Zeit ist, sehr offen mit den Feuerwehren, mit politischen Vertretern, mit den zuständigen Stellen des Landes, vor allem aber mit den Gemeinden zu diskutieren, was wirklich notwendig an Ausrüstung ist. Wir haben draußen die Situation, dass wir eine Reihe von Feuerwehren haben. Ich habe es vorhin schon erwähnt, dass ich zwei freiwillige Feuerwehren in meiner Gemeinde habe und ich möchte keine missen, weil die Feuerwehren mehr als nur Einsatzorganisation sind. Sie sind in den Dörfern oft die Einheit oder die Trägerorganisation für das dörfliche Leben, damit ein Gemeinschaftsleben noch aufrechterhalten werden kann.

Ich glaube schon, dass man darüber nachdenken muss, was notwendig ist, damit die Einsatzbereitschaft gegeben ist.

Heute haben wir einen gewissen Ansporn, einen persönlichen Ehrgeiz gespürt. Oft wird ein Kommandant oder ein Kommando daran gemessen, damit er das Gleiche wie der in der Nachbarfeuerwehr erreicht. Ich meine daher, auf die Dauer ist das nicht mehr finanzierbar, dass jeder den größten Tankwagen bekommt. Die Folge wäre ein noch größeres Rüsthaus. Wenn wir uns heute die Rüsthäuser anschauen, so meine ich, sind sie wunderbar. Diese kosten bis zu einer Million Euro und mehr. Die Gemeinden stöhnen, die öffentliche Hand stöhnt. Die Feuerwehren haben früher oft ein Drittel oder mehr an Eigenleistung aufgebracht. Das gelingt den heutigen nicht mehr. Sie können auch nicht mehr mitbauen, weil es architektonisch anders wird. Das ist zwar erfreulich für die Wirtschaft, aber es ist nicht finanzierbar. Wir sind hierbei – so meine ich – gefordert, alle zusammen, darüber ernsthaft zu diskutieren, was die Mindestausstattung ist. Es gibt dazu eine Mindestausrüstungsrichtlinie, auf der wir aufbauen können.

Weiters sollten wir uns die Frage stellen, wo gibt es Stützpunktfeuerwehren? Diese Stützpunktfeuerwehren sollten auf den Bezirk verteilt sein, und zwar mit den verschiedensten Aufgaben. Dort heißt es dann aber auch, überregional mitzufinanzieren. Auf diesem Wege muss es gelingen, auch in Zukunft unser Feuerwehrwesen zu finanzieren, damit auch die Ehrenamtlichkeit weitergeführt werden kann.

Ich darf bei dieser Gelegenheit unseren freiwilligen Feuerwehrkameraden noch ein aufrichtiges Danke sagen. Wenn ich vorhin von Feuerwehrkameraden gesprochen habe, dann sind auch immer mehr Frauen in der Feuerwehr aktiv. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.16 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 14 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 480/2, der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 197 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner und Gennaro, betreffend Euroumstellung auf Ebene der Landesregierung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (14.17 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zum Stück, Einl.-Zahl 480/2, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner und Gennaro, betreffend Euroumstellung auf der Ebene der Landesregierung. Es liegt nunmehr eine umfassende detaillierte Aufstellung vor und ich darf mich daher auf den Antrag beschränken. Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 197 des Steiermärkischen Landtages vom 3. Juli 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner und Gennaro, betreffend Euroumstellung auf der Ebene der Landesregierung, wird zur Kenntnis genommen. (14.18 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt 15 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung: Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 16 bis 20 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

16. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 806/1, Beilage Nr. 109, Gesetz, mit dem das Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 geändert und das Gesetz über die Übernahme von Bundesstraßen (Steiermärkisches Bundesstraßen-Übernahmegesetz 2002) erlassen wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner.

Abg. Wiedner (14.19 Uhr): Herr Präsident, werde Landesräte, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichte zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 806/1, Beilage Nr. 109, Gesetz, mit dem das Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 geändert wird und das Gesetz über die Übernahme von Bundesstraßen erlassen wird. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 9. April 2002 über die obgenannte Regierungsvorlage die Beratungen durchgeführt. Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 806/1, wird wie folgt geändert: Auf Seite 6 des Anhanges ist bei der B 65 Gleisdorfer Straße der Klammersausdruck „(siehe Anmerkung 1)“ zu streichen. Auf Seite 11 des Anhanges ist bei der B 113 Schoberpaßstraße der Klammersausdruck „(B 146)“ durch den Klammersausdruck „(B 320)“ zu ersetzen. Auf Seite 12 des Anhanges ist bei der B 138 Pyhrnpaßstraße der Klammersausdruck „(B 146)“ durch den Klammersausdruck „(B 320)“ zu ersetzen. Auf Seite 13 des Anhanges sind folgende drei Straßenstücke zusätzlich in das Verzeichnis aufzunehmen: „B 306 Semmeringersatzstraße, B 319 Fürstenfelder Straße, B 335 Brucker Ersatzstraße“.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 geändert und das Gesetz über die Übernahme von Bundesstraßen (Steiermärkisches Bundesstraßen-Übernahmegesetz 2002) erlassen wird, wird zum Beschluss erhoben. (14.21 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

17. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 807/1, betreffend Einreihung jener Straßen als Landesstraßen, die dem Land Steiermark mit dem Bundesstraßenübertragungsgesetz vom Bund übertragen werden.

Berichterstatter ist ebenfalls der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (14.22 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 807/1, betreffend Einreihung jener Straßen als Landesstraßen, die dem Land Steiermark mit dem Bundesstraßenübertragungsgesetz vom Bund übertragen werden.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 9. April 2002 über obgenannte Regierungsvorlage die Beratungen durchgeführt.

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 807/1, wird wie folgt geändert:

Auf Seite 3 des Anhanges ist bei der B 113 Schoberpaßstraße der Klammersausdruck „(B 146)“ durch den Klammersausdruck „(B 320)“ zu ersetzen.

Auf Seite 4 des Anhanges ist bei der B 138 Pyhrnpaßstraße der Klammersausdruck „(B 146)“ durch den Klammersausdruck „(B 320)“ zu ersetzen.

Außerdem sind folgende drei Straßenstücke zusätzlich in das Verzeichnis aufzunehmen:

„B 306 Semmeringersatzstraße–Landesgrenze–Mürzzuschlag Ost (S 6).“

„B 319 Fürstenfelder Straße–Ilz (A 2)–Fürstenfeld– Landesgrenze.“

„B 335 Brucker Ersatzstraße–Stausee (S 35)–Röthelstein (S 35).“

Es stellt daher der Ausschuss für Infrastruktur den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 des Steiermärkischen Landesstraßenverwaltungsgesetzes 1964 in der derzeit geltenden Fassung werden die in der Beilage angeführten Straßen als Landesstraßen eingereiht. Ich ersuche um Annahme. (14.23 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 416/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Stöhrmann, Kröpfl, Dipl.-Ing. Grabner, Kollegger, Margarethe Gruber und Böhmer, betreffend die rasche Umsetzung dringend notwendiger Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (14.23 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bringe den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 416/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Stöhrmann, Kröpfl, Dipl.-Ing. Grabner, Kollegger, Margarethe Gruber und Böhmer, betreffend die rasche Umsetzung dringend notwendiger Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 11. September 2001 und am 9. April 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag, Einl.-Zahl 416/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Stöhrmann, Kröpfl, Dipl.-Ing. Grabner, Kollegger, Margarethe Gruber und Böhmer, betreffend die rasche Umsetzung dringend notwendiger Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, liegen zwei Stellungnahmen der Landesregierung vor.

Zum Punkt eins und Punkt zwei des Antrages wird ausführlich berichtet. Ich hoffe, die Abgeordneten haben diese Berichte ausführlich studiert auf Grund ihrer Dringlichkeit. Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 416/1, der vorhin genannten Abgeordneten, betreffend die rasche Umsetzung dringend notwendiger Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (14.24 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt **19. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 604/1, der Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Nein zum Transitstraßenbau im Ennstal.**

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (14.25 Uhr): Danke!

Es liegt Ihnen ein schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur vor, der im Wesentlichen die Stellungnahme der Landesregierung zum Antrag, betreffend Nein zum Transitstraßenbau im Ennstal, behandelt. In dieser Stellungnahme wird vor allem hingewiesen auf laufende Verfahren zur Vergabe einer Bedarfsuntersuchung über das Verkehrsaufkommen im Ennstal von Radstadt nach Liezen.

Der Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 604/1, der Abgeordneten Hagenauer, Mag. Zitz und Lechner-Sonnek, betreffend Nein zum Transitstraßenbau im Ennstal, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (14.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

20. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 796/1, betreffend den Landesstraßentausch im Stadtgemeindegebiet Zeltweg und Gemeindegebiet Maria Buch-Feistritz, Auflassung der L 538 Mariabucher Straße von Kilometer 0,000 bis km 0,772 in einer Länge von 0,772 Kilometer; Übernahme der aufgelassenen B 78 Obdacher Straße im Abschnitt „Weißkirchen-Zeltweg“ von Kilometer 0,000 bis Kilometer 5,853 in einer Gesamtlänge von 5,853 Kilometer.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner.

Abg. Wiedner (14.26 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich berichte zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 796/1. Es geht hier um einen Landesstraßentausch im Stadtgebiet Zeltweg und Gemeindegebiet Maria Buch-Feistritz sowie über die Auflassung einer Straße im Abschnitt Weißkirchen-Zeltweg.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße Nr. 538 Mariabucher Straße von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,772 aufgelassen sowie der vom Bund aufzulassende Abschnitt „Weißkirchen-Zeltweg“ der B 78 Obdacher Straße in einer Gesamtlänge von 7,306 Kilometer als Landesstraße L 537 Zeltwegger Straße beziehungsweise L 518 Murtalbegleitstraße übernommen.

Der gegenständliche Straßentausch tritt mit dem Tag der Beschlussfassung beziehungsweise mit der Verkehrswirksamkeit der Umfahrung Zeltweg im Zuge der B 78 Obdacher Straße in Kraft. (14.28 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (14.28 Uhr): Geschätzter Herr Präsident! Verehrte Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Landesrat! Geschätzte Damen und Herren! Hohes Haus!

Wir haben wieder ein ganzes Paket von Infrastrukturmaßnahmen heute auf der Tagesordnung und zu beschließen. Aber ich glaube, es sind in diesem Paket zwei ganz, ganz wichtige Dinge dabei. Das eine, das Landesstraßenverwaltungsgesetz 1964, betreffend Übernahme der Bundesstraßen zu ändern und das Bundesstraßenübertragungsgesetz haben wir auch auf der Tagesordnung, verehrte Damen und Herren, um einheitliche Rechtsgrundlagen für die Landesstraßen und Bundesstraßen in der Zukunft zu erlangen. Der 1. April ist kein Scherz, wie man immer sagt, sondern mit 1. April 2002 wurden die gesamten Bundesstraßen Österreichs den Ländern übertragen. Es wurde immer gesagt, die Verländerung, aber letztendlich ist die Übertragung der Grund. Das heißt, das Land Steiermark hat 3600 Straßenkilometer als Landesstraßen gehabt und jetzt kommen für das Land Steiermark weitere 1600 Kilometer Bundesstraßen als Landesstraßen dazu, sprich – einmal eins – 5000 Kilometer Landesstraßennetz haben wir in der Zukunft zu bewerkstelligen.

Werte Damen und Herren, das ist eine ganz große Aufgabe, aber vor allem eine Herausforderung sondergleichen. Und ich habe das schon einmal hier bei einer Verkehrsdebatte gesagt und ich nehme mich selbst auch beim Ohr, man kann ja gescheiter werden, wir müssen hier über den Tellerrand hinausschauen, und zwar alle möglichen Wünsche hinten anstellen und wirklich nach Prioritäten und Notwendigkeiten unsere Vorhaben im Land Steiermark abzarbeiten. Ich bitte Sie auch, vielleicht selbst in sich zu gehen und nachzudenken, ob man nicht wirklich eine Kehrtwendung machen soll.

Das eine möchte ich sehr kritisch betonen: In der Vergangenheit haben unsere Verkehrsantragsstücke an Inflation gelitten. Wir wissen, dass wir vom Bund die Mittel übertragen bekommen oder wir werden sie bekommen, die bundesländerweise nach Prozentsätzen aufgeteilt sind. Das Bundesland Steiermark hat 15,49 Prozent der Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Das sind in etwa 1,1 Milliarden Schilling im Jahre 2002 und es wird ab 2007 1,161 Milliarden Schilling oder 84,42 Millionen Euro ausmachen.

Verehrte Damen und Herren, wenn Sie sich erinnern, die steirische Volkspartei hat Mitte Oktober einen Antrag eingebracht, um eine Straßenfinanzierungsgesellschaft auf die Beine zu stellen, um in der Zukunft die notwendigen Bauvorhaben und Projekte in unserem Lande umsetzen zu können. Wir sind jetzt gerade dabei und haben diesen Antrag das letzte Mal im Ausschuss gehabt, es ist auch ein Unterausschuss eingerichtet worden, es gibt Arbeitsgruppen, Studien et cetera und es haben alle alles zu tun, um eine gangbare Lösung auf die Beine zu stellen, die a) nicht maastrichtschädigend ist und die uns aber b) in den nächsten vier bis fünf Jahren in einem Eilzugtempo hilft, diese Maßnahmen abzuarbeiten. Priorität eins, Priorität zwei oder Kategorie eins und Kategorie zwei, das sind die Stufen. Verehrte Damen und Herren, Straßeninfrastruktureinrichtungen sind ein ganz wichtiger Bestandteil, was den Wirtschaftsstandort anlangt und hier, glaube ich, muss man alles daransetzen, den Wirtschaftsstandort weiterhin attraktiv zu gestalten.

Es gibt heute einige Unselbstständige Entschließungsanträge und es ist ein weiteres Stück heute in diesem Paket mit Infrastrukturmaßnahmen. Es gibt einen Antrag von den Sozialdemokraten. Verehrte Damen und Herren, ich möchte sagen, das ist alles nichts Neues, was da drinnen steht. Das sind alles alte Wünsche und vor allem Großprojekte. Wir haben gesagt, wir wollen in Zukunft eine andere Gesprächskultur an den Tag legen. Verehrte Damen und Herren, wenn ich diese Anträge von den Sozialdemokraten anschau, da ist das Mur- und das Mürztal am Beginn angeführt. Ich weiß nicht, ob man da mit der Schweißbrille oder mit dem Schweißschirm in diese Regionen schaut und ich wiederhole das, im Mürztal ist das größte Bauprojekt mit 5,4 Milliarden Schilling – von ganz Österreich – die Semmeringquerung. Es ist der Anschluss von Ganzstein-Ost nach Spital, sprich die Spitaler Umfahrung, es ist der Vollausbau von Kindberg nach Sankt Marein. Natürlich – und das habe ich des Öfteren gesagt – Verkehrsinfrastruktur mit größeren Projekten, wo es nicht um drei Meter Gehsteige oder fünf Meter Radwege geht, das ist ein Zeit- und Umsetzungsintervall von mindestens zehn Jahren.

Dazu einige Beispiele. Verehrte Damen und Herren, als ich 1990 in die Politik gekommen bin, hat man sich so als „Frischgefangener“, wenn ich das so sagen darf, gewisse Ziele gesetzt und da habe ich vier Großprojekte für das Mürztal gefordert. Abfahrt Kindberg–Stanztal war damals 1990 unmöglich und man konnte sich nicht vorstellen, dass das einmal realisiert werden kann. Dann, Herr Bürgermeister Stöhrmann, die Umfahrung Mitterdorf betreffend Veitsch-Anschluss, ist damals noch nicht gegangen. Es war dann die Umfahrung Spital, nicht zu reden davon. Und das vierte Projekt ein Radweg durch das Neuberger Tal. Verehrte Damen und Herren, nach zehn beziehungsweise zwölf Jahren ist bereits alles längst erledigt: Abfahrt Stanztal – eine hervorragende Einrichtung – Umfahrung Mitterdorf (Abg. Stöhrmann: „Frage, Josef!“) Herr Abgeordneter Stöhrmann, jetzt muss ich dir wirklich etwas sagen. Ich kann mich erinnern, wie immer wieder geschrieben wurde – da warst du noch nicht da – jetzt geht etwas weiter, weil jetzt haben wir den Straßenbaureferenten. Nichts ist weitergegangen, alle Auflistungen hätten ihr längst machen können, aber da seid ihr eben zu schwach gewesen. Das ist die Geschichte. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Stöhrmann: „Du hast ja selbst gerade aufgezeigt, was weitergegangen ist!“) Ja, Moment, so findet ja das nicht statt. (Abg. Stöhrmann: „Du widersprichst dir ja selbst!“) Geh, mit deinem Bürgermeistereschmäh kannst du dich putzen, Entschuldigung, Herr Präsident. Ich sage dir jetzt, du weißt genau, dass die Umfahrung 1995 eröffnet wurde und vor 1995 war Herr Landesrat Ressel noch nicht Straßenbaureferent. Ich will da jetzt gar nicht herumreden, wer was gemacht hat. Ich möchte nur sagen, was in zehn Jahren im Mürztal passiert ist. Im 93er Jahr war es nicht vorstellbar, dass die Umfahrung Spital passiert, jetzt haben wir drei Tunnels, eine hervorragende Geschichte. Und wenn ich in das Neuberger Tal hineinschaue, eine große Strecke ist bereits umgesetzt. Damals hat man zu mir gesagt, ich bin nicht ganz beinander, wenn man diese Neuberger Bahn nicht benützt, muss man sich Gedanken machen. Ich habe gesagt, tragen wir sie ab, das Land soll das kaufen und machen wir einen Radweg und eine Loipe im Winter. Damals haben sie gesagt, ob ich nicht ganz beinander bin, heute stehen wir genau vor diesem Punkt, wo wir sagen, jetzt ist zugesperrt, jetzt müssen wir es ausschreiben. Viele Jahre sind vergangen. Man muss sich daher diesen Dingen stellen. Ich meine, solche großen Projekte dauern einfach eine längere Zeit und darum meine ich, soll man bei solchen Anträgen schon aufpassen, dass man nicht Kraut und Rüben verwechselt und man soll positive Dinge in den Vordergrund stellen.

Ich behaupte auch, dass wir uns eigentlich in der Politik in den letzten Jahren immer nur wegen Lückenschlüssen in die Haare fahren. Ganz deutlich sage ich, wenn ich mir das Murtal zwischen Judenburg bis hinauf nach Scheifling anschau, das wird im Generalverkehrsplan vorgezogen, dank der Intervention von unserer Frau Landeshauptmann. (Abg. Schrittwieser: „Auf 2015!“)

Hört auf mit dieser Jammerei. Das wird vorgezogen, meine Damen und Herren, aber wir werden von Scheifling bis Friesach in der Zukunft wieder ein Lückenschlussthema haben, das wir schwierig weiterbringen. Das möchte ich zu dem Entschließungsantrag sagen. Und zum zweiten Entschließungsantrag, wo wieder in einer Art und Weise in der Formulierung – Herr Klubobmann, das kommt von dir, das weiß ich – die Frau Landeshauptmann beschuldigt und angegriffen wird – (Abg. Schrittwieser: „Nein, nein!“) na, entschuldige, dann musst du es durchlesen, ich habe es mir genau angeschaut – das ist die Sache. Weißt du, was los ist? Wenn die Frau Landeshauptmann hinaus kommt in eine SPÖ-Gemeinde, dann sind alle vorne und machen ein Bild mit der Frau Landeshauptmann und alles ist bestens. Nur, wenn wir dann wieder im Landtag sind, direkt traut ihr es nicht zu sagen, aber in so einem Zettel, da schreibt ihr es hinein und da geht ihr wieder los auf sie. Es spielt keine Rolle,

tut nur so weiter, ihr habt es ohnedies in der vergangenen Periode auch zu spüren bekommen, wenn man so mit der Frau Landeshauptmann der Steiermark umgeht. (Abg. Schrittwieser: „Ich würde dich bitten zu zitieren, wo die Frau Landeshauptmann persönlich angesprochen wurde!“)

Ich meine, wer hat sich nicht bemüht? Ich habe das das letzte Mal gesagt, alle Bundesländer haben sich bemüht und sind gelaufen und es gibt eben einmal neun Bundesländer, dass dann der Kuchen auf neun aufzuteilen ist, das versteht sich, glaube ich, auch von selbst.

Ich meine daher, diesen beiden Unselbstständigen Anträgen kann die steirische Volkspartei unter keinen Umständen zustimmen und ob ihr Verständnis dafür habt oder nicht, das ist nicht unsere Sache.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch einige Überlegungen zu dieser neuen Aufgabe mit der Übertragung der Bundesstraßen an das Land Steiermark sagen. Ich meine, natürlich haben wir 1,1 Milliarden Schilling vom Bund, wir haben in etwa 300 Millionen im Budget für unsere Landesstraßen, unter dem Strich werden es 1,5 bis 1,6 Milliarden im Jahr sein. Ich sage das ganz offen, das ist sicherlich nicht genug, denn genug ist etwas mehr. Wir werden hier wirklich gefordert sein Prioritäten zu setzen, um mit diesen Mitteln auch auszukommen.

Es ist auch weiterhin – im Zuge der neuen Finanzausgleichsverhandlungen – Sorge zu tragen, dass man vielleicht hier etwas noch abzweigen kann. Vor allem ab dem Jahr 2008 ist eine weitere Vereinbarung, betreffend die 15 a-Vereinbarung, in Angriff zu nehmen. Bis dorthin sind die Mittel gesichert und ich bin überzeugt, dass das auch in der Zukunft dann passiert.

Es ist natürlich auch mit dieser Übertragung in der ganzen Struktur unseres Landesstraßenbaues mit den Abteilungen, mit den Baubezirksleitungen und dergleichen auch eine neue Aufgabe auf diese Institutionen zugekommen. Ich möchte hier schon sehr deutlich sagen, wie auch immer diese Finanzierungsgesellschaft ausschaut – das weiß man jetzt nicht –, die darf nicht maastrichtschädigend sein.

Aber eines sage ich ganz offen, verehrte Damen und Herren, es muss uns gemeinsam gelingen, dass die Baubezirksleitungen draußen ihre Existenz haben. Und es muss uns auch gelingen, dass – genauso wie die Bezirkshauptmannschaften – die Baubezirksleitungen hier verstärkt Aufgaben dort zu erfüllen haben, denn das ist eine Institution, die einfach das Land vor Ort kennt. Ich sage das heute hier etwas provokant, aber ich sage es und weiß, wovon ich spreche, ich bin der Meinung, dass man hier die Zentralstellen genau anschauen soll. Ich behaupte, dass man viele Aufgaben, die hier in der Zentrale passieren, vor Ort umsetzen kann, denn hier gibt es dann Synergien. Das ist meines Erachtens auch eine Aufgabe, wo man den politischen Mut aufbringen muss um zu sagen, ja, das ist gut. Natürlich, jedem Menschen recht getan ist eine Kunst, die niemand kann.

Für diese neue Strukturierung, für diese neue Aufgabe darf ich Sie alle recht herzlich bitten auch mitzuwirken und nicht, wenn man da oder dort wieder irgendetwas anders macht, dann kommen wieder die alten Plärrereien „alles zusperrn“ und „die tun nichts“, „aushöhlen der Regionen“ und lauter solche Tanz. Das kennen wir in der Zwischenzeit längst. (Abg. Stöhrmann: „Du kannst die Wahrheit nicht hören!“)

Ich bitte Sie daher, dass wir diese Herausforderung gemeinsam ernstlich angehen, denn alle wollen, dass wir schöne und ordentliche Straßen haben. Und das sage ich jetzt auch ganz offen, nachdem ich zehn Jahre in der Kommunalpolitik tätig war, die Baubezirksleitungen brauchen wir, denn die leisten viele, viele Arbeiten und Aufgaben für unsere Gemeinden – 543. Wir wissen, dass wir dort den ersten Zugang haben und dass sie auch viele Probleme der Gemeinden verstehen.

In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, bitte ich, diese Gesetze zu beschließen beziehungsweise diesen Gesetzen zuzustimmen. Die Steirische Volkspartei wird diesen beiden Unselbstständigen Entschließungsanträgen der Sozialdemokraten keine Zustimmung geben. Ich bedanke mich recht herzlich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.44 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (14.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Jetzt muss ich zum Kollegen Straßberger etwas sagen. Der Kollege Straßberger, wenn ich mir das so anschau, wie die ÖVP und die FPÖ noch nicht in der Bundesregierung waren, was er da für Reden gehalten hat, was da alles nicht in Ordnung war, was nicht weitergeht. Ich bedanke mich aber bei dir, lieber Sepp, dass du heute sehr positiv erwähnt hast, im Mürztal, diesen Semmeringstraßentunnel und diese Straße, und dass du auch gesagt hast, dass diese Projekte lange Vorbereitung brauchen, bis sie baureif sind. Es ist daher den Ministern, die das auf die Baustelle und, wie man so schön sagt, aufs Gleis gestellt haben, zu danken. Leider sind sie nicht mehr im Amt, eröffnen werdet ihr es. Aber dass da oben so viel weitergeht, ist unserem Verkehrsminister sehr zu danken, weil er erkannt hat, dass das eine Verkehrsverbindung ist, die wichtig ist. Und ich kann dir gleich dazu sagen, ich hätte mich heute gefreut, wenn du dich da hergestellt und gesagt hättest, ja, Freunde, die Straße haben wir jetzt schon auf der Schiene, aber bei der Schiene sind wir nicht gut mit dabei. Was für negative Auswirkungen das hat, wenn wir den Semmering nicht bekommen, auch bei der Schiene, weißt du genau und in welchem Gewissenskonflikt du dich befindest, weiß ich auch, weil du wirst mit zu verantworten haben, wenn der Semmeringtunnel frühestens 2021 nach dem Generalverkehrsplan gebaut wird. (Abg. Straßberger: 2007!“) Weil dann haben wir den Anschluss längst verloren. Dann werden sie uns längst über Ungarn, Slowenien, Tschechien umfahren haben. Wir werden als Obersteirer zu kämpfen haben, dass die Betriebe, die da sind, da bleiben und

es werden sich überhaupt keine neuen mehr ansiedeln. Wenn man sich für Wirtschaft wirklich interessiert und mit dem Wirtschaftsstandort auseinander setzt, dann weiß man, dass das auch in den letzten 50 Jahren so war. Dort, wo gute Verkehrsinfrastruktur ist, da gibt es Brot für die Menschen, da gibt es Arbeit. Aber mit diesem Generalverkehrsplan, dem ihr eure Zustimmung gegeben habt und ich sage es noch einmal, weil ich es beim Sonderlandtag auch gesagt habe, da nehmt ihr wirklich – jetzt nicht eine polemische und böse Kritik – den Leuten den Broten aus der Hand, weil es werden nämlich unsere Kinder und Enkelkinder diesen Broten und das, was sie für das Leben brauchen, nicht mehr dort haben, wo heute blühende Wirtschaft ist, wo gutes Einkommen ist, weil man sich nämlich weigert, dieser Steiermark und dieser Obersteiermark diese Infrastruktur zu geben.

Jetzt sagst du, es greift irgendjemand die Frau Landeshauptmann Klasnic persönlich unqualifiziert an. Wir haben das selber geschrieben und ich weiß, was da drinnen steht. Ich lese dir das vor. (Abg. Straßberger: „Ich habe es eh da!“) Damit das Hohe Haus weiß, was da steht.

Beim Generalverkehrsplan habt ihr euch hingestellt, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schöggel genauso wie die Frau Landeshauptmann, und habt gesagt, okay, dieser Generalverkehrsplan ist eh schwer in Ordnung. Es gibt nur organisatorische Probleme und bei den Fristen müssen wir noch reden.

Aber in Wahrheit war der Generalverkehrsplan für unsere Infrastruktur eine Katastrophe – und ihr wisst das, ihr müsst nur einmal den Kniefall vor der Bundesregierung beenden. Ich lade euch ja ständig ein, machen wir eine gemeinsame Initiative für einen Steirischen Generalverkehrsplan, wo wir wirklich geschlossen dafür eintreten und sagen, Freunde, jetzt ist es vorbei, dass ihr ständig tut mit uns, was ihr wollt. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt muss ich als Beispiel wieder anführen: Dort, wo der Landeshauptmann Pröll laut schreit und sagt, Freunde, an mir führt kein Weg vorbei, hat er bis 2011 76 Prozent seiner Projekte finanziert und gebaut, fertig gestellt. Wir werden knapp 40 Prozent haben und trotzdem seid ihr zufrieden.

Und jetzt sage ich zum Verkehrsreferenten, zum Landeshauptmann Schöggel, lieber Freund Leopold – wenn ich das so sagen darf –, ich würde dich wirklich bitten, dass du endlich deine Funktion wahrnimmst. Du fährst jetzt nach Wien zum Herrn Verkehrsminister nachverhandeln und erklärst am Tag davor, einen Beutezug nach Wien wirst du nicht machen, sondern du wirst dort organisatorische Fragen besprechen.

Wie sollen wir jemals zu einer Verkehrsachse kommen, wenn der zuständige Referent hinausfährt, Freunde, es ist eh alles in Ordnung, bestens, vielleicht schreiben wir und oder oder?

Ich will Projekte sehen, ich will Infrastruktur sehen, auch wenn wir wissen, dass sie nicht morgen, übermorgen gebaut sind. Aber wir müssen doch endlich erreichen, dass wir in den finanzierten Bereich bis 2006 die wichtigsten Dinge hineinbekommen. Seid mir nicht böse, die Pyhrnachse, die ganze Südbahn, der Semmering-tunnel, das ist das tägliche Brot für uns und ihr tut so, als ob uns das nichts angeht, als ob man da nicht lauthals dafür eintreten muss, als ob man nicht täglich in der Öffentlichkeit dafür eintreten muss. Denn eines haben wir bei jeder Bundesregierung, Freunde, mitbekommen, wenn wir ordentlich lautstark geschlossen für steirische Projekte eingetreten sind, dann ist die Regierung noch immer irgendwann in die Knie gegangen und hat gesagt, da müssen wir wenigstens einen Teil dieser Wünsche berücksichtigen. Aber solange es diesen Widerstand nicht gibt – und wir laden euch ein hier mitzutun –, solange werden die sagen, die geben eh Ruhe, machen wir etwas anderes.

Und weil du, Kollege Straßberger, gesagt hast, du bist vor 1990 in den Nationalrat gekommen. (Abg. Straßberger: „In die Politik!“) Ach, in die Politik. Du hast viele Ziele und Visionen gehabt. Ich hoffe, sie sind dir nicht verloren gegangen. Nur, was mich jetzt wiederum wundert, lieber Sepp, und ich bin das gar nicht gewöhnt von dir, du hast deine Ziele, deine Visionen jetzt ausgetauscht für Parteigehorsam, weil du sagst, ich darf hier nichts anderes sagen, weil das die große politische Linie ist. Und darum tust du es ja auch nicht. Weil vor 2000, lieber Freund, hättest du dich da herausgestellt und hättest gesagt, was da passiert ist, eine Sauerei und das ist eine Benachteiligung, wie es sie noch nie gegeben hat. Ich kann dir nur bestätigen, das hättest du gesagt. (Abg. Straßberger: „Brauchst nur nachlesen!“) Nur, jetzt darfst du nicht, lieber Freund. Jetzt musst du die Parteilinie halten und da sage ich, Parteilinie kann nicht über Gemeinschaftsinteressen der Steirerinnen und Steirer stehen. Da würde ich dich bitten wieder umzudenken, lieber Freund. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt kommen wir zu dieser Verklärung der Bundesstraßen. Mir ist schon klar, der Bund schaut, dass er so viele Kosten wie möglich weiterbringt und sagt, da dezentralisieren wir, das geben wir den Ländern. Ihr wisst alle, dass unser Klub, der Klub der Sozialdemokraten ständig für eine Dezentralisierung auch des öffentlichen Bereiches eingetreten ist und auch der Ausbildung, sonst hätten wir nicht so lange gebraucht, dass wir euch überzeugt hätten, dass die Fachhochschule in Kapfenberg und in anderen Bezirken auch eine große Rolle spielt. Wenn ich heute dort hingehe, sagen alle super. Daher meine ich, die Dezentralisierung hat auch ihre gute Seite. Nur, wenn du heute mit den zuständigen Leuten des Landes in der Beamenschaft redest und genau diesen Finanzierungsvertrag, den Paragraphen 1 des Bundesstraßenübertragungsgesetzes liest, dann muss ich sagen, natürlich können wir darüber reden, ob wir die Bundesstraßen übernehmen oder nicht. Du sagst 1600 Kilometer, hervorragend. Nur, du weißt, dass die Hälfte davon in einem schlechten Zustand sind. Was mich dabei stört ist, dass das Budget seit 2000 eingefroren ist in diesem Bundesstraßenfinanzierungsgesetz, bis 2008 ist in der Finanzierung nicht einmal der Index abgesichert und das bedeutet, dass wir den Nachholbedarf, den wir sowieso haben, überhaupt nie wett machen können. Das bedeutet auch bei den Straßen künftig weniger Sanierung, weniger Bau.

Dann fährt Herr Kollege Schöggel hinaus und sagt, ich mache keinen Beutezug nach Wien. Freunde, das ist keine Politik, das ist Resignation, wenn man sich dort nicht durchsetzt. Das Nächste, liebe Freunde, 1600 Kilometer Bundesstraßen zu übernehmen und diesen Vertrag so einfach hinzunehmen, obwohl wir wissen – und jeder weiß es, der unterschrieben hat –, dass ab 2008 überhaupt keine Finanzierung da ist. Wenn der Bund weiterhin sagt Nulldefizit und sagt, ich habe keine Geld für das, das ist Ländersache, dafür habt ihr es ja übernommen, dann stehen wir 2008 vor dem Nichts, meine Damen und Herren. Und trotzdem sagen Sie, das ist eine klasse Geschichte, das übernehmen wir, das ist von großer Bedeutung, wir haben statt 3600 Kilometer Landesstraße jetzt 5000 Kilometer Landesstraße. Nur werden wir eben 5000 Kilometer nicht sanieren und neu bauen können, weil ich meine, dass auch hier die Beharrlichkeit, etwas Besonderes für die Steiermark zu erreichen, nicht da gewesen ist. Ich sage ein Beispiel, nicht dass ihr da immer sagt, ich greife die Frau Landeshauptmann an oder irgend einen FPÖ- oder ÖVP-Regierer, das liegt mir fern.

Lieber Freund, ich hoffe, du hast dir das genau angeschaut. Kärnten, ein Parteifreund dieser Seite hier, von dem ich nur in der Zeitung lese, persönlich kenne ich ihn nicht. Aber ich muss euch jetzt ehrlich sagen, wenn ich mir anschau, was durch seine lautstarken Auftritte der Landeshauptmann Haider für Kärnten alles erreicht hat, hat meine Bewunderung. (Beifall bei der FPÖ.) 62 Millionen Euro! Ich spreche von Projekten, und nicht von seinen politischen Inhalten, dass da nichts Falsches verstanden wird. Ansonsten bin ich da sehr weit weg von euch, das muss ich euch schon sagen. Aber wenn ich mir anschau, jetzt gilt dieses Straßenfinanzierungsgesetz für alle Bundesländer und Kärnten hat wieder einmal zusätzlich 62 Millionen Euro, 853 Millionen Schilling Projekte für sich lukrieren können und ich frage dich, Herr Landeshauptmann, wo war denn die Landesregierung der Steiermark und dass sie gesagt hätte, wir haben auch zusätzliche Projekte, die wir zu bewältigen haben? Wenn auch gesagt wurde, dass der Lückenschluss von Judenburg bis Scheifling erreicht wurde, dass vorgezogen wurde von 2021 wahrscheinlich auf 2012. Weißt du was? Da haben wir schon einen so schnellen Radweg, da fahren wir dann mit dem Rad hinauf. Freunde, warum haben wir nicht gesagt, wenn Kärnten jetzt diese 62 Millionen Euro zusätzlich bei diesem Vertrag bekommt, dann wollen wir auch dieses Straßenstück finanziert haben.

Und als Nächstes, Vorarlberg, liebe Freunde. Vorarlberg, verlässlicher Partner der Koalition auf ÖVP- und FPÖ-Seite, das muss ja bedankt werden. Vorarlberg hat die Umfahrung Feldkirch so wie extra 72,6 Euro an zusätzlichen Mitteln erreicht. Eine Milliarde Schilling, Freunde, für Vorarlberg! Ein Dankeschön, dass sie so stark zu dieser schwarz-blauen Belastungsregierung stehen. Aber ihr müsst doch endlich einmal sehen, dass es längst nicht mehr um parteipolitisches Anpatzen geht, sondern es geht längst darum, dass wir begreifen – und ihr wollt das nicht begreifen –, dass wir endlich einmal gemeinsam auftreten und sagen – ich wiederhole mich jetzt – so lassen wir mit uns nicht umgehen und so könnt ihr uns nicht behandeln. Weil wir haben alle nichts davon, wenn alle sagen, die Frau Landeshauptmann hat eine solche Kraft in der ÖVP, das wird ja auch stimmen – mit so einem Wahlergebnis hat man eine Kraft in der Partei, ich weiß das, ich kenne mich da aus – (Abg. Gennaro: „Siegi, sollte sie haben, so musst du sagen!“) Es schreiben die Medien, sie hätte diese Kraft. Wir wissen auf Grund von vielen Projekten, dass das alleine nicht geht. Da sind wir mit dabei und helfen. Wir sind ja welche, die etwas erreichen wollen. Aber nein, da stellt man sich hin, sagt bei jeder Sache, die die Bundesregierung will, ja dazu und sagt dazu, na gut, das ist eben jetzt so und da gibt es ein Gesetz und andere Bundesländer führen uns immer wieder vor Augen, dass wir auch zusätzliche Dinge erreichen können. Und jetzt, weil die Frau Landeshauptmann da ist, möchte ich es noch einmal sagen, bei diesem Straßenübertragungsgesetz der Bundesstraßen – der Verkehrsreferent sitzt hinter mir – was ich jetzt bedaure ist, dass Kärnten und Vorarlberg wiederum zusätzliche Mittel von je einer knappen Milliarde für Verkehrsprojekte erreicht haben. Ich frage mich, warum wir schon wieder nicht dabei waren und ich habe auch vorhin gerade dem Herrn Verkehrsreferenten sagen müssen, wir sind nicht damit einverstanden, wenn er nach Wien zum Verkehrsminister fährt und sagt er macht keinen Beutezug. Da sind wir ohnehin weit weg davon, weil von einem Beutezug war nichts zu sehen.

Beim Generalverkehrsplan ist dasselbe. Und wisst ihr, was noch dabei herauskommt? Wir haben überall in den zentralen Bereichen eine Verkehrsstauproblematik, dass wir nichts mehr hineinbringen, nichts mehr hinausbringen. Aber wenn wir die Verkehrswege nicht absichern, dann sichern wir auch nicht Regionen ab, meine Damen und Herren, und wir bekennen uns zu den steirischen Regionen. Wenn der Herr Kollege Straßberger vorher gesagt hat, wir lästern immer nur, wir sind Zusperrer und wir sind die, die Regionen schlecht behandeln, wenn ich mir anschau, was in letzter Zeit passiert ist bei Finanzämtern, Postämtern, Bezirksgerichten und so weiter. (Abg. Straßberger: „Es ist kein Finanzamt gesperrt worden!“) Lieber Freund, du hast ja Recht, das steht heute in der Zeitung, vielleicht hat unser Widerstand einmal gewirkt, dass sie sich dann nicht getraut haben, diese Finanzämter zuzusperrern. Aber das Ganze bitte war doch akkordiert. Ihr könnt euch ja nicht beschweren, wenn diese Aushöhlung der Infrastruktur jedes Monat einen neuen Höhepunkt erreicht, dass euch jemand sagt, der für diese Aushöhlung nicht ist, das ist keine Politik für die Regionen. Da müssen wir ehrlich sein. Ihr müsst sagen, nein, für diese Regionen leisten wir uns diese Infrastruktur nicht, wir wollen sie auch nicht und daher lassen wir geschehen was geschieht. Wir haben einen anderen Ansatz in der Politik, wir sagen, wir wollen diese Regionen stärken. Ihr wisst auch, jede Region ist nur so gut wie die Infrastruktur, die sie hat und mit jedem Stück, das ich dort wegnehme, wird die Region ausgehungert – das Nächste ist die Schule, das Nächste das Einkaufsgeschäft – (Abg. Straßberger: „Das ist Schwarzmalen!“) Das ist nicht Schwarzmalen, wir wissen das ja alle, lieber Freund, wie das geht, wenn ein Punkt nach dem anderen wegkommt. Ich kann dir viele Gemeinden aufzählen. Freunde, dass ihr das nicht hören wollt, verstehe ich schon. Ich schau ja, wie manche hereinschauen und sagen, jetzt steht der Schrittwieser da draußen, der hat ja vollkommen Recht. Ich weiß ja, dass ihr so denkt. Ihr müsst endlich einmal einen Widerstand anmelden und sagen, das wollen wir nicht. Ich sage euch, es geht da nicht um einen von uns, die wir da sitzen, es geht nicht um eine Partei, die in diesem Haus ist, sondern es geht ausschließlich um die

Leute, die durch diese Aushöhlung der Regionen einen Nachteil haben, die es künftig sehr schwer haben, von den Älteren bis zu den Jüngeren, dass sie noch ihren täglichen Ablauf so gestalten können wie heute, weil sie vielleicht zu wenig mobil sind, weil sie das Postauto auch schon eingestellt haben. Das sind Fragen der Politik, das sind Fragen – der Mensch im Mittelpunkt –, die müssen wir stellen. Aber es kann der Mensch im Mittelpunkt nicht aufhören beim Rechenstift, sondern irgendwann muss man auch sagen, der Mensch im Mittelpunkt kostet auch etwas. Jetzt kann ich das in der Rede nicht ausführen, wo das was kosten soll und wo nicht, aber es kann nicht eine pauschalpolitische Linie sein, die Regionen sind mir egal, daher stimme ich dem, was da passiert, zu.

Bei dem Vertrag ist es wieder so. Freunde, fahrt durch die Steiermark. Ich nehme ja an, dass ihr alle fleißige Abgeordnete seid und rundherum unterwegs seid. Wir hätten genug Bedarf an Sanierungen, an Neubauten. Und wir hätten genug Grund dazu, uns ganz besonders dafür einzusetzen, dass diese Bundesregierung auch für die Steiermark einmal mehr macht als für andere Bundesländer. Aber leider ist es nicht machbar.

Ich werde nicht aufhören, bevor wir uns nicht zusammenraufen und sagen, jetzt gehen wir es gemeinsam an. Und dann müssen wir das Gemeinsame, das immer gepredigt wird, auch leben. In diesen Fragen fehlt es mir. Ich danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ. – 15.02 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wiedner. Ich erteile es ihm.

Abg. Wiedner (15.02 Uhr): Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es geht hier um den Punkt Infrastruktur, es geht um die Verlängerung von Bundesstraßen. Ich darf darauf hinweisen, dass die Verlängerung der Bundesstraßen natürlich keine Idee der jetzigen Bundesregierung ist, sondern eigentlich eine alte Idee, die jetzt umgesetzt wird. Also nicht etwas Neues, was jetzt kommt, sondern die Umsetzung einer alten Idee, die in vielen Bereichen Sinn macht, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie macht in vielen Bereichen Sinn. Sie gibt den Ländern Eigenständigkeit in der Planung, in der Durchführung, in der Verantwortung und auch in der Abführung der Verfahren. Wir jammern ja sehr oft dabei, dass die Verfahren so lange dauern, dass die ganzen Wege so lange sind. Jetzt, wenn wir die Kompetenz in das Land bekommen, haben wir die Möglichkeit, hier rascher Verfahren durchzuführen, schneller umzusetzen und schneller zu bauen.

Der Herr Kollege Straßberger hat eigentlich alles, was zu sagen ist, von Kilometer und Finanzen, nahezu gesagt. Dem ist kaum mehr etwas anzufügen. Es sind 5200 Kilometer, die jetzt im Endeffekt in der Verantwortung des Landes sind.

Ich darf eines unterstreichen, was ich hier selbst auch schon gesagt habe, ich würde alle Damen und Herren bitten, sich endlich einmal an Prioritäten und Abläufe zu halten. Es hilft nichts, wenn jeder jedes Mal hergeht und irgendwo eine Straße beantragt und dieser Antrag dann zur Stellungnahme zugewiesen wird, es bringt uns allen nichts. Es bringt nur irgendjemanden draußen etwas, damit er wieder ein Geschichterl für seine Bezirkszeitung hat. Aber es bringt im Endeffekt nichts, weil wir damit nur falsche Hoffnungen erwecken, weil wir damit nichts im Sinne der Infrastruktur weiterbringen. Ich würde darum wirklich bitten, wenn ich die neuen Anträge der SPÖ anschau für die nächste Landtagssitzung, ein ganzes Packerl, alle Bezirke durch, alles zusammengefasst, was gut und teuer ist. Ist recht, ist gut, ist schön, aber so werden wir die Infrastruktur nicht weiter ausbauen können.

Die Beantwortung der Anfragen hat sich auf den GVP bezogen. Diese Antwort ist eine realistische. Das unterscheidet uns vielleicht ein bisschen, dass wir so vorgehen, wie es realistisch möglich ist und nicht nur mit Wünschen an das Christkind agieren. Nicht nur Wünsche an das Christkind helfen uns weiter, sondern bitte mit dem, was realistisch möglich ist.

Und, lieber Kollege Schrittwieser, diese beispiellose, wirklich beispielelose Schwarzmalerei, die du hier bringst. Ich kann mich erinnern, in der letzten Periode hast du noch ganz anderes geredet. Da war alles super, alles klass, Infrastruktur, es ist ja gebaut worden. Nur, es hat keiner bemerkt, wo es gebaut worden ist. Und der Unterschied war der, ihr habt den Straßenreferenten gehabt. (Abg. Gennaro: „Brauchst nur bei dir unten schauen, was da alles gebaut worden ist!“) Inzwischen ist alles furchtbar, es bricht alles zusammen. Dem ist nicht so, bitte.

Dem ist nicht so. Es gibt erstmalig einen Generalverkehrsplan. Es gibt erstmalig ein Finanzierungskonzept dazu. Das hat es bis dato noch nie gegeben. Und auch jetzt – bis 2008 – ist alles geklärt und wer über 2008 hinaus Zusagen macht, der ist ein Träumer. Das ist nicht möglich, bitte. Bleiben wir realistisch in dieser Angelegenheit.

Vor kurzem hat noch eine steirische Tageszeitung einen Zweiseiter gehabt, wo die ganzen Großbaustellen der Steiermark angeführt waren. Ich glaube, ihr habt das genau angeschaut. Murtal, Mürztal, Großraum Graz, südlich von Graz, Weststeiermark. Überall gibt es heuer – im Jahr 2002 – Großbaustellen für die größten Bauprojekte Österreichs. Der Plabutschunnel, der Lückenschluss der Pack, das CARGO-Center im Süden von Graz sind die größten Baustellen Österreichs, nicht nur der Steiermark, Österreichs.

Jetzt könnt ihr mir nicht erzählen, liebe Freunde von der SPÖ, es geht in dem Bereich nichts weiter. Es könnte natürlich immer und überall mehr sein, das ist keine Frage. Aber es muss auch umsetzbar sein, es muss kofinanzierbar sein und es muss baureif sein.

Hier wieder eine Sache, es müssen Projekte auch von der Region und von den Menschen angenommen werden. Wenn ihr den Antrag stellt, zum Beispiel das Ennstal, oder egal was es ist, wir kennen die Diskussionen der letzten 29 Jahre hier und nun endlich wird in dem Fall eine Studie in Auftrag gegeben, die 150.000 Euro

kosten wird, die zu 50 Prozent vom Bund, 25 Prozent vom Land und zu 15 Prozent vom Land Salzburg aufgebracht werden. Wir können daher auch natürlich – und das ist auch unsere Art, Politik zu machen – euch sofort diese Studie zukommen lassen, wie es der Antrag der SPÖ fordert. Das ist keine Frage. Das wird sofort passieren. Dann können wir im Ennstal wirklich weitere Maßnahmen setzen. Aber bitte eines – auch das geht an die Adresse der SPÖ –, es muss hier auch von der Region der Wille und ein Signal kommen. Jede Gemeinde eine andere Meinung, jede Bürgerinitiative eine andere Meinung, damit wird es nicht möglich sein, das Ganze drüberzubringen.

Zur Gesetzesanpassung: Es war der Vorwurf, es geht relativ rasch. Das ist klar, es hat relativ rasch gehen müssen, damit wir mit 1. April 2002 das Übertragungsgesetz in Kraft setzen können. Es wird dazu im Laufe des nächsten Jahres eine Novelle geben, damit wir hier wirklich alles 100-prozentig in die Reihe bekommen. Das war bitte nicht möglich, innerhalb dieser kurzen Zeit wirklich alles zu bedenken. Deswegen war es auch notwendig, diesen Abänderungsantrag einzubringen. Es hat ja bereits Zustimmung im Ausschuss gegeben zu allen beiden Anträgen, auch in der ganzen Sache der Zusatzanträge.

Das Argument noch wegen Vorarlberg und Kärnten. Das ist auch so zu sehen, dass dadurch nicht der Anteil der Steiermark geschmälert wird. Der Steiermarkanteil ist 15,49 Prozent. Die Zahlen, glaube ich, hat der Kollege Straßberger genannt. Die von 2002/2003 nahezu 81 Millionen Euro, das sind 1,1 Milliarden Schilling. Das geht hinauf 2007 auf 82,87 Millionen Euro, das sind 1,140 Milliarden Schilling. Also bitte, das ist keine Schmälerung der Steiermark. Wir bekommen deswegen nicht weniger, dass es hier das eine oder andere Zusatzprojekt, das notwendig ist, auch gibt. Ich weiß, das hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter schon des Öfteren uns gesagt und auch euch – und es ist am Freitag der Herr Verkehrsminister in der Steiermark –, es wird natürlich immer wieder Verhandlungen geben zur Verbesserung, man wird nie ganz zufrieden sein können.

Und der Herr Landeshauptmannstellvertreter ist ein Garant dafür, dass in diesem Bereich weiterverhandelt wird, weitere Verbesserungen kommen und nicht über das geredet wird, was im Jahre 2007 und 2008 kommt. Bitte auch der Pyhrnkorridor, immer die Diskussion, da geht nichts weiter, da passiert nichts, da sind wir hinten nach.

Die problematischen Abschnitte, Herr Kollege Schrittwieser, du kennst dich da ja so gut aus, sind Linz–Wels und Werndorf–Spielfeld. Jetzt ist, wie du weißt, Linz–Wels nicht in der Steiermark, also dadurch haben wir keine Kompetenzen, Herr Kollege Hagenauer, das werden Sie uns ja zugestehen. Linz–Wels ist das Problem der Pyhrnachse und Werndorf–Spielfeld, das zweite Problem, das wissen auch aufmerksame Leser des GVP, ist bis 2006 ausfinanziert. Zweigleisiger Ausbau Werndorf–Spielfeld im GVP im ersten Paket mit 87,21 Millionen Euro ausfinanziert, bitte! Auch die Schleife Selzthal ist 36,34 Millionen Euro ausfinanziert, kurz im Paket eins bereits enthalten.

Also alle diese Vorwürfe sind haltlos. Auch die Verbesserungen in den Bahnhöfen Frohnleiten, Peggau, Pernegg, der Ausbau des Stausees ist gesichert.

Ich würde dich bitten, Kollege Schrittwieser, ein bisschen zu dem zurückzukehren, was du vielleicht früher einmal gemacht hast, als du das Ganze objektiver gesehen hast. Früher warst du in dieser Richtung ein bisschen objektiver, das bist du jetzt nicht mehr. Du wirfst uns vor, Parteilinie zu halten. Also was du machst ist mehr als Parteilinie, gegen alles und gegen jedes. Jedes Detail, das du heraussuchen kannst, suchst du heraus, wirfst du uns vor. So ist es nicht und wir laden dich immer ein, Kollege Schrittwieser, mitzuarbeiten, mitzudenken. (Abg. Gennaro: „Das hast du nicht ernst gemeint!“) Das habe ich schon ernst gemeint, das unterscheidet uns zwei, dass ich meine Sachen immer ernst meine.

Ich würde dich bitten, Kollege Schrittwieser, machen wir das gemeinsam im Sinne der Steiermark. Die Schwarzmalerei und Beschuldigung anderer, die die Verantwortung tragen, bringen uns nicht weiter und wir wollen in der Verkehrspolitik und in der Infrastruktur weiterkommen. (Beifall bei der FPÖ. – 15.13 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zum Zwecke einer Richtigstellung hat sich der Herr Abgeordnete Straßberger zu Wort gemeldet.

Abg. Straßberger (15.13 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, werte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Siegfried, zwei Dinge hätte ich, die muss ich jetzt anbringen, weil das kann ich wirklich nicht so stehen lassen. Das eine ist das Miteinander. Du predigst hier seit November 2000 das Miteinander, du hast es vorher immer verweigert und gesagt, wir werden es schon selbst machen. Und jetzt auf einmal – der Kollege Wiedner hat es gesagt – willst du auf diesen Zug aufspringen.

Jetzt das Zweite, ich habe immer gedacht, ein Langzeitgedächtnis hält länger an, aber du hast wirklich nur ein Kurzzeitgedächtnis. (Abg. Schrittwieser: „Ist aber auch nicht schlecht!“) Da fehlt dir aber einiges. Eines möchte ich dir sagen, 1993 ist im Nationalrat – und da bin ich stolz, dass ich dabei gewesen sein durfte – der Beschluss für die Finanzierung des Semmeringbasistunnels gefasst worden, da war Minister Klima Verkehrsminister, da war euer Franz Vranitzky Bundeskanzler, mit 5,2 Milliarden ist er beschlossen worden. Und von diesem Zeitpunkt an treten die Versäumnisse ein, das habt einzig und allein ihr zu verantworten! Denn erst 1996, 1997 oder 1998 ist das mit dem Naturschutzgesetz gekommen und hör endlich einmal hier mit diesem Blödsinn im Hohen Haus auf! Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.15 Uhr. – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Lies nach im Protokoll der Bundesregierung, du Träumer. Der Schüssel hat nein gesagt!“)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort. (Abg. Gennaro: „Da hat es einen so Kleinen gegeben mit einem Holzpropeller!“ – Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Der ist dann Bundeskanzler geworden, damals hat er nein gesagt. Bei dem kannst du dich bedanken! Lies nach die Protokolle der Bundesregierung, du Träumer, lies nach!“) Am Wort ist der Herr Abgeordnete Hagenauer!

Abg. Hagenauer (15.15 Uhr): Darf ich untertänigst um das Wort bitten?

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, Herr Landesrat, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Ich möchte gleich dort anschließen, wo der Herr Kollege Wiedner in Sachen Generalverkehrsplan aufgehört hat, nämlich Sie haben betont, man soll in diesem Land erstens froh sein, dass es jetzt erstmalig einen Generalverkehrsplan in Österreich gibt und zweitens realistisch sein. Ich bin Realist und deswegen bin ich entsetzt, dass diese Frau Minister und diese Regierung einen Generalverkehrsplan gemacht haben. Ich habe mir auch als Realist gar nichts anderes erwartet von dieser Regierung und von dieser Ministerin. So hat es sich auch herausgestellt, Länge mal Breite. Realistischerweise hat man befürchten müssen, dass das ein Bauchfleck wird, es ist einer geworden, sowohl für die Frau Ministerin als solche, die ihr Amt gar nicht mehr bekleidet und auch was dieses Papier, wie übrigens in der Stellungnahme der Regierung ausdrücklich drinnen steht, ich zitiere: „Der Generalverkehrsplan ist derzeit lediglich ein Papier!“ Das „derzeit“ hätten Sie sich auch noch schenken können, Herr Landeshauptfraustellvertreter. Das ist wirklich ein Papier, und zwar das, was man umgangssprachlich einen Fetzen Papier nennt. (Abg. Gennaro: „Herr Kollege Hagenauer, das kannst du gar nicht anders verwenden, weil es zu hart ist, gel?“) In Wirklichkeit ist dieser Generalverkehrsplan – und da komme ich durchaus zu dem, was hier auch schon angeklungen ist – das Ergebnis eines Bargainingprozesses, eines Aushandlungsprozesses, eines Verhandlungsprozesses der Landeshauptleute. Das ist es. Irgendwelche systematischen Grundlagen sind da nie verarbeitet worden und nie zur Diskussion gestanden, sondern das ist das, was die einzelnen Landeshauptlinge durchgesetzt haben.

Ich komme dabei auf den Bereich Schiene zu sprechen – ich will mich da nicht mehr verbreitern, ich habe das schon hier dargelegt, nur ist es notwendig, dass man hier und heute trotzdem noch einmal eine Art von Zwischenbilanz macht. Zwischenbilanz nämlich, dass wir, Sie erinnern sich, mit Mehrheit beschlossen haben, dass Nachverhandlungen stattzufinden haben, weil wir der Meinung waren, dieser Generalverkehrsplan ist tatsächlich nur ein Papier und das nicht wert, wenn man sich das anschaut, was da drinnen steht. Ich muss daher dem zuständigen Regierungsmitglied gegenüber die Frage stellen, zumindest rhetorisch, was bei diesen Nachverhandlungen herausgekommen ist beziehungsweise ich muss fragen, wie man die Äußerungen des Herrn Landeshauptfraustellvertreters in der Öffentlichkeit – es ist heute ohnedies schon zitiert worden – verstehen darf, wenn er gleich, noch bevor er zu den Chefs nach Wien fährt, gleich einmal von vornherein sagt, er denkt gar nicht daran nachzuverhandeln oder sonst irgendetwas durchzusetzen.

Wir haben heute Vormittag über die Klimaprobleme gesprochen und es ist einmal mehr das eingetreten – was hat eintreten müssen? – der Vormittag ist vorbei, die Tagesordnung wechselt, jetzt sind wir beim Verkehr und damit sind wir automatisch bei den Straßen und natürlich keine Rede mehr davon, dass genau der Straßenverkehr der Faktor ist, der zur Klimaveränderung auf diesem Globus am meisten beiträgt und das immer mehr keine Silbe, hätte mich ja auch gewundert, obwohl ich Sie eigentlich gewarnt, wenn Sie sich erinnern, aber macht ja nichts, halten wir schon aus, ich sage es nur der Vollständigkeit halber.

Dieser Generalverkehrsplan bedient – da stimme ich den Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie nicht bei, das wird Sie nicht überraschen, dementsprechend werden wir auch anders abstimmen – die Straße nicht schlecht und er bedient die Steiermark in der Straße nicht schlecht, wenn ich Ihnen dieses freudige Kompliment machen darf, nur, klatschen Sie jetzt bitte nicht. Die Steiermark hat das dichteste Autobahnen- und Schnellstraßennetz in ganz Europa und das ist für mich kein Indikator für Fortschritt, sondern ein Indikator für ganz etwas anderes. Wenn ich das so sage, wie ich es mir denke, kassiere ich einen Ordnungsruf, deswegen sage ich es nicht. Wir haben das dichteste Netz und wir haben viel zu viel und viel zu lange investiert und haben viel zu lange ökonomisch – und was den Standort Steiermark anlangt kurzfristig – gehandelt. Wir waren letzte Woche vom EU-Ausschuss des Landtages in Straßburg und haben dort unter anderem auch Gelegenheit gehabt, mit dem österreichischen Handelsdelegierten zu reden. Ich habe ihn bei der Gelegenheit gefragt, wie es ihm so geht mit den Bahnanschlüssen von Straßburg aus und mit den Verbindungen. Und er hat einmal mehr das angesprochen, was man sich schön langsam in der Steiermark auch vergegenwärtigen sollte, insbesondere der Wirtschaftslandesrat sollte das tun. In ein paar Jahren wird man von Straßburg die 500 Kilometer nach Paris in 2,5 Stunden fahren. In derselben Zeit nach Brüssel, nach Köln, nach Mailand, nach München. Frankfurt halbe Zeit oder nicht einmal.

Können Sie sich das vorstellen? Versuchen Sie einmal, sich das vor Augen zu führen. Sie haben eine Firma, irgendwo in Basel, in Straßburg, in Mannheim, in Frankfurt, in Köln oder dort irgendwo. Sie haben mit Ihrer Firma die Möglichkeit, Ihren Mitarbeitern zu sagen, heute stehst ein bisschen früher auf und fährst mit dem 7-Uhr-Zug nach Paris, da hat ein Kunde ein Problem. Stellen Sie sich das einmal vor.

Wenn Sie in Graz eine Firma haben, wissen Sie, wie weit der kommt mit dem Zug? Sie wissen es nicht, aber ich sage es Ihnen. Der kommt bis Schladming, bis Sidan, bis Szombathely, bis Sankt Veit an der Glan. Das war es dann.

Wie will man denn da das machen, was der Landesrat Paierl wortreich mit Event und Pipapo ankündigt, das Ranking, das Steiermarkverbessern von Platz 25 unter die Top Ten? Das können wir uns abschminken. Wir werden Plätze verlieren, und zwar massiv. Wie wollen Sie denn da hier irgendjemand bekommen, einen Servicemann? Jetzt können wir um billiges Geld nach London fliegen, okay. Aber wir haben ja nicht nur unsere Kunden in London und wir haben ja nicht nur unsere Serviceleute in London. Was machen wir mit den Leuten, die irgendwo in Regensburg sitzen oder in Bergamo oder in Winterthur? Was machen wir denn mit denen allen? Wir können es uns ja auch nicht leisten, die Leute ins Auto setzen zu lassen. Erstens kostet das Zeit, zweitens Nerven. Was machen wir denn? Wir können nicht eine Fluglinie nach Winterthur einrichten, Graz–Winterthur um 40 Euro. Das wird sich nicht spielen. Wie soll das funktionieren? Denken Sie das einmal durch und dann reden Sie von Realismus, Herr Kollege Wiedner. Dann kommen Sie wieder und reden von Realismus und sagen, es ist alles Leiwand in diesem Lande. Das Gegenteil ist der Fall.

Nur ganz kurz eine Anmerkung, weil es dazupasst und Sie das auch angesprochen haben, die Pyhrneisenbahn. Das ist ja der Punkt. Sie sagen, jetzt haben wir endlich einen Generalverkehrsplan und zwei Sätze weiter führen Sie sich selber ad absurdum, indem Sie sagen, ja, das ist nicht in der Steiermark, weil das ist das Wesen eines Generalverkehrsplanes, wie das Wort schon sagt – General-, nicht Bundesländerverkehrsplan, sondern Österreichischer Generalverkehrsplan. Hätte das werden sollen. (Abg. Wiedner: „Ich habe angenommen, man sitzt im steirischen Landtag und nicht im österreichischen!“) Das ist schon richtig. Ich sage das auch nur an der Stelle, um Ihrer abgetretenen Ministerin noch einmal ein Kompliment nachzuschicken, zum Ersten. Und zweitens ist es natürlich nicht verboten, steht ja auch da drinnen in dieser Regierungsvorlage, die wir heute am Tisch haben, steht ja auch ausdrücklich drinnen, dass die Pyhrneisenbahn für die steirische Wirtschaft lebenswichtig ist. Ja, wenn die steirische Wirtschaft etwas braucht, was lebenswichtig ist, dann frage ich mich schon – auch die Frau Landeshauptfrau und ihren Stellvertreter –, wenn das lebenswichtig ist, warum hat man dann das nicht durchgesetzt? Warum ist es nicht gelungen, diesen wenigstens abschnittswisen zweigleisigen Ausbau der Pyhrneisenbahn durchzusetzen?

Und im Ennstal. Damit komme ich zum Nächsten. Es wird jetzt – steht in der Vorlage drinnen – der Bund zusammen mit dem Land beziehungsweise mit den Ländern eine Korridoruntersuchung machen. Da werden zwei Dinge untersucht.

Erstens wird dort untersucht, wie viel Verkehr durchfließen soll. Ich habe es Ihnen schon mehrfach gesagt, wenn ich im Ennstal wohnen würde – ich sage es auch so –, dann will ich das nicht haben, dass das ein Schweizer Institut untersucht. Ich will selber wissen, ob mich ein Schicksal wie das Zederhaustal oder das Inntal ereilt oder nicht. Das ist mein Kaffee. Da brauche ich keine Experten, die sagen, bei euch fahren soundso viele durch, Herr Abgeordneter Wöhry. Das geht völlig in die Hose. Ich frage mich, nachdem man jahrzehntelang oben Mist gebaut hat, warum man das jetzt schon wieder und noch immer tut. Ich bin fassungslos.

Ja natürlich, fragen Sie einmal bei Ihren Kollegen in Salzburg, im Lungau und in Tirol nach, wenn Sie es von mir nicht akzeptieren können. Fragen Sie die. Es gibt genug Anträge im Tiroler Landtag, die auch die Freiheitlichen unterstützt haben, die schlicht und ergreifend das Naheliegendste fordern, nämlich dass der gesamte Transit auf die Schiene gehört.

Und bei uns fordert man den Lückenschluss, Herr Kollege Wöhry. Warum fordert das Ennstal den Lückenschluss? Wenn das die Grazer noch machen würden, dann hätte das zumindest noch eine gewisse Logik, weil die sagen, wir müssen mit dem Auto schneller nach Salzburg brettern, weil der Herr Landeshauptfraustellvertreter die Eisenbahn eh in 100 Jahr auch noch nicht durchsetzen wird. Das wäre noch logisch. Aber warum fordern denn die Ennstaler einen Lückenschluss? Erklären Sie mir das einmal. Wissen Sie, wann das funktioniert? Wenn Sie heute Reisepässe oben im Ennstal ausgeben und sagen, die paar Hanseln und Greteln, die da durchfahren dürfen, die dürfen in fünf Jahren, wenn die Autobahn fertig ist, auch noch durchfahren und dann haben wir alle mehr Platz. Aber das ist ein Gedankenfehler. Sie werden nämlich keine Reisepässe für die Ennstaler und diejenigen, die bis jetzt durchfahren, haben. Das wird ihnen nicht gelingen, sondern Sie werden das machen und das Schicksal erleiden, das alle anderen auf der Welt auch haben. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis, was in Tirol und in Salzburg, ein paar Kilometer daneben, passiert ist. Schauen Sie sich das an. Sie bauen eine Straße und die Straße ist voll, so schnell können Sie gar nicht schauen. Der Deutsche Touringclub gibt eine kleine Meldung heraus und das Ennstal kann Smogalarm geben. So ist es! Und Sie können nicht einmal ein Nachtfahrverbot verhängen und keine Tonnagebeschränkungen, weil ja dann Brüssel zuständig ist für diesen Straßenzug. Aus, Ende!

Wozu brauche ich dann eine Expertenrunde, irgendwelche Experten, die mir erklären, wie viel Verkehr da durchfließen wird? Das ist eine Sache der Bevölkerung. Man muss ihnen sagen, was auf sie zukommt.

Und das Zweite, was da untersucht wird, nach verkehrsträgerübergreifend, ob Schiene oder Straße. Da lachen die Hühner. Jetzt haben wir einen Generalverkehrsplan mit keinem Meter Schiene drinnen, mit keinem Meter, außer ein paar Schilling für ein paar Bahnhofsbauten (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Schleife Selzthal!“) und die Schleife Selzthal, jawohl, jawohl, und das ist alles. Schleife Selzthal gilt für mich als Knoten. Aber bitte, werden wir uns deswegen nicht streiten, wegen der paar Meter, sicher nicht, haben wir nicht notwendig.

Aber vergegenwärtigen Sie sich einmal, was vor zehn oder 20 Jahren da alles schon geplant war. Schauen Sie einmal die alten Zeitungen an. Nicht ein Meter, nicht einmal abschnittsweise. Sie kennen die Probleme ja. Sie wissen ja, dass die Züge sich zwischen Gröbming und Haus im Weg stehen und wenn einer nur ein paar Minuten Verspätung hat, bricht wieder der ganze Fahrplan zusammen. Das wissen Sie ja alles. Hätten wir da irgendwo wenigstens ein paar Kilometer ein zweites Gleis, wäre die Welt schon wieder eine andere. Nein, nichts, nichts! Nicht einmal die paar Schilling.

Dass die paar Schilling nicht da sind, das ist ja das Nächste und das eigentlich Traurige. Um die geht es ja gar nicht. Es geht ja darum, dass hier ein Standortwettkampf stattfindet. Es geht hier ganz, ganz einfach – da komme ich zurück, das ist der Generalverkehrsplan – um einen Wettkampf, einen beinhalten, der Regionen. Das heißt, die eine Region hat nicht nur Interesse, Geld zu bekommen, sondern sie hat auch ein Interesse, dass die andere keines bekommt. So ist es! Das kann man nachlesen in den ganzen internen Papieren. Da brauchen Sie gar nicht weiß Gott wie weit gehen und keinen Verfolgungswahn haben.

So viel zum Ennstal! Das wird nicht gut gehen, das wird nicht gut gehen mit solchen Methoden, wenn man da glaubt, man kann die Bevölkerung einmal mehr austricksen und in Bürgermeisterkonferenzen etwas beschließen und dann hingehen und vor die Leute treten und sagen, das ist jetzt beschlossen und jetzt könnt ihr abstimmen, ob die Autobahn oder die vierspurige Schnellstraße 100 Meter links oder rechts kommt. Das wird nicht gut gehen. Das ist schon vor 30 Jahren nicht mehr gut gegangen. Ich verstehe das nicht. Mehr habe ich dazu nicht zu sagen.

Die Verländerung: Die Grünen haben das immer begrüßt, die Grünen haben das immer befürwortet. Man sieht es auch hier und heute in dieser Debatte, das, was man früher charmant als Straßensänger bezeichnet hat, wenn man so manchen Abgeordneten des Steirischen Landtages gemeint hat, hat sich radikal aufgehört, man ist realistischer geworden, wie der Herr Kollege Wiedner sagt, das ist richtig. Das meine ich jetzt nicht einmal boshaft. Die ganze Latte von wahnsinnigen Tunnelprojekten hat sich in Luft aufgelöst und reduziert. Gott sein Dank!

Dass man da bei der Gelegenheit gleichzeitig auch die Mittel für die Radwege kürzt und nicht einmal in der Lage ist, die paar wenigen Netsch für die Fertigstellung eines Radwegenetzes auszugeben, ist eine Tragödie mehr und zeigt einmal mehr, was in dem Land in Wirklichkeit angesagt ist, nämlich Ignoranz und sonst gar nichts. Wir haben in derselben Woche Meldungen von der Ärzteschaft gehabt, die auf die Kreislauferkrankungen im Lande hingewiesen haben, auf einen zum Teil äußerst bedenklichen Gesundheitszustand von bestimmten Bevölkerungsgruppen wenigstens. Wir haben die Meldungen, wie der Tourismuscluster toll funktioniert und welche volkswirtschaftlichen Effekte das hat. Wir hören von der Klimakatastrophe sowieso, wir hören davon, dass wir kein Geld haben und alle diese Kriterien würde der Ausbau eines Radwegenetzes hervorragend erfüllen. Wir haben aber einmal mehr dasselbe Problem, dass man bei uns nur zynische Kommentare bekommt und sagt, ihr Grünen mit euren Radwegen. Schauen Sie sich einmal die Entwicklung im Tourismus an. Nur an der Donau, wo vor zehn Jahren schon Bürgerinitiativen zur Verhinderung der Radtouristen und der Radwege entstanden sind, weil die Radfahrer wie die Termiten in die einzelnen Dörfer dort eingefallen sind und die Leute schon verzweifelt sind ob der Masse der Radfahrer. Und es gibt keinen Bereich im Tourismus, wo man mit so wenig Geld so viele Effekte erzielen kann, vor allem in der Fläche. Nicht punktuell einmal im Jahr ein Event, wenn Sie wissen, was ich meine, ich habe das heute Vormittag schon angezogen, einmal im Jahr mit zig Millionen Schilling einen Muttertags-Grand-Prix veranstalten und das war es dann. Das Gegenteil davon wäre ein Radwegkonzept und ungleich effizienter.

Zu unserem Abstimmungsverhalten zum Abschluss noch ganz kurz. Eines möchte ich noch erwähnen, die Verkehrsfinanzierungsgesellschaft, Herr Landesrat Paierl ist jetzt leider nicht da, ich habe ihn im Ausschuss schon angesprochen. Wenn Sie sich erinnern, der Herr Landesrat hat hier vom Pult aus lau und deutlich verkündet, es wird einen steirischen Generalverkehrsplan geben und es wird eine Verkehrsfinanzierungsgesellschaft geben und die wird auch den öffentlichen Verkehr finanzieren. Davon kann nicht die Rede sein. Das war nicht nur eine Aussage, einsam und verlassen im Landtagssaal, sondern das war damals auch gleichzeitig ein Vorwurf an alle, die die Zeitungen gelesen haben und die das wortwörtlich dort drinnen schon konsumiert hatten und die sich dann gefragt haben, ja wo stehe ich denn jetzt? Kann ich nicht einmal mehr die Zeitungen lesen oder wer sagt jetzt die Wahrheit? Diese Verkehrsfinanzierungsgesellschaft wird sich einmal mehr um die Finanzierung des Straßenbaus kümmern und allenfalls um das Defizit des Verkehrsverbundes. Was diese Verkehrsfinanzierungsgesellschaft nach allen bisherigen Aussagen nicht machen wird, ist, die Infrastruktur auf der Schiene finanzieren. Genau das bräuchten wir aber, nicht zuletzt im Nahverkehr. Wenn Sie mir das nicht glauben, dann reden Sie mit Stadtrat Rüscher, seines Zeichens ÖVP-Stadtrat in Graz, der bedauert das lautstark.

Und jetzt zum Abschluss wirklich unser Abstimmungsverhalten. Wir werden also den Stellungnahmen der Landesregierung, was die Verländerung anlangt, zustimmen, den Stellungnahmen der Punkte 18 und 19 nicht zustimmen und 20 zustimmen.

Ich würde bitten, beim Entschließungsantrag der Sozialdemokraten zum Punkt 18 getrennt abstimmen zu lassen. Wir könnten hier für den Bereich Schiene zustimmen und für den Bereich Straße nicht. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 15.35 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zum Zwecke der Einbringung eines Entschließungsantrages hat sich Herr Klubobmann Schrittwieser zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (15.35 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Ich war so in meinem Element bei diesen wichtigen Fragen, dass ich zum Abschluss ganz vergessen habe, diesen Entschließungsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion einzubringen. Ich darf daher folgenden Entschließungsantrag einbringen:

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens zu prüfen, ob das In-Kraft-Setzen der Verfahren des Konsultationsmechanismus bei der von Seiten des Bundes betriebenen Vorgangsweise zur Beschlussfassung des Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes nicht doch noch möglich ist und wenn möglich diese Schritte schnellstmöglich einzuleiten, zweitens über das Ergebnis dieser Prüfung beziehungsweise über Versäumnisse der Steiermärkischen Landesregierung bei den bisherigen Gesetzwerdungsverfahren des Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes zu berichten, drittens schnellstens Verhandlungen mit dem Bund aufzunehmen, um die Höhe des der Steiermark zufließenden Zweckzuschusses zumindest auf die Gesamthöhe der den Bundesstraßen in der Steiermark vor In-Kraft-Treten des Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes aus verschiedenen Finanzierungsquellen (zum Beispiel direkte Mittel des Bundes, Mittel des Katastrophenfonds, Mittel aus den Strafgeldern) zugekommenen Mittel anzuheben, viertens schnellstens mit dem Bund Verhandlungen über eine stärkere Valorisierung der Zweckzuschussmittel aufzunehmen, fünftens mit dem Bund mit aller Vehemenz den Abschluss einer Paragraf-15 a-Vereinbarung über die Absicherung eines Finanzbeitrages (ausgehend von zumindest der bisherigen Gesamthöhe der Mittel inklusive einer entsprechenden Valorisierung) des Bundes für die übertragenen Bundesstraßen nach 2008 zu erreichen, sechstens in schnellstens zu beginnenden Verhandlungen mit dem Bund eben solche Sonderfinanzierungen für wichtige steirische Straßenbauprojekte zu erreichen, wie sie den durch erfolgreichere ÖVP- und FPÖ-PolitikerInnen vertretenen Bundesländern Kärnten und Vorarlberg gelungen ist sowie siebentens sich bei künftigen Verhandlungen mit dem Bund ihrer Aufgabe, die Interessen der Steirerinnen und Steirer zu vertreten, zu besinnen und nicht die Schonung der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung über die steirischen Interessen zu stellen.

Ich würde auch auf Wunsch des Kollegen Hagenauer beantragen, hier getrennt abstimmen zu lassen. Ich ersuche um Kenntnisnahme. (Beifall bei der SPÖ. – 15.38 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (15.38 Uhr): Herr Präsident, werte Landesräte, Hohes Haus!

Im Februar dieses Jahres haben Sie, Herr Landesrat Schögggl, noch nicht einmal gewusst, wann die Korridoruntersuchung in Auftrag gegeben werden soll, weil ja damals das Argument vorrangig war, dass es erst zur Verlängerung der Bundesstraßen kommen soll. Heute hat uns der Kollege Wiedner schon erklärt, wie viel diese Korridoruntersuchung kosten soll und dass sie garantiert am Ende des Jahres vorliegen wird, der Kollege Hagenauer hat dann noch sehr deutlich dazugesagt, dass es eigentlich ein bisschen verwunderlich ist, warum diese Untersuchung eine Schweizer Firma macht. Das verwundert mich ehrlich gesagt auch und ich frage mich, ob das nicht eigentlich ein Vertrauensmissbrauch ist. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sie haben die Infos!“) Ich finde das irgendwie sehr nett, dass Sie mir da hinten immer so hereinflüstern. Wir müssen uns nur einigen, wer von uns zwei redet. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Sie haben die Infos!“) Ich habe eine ganz tolle Souffleuse heute, die mir sagt, dass diese Studie ausgeschrieben worden ist. Das Votum ist für eine Schweizer Firma gekommen und es ist für mich trotzdem verwunderlich, warum man keine steirische gefunden hat oder wenigstens eine österreichische. Wir werden wahrscheinlich solche Massen an Geld haben, weil die Flüge aus der Schweiz sind nicht gerade sehr billig und die Unterbringungskosten auch nicht. Nach dem Kollegen Hagenauer zu reden ist immer etwas schwierig und daher bringe ich gleich einen Entschließungsantrag ein, von dem eigentlich in der Debatte zuvor schon gesprochen worden ist.

Es wird von den Abgeordneten Halper und Dipl.-Ing. Grabner der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das Ergebnis der Studie über eine verkehrsträgerübergreifende Planung der zukünftigen Verkehrsinfrastruktur im Ennstal zu veröffentlichen und die Studie den Abgeordneten des Steiermärkischen Landtages sowie allen in den Gemeinderäten der betroffenen Gemeinden vertretenen politischen Fraktionen zukommen zu lassen. Ich bitte um Annahme. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.40 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (15.40 Uhr): Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich melde mich deswegen zu Wort, weil ich hoffe und glaube, dass die jetzt erfolgte Verlängerung des Straßenbaues auf Grund neuer Situationen Änderungen mit sich bringt. Wenn es da oder dort nach Prioritäten gereichte Straßenbauvorhaben gibt, so wird es vielleicht einmal so weit kommen, dass diese, wenn man sich für eine Priorität entschlossen hat, länger als sechs Monate Gültigkeit haben. Ich leite das Ganze ab und ich bitte um Verständnis dafür und ich will kein so genannter Bänkel- oder Straßensänger sein von dem Ihnen mehrmals schon zu Ohren gekommenen Projekt der Straßenumfahrung Großwilfersdorf, wobei Großwilfersdorf nicht jetzt sozusagen das kleine Stück ist, das um Großwilfersdorf herumgeht, sondern unsere internationale Anbindung an das ungarische Straßennetz für unser Bundesland. Also eine hochrangige Straße, was nicht heißen muss, dass es eine Hochleistungsstraße wird. Seit 13 Jahren bei fünf Ministern, bei vier Straßenbaureferenten muss man das Problem jedes Mal neu vortragen, muss man jedes Mal Zusammenhänge erläutern, jedes Mal werden Untersuchungen beauftragt, jedes Mal werden Gutachten erarbeitet. Ich leite daraus ab, dass die Politik, nämlich wir

alle, heute nicht mehr in der Lage sind, etwas, was wir als richtig und als wichtig erkennen, das durchsetzbar ist, wirklich zu tun, weil wir uns in dem Gestrüpp, das wir selber konstruiert haben, an Gutachten und Gegengutachten, an Expertisen und so weiter immer wieder selber verstricken.

Ich bin mit Zuversicht – ich sage das da ganz offen – deswegen auch erfüllt, weil ich gehört habe, dass der Herr Minister Reichhold jetzt vor wenigen Tagen gesagt hat, das, was ihm besonders wichtig erscheint, ist die Verkürzung der Verfahren. Ich würde das sehr begrüßen, weil dann könnten verschiedene Dinge relativ rasch geprüft werden und es könnte eine Entscheidung fallen. So verzögert sich das von einem zum anderen Mal.

Ich muss auch sagen, ich glaube, dass wir Politiker im weitesten Sinne ausgeliefert sind an Beamte – ich meine das durchaus nicht negativ – und an deren Zusammenarbeitswillen, an deren Gläubigkeit an ein Projekt, an deren Wille, etwas durchzusetzen.

Es kann nicht so sein, dass jeder Minister, jeder Straßenbaureferent zusichert, das Problem ist wichtig, es hat Priorität, es ist notwendig und dann kommt jemand, der in dem Wald spazieren geht, ein Storchennest findet, das ich weiß nicht wie alt ist, und sagt, vielleicht kommt er zurück und das Ganze mündet dann in einer neuen Untersuchung. Und wenn die neue Untersuchung fertig ist, haben sie inzwischen einen Käfer aufgetrieben, der auch noch sehr wichtig ist, und das Ganze mündet dann in einer neuen Untersuchung. Das ist jetzt ein bisschen übertrieben dargestellt. Es gibt trotzdem eine Reihe von Indizien dafür, dass es so ist.

Ich würde sehr, sehr plädieren dafür, dass wir uns im Landtag auch einmal dazu entschließen, schnellere, effizientere Planungen mit geringeren Kosten auf den Tisch zu bekommen, die es der Politik – uns und den Regierern – möglich macht Entscheidungen zu treffen. Denn das Spiel, einmal zu sagen, das Geld wäre da, aber wir haben kein baureifes Projekt und ein anderes Mal zu sagen, ja, wir haben ein baureifes Projekt, aber es ist kein Geld da – beide, die das aber sagen, meinen, die Straße ist sehr wichtig, sie muss sofort gebaut werden, weil sie ist eine Infrastrukturmaßnahme für den ganzen oststeirischen Raum –, diese Spielerei ist eigentlich erwachsener Menschen unwürdig. Ich würde sehr, sehr bitten, im Landtag darauf zu drängen, dass in Zukunft solche Dinge, auch dann in der Weiterbehandlung im Schoße der Regierung, etwas effizienter, nicht nur etwas, sondern viel effizienter behandelt werden.

Ich richte meine ausdrückliche Bitte an den Straßenbaureferenten, dieses Stück S 7 – das ist der dritte Name innerhalb von sechs Jahren, B 65, B 319, S 7, das zeigt schon, wie sich die Dinge verändern – als Priorität auch für den gesamten Raum Oststeiermark für unsere Anbindung nach Ungarn und darüber hinaus zu betrachten und gleichzeitig die Bevölkerung von Großwilfersdorf zu entlasten. Tagesdurchschnittsverkehr 12.000, Spitzenwerte bis 24.000 Autos pro Tag. Und wenn hier in einer Karte lapidar angeführt wird, Tod Unfall Kreuzung, Tod Unfall Fußgänger, Tod Unfall Sonstige, Tod Unfall Gegenverkehr, dann schauen Sie sich die Zahl dieser Punkte an auf 5 Kilometer Straße. Es ist unglaublich, dass sich ein Land wie die Steiermark nicht durchsetzen kann, um eine so wichtige Straßenverbindung zu erstellen. Ich danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (15.46 Uhr): Lieber Kollege Majcen, endlich kann ich dir vollinhaltlich zustimmen. Du hast genau das gesagt, was wir verlangen von diesem Hause. (Beifall bei der SPÖ.)

Tun wir doch endlich das, was wir schon immer sagen, verbessern wir die Verkehrsinfrastruktur, verbessern wir die Wirtschaftschancen für dieses Land. Aber bitte schön, du hast da hinüber geschaut. Du hast da hinüber geschaut, lieber Herr Kollege. Wir bringen den Antrag ein, stimm uns doch zu. Wir bringen den Antrag ein zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Majcen: „Wir stimmen eh zu!“)

Wir laden dich ein, wunderbar. Du hast genau das gesagt, was ich zu sagen gedachte, wunderbar. Stimm dem zu! Und du sprichst natürlich jetzt an mir vorbei, das ist mir schon klar. Ich verstehe dich schon, dass du dich nicht immer umdrehen kannst, das ist technisch nicht möglich. Aber ich verstehe dein Problem, das ist auch das Problem der ganzen Fraktion und auch der Kollegen der Freiheitlichen, auf der einen Seite zu sagen, wir brauchen Verkehrsinfrastruktur, wir brauchen Verkehrsinfrastruktur um jeden Preis, zumal wir alle wissen, zu 40 Prozent trifft der Unternehmer seine Standortwahl nach der Verkehrsgunst oder Verkehrsungunst jenes Standortes, den er sich auswählt, zu 40 Prozent. Und diese Tatsache ist niemandem verborgen. Ja selbst der Kollege Schögggl hat in seinem Regierungsstück gesagt, für einen guten Wirtschaftsstandort ist die verkehrsmäßige Erschließung von besonderer Bedeutung. Er hat gesagt, dass eine gute verkehrsmäßige Erschließung eine Grundlage eines guten Wirtschaftsstandortes bietet, wurde in zahlreichen Untersuchungen untermauert. Na nein! Aber bitte, warum tun Sie dann das Gegenteil von dem, was Sie hier fordern und sagen? Sie sagen, für den Wirtschaftsstandort Steiermark ist eine gute Verkehrsinfrastruktur eine wichtige Voraussetzung, und deshalb verhindern wir, dass wir weiterkommen und deswegen verhindern wir, dass wir die Verkehrsinfrastruktur ausbauen. Ja, wie geht denn das zusammen? (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Dann werden wir Weißkirchen-Zeltweg nicht ausbauen!“) Herr Kollege, ich appelliere an Ihre intellektuelle Seriosität. Herr Kollege, ich appelliere an Ihre intellektuelle Seriosität. Seien Sie doch nicht bemüht, uns allen und vor allem dem ganzen Land Steiermark so viel Sand in die Augen zu streuen. Sie werden diesen Sand im Winter noch brauchen zum Straßenstreuen. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Zeltweg-Weißkirchen, freuen Sie sich!“) Wenn ich, Herr Kollege, gerade dabei bin, dass ich das Land um hunderte Millionen schädige, indem ich nicht bereit bin, über meinen parteipolitischen Schatten zu springen und meine parteipolitischen Freunde in Wien schon zum Schaden des Landes Steiermark, dann bin ich natürlich geneigt, jeden Quadratmeter, den ich irgendwo asphaltieren kann, mit einem Riesenfest zu feiern.

Dass dieses dort oben bei uns endlich nunmehr in Umsetzung kommt, ist darauf zurückzuführen, dass sich der Herr Farnleitner – meines Wissens Wirtschaftsminister in jener Zeit, als er noch in der Lage war, im Jahr 1978, nein zu sagen, im Jahr 1996 wurde schon die Detailverordnung für dieses Straßenstück Zeltwegumfahrung freigegeben. (Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl: „Aber machen muss man es trotzdem.“) Ja. Dann hat es aber der Herr Farnleitner unterbunden. So hat es nämlich ausgeschaut.

Und wenn Sie sagen, Sie möchten immer gemessen werden an dem, was getan wird und nicht an dem, was man plant und der Kollege Straßenberger hat gemeint, ja, wir reden immer von den Versäumnissen der Ära Ressel, ich würde Ihnen wünschen, dass Sie jenes Projektvolumen zusammenbringen, das zwischen den Jahren 1996 und 2000 Joachim Ressel in seinem 11-Milliarden-Sonderinvestitionsprogramm für die Verkehrsinfrastrukturen in diesem Lande umgesetzt hat. (Beifall bei der SPÖ.)

An dem werden wir Sie messen! Und wenn ich sehe, dass in diesem grauslichen Verkehrspapier des Bundes das Land mit 1,1 Milliarden abgespeist wird und wenn Sie schon sehen müssen, dass Ihnen die Medien – die Frau Kollegin Gigler hat das richtigerweise aufgezeigt – aufzeigen, dass allein in diesem Jahr 165 Millionen Schilling den Bach hinuntergegangen sind durch Ihre Unfähigkeit, sich bei Ihren Parteifreunden in Wien durchzusetzen. Meine Damen und Herren, so geht das doch nicht. Und wenn ich hier vom Kollegen Majcen angesprochen werde und vom Kollegen Straßenberger – entschuldige, wenn mir immer Straßenberger zu dir einfällt, aber du bist so mit den Straßen verwurzelt, dass das ein Freudscher Versprecher ist, du wirst mir das entschuldigen, fühle dich geehrt – und ich höre, es ist höchst an der Zeit und es sind doch schon alles Anträge und alte Hüte von früher. Herr Kollege, das stimmt ja, du nimmst dir doch selbst die Glaubwürdigkeit. Wenn du dich nur ein bisschen zurückerinnerst, am 18. April vorigen Jahres, also ziemlich vor genau einem Jahr, habt ihr in eurem Antrag, in dem aufgelistet wurde, was dem Lande Steiermark alles an Verkehrsmaßnahmen fehlt, habt ihr deutlich geschrieben, es ist höchst an der Zeit, die von euch aufgelisteten Projekte umzusetzen. Am 12. Juni haben wir, um euch zu unterstützen, einen Antrag eingebracht, der die rasche Umsetzung all dieser Projekte – und von uns noch ergänzt, weil ihr noch einige in den Regionen vergessen hattet – fordert. Jetzt steht dieser Antrag auf der Tagesordnung! Also die Hurligkeit und die Emsigkeit, die Verkehrsinfrastruktur in unserem Lande zu verbessern, ist nicht besser dokumentierbar als durch diesen Fristenlauf. 12. Juni vorigen Jahres, 18. April vorigen Jahres, jetzt haben wir es auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, aber noch im November 2001, also sechs Monate später, aber immerhin schon vor einigen Monaten, hat Herr Landeshauptmann Schögggl in seiner Regierungsvorlage zu eurem Antrag gemeint, natürlich ist das Ressort stets bemüht, möglichst viele Projekte umzusetzen. Das heißt, die Projekte wurden als wichtig erachtet von euch genauso gut wie vom Ressortführenden. Und nun geht ihr her und sagt, diese Projekte sind zwar wichtig und gleichzeitig fordert der Herr Kollege Wiedner, aber ihr könnt nicht immer an das Christkind schreiben und das kann man doch nicht so und wir können doch nicht immer so tun, als ob alles erfüllbar wäre und eigentlich ist es ganz nett, dass wir jetzt in Wien diese Projekte sausen lassen und es ist eigentlich alles Wurscht, weil wir sind ohnedies alle so flott. Lieber Kollege, ich ersuche dich jetzt um Assistenz, wenn ich dich jetzt etwas frage. Du hast erwähnt, in diesem grauslichen Verkehrsplan wäre für die Bahn Graz-Spielfeld eine Summe, wie ich glaube gehört zu haben, von 87 Millionen für einen Vollausbau vorgesehen. Ist das richtig? Dann frage ich mich, wie es mit der realistischen Einschätzung von Straßenverkehrs- und Bahnverkehrsmaßnahmen ausschaut, wenn wir alle wissen, um 87 Millionen kannst du bestenfalls zwei kurze Ausweichen machen, aber niemals bitte den Vollausbau. Es ist doch ungeheuerlich hier herzukommen und zu sagen, um diesen Bettel könne man den dringend notwendigen mehrgleisigen Ausbau von hier nach Marburg machen. (Abg. Gross: „Mindestens zweigleisig haben wir gesagt!“) Aber dringender wäre noch ein mehrgleisiger Ausbau, weil bei diesem Tempo und bei der Art und Weise, wie ihr Verkehrspolitik macht, muss ich sagen, hoffentlich bleibt Graz Schnellzugstation. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Wiedner: „Ihr habt den Schilling mit Euro verwechselt!“) Lieber Herr Kollege, wir haben in unserem Entschließungsantrag genau das aufgelistet, wovon ihr eigentlich alle der Meinung seid, dass es für den Wirtschaftsstandort Steiermark Not tut. Und wenn ihr euch schon gegenüber der Bundesregierung auf die Knie begeben und wenn ihr schon die Augen vor den Notwendigkeiten unseres Landes zumacht, dann laden wir euch ein – wenigstens in diesem Fall – diesem unserem Entschließungsantrag beizutreten, der nichts anderes tut als das alles auflisten, was schon seit über einem Jahr an Versäumnissen von euch in euren Anträgen festgehalten wurde, wo wir euch damals zugestimmt haben – das war ein einstimmiger Antrag. Wir haben dann noch eine Fülle ergänzt, die auch aus der engeren Heimat näher erläuterbar wären: Da ist nichts dabei, was Wünsche an das Christkind bedeutet, weil wenn ich zum Beispiel von Großlobming nach Möbersdorf auf einer Landesstraße fahren muss, die zwar im Programm ist, aber am Sankt-Nimmerleins-Tag, dann muss ich jetzt um mein Auto bangen, weil da sind alle paar Meter Löcher. (Abg. Straßberger: „Warum hast du diese Straße von 1998 bis 2000 nicht gemacht, Heinz?“) Weil wir bei diesem Straßenprojekt die ersten 17 Kilometer gemacht haben und weil in dieser Zeit von 1996 bis 2000 jene 11 Milliarden verbaut worden sind, von der ihr in dieser Periode nur träumen könnt, lieber Freund. (Beifall bei der SPÖ.) Ich wünsche dir viel Glück bei der Erreichung jener Latte, die wir euch hiemit gelegt haben mit unserem Verkehrslandesrat der vorigen Periode. (Präsident Ing. Kinsky: „Herr Abgeordneter, die Redezeit ist überschritten!“)

Meine Damen und Herren, ich bringe den Entschließungsantrag ein und beschränke mich auf den Antragstext.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens in Verhandlungen mit der Bundesregierung endlich die gesamte Ausfinanzierung und Umsetzung der „Neuen Südbahn“ mit all ihren Teilen, wie Semmeringbasistunnel, diverse Streckenbegradigungen, Güterterminal Werndorf und Koralmtunnel sicher-

zustellen und raschestmöglich die dazu notwendigen noch offenen Planungs- und Bauübertragungen durchzuführen sowie die Ausfinanzierung und den Ausbau der Ostbahn und den Ausbau der Schienenstrecke nach Norden über den Pyhrnpass schnellstens umzusetzen und mit diesem Ziel den die Steiermark benachteiligenden Generalverkehrsplan im Schienenbereich zu verbessern, zweitens in Verhandlungen mit der Bundesregierung die noch offenen, aber mehrfach zugesagten Ausbaumaßnahmen der Straßeninfrastruktur, wie die Straßenverbindungen im Mur- und Mürztal voranzutreiben, endlich den politischen Willen aufzubringen, über die Zukunft der ennsnahen Trasse endgültig zu entscheiden und die begonnenen und geplanten Straßenbauvorhaben in der Ost- und Weststeiermark, wie beispielsweise die Umfahrungen Hartberg und Großwilfersdorf, konkret in Angriff zu nehmen sowie den aus Verkehrssicherheitssicht dringend notwendigen Ausbau der Südautobahn über die Pack raschest zu finalisieren, soweit zur Umsetzung dieser Zielsetzungen Verbesserungen im Generalverkehrsplan notwendig sind, diese zu erreichen und zur schnelleren Umsetzung der offenen Projekte bei den jetzt veränderten Bundesstraßen eine verbesserte und für die Zukunft gesicherte Mittelbereitstellung durch den Bund zu erreichen sowie drittens den Entfall der Mittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm für den Landesstraßenbau durch Verwendung von Teilen der im Voranschlag 2002 auf 200 Millionen Schilling (rund 14,5 Millionen Euro) erhöhten „Allgemeinen Verstärkungsmittel“ aufzufangen und zu ersetzen beziehungsweise durch eine ehrliche, offen dargestellte Erhöhung der Budgetmittel auszugleichen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und ich danke dem Herrn Präsidenten für die Überzeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.59 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile es ihm.

Abg. Tasch (15.59 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Gennaro: „Mich vergiss nicht!“) Du bist ein Stahlhelmakrobat, dich kann man nicht übersehen und vergessen schon überhaupt nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe mir jetzt die Straßendiskussion angehört und vor allem den Kollegen Grabner, dem natürlich alles zu wenig ist und es nach seiner Meinung nur Versäumnisse gibt. Ich muss dir eines sagen, hätten wir nicht mit der 30-jährigen Schuldenpolitik eurer 30-jährigen Bundeskanzler und Finanzminister zu kämpfen, wo 11 Milliarden Schilling alleine für Zinsen notwendig sind, könnten wir die Leitschienen für die Straßen, die wir jetzt bauen, vergolden. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Dann wären wir auch heute noch auf den Bäumen!“) Auf dem Sektor ist jede Reform verhindert worden. Es ist der Niedergang der Verstaatlichten, es ist der Niedergang des Konsum gewesen und es ist der Niedergang vom Ausbau der Bundesstraßen gewesen. (Landesrat Dörflinger: „Der Konsum hat keine Straßenbauten!“) Es ist überhaupt keine Frage. Wenn wir 11 Milliarden Schilling zur Verfügung hätten, würde die ennsnahe Trasse bereits lange gebaut sein und man bräuchte sich nicht von einer Hand voll Leute hertreiben lassen. Professionisten, die demonstriert haben, die zahlt gekriegt haben das ganze Jahr, um gegen die ennsnahe Trasse zu demonstrieren. Das war also die Möglichkeit, dass man die ennsnahe Trasse verhindert hat.

Ich möchte eines sagen, der Bezirk Liezen ist also sicherlich ein Bezirk gewesen in den siebziger und achtziger Jahren, wo man mit Neid von der ganzen Steiermark darauf hingeblickt und gesagt hat, das ist der Bezirk, wo Milch und Honig fließt. Heute ist es so, dass wir die letzten 30 Jahre kein neues Hotel mehr gebaut haben, dass uns viele Betriebe verloren gegangen sind. Und das ist in erster Linie die Infrastruktur, dass man bei der Verkehrslösung fürchterlich in den Hintergrund getreten ist. Ich glaube also, eines ist für den Bezirk Liezen und für die Verkehrsstruktur im Ennstal besonders wichtig, dass die Autobahn von Selzthal bis Eben geht. Ich möchte nicht so sehr sagen eine Autobahn, aber zumindest eine vierbahnige Schnellstraße. Das ist also wichtig, dass in Zukunft wieder Betriebe angesiedelt werden. Das ist also wichtig, dass neue Hotels gebaut werden und dass am Tourismus- und Wirtschaftssektor weiterhin viel passiert.

Es ist aber in der ganzen Steiermark notwendig, dass die Straßen verstärkt gebaut werden, um die Infrastruktur zu stärken. Es ist zwar nicht so, dass die Politik die Arbeitsplätze sichert, sondern die Wirtschaftstreibenden die Arbeitsplätze sichern, aber denen muss man mit einer guten Verkehrspolitik – und das ist einfach das Bauen der Straßen – die Infrastruktur bereichern.

Eines ist ein ganz wichtiger Punkt: Wir dürfen auf dem Sektor nicht immer wieder mit einem jeden Vogel, wie es bei uns der Wachtelkönig ist, der nie gesehen worden ist, eine Straße verhindern lassen und dass jeder Frosch wichtiger ist als ein Mensch. Es ist, so glaube ich, notwendig, dass man in dem Sinne eine Verkehrslösung macht, die erstens von der Unfalltätigkeit sicherer ist. Wenn ich nur denke, wie früher die Straße in Wald am Schoberpass war, in Kalwang, wo es täglich Tote gegeben hat und jetzt auf der Autobahn eine Verkehrssicherheit besteht, die es vorher nie gegeben hat. In dem Sinne ist es notwendig, dass man Verkehrslinien und Straßen forciert, um die Verkehrssicherheit zu erlangen und vor allem den Investoren die Möglichkeit gibt, Betriebe zu investieren, neue Betriebe zu gründen, vor allem am Tourismussektor wieder Hotels zu bauen, um wieder in den Vordergrund – von der Qualität – im Bezirk zu starten.

Ich möchte eines sagen: Die Umfahrung Stainach ist von den Steuerzahlern her eine grob fahrlässige Sache, weil wir wären mit dem Geld, das die Umfahrung gekostet hat, bereits vor Liezen oben gewesen. Und das wäre sicherlich wichtig und notwendig gewesen, weil die Umfahrung Stainach allein ist keine Lösung.

In dem Sinne möchte ich sagen, wir lassen uns in Zukunft nicht mehr von den Grünen vor sich hertreiben, um eine Straße zu verhindern, sondern wir werden schauen, dass wir eine Schnellstraße im Ennstal zusammenbringen, um eine Verkehrslösung für die Ennstaler, für den Bezirk zu finden und auch zu bauen. Ich bitte den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl, dass er weiterhin bemüht ist, uns zu unterstützen, um diese Straße auch zu verwirklichen. (Beifall bei der ÖVP. – 16.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl. Ich erteile es ihm.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schögggl (16.04 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich muss doch einige Dinge aufklären und zu den vorliegenden Regierungsvorlagen einige Stellungnahmen abgeben.

Es ist unisono hier gesagt worden, Infrastrukturausbau ist eine Zukunftsaufgabe – was ich natürlich immer wieder sage und was auch besonders wichtig ist. Es tut mir eigentlich etwas Leid, dass hier diese Diskussion sehr stark ins Parteipolitische hineinkommt und dass insbesondere von der SPÖ-Seite dort so quasi eine parteipolitische Pflichtübung abgeführt wird. Aber es ist so – ich kenne das auch aus dem Parlament –, das sind die Spielregeln des Parlamentarismus.

Besonders freut mich die wirtschaftsliberale Rede vom Herrn Abgeordneten Hagenauer, der sich ja glühend zum Ausbau der Infrastruktur und zum Wirtschaftsstandort Steiermark bekannt hat. Das ist gut so. Und ich bin überzeugt davon, dass es uns gelingen wird, neben der notwendigen Straßeninfrastruktur auch die notwendige Schieneninfrastruktur bereitzustellen. Ich muss eine Korrektur anbringen, weil Sie gesagt haben, im Ennstal passiert nichts, der Bereich Wörschach–Stainach, Stainach–Irdning–Wörschach ist faktisch in Bau, mit etwa 16 Millionen Euro budgetiert.

Und die Geschichte mit dem Euro ist überhaupt so eine Sache. Ich glaube, da ist dem Kollegen Grabner ein Irrtum unterlaufen, der Bereich Werndorf–Spielfeld wurde in zwei Abschnitten mit insgesamt 175 Millionen Euro budgetiert. Ich denke, dass man mit mehr als 170 Millionen Euro dieses Projekt doch zumindest zweiseitig ausbauen kann.

Aber gerade die Unzufriedenheit der Sozialdemokratie verstehe ich nicht, ist es mir doch vorbehalten gewesen in dem Bereich der Städte, die sozialdemokratisch dominiert sind, große Wünsche und Projekte voranzutreiben. Ich habe also schon erwähnt Weißkirchen–Zeltweg. Wissen Sie, auch wenn das Projekt sehr alt ist, wirksam wird es erst, wenn es gebaut wird. Und gebaut wird es jetzt unter einem freiheitlichen Landesrat. Das ist halt einmal so, und das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall bei der FPÖ.) Oder Bruck–Kapfenberg. Bruck–Kapfenberg ist ja nicht so schlecht, habt ihr ja auch 15 Jahre darauf gewartet. Wir beginnen jetzt damit – sozialdemokratische Städte. Die Dankbarkeit bei euch ist endenwollend, ich weiß. Ich rechne auch nicht mit Dankbarkeit. Das ist keine politische Kategorie, das weiß ich auch. Aber Bruck–Kapfenberg hat ja doch einige Zeit auf sich gewartet – sozialdemokratisch regierte Städte, wo wir doch einiges an der Infrastruktur tun.

Oder auch in Kapfenberg, diverse verkehrspolitische Maßnahmen, Kreisverkehre et cetera, Wünsche aus der Bevölkerung, die wir sehr ernst nehmen.

Und ich glaube, dass ich meine Funktion als Verkehrslandesrat, auch oft zum Unwillen meiner Fraktion, sehr unpolitisch und sachlich wahrnehme zum Wohle des Wirtschaftsstandortes und zum Wohle der Bevölkerung hier und nicht zum Wohle einer Interessengemeinschaft oder anderer Aushübe.

Aber allein Straßen zu bauen greift zu kurz, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben auch andere Möglichkeiten: Telematikoffensive – wichtige Angelegenheit auch was die Forschung betrifft, dass man durch intelligente Verkehrsleitsysteme, durch intelligente Beschilderung und so weiter auch die Verkehrsströme entsprechend steuert und weiterbringt. Da sind wir dabei und ich halte das für ganz besonders wichtig.

Es wurde auch schon die Verfahrensverkürzung angesprochen. Wir haben derzeit ein sequenzielles Ablaufen von Verfahren, ein Verfahren hintereinander. Und was bisher eigentlich so besonders verzögernd auch oft bemerkt wird, ist, wenn das Projekt vollständig fertig ist, dann kommt der Umweltschutz und sagt, wir können uns ja erst einschalten, wenn das Projekt fertig ist und dann geht die ganze Geschichte von vorne los. Nicht, dass das jetzt eine Polemik gegen die Umweltschützer wäre, sondern in Zukunft wird der Bereich Umweltschutz bereits im Vorprojekt eingeschaltet sein und bereits im Vorprojekt mit den anderen Verfahren, die auf Landesebene, nämlich Wasserrecht, Umweltrecht, gleichzeitig, faktisch parallel abgewickelt werden, so dass die Verfahren verkürzt werden können. Ich weiß, dass es ein untragbarer Zustand ist, eine Verfahrensdauer derzeit im Schnitt zehn Jahre. Das ist untragbar.

Und ich bin wirklich auf der Seite der Heiligenkreuzer. Aber dort ist der Schwarzstorch gelandet, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Abg. Bacher: „Großwilfersdorf!“) Großwilfersdorf, Entschuldigung, dieses Stück, wir reden eh vom gleichen Stück. Wir würden das gerne bauen. Da ist es natürlich wichtig. Aber auf der anderen Seite – und das ist auch schon gesagt worden – wir sind selber in dem von uns geschaffenen Gestrüpp von Gesetzen gefangen. Gesetze gelten bekanntlicherweise auch für die Regierung, Gesetze gelten für jeden von uns. Wir haben eben demokratische Rechte, die ausgeschöpft werden und natürlich bis zum Gang zum Verwaltungsgerichtshof, bis zu den höchsten Gerichtshöfen.

Und wir haben wieder so einen Fall – Flughafenzufahrt. Eine Siedlung, die wirklich mit einer Unterflurtrasse so berücksichtigt wurde, dass also dort der Einfluss der neuen Straße Umfahrung Feldkirchen faktisch kaum spürbar sein wird, geht wahrscheinlich unter Ausnützung sämtlicher Verfahren bis zum Verwaltungsgerichtshof.

Derartige Dinge muss man halt, wenn man mit Straßenbau oder Infrastrukturausbau zu tun hat, zur Kenntnis nehmen.

Lieber Freund Tasch, ich muss ganz ehrlich sagen, wir wollen im Ennstal eine Verkehrslösung. Die Verkehrslösung Ennstal hat schon das 29. oder 30. Jahr Diskussion, hat schon etliche Verkehrsreferenten und Minister überlebt. Ich hoffe, dass es mich nicht so leicht überlebt. Ich habe gesagt, wir gehen wirklich – weil das auch kritisiert wurde – einen Weg, der sehr seriös und professionell vorbereitet ist. Vielleicht waren bisher bei den Vorbereitungen, bei den Planungen, bei den Bescheiden – und ich war auch teilweise als Ersatzmitglied im Untersuchungs-Ausschuss Ennsnahe Trasse, Herr Kollege Hagenauer, und habe dort das hautnah miterlebt, wie dort die Ausstellung von Bescheiden und die Frage, wie weit darf enteignet werden, sind die Flächen neben den Verkehrsflächen noch enteignungsfähig oder nicht, die Rückabwicklung et cetera. Ich habe das dort hautnah miterlebt. Man muss diese Dinge im Vorfeld bereits professionell vorbereiten, dass wir dann, wenn es soweit ist, dass wir bauen wollen und können, dass wir das auch umsetzen können. Meiner Meinung nach ist es wichtig, dass gerade das Ennstal, ein sehr sensibler Raum, aber selbstverständlich auch das Recht auf eine wirtschaftliche Entwicklung hat. Und wir wissen, der Hauptverkehrsträger oder die Hauptverkehrsursache ist der Quell- und Zielverkehr in der eigenen Region im Ennstal. Das wissen wir, dass dort der Anteil des Transits relativ gering ist, aber es gibt neue Maßnahmen, es gibt die Fertigstellung der Pyhrnautobahn, es wird diese verkehrsübergreifende Untersuchung geben. Und wenn wir uns ein klares Bild gemacht haben – und es wird im Herbst vorliegen – die Korridoruntersuchung. Und wenn eine sehr renommierte Schweizer Firma die Ausschreibung gewonnen hat, denn es ist heutzutage so üblich, dass man die Dinge ausschreibt und dass man die renommierteste Firma nimmt, da ist überhaupt nichts Böses dabei.

Also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden schauen, dass wir alle Wünsche, die die Bevölkerung berechtigt hat, entsprechend umsetzen. Das ist klar, es wird natürlich auch auf eines Bedacht zu nehmen sein, wir haben einen hohen Wohlstand in diesem Land und Gott sei Dank haben wir einen hohen Wohlstand in diesem Land. Und dieser hohe Wohlstand führt natürlich immer wieder zu neuen Wünschen von Bauland, Umwidmungen, es werden neue Siedlungen geschaffen, es werden neue Wohngebiete geschaffen, neue Wirtschaftsbetriebe angesiedelt. Das ist gut so, aber diese Wohnsiedlungen und diese Betriebe brauchen Infrastruktur und darum ist es wichtig, dass wir bereits auch jetzt diese Grundsätze in der Raumplanung berücksichtigen. Ein ganz einfacher Grundsatz, den ich ausgegeben habe, ist, dass Umfahrungen Umfahrungen bleiben müssen, sonst ist der Ruf nach dem Ausbau einer Umfahrung nach der Umfahrung unvermeidlich, Fehler aus der Vergangenheit aus dem Bereich Raumplanung.

Pyhrnachse noch einmal. Ich habe jetzt in Wien mit meinem Kollegen aus Oberösterreich gesprochen und wir werden eine sehr starke Achse bilden auch in Richtung des gesamten Pyhrnkorridors und selbstverständlich gemeinsam dieses Interesse vertreten, weil wir wissen, dass das eines unserer Hauptverkehrskorridore ist. Das ist auch gut so und darum bekenne ich mich zum Generalverkehrsplan, dass man dazu übergeht, Gesamtsysteme zu betrachten und über den eigenen Tellerrand hinauszudenken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es wurde auch dieser Paragraf-15 a-Vertrag mit dem Bund ab dem Jahr 2008 angesprochen. Das ist richtig, der ist notwendig, der ist erforderlich und der wird auch abgeschlossen werden, weil es selbstverständlich ist, dass sich der Bund nicht aus seiner Verantwortung nach 2008 stehlen kann und dass wir ihn aus seiner Verantwortung nicht entlassen werden. Statistisch sind die uns auf Grund der Verlängerung zufallenden Mittel im obersten Bereich der bisher aufgewendeten Mittel für den Straßenbau. Ich bin mit der einen oder anderen Vorgangsweise, insbesondere, was die Aufteilung der Strafgelder betrifft, nicht glücklich, aber das ist eine Sache, die muss man auch zur Kenntnis nehmen, wenn man in einer Demokratie überstimmt wird. Das kennen wir alle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt bedeutet die Verlängerung der Bundesstraßen einen großen Verantwortungsschub für unser Land, insgesamt bedeutet das aber auch die Chance, Entscheidungen, Prioritäten, Planungen, Umsetzungen zu setzen. Ich glaube, es ist interessant, jetzt interessiert es euch nicht mehr, ihr habt eure Pflichtübung erledigt, ist in Ordnung, ich nehme das auch so zur Kenntnis. Es ist eine schöne Aufgabe in diesem Land selbst die Entscheidungen, die Prioritäten setzen zu können, die Verfahren in der Hand zu haben. Bisher war immer das Problem der Katze, die sich in den Schwanz beißt, entweder war keine Planung da oder war kein Geld da oder es war das eine vom anderen abhängig. Dieser Kreislauf wird unterbrochen werden können und ich bin überzeugt davon, dass Sie heute mit Ihrem Beschluss zur Verlängerung der Bundesstraßen und damit die Übernahme der Verantwortung für die Landesstraßen in die Landesoberhoheit einen guten Schritt in die richtige Richtung setzen. Danke für Ihr Interesse! (Beifall bei der FPÖ. – 16.21 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen daher zur Abstimmung der Tagesordnungspunkte 16 bis inklusive 20.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 806/1, Beilage Nr. 109 zum Tagesordnungspunkt 16 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Steiermärkisches Bundesstraßen-Übernahmegesetz 2002, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 807/1, Tagesordnungspunkt 17, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 416/1, Tagesordnungspunkt 18, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen nunmehr zum Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 18 der SPÖ und auf Grund eines Antrages der Grünen Fraktion werde ich hier punktuell abstimmen lassen.

Zu dem Entschließungsantrag, Punkt eins, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung endlich die gesamte Ausfinanzierung und Umsetzung der „Neuen Südbahn“ mit all ihren Teilen, wie Semmeringbasistunnel, diverse Streckenbegradigungen, Güterterminal Werndorf und Koralmtunnel, sicherzustellen und raschestmöglich die dazu notwendigen noch offenen Planungs- und Bauübertragungen durchzuführen sowie die Ausfinanzierung und den Ausbau der Ostbahn und den Ausbau der Schienenstrecke nach Norden über den Pyhrnpass schnellstens umzusetzen und mit diesem Ziel, den die Steiermark benachteiligenden Generalverkehrsplan im Schienenbereich zu verbessern. Meine Damen und Herren, wer diesem Punkt eins die Zustimmung gibt, bitte das mit einem Zeichen der Hand kundzutun. Gegenprobe.

Dieser Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Punkt zwei, die Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung die noch offenen, aber mehrfach zugesagten Ausbaumaßnahmen der Straßeninfrastruktur, wie die Straßenverbindungen im Mur- und Mürztal, voranzutreiben, endlich den politischen Willen aufzubringen, über die Zukunft der ennsnahen Trasse endgültig zu entscheiden und die begonnenen und geplanten Straßenbauvorhaben in der Ost- und Weststeiermark, wie beispielsweise die Umfahrungen Hartberg und Großwilfersdorf, konkret in Angriff zu nehmen sowie den aus Verkehrssicherheit dringend notwendigen Ausbau der Südautobahn über die Pack raschest zu finalisieren, soweit zur Umsetzung dieser Zielsetzungen Verbesserungen im Generalverkehrsplan notwendig sind, diese zu erreichen und zur schnelleren Umsetzung der offenen Projekte bei den jetzt veränderten Bundesstraßen eine verbesserte und für die Zukunft gesicherte Mittelbereitstellung durch den Bund zu erreichen. Wer diesem Punkt zwei seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt hat nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Punkt drei lautet: Die Landesregierung wird aufgefordert, den Entfall der Mittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm für den Landesstraßenbau durch Verwendung von Teilen der im Voranschlag 2002 auf 200 Millionen Schilling (rund 14,5 Millionen Euro) erhöhten „Allgemeinen Verstärkungsmittel“ aufzufangen und zu ersetzen beziehungsweise durch eine ehrliche, offen dargestellte Erhöhung der Budgetmittel auszugleichen. Wer dem Punkt drei des Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt drei hat ebenfalls nicht die erforderliche Mehrheit erhalten.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 604/1, Tagesordnungspunkt 19, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, betreffend Nein zum Transitstraßenausbau im Ennstal zum Tagesordnungspunkt 19 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 796/1, Tagesordnungspunkt 20, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler und des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Anträge, Einl.-Zahl 292/1, der Abgeordneten Halper, Mag. Lackner und Kröpl, betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Chancen und Gefahren durch Neue Medien für Jugendliche“ sowie Einl.-Zahl 395/1, der Abgeordneten Hamedl, Mag. Drexler, Mag. Koller, Hammerl, Gödl, Wicher und Pußwald, betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Drogenproblematik in der Steiermark“.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (16.27 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichte über den Ausschuss für Gesundheit und Spitäler und den Ausschuss für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 292/1, betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Chancen und Gefahren durch Neue Medien für Jugendliche“ sowie über den Antrag, Einl.-Zahl 395/1, betreffend Abhaltung einer Enquete zum Thema „Drogenproblematik in der Steiermark“.

Am 3. April 2001 haben Halper, Lackner und Kröpfl einen Antrag eingebracht betreffend die Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Chancen und Gefahren durch Neue Medien für Jugendliche“. Zur Vorberatung dieses Antrages wurde am 24. April 2001 ein Unterausschuss eingesetzt.

Des Weiteren berichte ich über den Antrag im Landtag betreffend Abhaltung einer Landtagsenquete zum Thema „Drogenproblematik in der Steiermark“. Zur Vorberatung dieses Antrages wurde am 11. September 2001 ein Unterausschuss eingesetzt.

In den Beratungen der Unterausschüsse wurde Einvernehmen über den nachstehenden gemeinsamen Ausschussantrag erzielt.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler sowie der Ausschuss für Generationen und Bildung stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Abhaltung der Enquete „Suchtverhalten“ am 18. Juni 2002 von 9 bis 17 Uhr in diesem Sitzungssaal unter Vorsitz des Landtagspräsidenten.

Das Tagungsprogramm ist allen bekannt und abgestimmt, ebenso der Teilnehmer-/Teilnehmerinnenkreis, das heißt die Referenten/Referentinnen, die Abgeordneten und die Teilnehmer und Teilnehmerinnen.

Ich halte zum Schluss noch fest, dass die Enquete öffentlich ist und ich ersuche um Kenntnisnahme dieses Berichtes. (16.28 Uhr.)

Präsident Purr: Danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung zu diesem Bericht liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 417/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gennaro, Gross, Böhmer, Kröpfl, Stöhrmann und Prattes, betreffend Ablehnung einer finanziellen Beteiligung der Gemeinden an der Spitalsfinanzierung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Böhmer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Böhmer (16.28 Uhr): Ich berichte zu diesem Antrag mit der Einl.-Zahl 417/1. Dieser Antrag wurde an die Landesregierung zur Stellungnahme übermittelt.

Der nunmehr eingegangenen Stellungnahme der Landesregierung mit der Einl.-Zahl 417/2 ist zu entnehmen, dass mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 17. September 2001 der Intention des Antrages bereits Rechnung getragen wurde. In diesem Beschluss wurde einstimmig festgehalten, dass „eine Kostenbeteiligung der Gemeinden an der Spitalsfinanzierung in dieser Gesetzgebungsperiode nicht in die Wege geleitet wird“.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zur Einl.-Zahl 417/1, betreffend Ablehnung einer finanziellen Beteiligung der Gemeinden an der Spitalsfinanzierung, wird zur Kenntnis genommen. (16.29 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Meine Damen und Herren, eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, diesem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 434/2, zum Beschluss Nr. 170 des Steiermärkischen Landtages vom 12. Juni 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Lafer und Dietrich, betreffend fixe Unterhaltssicherungsbeiträge.

Berichterstatterin ist die Frau Landtagsabgeordnete Dr. Magda Bleckmann stellvertretend durch Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (16.30 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 434/2, zum Beschluss Nr. 170 vom 12. Juni 2001 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Dr. Bleckmann, Lafer und Dietrich, betreffend fixe Unterhaltssicherungsbeiträge.

Meine geschätzten Damen und Herren, Sie haben mit Sicherheit die Regierungsvorlage genauestens durchstudiert.

Im Namen der unterfertigten Abgeordneten stelle ich den Antrag, der Bericht des Ausschusses wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (16.30 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 24 bis 28 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 795/1, betreffend den Verkauf von Landesanteilen an 23 Gesellschaften auf Basis der Bewertungsgutachten der Kleiner & Kleiner GmbH. und die Verwendung der durch die Veräußerung erlösten Mittel für neue touristische Infrastrukturinvestitionen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger, stellvertretend Herr Abgeordneter Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (16.30 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit der vorliegenden Regierungsvorlage soll die Steiermärkische Landesregierung zur Erreichung der größtmöglichen Privatisierung beauftragt werden, den Verkauf der Landesanteile an 23 Gesellschaften auf Basis eines Bewertungsgutachtens der Kleiner & Kleiner GmbH. zu veranlassen.

Der Durchführung eines Veräußerungsverfahrens für die 13 beziehungsweise 23 aufgelisteten, von der Steiermärkischen Landesholding GmbH. verwalteten Landesbeteiligungen nach der vorgeschlagenen Vorgangsweise (erste Stufe: Verkauf der Mitgesellschafter, zweite Stufe: Verhandlung mit regionalen Interessenten, dritte Stufe: Ausschreibung der Veräußerung der Beteiligung über eine Merger & Akquisition Firma jeweils auf Basis der gutachterlich ermittelten Unternehmenswerte) wird grundsätzlich zugestimmt.

Insbesondere werden die weitere Vorgangsweise sowie die dort festgelegten Bedingungen für den Verkauf der Landesbeteiligungen genehmigt.

Die Geschäftsführung der Steiermärkischen Landesholding GmbH. und die Geschäftsführer der bewerteten Gesellschaften werden angewiesen, dem Rechtsvertreter des Landes alle Materialien beziehungsweise Informationen für die Erarbeitung der nötigen rechtlichen Unterlagen zur Durchführung beziehungsweise Umsetzung der Verkaufsverfahren zur Verfügung zu stellen und alle notwendigen Auskünfte zu erteilen. Die geltenden EU-wettbewerbsrechtlichen Regelungen haben in den letzten Jahren auch in der Steiermark in immer stärkerem Maße zu einem Aufzeigen von mehr vermeintlichen Konkurrenzsituationen zwischen im Privateigentum stehenden Unternehmen und jenen mit öffentlich-rechtlicher Beteiligung geführt. Dies macht es notwendig, dass im Wege der geplanten Privatisierung beziehungsweise des Verkaufes von Beteiligungen des Landes an Gesellschaften im Tourismusbereich – im Speziellen Schilifte und Thermenunternehmen – Erlöse lukriert werden, die zur Reinvestition im Sinne der Finanzierung von zukünftig notwendigen Infrastrukturentwicklungen im touristischen Bereich herangezogen werden können. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (16.31 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

25. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 794/1, betreffend den Verkauf der jeweils 85-prozentigen Beteiligung des Landes Steiermark an der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. und der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 329 Millionen Schilling (23,909.363 Euro).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Majcen (16.32 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich berichte über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Verkauf der jeweils 85-prozentigen Beteiligung des Landes Steiermark an der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. und der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 23,909.363 Euro und ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Thermalquelle Loipersdorf GmbH. und Thermalquelle Loipersdorf GmbH. & Co. KG., jeweils im Ausmaß von 85 Prozent, um den Gesamtpreis von 329 Millionen Schilling, das sind 23,909.363 Euro, an die Mitgesellschafter (Stadtgemeinde Fürstenfeld, Gemeinde Loipersdorf, Gemeinde Söchau, Gemeinde Übersbach, Gemeinde Unterlamm, Gemeinde Stein, Gemeinde Großwilfersdorf, Gemeinde Ilz und Gemeinde Jennersdorf sowie Raiffeisenbank Fürstenfeld reg. GenmbH.) zu den in der Absichtserklärung vom 5. Februar 2002 (Punkt II B des AV) dargestellten Bedingungen wird genehmigt.

Der Kaufpreis von 329 Millionen Schilling beziehungsweise 23,909.363 Euro ist als Einnahme bei der außerplanmäßigen Voranschlagsstelle 2/914038-0806 „Erlöse aus Veräußerungen von Beteiligungen – Holdingbeteiligungen“ zu verrechnen. (16.34 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

26. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 793/1, betreffend den Verkauf der jeweils 75-prozentigen Beteiligung des Landes Steiermark an der Präbichl Bergbahnen GmbH. und der Präbichl Bergbahnen GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 23 Millionen Schilling (1.671.475 Euro).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (16.34 Uhr): Verehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über den Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Regierungsvorlage 793/1, betreffend den Verkauf der jeweils 75-prozentigen Beteiligung des Landes Steiermark an der Präbichl Bergbahnen GmbH. und Präbichl Bergbahnen GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 23 Millionen Schilling beziehungsweise 1,671.475 Euro.

In der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 793/1, ist unter Punkt II A c ein Fehler enthalten. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Verkauf der Beteiligungen des Landes Steiermark an der Präbichl Bergbahnen GmbH. und der Präbichl Bergbahnen GmbH. & Co. KG., jeweils im Ausmaß von 75 Prozent, um den Gesamtkaufpreis von 23 Millionen Schilling beziehungsweise 1,671.475 Euro an die Marktgemeinde Vordernberg zu den unter Punkt II A a bis h des AV dargestellten Bedingungen wird genehmigt.

Zweitens: Ein zukünftiges Absinken der Beteiligung der Gemeinde Vordernberg an den beiden Gesellschaften nicht unter 51 Prozent wird verankert und abgesichert.

Drittens: Der Kaufpreis von 23 Millionen Schilling beziehungsweise 1,671.475 Euro ist als Einnahme bei der außerplanmäßigen Voranschlagsstelle 2/914038-0806 „Erlöse aus Veräußerungen von Beteiligungen – Holdingbeteiligung“ zu verrechnen. Ich bitte um Annahme. (16.36 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 803/1, betreffend den Verkauf der Landesbeteiligungen an der Reiteralm Bergbahnen GmbH. und der Reiteralm Bergbahnen GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 14,10 Millionen Schilling (1.024.687 Euro).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (16.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit der vorliegenden Regierungsvorlage soll der Verkauf der Beteiligung des Landes Steiermark an der Reiteralm Bergbahnen GmbH. und der Reiteralm Bergbahnen GmbH. & Co. KG. um den Gesamtkaufpreis von 1,024.687 Euro an die Gemeinde Pichl-Preunegg beziehungsweise durch die Kündigung der Kommanditbeteiligung zum vereinbarten Auseinandersetzungsguthaben gemäß den in Punkt II A a bis f des AV dargestellten Bedingungen genehmigt werden.

Der Kaufpreis von 1,024.687 Euro ist als Einnahme bei der außerplanmäßigen Voranschlagsstelle 2/914038-0806 „Erlöse aus den Veräußerungen von Beteiligungen – Holdingbeteiligungen“ zu verrechnen.

Der Landtag möge die Genehmigung beschließen. (16.38 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Nächster Bericht Tagesordnungspunkt

28. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 408/1, der Abgeordneten Schleich, Margarethe Gruber, Kolleger und Detlef Gruber, betreffend Therme Bad Gleichenberg, Thermenprojekte.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Schleich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schleich (16.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Regierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Zum Antrag des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 408/1, der Abgeordneten Schleich, Margarethe Gruber, Kolleger und Detlef Gruber, betreffend Therme Bad Gleichenberg, Thermenprojekte, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird berichtet, dass mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 9. März 1998, in weiterer Folge reassümiert durch den Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 12. Juni 1999 die Finanzierung von Investitionsmaßnahmen der Gleichenberger- und Johannisbrunnen AG. aus Landesmitteln a) durch Gewährung eines Investitionszuschusses für Infrastrukturinvestition im Ausmaß von 100 Millionen Schilling und b) durch Gewährung eines Investitionsdarlehens von 65 Millionen Schilling mit einer Laufzeit von 27 Jahren, sieben Jahren zinsen- und tilgungsfrei, sodann 4 Prozent Zinsen und jährliche Tilgung in gleichen Raten genehmigt wurde.

Diese bewilligten Mittel sind in haushaltsmäßiger Sicht zwischenzeitig den Gebührrstellungen zugeführt worden.

Das bereits aus dem 1998 stammende Investitionskonzept wurde bislang nicht umgesetzt. In Folge der Weiterentwicklung des Investitionsvorhabens und der kostenmäßigen Adaptierung des Thermenkonzeptes ist von der Steiermärkischen Landesregierung am 24. September 2001 der Grundsatzbeschluss gefasst worden, dass das Land Steiermark gemeinsam mit privaten Investoren über eine zu gründende „Thermen-Beteiligung-GmbH.“ ein Investitionskonzept zur Attraktivierung des Kurortes Bad Gleichenberg durchführt. Auf Grund der Auswertung der eingegangenen Offerte wurde festgelegt, das Investitionskonzept mit der HGI Beteiligungs AG. durchzuführen. Diesen Vorschlag hat die Steiermärkische Landesregierung mit Beschluss vom 10. Dezember 2001 genehmigt.

Zur Therme Leibnitz wird auf den bevorstehenden Beginn der Probebohrung hingewiesen. Zur Therme Nova Köflach wird auf den Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 4. Februar 2002 verwiesen. Zur Therme Gabelhofen wird auf die Stellungnahme zum Antrag, Einl.-Zahl 407/1, verwiesen.

Zur Grimming-Therme Bad Mitterndorf wird auf die Stellungnahme zum Antrag, Einl.-Zahl 672/1, verwiesen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 408/1, der Abgeordneten meiner Wenigkeit, Gruber Margarethe, Kollegger und Gruber Detlef, betreffend Therme Bad Gleichenberg, Thermenprojekte wird zur Kenntnis genommen. (16.41 Uhr.)

Präsident Purr: Danke für die Berichterstattung.

Eine Reihe von Wortmeldung liegt vor.

Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gennaro. Ich erteile ihm das Wort. Herr Abgeordneter, bitte.

Nächste Wortmeldung Abgeordneter List.

Abg. Gennaro (16.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit dieser Vorlage wird wieder sichtbar, was wir bereits bei der Budgetdiskussion für das Jahr 2001 und 2002 gesagt haben. Den Steirern und Steirerinnen wird ein Mogelbudget vorgelegt. Mit Budgettricks wird versucht, den Kniefall der Landeshauptfrau und des Finanzlandesrates vor der Bundesregierung zu erfüllen. Diese Budgetentwicklung wird ja zusätzlich durch das Ergebnis, meine Damen und Herren, der Volkszählung 2001 Einnahmenverluste und so weiter mit sich bringen. Auch die versprochene Steuerreform – (Abg. Bittmann: „Du bist wie ein Papagei!“) Du brauchst dich nicht so aufregen, du kannst dich nachher zu Wort melden. Du wärest gut beraten, wenn du ein bisschen zuhören würdest. Vielleicht kannst du etwas lernen daraus.

Die versprochene Steuerreform, von der überwiegend wahrscheinlich nicht die Lohnsteuerzahler profitieren werden, sondern andere, werden auch weitere Einnahmen aus dem Finanzausgleich die Situation verschärfen.

Der Landesrat Paieryl hat in den Budgetrichtlinien für 2003 bereits das bestätigt, dass diese Verscherbungspolitik, wie wir sie bezeichnen, alles zu verkaufen, um den Stabilitätspakt, Mogelbudgets erfüllen zu können, umsetzen muss, dass er für 2003 nichts mehr verkaufen kann, wird darin bestätigt, 3,3 Milliarden Schilling schauen wir nach, meine Damen und Herren.

Bei den Pflichtausgaben fordert er bereits die Änderung der Rechtsgrundlagen von den Ressorts. Das heißt im Klartext wieder Reduzierungen und Kürzungen der Pflichtausgaben. Wir wissen, dass das überwiegend den Sozialbereich und den Gesundheitsbereich mit all seinen Auswirkungen auf die sozial Schwächsten treffen wird.

Das Land hat in all den Bereichen, die verkauft werden sollen, viele Steuermittel, viel Geld in die Hand genommen, um erstens die Regionen zu stärken, für den Tourismus Bewegung in die Bewegung zu bringen. Und Sie wollen mit dem Beschluss dieser Vorlage – der Landesrat Paieryl und der Landesrat Hirschmann – eine Generalvollmacht haben, um den Ausverkauf in allen Bereichen betreiben zu können. Das sind rund 685 Millionen Schilling.

Die Wohnbauförderungsdarlehen an die Darlehensnehmer zu verkaufen von 300 bis 500 Millionen Euro, meine Damen und Herren, noch dazu diese Mittel nicht zweckgebunden zu verwenden und zusätzlich den Menschen die Wohnbeihilfe mit hunderten Millionen Schilling wegzunehmen, so dass viele sich die Wohnungen nicht leisten werden können, zeigt ja die Brutalität und die Hilflosigkeit des Budgets auf.

Die weiteren Auswirkungen dieser Maßnahme, meine Damen und Herren, wird die Bauwirtschaft spüren – sie hat Probleme. Damit verbunden weniger Arbeitsplätze. Und Sie nehmen der Jugend die Chance auf soziales und leistbares Wohnen. Es gibt genügend Beispiele, wo Jungfamilien durch die hohen Mietbelastungen in arge Nöte kommen und sich eine Wohnung nicht leisten können.

Wir haben am Samstag eine Konferenz der Bauarbeitergewerkschaft gehabt und als Gast, als Podiumsdiskutant, war der ehemalige Landesrat Schmid eingeladen. Er war nicht als Landesrat, als Politiker eingeladen, sondern als Architekt der Baubranche. Er hat sich hier sehr deutlich eingebracht, meine Damen und Herren, und speziell die Kolleginnen und Kollegen von der FPÖ, gut seid ihr nicht weggekommen mit eurer Situation und auch der Herr Landesrat Schöggel, denn er hat öffentlich bekundet, dass er das bedauert. (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Da habt ihr den Falschen eingeladen!“) Herr Landesrat Paieryl, Sie können dann eh herauskommen, wir haben immer eine Gaude. Aber jetzt ist es keine Gaude.

Er hat sicher zugegeben, dass er dieses Wohnbauressort aufgewirtschaftet hat und jetzt die Mittel einfach wegkommen. Das ist auch die Frage, da habe ich nachdenken angefangen, ob man nicht verfassungsrechtlich überhaupt prüfen wird müssen, ob das so geht, diese Mittel nicht zweckgebunden anzulegen.

Ich sage das deshalb, weil das wieder – und ich muss es wiederholen – diese Budgettricks sind, die Defizitabdeckungen zu erfüllen, der Kniefall Richtung Wien.

Herr Landesrat, wenn der Landesimmobiliengesellschaft das gleiche Schicksal wie der Bundesimmobiliengesellschaft beschert wird, dann haben Sie den Landtag und speziell Ihre Fraktion einen fahrlässigen Beschluss fassen lassen, weil in der Privatwirtschaft würde eine derartige Budgeterstellung und Vorgangsweise eine grob fahrlässige Krida darstellen. Sie wissen, dass das eine strafbare Handlung ist.

Meine Damen und Herren, Sie haben im Landtag mit Mehrheit schon bereits den Verkauf der Grazer Amtsgebäude beschlossen. Sie wollen auch die gesamten Amtsgebäude in der Steiermark an die LIG verkaufen. Wir wissen auch, dass die LIG bereits angeboten hat, die 17 landeseigenen Berufsschulen zu einem geschätzten Verkehrswert von 81,4 Millionen Euro zu erwerben. Herr Landesrat, gerade im Berufsschulbereich kennen Sie die Diskussion aus der Vergangenheit und wir haben im Berufsschulbeirat viele Objekte diskutiert, viele Diskussionen geführt. Ich bedauere nur, dass es seit der Wahl bis dato noch keinen einzigen Berufsschulbeirat gegeben hat, weil die Probleme sind ja nicht weniger geworden. Im Gegenteil, wir hören es aus dem Schulbereich, dass es nach wie vor Probleme gibt. Nicht wir waren es, sondern die Betroffenen selbst, die Berufsschullehrer und Verantwortlichen, die damals schon gemeint haben, eine Milliarde Schilling für die Berufsschulen fehlt. Wir wissen um die Zustände der Internate, der Lehrlingsinternate, der Lehrlingsheime.

Und wenn es Ihnen schon gelingt, die Bevölkerung zu täuschen, Herr Landesrat, dann wird es Ihnen aber nicht gelingen, die EU zu täuschen. Wahrheit ist, Sie gründen eine Gesellschaft, die muss Kredite aufnehmen, um Ihnen die Liegenschaften abkaufen zu können. Und letztlich ist ja wieder der Steuerzahler der Brennstein, meine Damen und Herren, denn die Haftungsfrage wird sich immer stellen. Und das alles unter dem Motto, Herr Landesrat, die Schulden müssen eh andere machen – das macht dann die Landesimmobiliengesellschaft. Sie stehen dann gut da. Sie haben das Nulldefizit angestrebt. Sie werden es wahrscheinlich nicht erreichen. Sie betreiben damit eine Rosstäuscherei, wie man auf Steirisch sagt.

Noch nie, meine Damen und Herren, musste ein Finanzlandesrat nach nur sechs Monaten fast eine Milliarde Schilling nachbedecken.

Während in der letzten Periode die Steiermark nach vorne gebracht wurde – Spitälerbereich, Infrastruktur, Thermen, Lifte, Forschung, Soziales, ich kann aufzählen, Kultur, Bildung und so weiter –, fehlen diese 3,3 Milliarden Schilling, die wir jetzt nach Wien abliefern, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Als großer Nulldefizitprophet, Herr Landesrat – Sie dürfen ja nicht zugeben, dass diese Situation so ist, dass das Geld an allen Ecken und Enden fehlt –, verstecken Sie dann die neuen Schulden im Zuge einer außerbudgetären Verschuldung einfach unter dem Teppich. Die Steirerinnen und Steirer, meine Damen und Herren, werden für dumm verkauft. Insgesamt schwindelt der Finanzlandesrat bis 2004 unglaubliche 15 Milliarden Schilling am Budget vorbei. Das sind 1,1 Milliarden Euro. Im Detail: Für die KAGES 12 Milliarden – noch in Schilling, für die Landesimmobiliengesellschaft 2 Milliarden Schilling und für die Straßenfinanzierungsgesellschaft, von der wir heute schon geredet haben, eine Milliarde.

Daher werden wir, meine Damen und Herren, nicht müde werden, dieses Mogelbudget aufzuzeigen und nicht zuzuschauen, mit welchen Tricks man die Bevölkerung täuscht. Meine Damen und Herren, nur durch den Protest der SPÖ konnte die schwarz-blaue Dampfwalze eingebremst werden, weil ja die Dinge im Landesbesitz zu 100 Prozent an private Multis verschleudert hätten werden sollen.

Es gibt ein Sprichwort: „Wer nichts weiß, muss alles glauben und kann belogen werden. Wer nichts weiß, muss alles glauben und vertrauen und kann letztendlich arg betroffen werden. Sag noch einmal, nichts wissen macht nichts!“

Meine Damen und Herren, ich bin nicht so ein Wirtschaftsexperte wie der Herr Landesrat, wie er immer vorgibt es zu sein. Aber in der Wirtschaft höre ich immer anderes, dass man Ihnen vorwirft, dass Sie sich nur für die Großen einsetzen und die Kleinen lassen Sie links liegen. Das hat man jetzt deutlich in der Diskussion gesehen, wo man langfristig überlegen muss, ob man alle Förderungsmittel in der Form nur an Große weitergibt und den Klein- und Mittelunternehmungen weniger Beihilfen gewährt. Denn letztendlich sind es die vielen Klein- und Mittelbetriebe, die durch ihre permanente und laufende Beschäftigung, wenn es auch nicht 100 oder 1000 sind, aber die vielen kleinen Garanten für die steirische Wirtschaft sind, weil sie ihre Stabilität der Beschäftigung halten. Und wenn Sie schon Wirtschaftsexperte sind, dann müssten Sie einmal hergehen, nicht nur immer in der Öffentlichkeit alles so darstellen, als wäre alles eitel Wonne, Waschtrog, dann muss man sich als Experte einmal fragen, wo sind die ganzen Konzepte der Landesimmobiliengesellschaft, wie schaut der Gesellschaftsplan aus, wie schaut das Gesellschaftskonzept aus, was ist mit dem Personalkonzept, wie sollen die Gesellschafterkonzepte sein? Seit 2000, meine Damen und Herren, haben wir ständig diese Diskussion und, Herr Landesrat, Sie schrecken nicht zurück, mit Ihrer Politik die Steiermark mit versteckten Schulden in die Pleite zu treiben unter dem Motto: hinter mir die Sintflut, weil wer weiß, ob ich nächstes Mal noch Landesrat bin.

Mit dem Thermenverkauf zum Beispiel, meine Damen und Herren, hat das Land viele, viele Steuermittel in die Hand genommen und wir haben bei einem Besuch mit einer Delegation die Sorgen des dortigen Geschäftsführers gehört und wir waren sehr stolz, als er berichtet hat, dass dankenswerterweise das Land bis dato, was die Therme Loipersdorf betrifft, keine Dividenden entnommen hat, sondern dieses Geld permanent in die Entwicklung und Erweiterung dieser Therme hineingesteckt hat. Und wir waren sehr wohl lange – und sind es heute

noch – der Auffassung, dass, wenn das Land schon Steuermittel zur Verfügung gestellt hat, auch in der weiteren Folge mit sicherlich guten Leuten auch aus der Landesholding heraus die Betriebe halten könnte und diese Dividende einfahren, die wir auch brauchen können. Was tun wir jetzt? Jetzt wird eben verkauft, weil wir schnell ein Geld brauchen. Für 2003 haben Sie es ohnedies zugegeben, dass das nicht mehr geht, weil dann nichts mehr da ist zu verkaufen. Die Dividenden stecken andere ein. Und es ist Gott sei Dank durch unsere Initiativen gelungen, dass 51 Prozent in der öffentlichen Hand bleiben müssen, weil wir gesagt haben, einbremsen, nicht weiter. Ich freue mich auch darüber, wenn sich die Kommunen daran beteiligen und sagen, wir haben Interesse.

In der Situation muss man darauf aufmerksam machen, dass wir grundsätzlich nicht gegen jeden Verkauf sind und das werden Sie ja heute bei der Beschlussfassung feststellen können. Aber wir haben gewisse Voraussetzungen und Bedingungen, wo wir eine Zustimmung zum Verkauf machen können. Und wenn in einzelnen Bereichen, meine Damen und Herren, mit Sorgfalt vorbereitet wird und Voraussetzungen erfüllt werden, wie zum Beispiel, dass die Mehrheiten in öffentlicher Hand bleiben – nicht unter 51 Prozent, auch wenn Sie lachen, Herr Landesrat, so blauäugig sind wir sicher nicht – und wenn sich auch die Kommunen beteiligen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sie sind ein Kasperl!“) So ein Kasperl wie Sie kann ich nicht sein. (Präsident: „Herr Abgeordneter, ich erinnere Sie an den Ton bitte, den Sie an den Tag legen!“) Herr Präsident, Sie können jetzt reden was Sie wollen, ich lasse mir das nicht bieten, dass von der Regierungsbank ein Landesrat herunterspricht und sagt, ich bin ein Kasperl. Für Sie lange nicht, Herr Landesrat! (Beifall bei der SPÖ.) Das ist doch unerhört, welcher Ton hier angeschlagen wird. Und dann möchten Sie sich aufregen, Herr Präsident, wenn man jemanden zur Rede stellt.

Ich sage das ohne Emotion, wir werden auch zustimmen, wenn zeitlich befristete Weiterveräußerungsverbote in einzelnen Bereichen gemacht werden. Denn wir wissen schon, denn so blauäugig sind wir auch nicht, wenn auch jetzt die Kommunen dran sind und wenn es nicht irgendwelche Zeitverbindungen gibt, dass man sagt, fünf Jahre oder wie viel darf nicht weiterverkauft werden, dann wissen, dass unterm Strich in der Form langfristig alles privatisiert werden kann, weil sich die Kommunen irgendwelche Beteiligungen herausholen. Wir müssen wissen, dass die Investitionen garantiert sind. Nicht, dass man hergeht und sagt, die kaufen jetzt alle, dann kassieren sie ein paar Jahre ab und wenn nichts mehr drinnen ist, kommt man zum Land zurück und sagt, liebes Land, da habt die Therme, da habt die Schischaukel und so weiter, weil die Regionen dürfen nicht sterben. Wir sollten aber auch Vor- und Rückkaufsrecht regeln. Die Erlöse, von denen einige Beispiele heute in der Vorlage zu finden sind, sollen bei Wiederverkauf zugunsten der Regionen sein.

Bei der Wohnbauförderung, meine Damen und Herren, werden Sie unsere Zustimmung nie bekommen, wenn dieser Verkauf nicht zweckgebunden für diese Bereiche gemacht wird. So viel fürs Erste, Herr Landesrat, und ich darf Ihnen nur vorweg sagen, diese Politik, die Sie betreiben, alles zu verkaufen bis nichts mehr da ist, werden wir nicht müde werden der Öffentlichkeit klar zu machen. Sie betreiben mit ihrem Budget – weil Sie nicht mehr weiterkönnen – Mogelbudgets unter dem Motto „hinter mir die Sintflut“, da werden wir nicht mitspielen! (Beifall bei der SPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident: Bitte zur Sache, Herr Klubobmann Schrittwieser. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Schrittwieser (16.56 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist eine furchtbare Situation und Vorstellung, dass sich ein Landesrat, der hinten sitzt – mit seinem Budget eben hinten und vorne nicht zusammenkommt, das wissen wir, auf das werden wir heute noch mehrfach zu sprechen kommen – zu einem Abgeordneten, der hier versucht darzustellen, dass das Budget eine Mogelpackung ist, das hinten und vorne nicht stimmt, sagt, er ist ein Kasperl. Lieber Herr Präsident, ich würde mir erwarten – ich weiß, dass das in der Geschäftsordnung ein Problem ist –, dass hier einem Landesrat eine Verwarnung ausgesprochen wird, weil das eine ungehörige Vorgangsweise ist. Wo kommen wir denn hin in einer Demokratie, wenn eine machtbesessene Partei und ein Landesrat hergeht und sagt, ein SPÖ-Abgeordneter, wenn er Fehler aufzeigt, ist ein Kasperl? Das weisen wir auf das Allerschärfste zurück, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – 16.57 Uhr.)

Präsident: Wer immer am Wort ist, egal von welcher politischen Gruppierung, es ist erforderlich, sich hier im Ton zu mäßigen. Das gilt in diesem Fall für alle, bitte!

Herr Abgeordneter Bittmann meldet sich zur Sache bitte, wie Herr Abgeordneter Schrittwieser. (Abg. Stöhrmann: „Er meldet sich einfach zur Sache und Sie nehmen das hin, Herr Präsident?“) Herr Abgeordneter, alle Meldungen, die sich zur Sache ergeben, muss ich von der Geschäftsordnung her annehmen. (Abg. Stöhrmann: „Das ist einseitige Vorsitzführung, Herr Präsident!“) Der Auffassung sind Sie, ich nicht! Bitte, Benedikt Bittmann, in aller Kürze.

Abg. Bittmann (16.58 Uhr): Siegi, weil du da jetzt so eifrig zum Rednerpult gelaufen bist, dann möchte ich auch bitte darauf hinweisen, in deiner eigenen Partei für Ordnung zu sorgen, denn ich habe es erleben müssen, dass Herr Pressesprecher Kuzmicky da hinten auf der Journalistenbank gesessen ist und zu uns ÖVP-Abgeordneten in einer der letzten Sitzungen gesagt hat, wie führt denn ihr euch auf, was habt ihr für ein Benehmen. Also bitte, stelle das dann in deiner Partei ab! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Das war ein Knieschuss!“ – 16.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete List. Er ist am Wort. Herr Abgeordneter bitte.

Abg. List (16.59 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren der Landesregierung, lieber Kurt Flecker, lieber Kollege Kurt Gennaro!

Ich darf dir recht herzlich zu deiner vorgezogenen Budgetrede gratulieren, Kurtl. (Abg. Gennaro: „Danke für die Gratulation!“) Ich weiß aber nicht, ob du die halten wirst, weil heute schon Dipl.-Ing. Grabner wie auch euer Klubobmann waren in einem gewaltigen Redefurioso. Es wird bei euch schwierig sein, den Richtigen herauszufiltern. (Abg. Stöhrmann: „Weil wir so viel Gute haben!“) Der Lautstärkepegel bei euch dreien war wie immer hervorragend. Zum Inhaltlichen muss man leider sagen, um die Worte der Monika Kaufmann zu verwenden: „Thema verfehlt, nicht genügend, setzen!“ Du hast über das Budget gesprochen, nicht aber über die Tagesordnungspunkte, die heute und jetzt hier behandelt werden sollen. Im Bereich der KAGES und im Bereich der LIG hast du dich bewegt und dort herumgerudert. Natürlich sind auch diese sehr, sehr wichtige Bereiche. Wir werden darüber das eine oder andere Mal diskutieren. Du aber hast dich nicht mit der Thematik beschäftigt, sondern nur am Rande. Wie gesagt, es wird für euren Landesobmann sehr, sehr schwer sein, den richtigen Budgetredner zu finden. Vermutlich wird das im Klub passieren. Es ist auch gewaltig, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves heute während der Landtagssitzung um 15.32 Uhr das erste Mal Platz genommen hat (Abg. Stöhrmann: „Wieder einer, der die Uhr kennt! Der List ist der Zweite nach dem Klubobmann Lopatka, der die Uhr kennt!“), daran kann man sehen, wie ernst der neue Landeshauptmannstellvertreter seine Funktion wahrnimmt. Ich könnte jetzt polemisieren und sagen, okay, er ist eine Kopie von Schachner. Der ehemalige Landeshauptmannstellvertreter war weit mehr anwesend als der neue Landeshauptmannstellvertreter Voves. Kann sein, ich weiß es nicht! Es ist nur ein Tipp: Man sollte ihn öfters in diesem Hause sehen, weil sonst geht es dem Klub der Sozialdemokraten genauso wie es ihm beim Landeshauptmannstellvertreter vorher gegangen ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist so. Bis dato war der Landeshauptmann Schöggel bei wichtigen Punkten immer da. (Landesrat Dr. Flecker: „Den qualitativ besten Beitrag bietet noch immer dein Landeshauptmannstellvertreter durch seine Nichtanwesenheit. Das hebt das wahnsinnig!“ – Beifall bei der SPÖ.)

Aber heute war genau das Gegenteil der Fall. Zwei Sätze noch dazu. Der Klubobmann Siegi Schrittwieser hat hier draußen sehr emotional agiert und gesagt, dass das den Chef wenig kümmert und Ähnliches. Unser Landeshauptmannstellvertreter hat sehr wohl zugehört, ruhig zugehört und ist nicht in Emotionen verfallen. Er hat bei euren Reden, vor allem bei der von Heinz Grabner, sich sehr, sehr viel gefallen lassen müssen. Aber jetzt, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages – ich habe die halbe Zeit schon verbraucht –, versuche ich in die Tagesordnung einzugehen. Damit zu den Punkten, die für uns bei diesem Thema wesentlich sind.

Ich glaube, der jetzt gewählte Weg, die Landesanteile an Gesellschaften zu veräußern und die erlösten Mitteln für neue touristische Infrastrukturinvestitionen einzusetzen, trägt in seinen Grundzügen viele Ideen freierheitlicher Tourismus- und Wirtschaftspolitik seit Jahren. „Mehr privat statt Staat!“ Ich wiederhole, mehr privat statt Staat ist auch in diesem Bereich eine unserer politischen Leitlinien. Jahrelang wurde in diesem Haus – hier von dieser Stelle – diese These von unserem Präsidenten und ehemaligen Klubobmann German Vesko vertreten. Ohne Erfolg hat er diese Thesen gepredigt. (Abg. Gennaro: „Er war so gut, dass du ihn rausgeschmissen hast!“) Erst jetzt, lieber Kurtl, durch die aufgezeigten vermeintlichen Konkurrenzsituationen zwischen Unternehmen im Privateigentum und anderen, mit Beteiligung der öffentlichen Hand geführten, die gegen das EU-Wettbewerbsrecht verstoßen sollen, haben zu einem Umdenken geführt und müssen behandelt werden. Das Land soll und muss jetzt die Beteiligungen abgeben.

Die Vorgangsweise, die Anteile stufenweise an Mitgesellschafter, regionale Interessenten und anschließend erst auszuschreiben, wurde richtig gewählt. Durch diesen ersten Schritt wird die Verantwortung in die Regionen übertragen. Die Gemeinden vor Ort, im speziellen Fall die Gemeinden Pichl-Preunegg bei den Reiteralmbergbahnen, Vordernberg bei den Prächlbergbahnen und insgesamt zehn Gemeinden in der Nähe und um Loipersdorf übernehmen die Thermalquelle und damit die Landesteile.

Ob diese Vorgangsweise EU-konform ist oder nicht, wage ich hier von dieser Stelle nicht zu behaupten. Tatsache aber ist, dass diese Gemeinden für ihre lebenswichtige Infrastruktur – hier Therme und Seilbahnen – hauptverantwortlich sind. Sie – die Gemeinden – werden alles unternehmen, um vermehrt vom touristischen Aufschwung profitieren zu können. Es wird kein leichter Weg, etwa bei Loipersdorf, wo sich zehn Gemeinden zusammengeschlossen haben und sich auch dort zusammenraufen müssen. Wir aber hier, die Freiheitlichen im Landtag, vertrauen voll auf die Kräfte in den Regionen, die bereit sind, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Mit der Übernahme der Anteile wird die Identifikation mit den Leitbetrieben optimiert. Im Interesse aller kann mit einer besseren Entwicklung und Vermarktung in den Regionen gerechnet werden.

Heute ist die Therme Loipersdorf durch die Aktivitäten des Landes die größte Thermalbadelandschaft Europas. Diese Badelandschaft jetzt verantwortlichen Gemeinden zu übertragen, ist vollkommen in Ordnung. Und diese Gemeinden werden alles daran setzen, dass dieser Zustand auch künftig bleibt!

In der Regierungsvorlage, in einer dieser Vorlagen, wird die Therme Bad Gleichenberg als das letzte Kind der erfolgreichen steirischen Thermenoffensive bezeichnet – nicht zu Unrecht. Gleichenberg hat selbst verschuldet – und du weißt das, Kollege Franz Schleich – die Entwicklung im Thermentourismus, ich würde mal sagen, sogar bewusst versäumt. Es ist allerhöchste Zeit, dass auch hier erfolgreiche Personen der Gegend die Ärmel aufkrepeln, den Rückstand aufholen und die Region wieder beleben. Wir müssen die Gruppe um den

erfolgreichen Magna-Mitarbeiter Siegfried Wolf als die letzte Chance für das Gebiet um Gleichenberg sehen. Wir sehen das als die letzte Chance! Wenn es einer schafft, die verhärteten regionalen Strukturen unter einen Hut zu bringen, dann ist es dieser Siegfried Wolf, der in seiner Heimat sehr, sehr beliebt und anerkannt ist.

Die ersten örtlichen Konflikte werden aber gleich auf Siegfried zukommen. Sie sind vorprogrammiert. Unmut regt sich bereits in der Region – ich glaube, du weißt es und wirst es vielleicht auch hier sagen – gegen die geplanten Parkplätze oder gegen die Trassenführung der Panoramastraße, die von deiner Gemeinde um den Gleichenberger Kogel verlaufen soll.

Wir aber, wir Freiheitlichen in diesem Haus, vertrauen auf das Konfliktlösungspotenzial dieses erfolgreichen Managers. Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, ich bin überzeugt, dass er kein Schnäppchenjäger ist und zum Besten für seine Heimat, für Bad Gleichenberg, handeln wird.

Eines – von dieser Stelle gesagt – ist unbestritten, hier haben wir als Land keine Zugriffsmöglichkeiten mehr. Die Entwicklung in Gleichenberg zu überwachen und wenn nötig als Land regulierend einzugreifen oder tätig zu werden ist nicht mehr vorhanden. Diese Maßnahme ist auch gesetzlich nicht mehr möglich!

Die Sorgen der Sozialdemokratie, der Sozialdemokraten, teilen wir nicht. Wir vertrauen und verlassen uns hier lieber auf die Kräfte der Wirtschaft. Wie schon anfänglich gesagt: „Mehr privat statt Staat!“

Zu unserem Abstimmungsverhalten: Wir Freiheitlichen werden allen fünf Vorlagen der Landesregierung zustimmen. Wir sind überzeugt, dass die Fachgutachten für die Bewertung von Anteilen zugunsten des Landes ausgefallen sind. Sie sind besser für das Land ausgefallen, als angenommen werden konnte.

Gleichzeitig, geschätzte Damen und Herren, ist es notwendig, dass die Erlöse aus den Veräußerungen rasch für andere infrastrukturelle Maßnahmen im Tourismus eingesetzt werden. Ich setze hier voll auf den zuständigen Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Projekte, wie die Thermen NOVA Köflach, Leibnitz, in Gersdorf/Straß, Gabelhofen oder Bad Mitterndorf und Allerheiligen im Mürztal, benötigen Kapital und Subventionen des Landes zur Realisierung. Ich darf dich, Herr Landesrat, auch bitten, dass du nicht unbedingt auf Bad Mitterndorf und Allerheiligen im Mürztal vergisst, weil sie nicht sehr in deinem Dunstkreis liegen, im Dunstkreis der ÖVP, sondern eher von Freiheitlichen forciert werden. Aber entscheide, wie es notwendig und korrekt ist.

Deshalb, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, ist es gut, dass wir die geschaffenen, florierenden Infrastrukturprojekte rasch in die Unabhängigkeit entlassen. Diese dadurch lukrierten Mittel sind unverzüglich in neue Projekte zu investieren, um damit auch in anderen Regionen einen wirtschaftlichen, touristischen Aufschwung erzielen zu können.

„Ohne Geld keine Musi!“, das ist ein steirisches Sprichwort. Klug verkaufen, das müssen wir! Den Erlös gezielt und korrekt einsetzen, dann wird die Musi weiterspielen. So schaut es aus im steirischen Tourismus! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 17.10 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Nächste Wortmeldung Straßberger.

Abg. Lechner-Sonnek (17.10 Uhr): Herr Präsident, werte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuschauer!

Der Herr Kollege List hat von mehr privat und weniger Staat geschwärmt und diesem Thema will ich mich auch widmen, und zwar im Speziellen in Bezug auf die Vorlage zur Thermalquelle Loipersdorf. Bei der gewählten Vorgangsweise finden sich zwei Festlegungen, und zwar ist das zum einen, dass es mit dem beabsichtigten Verkauf darum gehen soll, ein größtmögliches Ausmaß an Privatisierung zu erzielen und zum anderen, dass die Hauptzielrichtung dieses Privatisierungsvorhabens in der verstärkten Förderung und Stärkung regionaler touristischer Interessen im Allgemeinen und regionaler touristischer Infrastruktur im Besonderen – und jetzt kommt es – zum Zwecke einer nachhaltigen touristischen Entwicklung gehen soll.

Nachhaltige touristische Entwicklung, das ist sicher ein Stichwort und ich denke, ein zentrales Element der Aufgaben der Politik nachhaltig zu agieren. Nachhaltig im Sinne von dauerhaften wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Erfolgen oder von einer Sicherstellung eines gewissen Grades an wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen Erfolgen. Eine zentrale Aufgabe der Politik! Was genau könnte damit gemeint sein? Ich kann Ihnen sagen, was ich darunter verstehe, wenn es um touristische Erfolge geht, die nachhaltig sein sollen. Es könnte darum gehen sicherzustellen, dass es diese Betriebe lange gibt, dass es Arbeitsplätze gibt, die hochwertig sind und die für Menschen in der Region eine positive Auswirkung haben. Das heißt, dass sie nicht auspendeln müssen um arbeiten zu können, dass von diesem Betrieb, um den es geht, wirtschaftliche Impulse in die Region ausgehen sollen, dass auch andere Betriebe profitieren können und so weiter. Das alles klingt recht gut, das alles kann man behaupten, dass es so ist, die Frage ist, was passiert in einer Situation, wo zum Beispiel ein solcher Betrieb wie die Therme Loipersdorf sagt: und jetzt muss wieder einmal kräftig investiert werden, weil wenn wir jetzt nicht kräftig investieren, dann sind die Arbeitsplätze weg, dann haben wir vielleicht bei einem Ranking von Thermen, wie das unlängst gemacht worden ist, ganz schlechte Werte. Das heißt, wir stehen überhaupt nicht mehr so attraktiv da und die Kunden und Kundinnen, die Gäste werden ausbleiben, dann sind wir ein wenig attraktiver Tourismusstandort, dann werden auch die Betriebe rund um uns leiden, sozusagen die Spirale nach unten, wenn nicht gleich etwas passiert. Wenn nicht gleich kräftig investiert wird, dann funktioniert das alles nicht mehr, dann ist die ganze Region bedroht in ihrem wirtschaftlichen Erfolg. Was wird dann sein?

Wird dann das Land sagen können, wir haben ja die Verantwortung an euch abgegeben? Wird sich das Land aus dieser Verantwortung herausnehmen können? Ich denke, dass das Land aus seiner Verantwortung für touristische Infrastruktur nie hinauskommt, dass das Land für regional erfolgreiches Wirtschaften zuständig ist, weil es eine Infrastrukturaufgabe ist das sicherzustellen und zu unterstützen. Ich glaube, dass ein Verkauf von Anteilen in diesem Ausmaß nur dann Sinn macht, wenn man wirklich die Verantwortung abgeben kann und wenn man sicher sein kann, dass man nicht zukünftige Investitionen immer wieder voll finanzieren wird. Und das ist ja nicht zu erwarten. Da bin ich mir ganz sicher, dass die privaten Investoren, die natürlich auf Gewinn ausgerichtet sind – das nehme ich ihnen auch nicht übel, das liegt in der Natur der Sache – dann, wenn es um große Investitionen gehen wird, wieder das Land kennen werden, wieder sagen werden, wo ist jetzt euer Input in das regionale Wirtschaften, wo ist das Geld, damit wir investieren können?

Man hat also dann mit dieser Privatisierung erreicht, dass die Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand, des Landes, abgenommen haben, dass diese Unternehmungen weiter als bisher der demokratiepolitischen Kontrolle entzogen sind und zur gleichen Zeit ist man aber nicht aus der Verantwortung hinausgekommen. Das heißt, die Verpflichtung bleibt über, nur die Möglichkeiten sind weg. Das ist für mich keine positive Entwicklung und hat sicher mit Nachhaltigkeit nichts zu tun. Das Argument, dass zum Beispiel in Loipersdorf die öffentliche Hand ja gestaltend bleibt insofern, als die Gemeinden stärker als bisher Teilhaber werden – die Gemeinden rund um die Therme Loipersdorf –, ist auch eines, das nicht nur von mir, sondern schon auch von anderer Seite abgeklopft worden ist und nicht so einheitlich positiv gesehen werden kann. Denn wer sagt, dass die Gemeinden in der Lage sind und die fachliche Kompetenz aufbringen, diesen Betrieb mit zu leiten beziehungsweise die Leitung gut zu kontrollieren? Der Kollege List hat heute schon den Begriff verwendet, die Gemeinden haben sich zusammenraufen müssen. Meine Damen und Herren, das ist erst der Anfang. Ich bin mir sicher, dass die Gemeinden durchaus auch einander widerstrebende Ziele und Motivationen haben. Ich bin mir sicher und ich höre das auch, dass sich die jeweiligen Gemeinden natürlich für sich selbst Vorteile versprechen, was Jobs und was Funktionen betrifft. Das ist die Situation und es die Frage, ob die Eigeninteressen dieser Gemeinden in Bezug auf Jobs und Funktionen zum Beispiel wirklich gute Ratgeber sind in der Leitung eines solchen großen Wirtschaftsunternehmens von allgemeinem Interesse. Ich denke, es ist ein Stück sich selbst in den Sack lügen, wenn man hier sagt, dass man das tut, um eine nachhaltige positive Entwicklung im touristischen Bereich anzustoßen. Es geht darum – und das hat der Kollege Gennaro vorhin schon angesprochen, da gebe ich ihm Recht – relativ schnell relativ viel Geld zu machen, um das Budget hinzukriegen. Wir werden Ihrem Antrag auch zustimmen, wiewohl ich sagen muss, Herr Kollege, es würde uns sehr viel leichter fallen das zu tun, wenn in den Vorbemerkungen und in der Argumentation nicht diese alten Geschichten immer wieder drinnen wären von den 3,3 Milliarden, die nach Wien zu zahlen sind. Sie wissen, dass das nicht stimmt, es ist eine Zuspitzung, aber der Seriosität willen würde ich sagen (Abg. Genaro: „Sie stimmen eh dem Antrag zu!“), den Antragspunkten können wir zustimmen, die Begründung finde ich einfach in diesem Zusammenhang polemisch verkürzt und deswegen nicht richtig.

Es ist diese Situation der Veräußerung von Vermögen des Landes eine Situation, in der offensichtlich über das kommende Budget nicht hinausgedacht worden ist und in der mit Sicherheit über die nächste Wahl nicht hinausgedacht wird und das, meine Damen und Herren, steht in einem diametralen Widerspruch zur Nachhaltigkeit, die ja auf eine längerfristige Wirkung und auf eine Absicherung einer längerfristigen positiven Wirkung hinausgerichtet ist und sein sollte. Deswegen finden diese Anträge bei den Grünen keine Unterstützung. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 17.18 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Straßberger. Ich erteile ihm das Wort, dann Schrittwieser.

Abg. Straßberger (17.18 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Herren Landesräte, verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Der Einstieg von meinem Freund – das darf ich ja so sagen – Kurtl Gennaro war wieder typisch. Ich möchte die üblichen Floskeln, die er hier aufgezählt hat, nicht wiederholen, es war diese grün-rote Masche bis auf Ihren Teil, Frau Klubobfrau. Eines möchte ich dazu sagen, jahrelang haben wir in diesem Haus vom ehemaligen Finanzreferenten der SPÖ gefordert, dass wir einen Nachtragsvoranschlag bekommen. Nie wurde dem Rechnung getragen. Erstmals, seit Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paiarl die Finanzen verwaltet, haben wir einen bekommen. Und das kritisierst du, also das ist wirklich allerhand, in jeder kleinen Gemeinde – ich wiederhole mich – ist das gang und gäbe und Pflicht und du kritisierst das, Kurtl. (Abg. Gennaro: „Das haben wir nie gebraucht, weil es nicht notwendig war!“) Ja, haben wir nie gebraucht, dann haben wir immer so eine Latte „Außerplanmäßige“ gehabt, geh, gib eine Ruhe. Als ehemaliger Vorsitzender des Finanz-Ausschusses sprichst du so, na servus, ich muss mir jetzt dann die Freundschaft mit dir überlegen. (Abg. Gennaro: „Freundschaft muss man in schlechter Zeit auch halten!“) Ich glaube, dass der heutige Tag hier im Steiermärkischen Landtag schon ein besonderer ist, weil man endlich den Mut gehabt hat, einen Strukturwandel durchzuführen. Was war die Holding, verehrte Damen und Herren? Die wurde eingerichtet, um ursprünglich regional wirtschaftliche Schwerpunkte zu setzen, eine Starthilfe, jawohl. Allerdings hat sich das dann so eingebürgert, dass sich das Land, sprich die öffentliche Hand dann nicht mehr zurückgezogen hat und es ist eine schiefe Ebene entstanden, eine Schieflage zwischen privaten Unternehmungen und jenen Unternehmungen, wo das Land Mehrheitsbeteiligung gehabt hat. Werte Damen und Herren, hier ist eine Wettbewerbsverzerrung in der Wirtschaft passiert, die einfach sondergleichen war und uns sehr viel Kritik – ich meine jetzt generell der Politik – von Seiten der Privatwirtschaft

eingebraucht hat. Ich bin wirklich sehr, sehr froh, dass sich das jetzt ändert. Ich behaupte auch hier im Hohen Haus, dass dieses Instrument, diese Holding, wenn ich das so sagen darf, auch in der letzten Zeit immer – bis 2000 – regional politisch eingesetzt wurde. Hier wurde dieses Instrument, das sage ich ganz deutlich, vom ursprünglichen Gründungsgedanken letztendlich missbraucht. (Abg. Schrittwieser: „Alles ist nach Schladming gegangen!“) Ich hätte hier einige Beispiele. Siegfried, nimm dich zurück, ich denke nur an eine Gemeinde, du weißt es, wir wollten das beide. Nur weil diese Gemeinde nicht SPÖ-dominiert war, hat man das nicht gemacht und von der Notifizierungszeit und, und, und versteckt. (Abg. Schrittwieser: „Was meinst du?“) Danke, erledigt, du weißt es genau, ich will das hier nicht mehr wiederholen.

Verehrte Damen und Herren, wie war die Grundstruktur oder ist die Grundstruktur dieser Holding? Das Kapital für die Investitionen werden von der öffentlichen Hand zur Verfügung gestellt, sprich Steuergelder. Geschäftsführer werden ohne eigenes Unternehmerrisiko installiert. Das eingesetzte Kapital – wir haben das heute hier schon ganz kurz gehört – braucht zum Teil nicht erwirtschaftet werden und kann auch nicht erwirtschaftet werden, denn wenn hier irgendwelche finanziellen Engpässe passiert oder Verluste aufgetreten sind, dann wurden die wiederum von der öffentlichen Hand abgedeckt. Ich kenne Beispiele, wo nicht einmal die Betriebskosten erwirtschaftet worden sind. Verehrte Damen und Herren, jeder Private hat hier sein eigenes Risiko zu tragen. Und das war einfach für unsere Wirtschaft letztendlich nicht mehr tragbar.

Wie geht es dem Privaten? Er muss das Kapital für die Investitionen selbst aufbringen und letztendlich beschaffen. Dieses Kapital muss im Betrieb wieder verdient und erwirtschaftet werden, und zwar nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten, verehrte Damen und Herren, um wieder Gewinne zu erzielen und letztendlich dann wieder Investitionen in dem Betrieb durchzuführen. (Landesrat Dr. Flecker: „Darum gibt es ja keine Förderungen!“) Vor allem, Herr Landesrat, hat der Private auch das Unternehmerrisiko selbst zu tragen. Es gibt drei Kriterien im Unternehmerbereich, die sind auch im Steuergesetz festgeschrieben. Verehrte Damen und Herren, zum einen Gewinnerzielungsabsicht, zum Zweiten das Unternehmerrisiko und zum Dritten die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr. Das sind drei Kriterien, die einfach der Private zu tragen hat, jedoch die Holdingbetriebe haben das nicht zu tragen gehabt.

Jetzt wird wieder von euch aufgeschrien werden „die Lobhudelei“. Aber ich darf hier dem Tourismuslandesrat Dr. Gerhard Hirschmann herzlich danken für seinen Mut, den politischen Mut, den er an den Tag gelegt und gesagt hat, nein, hier muss eine Wende letztendlich passieren. Wir haben in der letzten Zeit schon diese Probleme mit der Europäischen Union gehabt. Verehrte Damen und Herren, das war ein Schritt, der natürlich nicht überall Gefallen findet. Der Herr Landesrat hat sich ein Herz genommen, das Land soll sich aus den Beteiligungen zurückziehen. Von den 23 Beteiligungsbetrieben wurden 13 bewertet. Diese Landesanteile machen eine beträchtliche Summe aus. Wenn man das anschaut, Unternehmenswert insgesamt von 1,4 Milliarden und der Landesanteil von 1,033 Milliarden, wenn ich das noch in der alten Zahl sagen darf.

Wir beschließen heute drei Stücke, wo wir insgesamt Beteiligungen von 61,83 Prozent bis zu 96,88 Prozent gehabt haben. Verehrte Damen und Herren, es ist das Loipersdorf, es ist der Präbichl und es ist die Reiteralm.

Ich zähle die deshalb genau auf, weil du, lieber Kurt Gennaro, gemeint hast, wir stimmen nicht überall dagegen. Ich kann mich erinnern, am vorigen Dienstag, das hat mich verwundert, dass ihr bei der Gesamtbewertung dagegengestimmt habt, aber wo rote Gemeinden dabei waren, da habt ihr die Hand aufgehoben. Und das findet sicherlich heute auch so statt, Gott sei Dank. (Landesrat Dr. Flecker: „Zum Beispiel bei Loipersdorf. Das sind alles rote Gemeinden!“) Herr Landesrat, Entschuldigung, was ist denn bitte Vordernberg? (Landesrat Dr. Flecker: „Bleiben Sie doch sachlich. Vordernberg ist was anderes!“) Nein, nein, ist mir schon klar. Sie können mir aber das andere genauso gelten lassen. Vordernberg dürfte bekanntlich keine ÖVP-Gemeinde sein. Das wissen Sie wahrscheinlich auch. Also, ich möchte schon sagen, hier war es meines Erachtens höchst an der Zeit.

Es ist auch bei diesen Verkaufsverhandlungen und, was hier festgeschrieben ist, sehr professionell vorgegangen worden. Es wurden externe Bewertungen durchgeführt. Der Finanzierungsplan für den Kauf war vorzulegen, letztendlich auch ein Finanzierungsplan für die zukünftigen Investitionen, dass man nicht sagt, man hat das jetzt weg und hinter mir die Sintflut. Es ist weiters auch ein Veräußerungsverbot zugunsten des Landes Steiermark eingetragen. Und viele andere Dinge sind hier passiert.

Hier muss ich auch einen Dank aussprechen an jene Personen, die die Vorbereitungen getroffen haben, an der Spitze Herrn Hofrat Hellmuth Schnabl mit seinem ganzen Team, denn gerade derartige Dinge sind sicherlich nicht leicht zu bewältigen. (Beifall bei der ÖVP.)

Was sehr erfreulich ist, ist, dass die Erlöse dieser Veräußerungen wieder in touristische Projekte hinein investiert werden. Jetzt frisierst du dich, Siegfried, weil jetzt musst du einen Helm aufsetzen.

Verehrte Damen und Herren, wenn dann gesagt wird vom Kurtl Gennaro, die Bauwirtschaft jammert. Natürlich, aber wenn ich mir das anschau, dass wir mit den heutigen Beschlüssen, mit diesen drei Projekten, fast 35 Prozent der gesamten Bewertungssumme letztendlich wieder in neue Projekte investieren – und der Kurtl List hat es ja schon gesagt, was alles zu machen ist an Thermen und dergleichen –, das ist doch bitte ein Impuls für unsere Wirtschaft draußen, der sich sehen lassen kann. Und wenn du dann sagst, da passiert nichts, dann ist das sicherlich falsch.

Letztendlich muss ich auch noch sagen, die Privatunternehmungen waren natürlich in der Vergangenheit Stiefkinder, denn wir haben Förderungsrichtlinien gehabt über 15 Millionen für Kleininvestitionen und davon 20 Prozent. Das war ein mickriger Anteil. Natürlich ist der Unmut von den Privaten hier gewachsen, die dann gemeint haben, um Gottes willen, und was wird in Holdingbetriebe investiert. Auf der zweiten Seite ist dann der Wettbewerb derartig in eine Schieflage gekommen, dass einfach das nicht mehr zu vertreten war.

Darum danke ich recht herzlich dem sehr umsichtig und vordenkenden Tourismuslandesrat, dir, lieber Gerhard Hirschmann, für diesen Mut, es war auch ein politischer Mut, den du hier gesetzt hast. Aber letztendlich, verehrte Damen und Herren, muss man in die Zukunft schauen und es darf nicht, so wie in vielen Bereichen, gerade von der linken Seite her, wenn ich so in den Saal schaue, immer wieder in der Vergangenheit gekramt werden. Wegen dem Budget: Die Budgetdebatte findet sicherlich zu einem anderen Tag und Zeitpunkt hier statt, lieber Kurtl Gennaro, darum kann man deinen Einstieg nur unter dem Motto „Thema verfehlt“ einstufen, weil du bist den falschen Landesrat angegangen, weil zuständig ist der Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. (Abg. Gennaro: „Beide, Hirschmann und Paierl!“) Du kannst versichert sein, der neue, gute Finanzlandesrat wird sicherlich ein Budget zustande bringen, wo wir froh sein können, dass wir für die nächsten Jahre wieder optimistisch in die Zukunft schauen können. (Abg. Gennaro: „Glaubst du, ich glaube es nicht!“) Ihr braucht nur nicht so jammern, und das sage ich jetzt auch, weniger Schwarzmalerei und Unwahrheiten verbreiten, sondern wenn ihr mitzieht, wie euer Klubobmann gesagt hat, dann geht es sicherlich super in die Zukunft. (Abg. Gennaro: „Vorsichtig sein mit Unwahrheiten. Hast du gehört, vorsichtig sein mit Unwahrheiten!“)

In diesem Sinne bitte ich Sie auch, die nachstehend abzustimmenden Anträge mit zu unterstützen und mit-zustimmen. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

In Vorbereitung Abgeordneter Prattes.

Abg. Schrittwieser (17.30 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich glaube, dass das Thema, das wir heute diskutieren, kein Thema ist, wo man sich, wie das zum Teil passiert, wenn es Wortmeldungen von unserer Seite gibt, darüber lustig macht und dass man sagt, das hat der so gut gemacht und der so schlecht. Ich glaube, das ist ein Thema, wo wir alle daran Interesse haben müssen. (Abg. Straßberger: „Sachlich sein!“) Wir haben nur unterschiedliche Zugänge, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich habe ein bisschen ein Problem derzeit, was die Budgetwahrheit betrifft, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich zitiere – ich ersuche euch wirklich zuzuhören – Landesrat Paierl und er sitzt hinter mir, hat am 19. April 2001 hier in diesem Hohen Haus im Zuge der Budgetdebatte erklärt – und es wurde dann auch in der Presse veröffentlicht – „Den Weg zum Ende des Schuldenmachens im Land und beschwor die Notwendigkeit dieses Kurses, die Schuldenpolitik zu beenden. Die in Jahrzehnten angehäuften Schulden des Staates, 250.000 Schilling pro Bürger, sei ein echtes Geld, dem werde man jetzt ein Ende machen!“ Landesrat Paierl als Finanzreferent des Landes Steiermark am 19. April des Vorjahres. Kollege Lopatka sagt bei der gleichen Sitzung, ich zitiere: „Sie wollen späteren Generationen Schulden ungeniert hinterlassen und ich verstehe das nicht unter Regieren, sondern nur unter Verwalten. Wir machen jetzt einen Schlussstrich unter diese Schuldenpolitik!“

Meine Damen und Herren, wenn Sie das ernst meinen, was der Herr Klubobmann der ÖVP und Herr Landesrat im Vorjahr am selben Tag gesagt haben, dann verstehe ich nicht – und jetzt könnt ihr wieder herausschreien und sagen, wir polemisieren –, dass bis 2004, meine Damen und Herren, der Herr Landesrat, der mit dem Schuldenmachen ein Ende machen will, 15 Milliarden Schilling am Budget vorbeischwindelt. Jetzt erzählt mir nicht, dass das nicht stimmt, weil ihr wisst, dass wir die laufenden KAGES-Verpflichtungen immer noch aus dem Budget finanziert haben. Und der Landesrat geht her, damit er ein Nulldefizit hat, nachdem er mit dem Stabilitätspakt, den wir uns längst nicht leisten können, 3,5 Milliarden nach Wien abliefern und macht außerhalb des Budgets diese Schulden. (Abg. Bittmann: „Rede nicht so einen Blödsinn!“) Lieber Kollege, ich verstehe schon, dass der Finanzlandesrat gewisse Sorgen hat seine Mittel aufzubringen. Freunde, ich verstehe das, aber was nicht stattfindet ist, dass man den Steirerinnen und Steirern die Wahrheit sagt, dass wir ihnen nicht sagen, mit dieser Budgetpolitik, die wir machen, machen wir nicht nur keine Schuldenpolitik, sondern wir machen in vier Jahren neue 15 Milliarden Schilling Schulden. Gegen das sind wir! Wir diskutieren heute darüber und sagen, wir wollen diese Projekte, die wir in den letzten Jahren mit viel Steuergeld geschaffen haben, ob das jetzt die Thermen oder die Lifte sind – und du, Kollege Straßberger, hast das wirklich hervorragend aufgezählt und du hast gesagt, die Holding hat eine Politik gemacht, wo nur die roten oder womöglich ähnliche Gemeinden gefördert wurden. (Abg. Straßberger: „Ich habe nicht gesagt nur, du weißt es genau, sondern vorrangig!“) und dann hast du gesagt, die Aflenzer Bürgeralm haben sie nicht gemacht, weil es eine ÖVP-Gemeinde war. Meine Damen und Herren, wir haben aus Sorge um die Regionen, aus Sorge, dass sie sich auch weiterentwickeln können, in den letzten Jahren mit euren Stimmen diese Regionen aufgeschlossen. Und schauen wir Loipersdorf an, liebe Freunde, schauen wir uns Radkersburg an, schauen wir uns Schladming an, schauen wir uns Haus an und schauen wir uns die Reiteralms an. Wir haben das gemacht, weil wir die Regionen gestützt haben.

Jetzt sage ich, passt auf, wie wir diese Dinge gemacht haben, hat sich kein einziger Privater zu Wort gemeldet und hat gesagt, ich möchte auch mit investieren, ich möchte, wenn wir in diese Regionen finanzieren, auch mitfinanzieren, sondern sie haben sich dann zu Wort gemeldet, als alles gerichtet war. Wir haben die Investitionen sozialisiert und werden jetzt die Gewinne – Gott sei Dank nur zum Teil – privatisieren. Ich gratuliere zur Vernunft der ÖVP und FPÖ, dass sie nämlich unserer Forderung nachgegeben haben, lassen wir 51 Prozent dieser auch für die Region wichtigen Projekte in öffentlicher Hand. Ich bin heute froh darüber und das ermöglicht uns auch die Zustimmung, dass wir sagen, wenn wir schon so viel Steuergelder hineingesteckt haben, wenn wir schon so viel Struktur- und Regionalpolitik mit Herz gemacht haben und mit der Zustimmung von euch, dann lassen wir es wenigstens nicht zu weit gehen. Und wenn wir Geld für neue Projekte

brauchen – und ich verstehe den Landesrat Hirschmann, wenn er sagt, ich brauche für dieses und für jenes und Landesrat Paierl, wenn er sagt, er braucht auch noch irgendwo ein Körpergeld – dann soll man das aber bitte offen sagen. Wir wollen diese Budgetwahrheit wieder haben und wir wollen nicht, dass man den Leuten einen Schmah erzählt oder ihnen irgend etwas erzählt, was in Wirklichkeit nicht stimmt. Weil es sagt nämlich der Landesrat Paierl im Regierungssitzungsantrag beim Budget 2001/2002, dass er bei den 5 Milliarden Schilling, die er für die KAGES aufwendet, selbst noch nicht weiß, wie er das in der Folge finanzieren wird, wie wir das alle finanzieren werden, wie wir damit umgehen werden. Ja, liebe Freunde, aus unserem Hosentaschl wird es nicht finanziert. Wenn er jetzt schon ankündigt und sagt, 20 Prozent Ermessensausgaben streichen wir herunter, dann wissen wir, dass nicht wir das sind, sondern das sind Projektträger, ob das soziale Projekte, Verkehrsprojekte oder Sportprojekte sind. Darum, glaube ich, sollen wir auch wahrheitsgetreu hier die Dinge sagen, wie sie sind.

Und die 15 Milliarden, wenn ich von der KAGES geredet habe, meine Damen und Herren, dann sage ich, das ist eine Schuld, die man durchaus zugeben kann. Um rund 2 Milliarden machen wir die LIG und ihr könnt ja nicht verlangen, dass wir als Sozialdemokraten da mitgehen und es sind die Herren der Wirtschaft in der ÖVP und in der Freiheitlichen Partei, die sich herausstellen und sagen, wir von der Wirtschaft, wir wissen und verstehen das und der Landesrat kommt aus der Wirtschaft. Aber, Herr Landesrat Paierl, wie ist es dann möglich, dass es die LIG gibt, wo überhaupt kein Fundament da ist? Es gibt weder zur Abstimmung – mich wundert ja, dass ihr überall zustimmt, ihr macht das in einer Verantwortung, die ich nicht übernehmen möchte – einen Businessplan. Da gibt es zwei Geschäftsführer, denen man Personal – Beamte – hinstellt, wo sie/er nicht einmal ein Weisungsrecht haben, weil sie dem Land gegenüber weisungsgebunden sind, es gibt keinen Geschäftsplan, es gibt überhaupt nichts. Aber ihr stimmt locker zu und sagt, 2 Milliarden Schilling Neuverschuldung LIG. Wenn diese Unterlagen alle vorliegen, wenn man uns erzählt, wie das Ganze am Ende anschauen soll, dann werden wir uns nicht verweigern, über alle Dinge zu reden. Aber Dinge, die überhaupt kein Fundament haben, da könnt ihr von uns nicht verlangen dass wir mittun, wenn auch jetzt die Berufsschulen dazukommen. Das geht nicht. Und dazu kommt noch, Freunde, die Leute, die bei der LIG arbeiten sollen oder arbeiten werden, die sind völlig demotiviert, weil sie nicht wissen, was sie tun sollen. Sie haben nämlich keinen klaren Auftrag und es sind keine klaren Ziele formuliert. Jetzt mag schon sein, dass der Landesrat politisch seine Ziele formuliert hat, um diese Budgetkosmetik vorzubereiten und zu machen, aber dabei wissen wir, dass die BIG, die Immobiliengesellschaft im Bund schon längst gefallen ist und wir nicht wissen, ob nicht die LIG auch fällt und dann haben wir 2 Milliarden Schilling an außerbudgetären Schulden, die wir dann zu verantworten haben.

Wenn der Herr Landesrat, Kollege Paierl, im „Kurier“ am 21. März 2002 gesagt hat, es ist noch niemand an sozialer Kälte gestorben, dann gibst du in Wirklichkeit zu, dass es diese soziale Kälte jetzt in diesem Land gibt. Ich glaube, dass es durch die Vorgangsweise und durch die Politik, die hier gemacht wird, die ausschließlich auf den Rücken kleinerer und mittlerer Einkommen ausgetragen wird, diese soziale Kälte gibt.

Meine Damen und Herren, wir werden heute diesen Verkäufen zustimmen, wir werden aber nicht den Bewertungen zustimmen, weil da in der Einbegleitung drinnen steht, dass alles, was nicht niet- und nagelfest ist, auf den Markt geschmissen werden soll. (Abg. Straßberger: „Das stimmt ja nicht!“) Ja, das steht ja drinnen, Kollege Straßberger, lies es nach! Auf der Seite eins steht das schon, zumindest auf der Seite zwei, dass man sagt, alles, was nicht niet- und nagelfest ist und wo wir Cash machen können, verschleudern wir.

Wir sagen, hier werden wir zustimmen: 51 Prozent mehrheitlich in öffentlicher Hand, daher bekommen wir neue Mittel, um neue Projekte zu finanzieren. Das macht einen Sinn, aber das muss man sagen, nicht auf der anderen Seite die Leute am Schmah halten und sagen, man macht ohnedies keine Schulden, wenn man 15 Milliarden Neuverschuldung macht. Das ist nicht unser Stil und dafür stehen wir nicht zur Verfügung. (Beifall bei der SPÖ. – 17.41 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (17.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin immer für eine sehr offene und auch lebendige Auseinandersetzung eingetreten. Ich habe heute auch feststellen müssen, dass ich selbstverständlich nicht an die wirtschafts- und finanzpolitische Kompetenz eines SPÖ-Abgeordneten und ÖGB-Funktionärs, der es gerade nachdrücklich unter Beweis stellt in einem Unternehmen der Steiermark, heranreiche. Das ist mir schon klar. Ich möchte Sie aber trotzdem hier mit ein paar Fakten belästigen.

Erstens: Ich habe hier heute, insbesondere von den Rednern der SPÖ-Fraktion, kein einziges neues Argument gehört. Das kenne und höre ich jetzt hier und natürlich dann über die Medien – eine Vertreterin haben Sie ja, nehme ich an, hierher eingeladen zu diesem Behufe und es wird weitergehen in dieser Tonart – seit einem Jahr. Nichts Neues im Land. Ich bleibe trotzdem bei der Sache und versuche in drei Punkten zusammenzufassen, worum es uns gehen muss.

Erstens: Keine neuen zusätzlichen Schulden. Meine Damen und Herren, wenn Sie hier Ihre Bedenken und Ihre Sorgen und Ihre Verdächtigungen aussprechen über Budgets, werden sie denn halten, okay, da kann ich noch mit. Budgets sind immer Planungen und man muss es dann bringen, man muss es auf den Boden bringen, man muss es realisieren, man muss das Budget auch so umsetzen. Aber nachdem mittlerweile der Rechnungsabschluss für das Jahr 2001 vorliegt und dieser Rechnungsabschluss des Jahres 2001, der nach diesen Grund-

sätzen, eben keine zusätzlichen Schulden zu machen, erstellt wurde, eingehalten werden konnte, ist es meines Erachtens wirklich nur mehr parteitaktische Demagogie, dass Sie da draufbleiben und sagen, „Mogelpackung“, „haltet nicht“, „bricht zusammen“, „das Land wird im Unglück versinken“.

Ich sage Ihnen, Sie können es noch nicht wissen, weil es wurde bisher auf Regierungsebene verhindert, aber ich habe jetzt gelernt daraus, ich habe das auch Ihrem Parteivorsitzenden heute schon mitgeteilt in einem Gespräch, das an sich sehr ordentlich und sehr angenehm verlaufen ist, ich kann mich natürlich nicht dieser Taktik hingeben, auf der einen Seite etwas in der Regierung zu blockieren und dann hier und auch in der Öffentlichkeit zu schreien: „das Budget wird nicht halten beziehungsweise ist eine Mogelpackung!“ Sie werden ohnedies in einem Monat, nachdem wir es hoffentlich dann am Montag beschließen werden – sicherlich gegen die Stimmen der SPÖ-Fraktion – hier im Haus die Gelegenheit haben und vorher selbstverständlich auch im Finanzausschuss, aber ich sage es Ihnen deswegen heute hier trotzdem schon, damit die Diskussion hier ein bisschen angereichert wird und, wie gesagt, es sind ja auch Auditorium und Presse noch da, das landespolitische Ziel, ein Nulldefizit zu erreichen, ist für 2001 erreicht worden, trotz aller Schwierigkeiten, trotz aller Unkenrufe und trotz aller öffentlicher Kritik. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, nicht sagen, draußen haben wir Schulden gemacht. Das kenne ich schon. (Abg. Schrittwieser: „Kollege Paierl, wir haben immer gesagt, das Budget 2001 hat gehalten, das Budget 2002/2003 haltet nicht!“) Tu aufpassen, Herr Klubobmann, tu aufpassen. Ich würde dich einmal bitten, die Ohren zu spitzen und aufzupassen.

Auch unter Miteinbeziehung, gerade unter Miteinbeziehung der externen Verschuldungen. Wir konsolidieren das selbstverständlich. Der Kollege Voves weiß, was das heißt, Gott sei Dank. Wir konsolidieren das und bringen die KAGES und bringen die LIG auch mit herein. Das heißt, die Verschuldungen und die Haftungen und die Schuldentilgungsabsichten, die wir via Mietpreise et cetera übernehmen, rechnen wir mit ein. Wenn wir dann 5 Milliarden Schilling Darlehensaufnahmen inklusive KAGES extern haben, stehen denen Tilgungen inklusive der Inneren Anleihen von 6 Milliarden gegenüber. Ich habe einen Nettoüberschuss von einer Milliarde. Da kommt noch die LIG-Verschuldung von einer Milliarde weg. Das heißt, ich habe ein Nulldefizit. Das ist die Rechnung, die richtig ist. Ich bitte Sie, nehmen Sie die zur Kenntnis. (Beifall bei der ÖVP.)

Erster Punkt, ich habe gesagt, keine neuen zusätzlichen Schulden machen. Bei der Komplexität natürlich mit dieser Extern-Intern – und ich habe das nie hier verschwiegen – sind Maastricht-Techniken drinnen, die wir sozusagen wie alle anderen auch in Europa im Übrigen, nicht nur in Österreich, machen. Die Österreicher sind nur diejenigen, die das alles nach Europa melden, weil sie da einem gewissen Masochismus unterliegen. Das geht überall so.

Zweiter Punkt: Wir haben trotzdem eine Offensive geschafft, und zwar Dank der Übereinstimmung in der Regierung – und da bin ich all meinen Kollegen, die aktiv mitgewirkt haben, dankbar, insbesondere dem Gerhard Hirschmann, der da im Tourismusbereich besonders betroffen ist. Bei der Vermögensumschauflung und Vermögensverschiebung, die wir da vorgenommen haben, nämlich aus dem Bereich bestehender Beteiligungen in neue Beteiligungen, war es möglich, 2,5 Milliarden Schilling in Bewegung zu bringen. Das ist der Offensivbereich. Auch das ist ja letztlich im Land sichtbar, wo wir da oder dort offensive Projekte schon angehen konnten. Natürlich, dass nicht alles 2001 auch schon umgesetzt werden konnte, ist klar. Aber es sind gewisse Dinge, die auch heute gerade erst zur Beschlussfassung anliegen, natürlich mit einer gewissen Zeitverzögerung geschehen. Das heißt, es gibt auch die Offensive!

Drittens: Es gibt die Reform. Auch da bin ich an sich in einem sehr guten Gespräch, was die Landesimmobiliengesellschaft anlangt, mit dem Gott sei Dank sehr sachkundigen neuen SPÖ-Vorsitzenden. Lassen Sie mich das noch einmal sagen – ich sagte es schon, Sie können es im Protokoll nachlesen, wie andere Dinge auch –, wir würden die Landesimmobiliengesellschaft auch machen müssen aus Reformgedanken heraus, wenn wir diese Budgettechnik nicht bräuchten. Selbst wenn wir dort nicht den budgetären Einnahmeneffekt hätten, müssten wir aus Gründen der Verwaltungsreform und des Facilitymanagements, das heißt eine neue moderne Technik der Liegenschaftsverwaltung und der Liegenschaftsentwicklung, machen. Ja, selbstverständlich, auch dieser Reformgedanke ist mit eingeschlossen.

Und selbstverständlich, lieber Siegi, ich weiß nicht, wer euch das vorenthaltet oder wer euch das sagt, wenn du dich nicht selber darum kümmern kannst, als Klubobmann ist man natürlich sehr beschäftigt, es gibt den Businessplan. Wir haben sogar eine Landesimmobilienprojektentwicklungsgesellschaft gegründet gehabt, mit Finanzen ausgestattet, die diese ganze Vorbereitung in Richtung Businessplan – rechtliche, steuerliche Abklärung, personelle Vorbereitung – übernommen hatte. Ich habe auch dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, weil ihm offensichtlich das vorenthalten wurde – das ist aber bitte kein Vorwurf –, das gegeben. Ich habe Ihnen das heute gegeben. Ich sage noch einmal, das ist eine Hol-Bring-Schuld. Da kommen wir schon zusammen, wenn wir auf dem Kurs der Sachlichkeit bleiben.

Wir müssen in dem dritten Bereich eben noch diese Information austauschen. Ich bin auch bereit, da hier zu warten, zu schauen, bis einer nachrennt. Wir müssen nicht immer vorausrennen. Da oder dort haben wir eine Tempoverpflichtung, selbstverständlich auch der Wirtschaft gegenüber und dem Land gegenüber. Aber in dieser Frage, okay, warten wir noch ein paar Wochen, bis wir uns sozusagen auf gleicher Höhe befinden, was die Informationen anlangt.

Und zum Schluss, meine Damen und Herren, wenn es dann letztlich so ausgeht, dass man schimpft, dass man sich sozusagen ein bisschen auslebt und dann trotzdem zustimmt, dann soll es mir recht sein. Das ist durchaus auch ein Weg eines lebendigen Parlamentarismus, kann man ja machen.

Ich sage Ihnen aus wirklich tiefer Überzeugung, es gibt keine Alternative – das sagen ja auch Ihre eigenen Führungspersönlichkeiten –, keine neuen zusätzlichen Schulden machen. Ich behaupte eh nicht, dass wir Schulden abbauen können, das habe ich nie gesagt. (Beifall bei der ÖVP.) Noch einmal gesagt, ich komme zum Punkt eins zurück, meine Damen und Herren, für den Klubobmann der SPÖ-Fraktion. Extern Schulden ja, das ist ja offensichtlich, aber intern gleichzeitig Schulden abbauen, und zwar im gleichen Maße, mindestens gleichen Maße. Damit bin ich Saldo auf null und das ist der Punkt. Und das Thema heißt: „Keine zusätzlichen neuen Schulden!“ (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt andere Bundesländer und dort ist es überhaupt nicht umstritten, offensichtlich parteipolitisch umstritten, wie Oberösterreich, die entschulden sich, und zwar auch nicht aus Jux und Tollerei, sondern weil ja Schulden Zinsenbelastung bedeuten und diese Zinsenbelastung dann im nächsten Budget nachhaltig wegfällt und ich damit natürlich für das Land etwas tun kann. Wäre auch eine Möglichkeit. Nur, wir schaffen es nicht. Das Land Steiermark schafft es nicht, zumindest nicht in der Periode, die wir jetzt überblicken können und die wir auch geplant haben. Diese Businesspläne und Konzepte gibt es, das haben Sie ja selbst im Landtag gehabt, nämlich die mittelfristige Budget- und Finanzvorschau. Da schaffen wir es nicht. Vielleicht schaffen wir es ab 2004, 2005, 2006 – in der nächsten Periode. In dieser Periode schaffen wir es nicht.

Aber das Ziel insgesamt, im konsolidierten Bereich keine zusätzlichen neuen Schulden zu machen, das sollten Sie nicht aus dem Auge verlieren. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 17.50 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Flecker.

Landesrat Dr. Flecker (17.50 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich vielleicht dem ach so sachkundigen Herrn Finanzlandesrat ein paar Worte sagen.

Ich glaube, zum einen sollte man generell sagen, wir haben in der Beteiligungspolitik eigentlich nie Differenzen gehabt. Wir haben, zum Prinzip dieser Politik und ich verfolge sie zum Teil sehr aktiv seit dem Jahr 1975 mit, immer gemeinsame Erkenntnisse gehabt und haben sie gemeinsam getragen.

Es ist nicht so, wie der Herr Straßberger sagt, obwohl natürlich seine Einwürfe, dass eine Konkurrenzverzerrung stattfindet, immer wieder gekommen sind, es ist nicht so, dass diese Veräußerungen einer Philosophie der ÖVP offensiv entsprungen sind, sondern es ist das Unglück des Stabilitätspaktes. Und ich muss Ihnen dazu sagen, dass man am besten dazu den dritten Absatz der Budgetrichtlinien des Herrn Paierl – von ihm unterschrieben – heranzieht. Den darf ich zitieren: „Ein Ausgleich von Mehrerfordernissen durch Einmalmaßnahmen, insbesondere durch Vermögensveräußerungen oder durch Gestaltungsmaßnahmen im Sinne der Nebenabsprache zum österreichischen Stabilitätspakt 2001 ist nicht möglich, da diese Maßnahmen teilweise bereits zur Darstellung des dem Land Steiermark nach dem Stabilitätspakt auferlegten Maastricht-Überschusses von rund 230 Millionen Euro jährlich weitest gehend ausgeschöpft werden müssen und ihrer Natur nach nicht beliebig wiederholbar sind.“ Was heißt das, was hier so schön umschrieben ist, in seiner Konsequenz? Dass durch die Unterschrift unter den Stabilitätspakt – über die Fleißigkeit der Frau Landeshauptmann wurde ja schon gesprochen – diese Vermögensveräußerungen und diverse andere Maßnahmen zur Darstellung des auferlegten Überschusses gesetzt werden mussten. Er kann doch nicht hineinschreiben, er musste veräußern wegen des Stabilitätspaktes und sagt dann da hier, die Veräußerungen haben überhaupt nichts mit dem zu tun, dass wir mit dem Stabilitätspakt einen Vertrag unterschrieben haben, der in Wirklichkeit die Steiermark zwingt Maßnahmen zu setzen, die letztlich wahrscheinlich auch nicht wirtschaftlich sind.

Es sind der Verkauf der Hypo, es sind der Verkauf der Wohnbauförderungen, die letztlich im Budget versanden, das wird sich im Jahr 2003 zu Buche schlagen. Und es führt natürlich, Herbert, zu nicht korrekten Darstellungen, weil wenn du statt eines Eigentümerzuschusses an die KAGES dorthin Darlehen gibst, die du, um Maastricht zu entsprechen, als Forderung gegenüber der KAGES ausweist, aber genau weißt, dass die KAGES nie in der Lage sein wird, diese Darlehen zurückzuzahlen, dann ist das eine Mogelpackung und es ist nicht der Gesellschafterzuschuss, der in Wirklichkeit der ehrliche Weg wäre. Oder wann glaubst du, dass die KAGES jemals diese Darlehen zurückzahlt, oder bei der LIG? Ja, was glaubst du, wer letztlich die Darlehen, die die LIG für den Ankauf irgendwelcher Gebäude aufnehmen muss, zurückzahlt? Doch nicht die LIG selber. Die wird natürlich wieder aus dem Landesbudget zurückgezahlt werden, und zwar auf Jahre hin und es fällt nur nicht ins Budget offiziell hinein. Und du hoffst noch immer – und das werden wir ja sehen, ob du das rechtlich durchstehst – dass die Erlöse aus den Veräußerungen dir maastrichtwirksam zugute gehalten werden, bei der BIG funktioniert es nicht. Wir werden sehen, ob es dir bei der LIG gelingt. Oder was ist denn eine Straßenfinanzierungsgesellschaft? Sie führt ja doch auch nur dazu, dass eine Gesellschaft, die im Eigentum des Landes ist, am Kapitalmarkt irgendwelche Darlehen aufnimmt und die Darlehen dann wieder aus dem Budget zurückgezahlt werden. Das, was in Wirklichkeit hinter der ganzen Geschichte steckt, ist, um nach außen einen Stabilitätspakt zu erfüllen und dem Herrn Grasser seiner Eitelkeit mitzufrohnen, dass er sein Nulldefizit darstellen kann, produzieren wir diese Überschüsse, die Vermögensveräußerungen nach sich ziehen. Wir produzieren sie, obwohl wir zu nichts dergleichen verpflichtet gewesen wären, sondern einfach weil eine Bundesregierung ein politisches Programm in diese Richtung hat, das verschiedenen Populismen folgt, der verlängerte Arm der ÖVP und der FPÖ in den Ländern einfach hinten nach hechelt, ohne die eigenen Interessen des Bundeslandes in Wirklichkeit wahrzunehmen. Das ist es! (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist das eigentliche Problem, die Verschleierungen sind das Problem und bitte sage mir, ob du nicht mit diesen Richtlinien selbst zugibst, dass Vermögensveräußerungen wegen des auferlegten Maastricht-Überschusses durchgeführt werden müssen. Entweder hast du jetzt gerade früher die Wahrheit gesagt, dann hat dir dein Beamter in die Budgetrichtlinien etwas Falsches hineingeschrieben und du hast es unterschrieben, oder aber du hast jetzt etwas Falsches gesagt und die Richtlinien sind richtig, alles andere ist unerklärbar. Sind wir ehrlich, gehen wir ehrlich miteinander um und tun wir nicht so, als ob alles so in Ordnung wäre. Dein Budget, deine Budgets und deine Finanzplanung stehen auf so tönernen Füßen, dass, wenn du zum Beispiel die Anteile des Flughafens Graz nicht losbringst in dem Sinne, wie du sie losbringen willst – und da willst du den Geschäftspartner überfahren, aber das ist deine Sache, das ist eine Stilfrage –, dass dein ganzes Budgetgebäude wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Und in diese Situation sind wir durch diese Mogelpackung gekommen. (Abg. Bittmann: „Ich glaube, wir sollen sachlich sein, Herr Landesrat!“)

Herr Kollege Benedikt Bittmann, Ihre Wortmeldungen sind wirklich sehr bemerkenswert. (Abg. Bittmann: „Ihre auch!“) Sie sind bereits auf dem Weg zum Klubobmann, das stimmliche Organ haben Sie bereits von ihm!

Um aber diese Sache noch abzuschließen, wir wollen einen ehrlichen Weg gehen, wir wollen, dass die Sachen auf den Tisch kommen und wir wollen uns nicht mit Mogelpackungen, mit Verschleierungen und allen möglichen Tricks in die Gefahr begeben, dass ein ganzes Gebäude zusammenbricht. Dieses Gebäude ist eine einzige Konstruktion auf tönernen Füßen – so ist es! (Beifall bei der SPÖ. – 17.59 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Prattes. Sie sind am Wort.

Abg. Prattes (17.59 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, meine Herren Landesräte, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Für mich war es jetzt ein bisschen eine Premiere, dass eine Debatte durch Wortmeldungen der Regierungsmitglieder unterbrochen wurde, aber da erfährt man auch wieder sehr interessante Sachen. Und, Herr Landesrat Paierl, wenn ich richtig zugehört habe, haben Sie gesagt, wir machen keine neuen Schulden, wir reduzieren aber auch nicht die bestehenden Schulden. Ich möchte darauf hinweisen, dass war unter Landesrat Ressel sehr wohl möglich. Das hat sogar der Bundesrechnungshof uns bestätigt, dass die Steiermark eine hervorragende Schuldenabbaupolitik betreibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, wir sollten heute auch nicht eine vorweggenommene Budgetdebatte führen, aber es ist durchaus interessant und ich darf beruhigen, wir werden sehr viele Beiträge im Rahmen der Budgetdebatte fundiert – wir reden nicht nur, wir haben auch etwas zu sagen – bringen. Eines sei natürlich angemerkt – und das begleitet uns auch immer wieder –, die Frage ist, wie lange hat man noch etwas zu verkaufen? Denn eines steht fest, Familiensilber kann ich nur einmal verscherbeln. Und das findet ja derzeit im großen Umfang statt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber das war nur ein Sidestep.

Ich möchte es nicht vorbeigehen lassen, dass der Verkauf des 75-Prozent-Anteiles des Landes Steiermark an den Prädichlbergbahnen für die Region sich doch zu einem sehr erfreulichen Ende gewandt hat. Hier bin ich sehr froh, dass die SPÖ sich durchgesetzt hat, dass sie gesagt hat, 51 Prozent müssen in öffentlicher Hand bleiben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir doch, ein bisschen zurückzublenden. Der Prädichl war und ist, so meine ich – darauf bin ich stolz als Obersteirer –, ein über die Landesgrenzen hinaus bekanntes und beliebtes Schigebiet. Die so genannte Polsterrinne, für alle Schifahrer ein Begriff, ist zwar eine der schwierigsten, aber der schönsten Hänge, die wir in Österreich haben. Das werden alle bestätigen.

Die Lifтанlagen waren ja früher in privater Hand. Durch mangelnde Investitionstätigkeit – und ich sage das ganz bewusst – wurden die Anlagen abgewirtschaftet und der Prädichl hat dadurch an Attraktivität gegenüber anderen aufstrebenden Schiregionen verloren. Der Kollege List hat gemeint, weniger Staat, mehr privat. Würde man diesem Beispiel gefolgt sein – und das sage ich hier auch in aller Deutlichkeit –, wäre der Prädichl heute tot, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das muss man einmal sagen.

Die Gemeinden des Vordernberger Tales haben aber die Initiative ergriffen und mit massiver Hilfe und Unterstützung des Landes Steiermark – und hier möchte ich gerne den ehemaligen Landesfinanzreferenten Ing. Hans-Joachim Ressel nennen – den „Prädichl neu“ geschaffen, durch beträchtliche Investitionen, Sie wissen, es steht ja auch im Antrag drinnen, 150 Millionen Schilling, wobei man sagen muss, das war ja damals auch ein erstmaliges Modell. Wir haben uns nicht unbedingt gefreut als Gemeinden. Der Landesrat ist gekommen und hat gesagt, liebe Gemeinden, wenn ihr diese Lifte haben wollt, wenn euch dieses Projekt so wichtig ist, dann müsst ihr auch einen entscheidenden eigenen Beitrag dazu leisten. Das waren Millionenbeträge, die geflossen sind. Aber die Gemeinden haben gesagt, wir sichern damit nicht nur ein Naherholungsgebiet für die ganze Region, sondern wir werden auch den Prädichl wieder zu neuem Leben erwecken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was viele nicht für möglich gehalten haben, bereits im ersten Jahr 102.000 Gäste, voriges Jahr 104.000 Gäste und in der jetzigen Saison 2001/2002 fast 140.000 Gäste.

Ich frage Sie, welcher Private hätte damals investiert? Der hätte gesagt, ihr spinnt ja wohl, 150 Millionen Schilling kann ich dort nicht in die Hand nehmen. Die öffentliche Hand hat es getan und man sieht, wie gut und wie wichtig das damals war. Und das war ein Erfolgsweg. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte Sie nicht sehr lange auf die Folter spannen mir zuzuhören, aber ich meine, die Zeichen stehen für eine erfolgreiche Entwicklung des Winterfremdenverkehrs. Eines aber auch noch, es wird wichtig sein, die Infrastruktur weiter auszubauen, so dass den Ansprüchen der

Schisportler und Gäste entsprochen werden kann. Aber auch hier wird – und das möchte ich schon jetzt sagen – die Hilfe des Landes notwendig sein, um damit die sehr guten Vorhaben der Gemeinde und auch der Investoren aus der Region zu unterstützen. Wir wissen alle, neben einem qualitätvollen Ausbau und der Schaffung eines äußerst notwendigen zusätzlichen Unterbringungsangebotes ist auch eine massive – und das muss man auch sagen, als Örtliche wissen wir das – Verbesserung der gastronomischen Infrastruktur durch die Ansiedlung weiterer Betriebe notwendig. Ich habe es daher sehr gerne vernommen, dass die erzielten Einnahmen für neue touristische Angebote reinvestiert werden sollen.

Aber nicht nur der Ausbau dieser wichtigen touristischen Infrastruktur ist notwendig, meine sehr verehrten Damen und Herren, es gilt in der Vordernberger und Eisenerzer Region noch zahlreiche gemeinsame Kraftanstrengungen zu unternehmen. Ich liste hier nur einige der wichtigsten Projekte auf:

Die Umfahrung Vordernberg. Hier sage ich, mit dem Bau ist zum ehestmöglichen Zeitpunkt zu beginnen. Die Belastung durch den Durchzugsverkehr mit zahlreichen Lkw-Transporten ist für die Bevölkerung bereits unerträglich. Hier gibt es bereits ein baureifes Projekt. Vor allem würde mit der raschen Umsetzung auch dem Baugewerbe geholfen werden.

Das Zweite: Das Schulmodell Eisenerz – eine hervorragende Schule mit einem erfolgreichen und richtungsweisenden Konzept. Unbestritten ist schon einiges gelungen, doch ist die Ausfinanzierung des Schulbetriebes noch immer nicht gesichert. Für das laufende Schuljahr fehlen noch 75.000 Euro und für das Schuljahr 2002/2003 sind es rund 180.000 Euro.

Sehr schmerzlich, die drohende Schließung von Pilkington Eisenerz. In diesem Werk werden Windschutzscheiben in bester Qualität erzeugt. Der Betrieb hat auch immer positiv bilanziert, aber das ist dem Besitzer zu wenig. „Shareholder value“ verlangt mehr Gewinn, verlangt nach höheren Gewinnen. Daher wird kurzerhand die Produktion in Billiglohnländer verlegt. Zurück bleiben 115 Mitarbeiter, jetzt sind es bereits um 25 weniger. Eisenerz verliert damit seinen zweitgrößten Betrieb. Hier muss das Land massiv eingreifen, damit bestens ausgebildete Arbeitnehmer weiterhin ihren Arbeitsplatz behalten.

Nimmt man die Bevölkerungsentwicklung der Stadt Eisenerz auf Basis der Volkszählung 2001, wird sofort klar, dass ein weiterer Verlust von Arbeitsplätzen katastrophale Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Stadt und Region haben wird.

Ich möchte hier aber nicht jammern, sondern lediglich Fakten aufzählen. Die Bevölkerung der ganzen Region und viele helle Köpfe beschäftigen sich mit vielen Ideen und Projekten, die der Region eine gute Zukunft sichern sollen. Ich nenne nur das Programm „LEADER plus“. Hier sollte sicher einiges möglich sein, doch – und das unterstreiche ich – kann das nur mit massiver Hilfe des Landes gelingen.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das Bekenntnis zu unseren Regionen ein ehrliches und kein „Sonntagsredenbeschwichtigungsvokabel“ sein soll, muss hier rasch und nachhaltig geholfen werden. Ich meine, es zählt sich aus und wir sind es den Menschen rund um den Erzberg schuldig. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 18.08 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wiedner. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Wiedner (18.08 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Herren Landesräte!

Ich muss ein bisschen die Euphorie bremsen. Es war eine relativ lange und intensive Diskussion, die geführt wurde bezüglich der Verkäufe dieser heute angeführten Geschäftsstücke.

Ich habe das schon einmal gesagt, man muss jeden einzelnen Verkauf genau prüfen, man muss genau schauen, wohin geht das, wer hat in Zukunft dafür die Verantwortung und wie wird das weiter geführt. Es ist, glaube ich, so wie im normalen Leben. Ein Kind kommt auf die Welt, wird behütet, erwachsen. Wenn es erwachsen wird, wird es in die Selbstständigkeit entlassen. Das kann man nahezu umlegen auf unsere Thermen, auf unsere Schiberge. Die öffentliche Hand, die Landesregierung, hat geholfen dabei, dass es erwachsen geworden ist, hat geholfen dabei, dass es konkurrenzfähig geworden ist, hat geholfen dabei, dass es sich am Markt durchsetzen kann. Logischerweise ist es, dass man dieses erwachsene Kind jetzt, also diese touristischen Einrichtungen, in die Selbstständigkeit entlässt. In die Selbstständigkeit entlassen heißt in dem Fall auch – mein Kollege Kurt List hat das ganz deutlich gesagt –, dass man es nun in die Verantwortung der Regionen gibt. Das war dann letztendlich für uns auch ein Signal zu sagen, das ist eine Entwicklung, der wir zustimmen können. Wir hätten da sicherlich länger zu diskutieren gehabt, wäre das jetzt sofort eins zu eins in private Hände gegangen, wobei man auch sagen muss, alle diese Unkenrufe, die Gewinne werden jetzt privatisiert, meine sehr verehrten Damen und Herren, schauen wir uns an, was da in letzter Zeit an Gewinnen zu privatisieren oder überhaupt zu lukrieren war. Es waren kaum Gewinne in allen diesen Bereichen, wo gewaltige Investitionen immer notwendig sind. (Abg. Gross: „Jetzt sind wir so weit!“) Aber es werden Gewinne in weiterer Folge auch kaum zu lukrieren sein. Alleine, wenn ich in Loipersdorf schaue, dass die Auflage ist, innerhalb eines gewissen Zeitraumes – (Abg. Schrittwieser: „143 Millionen!“) 143 Millionen – danke für die Mithilfe – wieder zu investieren. Also das heißt, es ist in Zukunft sehr viel Geld in die Hand zu nehmen, um die Infrastruktur zu erhalten, um den Wettbewerb zu erhalten, also viel unterm Strich ist hier nicht zu holen, ist nichts zu gewinnen. Das birgt natürlich aber wieder die Gefahr in sich, dass in ein paar Jahren wieder die Betreiber vor der Türe stehen und sagen, Freunde, wir müssen der Region wieder helfen. Das sehen wir ganz nüchtern, dass das so sein könnte, aber es ist notwendig Gelder zu lukrieren, es ist notwendig die Regionen in die Verantwortung mit einzubinden und das ist ein möglicher Weg dazu. Es ist aber zu beobachten, wenn man hört, wie zum Beispiel Loipersdorf finanziert wird, dass ange-

lich – ich weiß nicht, ob es stimmt – Eigenkapital aus der Firma herausgenommen wird zum Kauf. Das ist auch eine Entwicklung, die man wirklich wird beobachten müssen, ob das in Zukunft gut geht. Ich möchte in dieser Angelegenheit des Entlassens dieser Betriebe in die private Hand oder teilweise in die private Hand schon meine Bedenken anmelden, aber ich sage, es ist eine Möglichkeit, gewachsene und konkurrenzfähige Betriebe in die Region zu entlassen. Und es freut mich, dass wir quer über die Fraktionen eine Zustimmung dazu bekommen und damit den Regionen die Möglichkeit geben sich weiterzuentwickeln. (Beifall bei der FPÖ. – 18.13 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Schleich, danach Abgeordneter Majcen.

Abg. Schleich (18.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werter Herr Landesrat, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn man jetzt dieser Debatte sehr genau zugehört hat, dann konnte man daraus sehr, sehr viel hören. Die erste Feststellung für mich ist, dass es der Finanzlandesrat mit dieser Aufgabe und mit diesem Stabilitätspakt wirklich nicht leicht hat, denn ich glaube, ein Minus der Bund im Budget und ein Plus das Land, das ist eben einmal eine schwierige Aufgabe, aber ich kann mir nicht vorstellen, dass jemand aus der Wirtschaft oder ein Bürgermeister, der hier im Haus sitzt und sein Budget zu Hause macht, in der Gemeinde es auch in dieser Form praktiziert, dass er sagt, alles, was intern ist, das bauen wir ab, aber extern lagern wir es aus und das sind in Wirklichkeit keine Schulden – jeder weiß, dass es Schulden sind, dass man auch die Verantwortung dafür hat – und in Wirklichkeit nur am Papier für Brüssel oder für die Pflicht dann ein Nullbudget vorhanden ist.

Ich glaube, das kann es nicht sein. Und ich weiß nicht, ob der Kollege Straßberger noch hier ist – er sitzt da hinten. Kollege Straßberger, du hast in deiner Rede hier gesagt – und ich hoffe, das hören nicht zu viele private Investoren, weil ich freue mich über jeden privaten Investor, der bereit ist, Geld in die Hand zu nehmen und zu investieren und du hast gesagt, das Land, das kann das nicht und die genaue Aussage war, bei Privaten kann das Kapital nicht erwirtschaftet werden. Also das ist wortwörtlich, ich habe mir das aufgeschrieben. Wenn ein Privater davon ausgeht, dass er im Thermenbereich investiert und er kann das nicht erwirtschaften, ich glaube, das wäre – (Abg. Straßberger: „Das Land kann das nicht, die öffentliche Hand, Entschuldigung!“) Wenn du sagst, die öffentliche Hand kann das nicht erwirtschaften, dann kann ich dir überhaupt nicht zustimmen, denn eines muss uns allen klar sein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nehmen wir einmal die Schi- oder die Thermenregion her. Ich glaube, das war wohl die größte Erfolgsstory überhaupt, die in der Geschichte passiert ist. Wenn wir schauen, wie viele Nächtigungen wir haben und ich habe gerade vorhin an Loipersdorf gedacht, die haben vorher null Nächtigungen und haben heute bei 50.000, 60.000 Nächtigungen und es ist nur durch diese Therme zu dieser Entwicklung gekommen, nur um ein kleines Beispiel zu sagen. Wenn man schaut über eine Million Nächtigungen und wenn man nur die Nächtigungsabgabe oder die anderen Steuern hernimmt, das Land war Multiplikator und war in Wirklichkeit der Motor, dass wir heute im Land diese steuerlichen Einnahmen haben. Und kein einziger Unternehmer hat sich aufgeregt, dass er mehr Umsatz hat, dass er wirklich jetzt auch mehr Einnahmen hat und dadurch mehr Steuer zahlen kann. Keiner hat sich aufgeregt. Also ich kenne keinen in Loipersdorf, ich kenne keinen in Radkersburg, wir haben in Wirklichkeit nur das Problem in Bad Gleichenberg gehabt, dass wir dort sehr lange gestanden sind.

Wenn wir jetzt Loipersdorf hernehmen und man weiß, das Land hat sich dazu entschlossen und in einer Demokratie muss man Mehrheiten akzeptieren, dass es verkauft wird, dann war es in Wirklichkeit die Bevölkerung, die dort sensibel geworden ist. Ich war ja gemeinsam mit Abgeordneten Majcen dabei, er wird ja nach mir am Rednerpult stehen, wie Betriebsräte, Mitarbeiter sich in der Therme dort versammelt haben und ihre Besorgnis kundgetan haben, dass sie natürlich lieber das Land und die öffentliche Hand haben, weil sie diesen Erfolg miterleben konnten. Dann wurde natürlich die Bevölkerung aufmerksam. Ich war gemeinsam dort mit Bundesrat Freiburger und mit Abgeordneten Majcen, es waren der Geschäftsführer und die Mitarbeiter dort beisammen und dann hat man gemerkt, dass auch die Medien aufmerksam geworden sind, die Leute sind sensibel geworden, die Bevölkerung ist aufmerksam geworden und sie haben gesagt, wir wollen das in unserer Region erhalten. Dann ist ja selbstverständlich, dass die Gemeindevertreter, das sind Bürgermeister, gesagt haben, wir müssen uns zusammenschließen, wir müssen schauen, dass wir die Mehrheit halten, dass die Entscheidungskraft in unserer Region bleibt. Das ist passiert und ich bin jedem dafür dankbar, der dafür etwas gemacht hat, auch dem Kollegen Majcen, dass er mit seinen Bürgermeistern geredet hat, dass sie das gemacht haben. Ich glaube, ein bisschen Angst haben sie auch vor ihrem eigenen Landesrat gehabt, dass das komplett in private Hände fällt und sie haben vorgebeugt. Ich gratuliere ihnen und ich glaube, es ist eine richtige Investition für die Gemeinden. Natürlich wird dort und da das Land wieder helfen müssen, vor allem dann, wenn es hier wieder um Investitionen geht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, ich wäre hier nicht mit dieser Überzeugung am Rednerpult, wenn es nicht um die Therme Bad Gleichenberg gehen würde. Und wenn heute der Kollege List gesagt hat, in Bad Gleichenberg ist vieles schief gelaufen, dann erlaubt mir ein bisschen in die Geschichte zu gehen, ich werde es kurz versuchen. Bad Gleichenberg ist komplett in privaten Händen gewesen. Die Therme ist über 100 Jahre alt und es hat dort eine Generation enorm aufgebaut und die nächste hat nicht mehr die Kraft gehabt, um zu investieren. Es konnte nicht mehr in dem Maß investiert werden, das erforderlich gewesen wäre und dadurch war auch nicht mehr dieser Aufschwung. Was ist passiert? Wenn man dem Privaten, der damals gekauft hat, etwas zugute halten kann, dann das, dass er die Cleverness gehabt hat, dort Anteile zu kaufen. Es ist dann daraus nichts geworden und das Land, gemeinsam mit vielen Freunden in diesem Haus – oft hat man schon gelächelt, wenn ich hier am Rednerpult gestanden bin – haben dafür gekämpft, Hilfe des Landes

für Bad Gleichenberg zu bekommen. Wir haben sie bekommen, indem das Land diese Anteile gekauft hat. Es wurden die Anteile gekauft, es wurde mit der Bohrung begonnen, es wurde mit den Projekten begonnen. Wie immer, das weiß man von Blumau, das weiß man von Loipersdorf bis Radkersburg, brauchen solche Projekte meistens mehr als ein Jahrzehnt. Nur, dort war man besonders ungeduldig, weil man den Erfolg der anderen Thermen sehen konnte. Es ist nicht so schnell mit den Projekten vorangegangen, wie wir geglaubt haben. Die Bohrung ist passiert, es wurde nicht weitergebaut, das Ressort ging an die ÖVP, deren Landesrat Hirschmann hat festgelegt, dass das Land nicht investiert – wir akzeptieren das, die Mehrheit ist dort – und es wurden private Investoren gesucht. Ich möchte das hier ausdrücklich und mit aller Deutlichkeit sagen, ich stehe zu diesen privaten Investoren. Ich kenne den Siegfried Wolf, ich kenne jene, die dort örtlich investieren werden, wenn es jetzt auch zwei Gesellschaften sind, zuerst die HGI und dann die HWF. (Präsident: „Herr Abgeordneter, ihre Redezeit ist abgelaufen!“) Ich werde in Kürze beenden. Ich stehe zu diesen Investoren und ich habe nur eine Bitte an das Land und an die zuständige Regierung: Unterstützen Sie Bad Gleichenberg gleich wie die anderen Thermen, ob es Blumau, Loipersdorf oder Radkersburg war, ob hier Private investieren oder das Land.

Bad Gleichenberg braucht diese Infrastruktur, um die drei Parkmöglichkeiten zu schaffen, weil das ist eine gewachsene Struktur, die sicher etwas schwieriger ist, mit den Parkdecks an der Therme, im Zentrum und am Bahnhof. Bad Gleichenberg braucht die Panoramastraße. Bad Gleichenberg braucht diese Investition.

Lieber Sepp, wenn du zehn Jahre sagst, alle anderen haben so lange gebraucht für den Aufbau, dann kennst du die Geschichte Bad Gleichenberg nicht und dann hast du dich damit nicht beschäftigt. Aber dann beleidigst du in Wirklichkeit dort eine ganze Region. Denn Sie alle kennen und wissen, wie es war, dass dort leider Private nicht mehr die Möglichkeit gehabt haben zu investieren. Dadurch kam dieses Rad zum Rollen. (Präsident: „Ich ersuche zu beenden, bitte!“) Heute geht es wieder an Private. Vertrauen wir jenen, unterstützen wir sie hier von Landesseite, von der Regierungsseite, dass Bad Gleichenberg wieder zur Nummer eins aufrücken kann und im Thermenland die Gleichstellung bekommt. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.21 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung kommt vom Herrn Abgeordneten Majcen. Er ist am Wort.

Danach kommt dann noch einmal Gennaro mit dem Entschließungsantrag.

Abg. Majcen (18.22 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich bin zwischendurch recht froh gewesen über die Debatte, bis zu den eigentlich deprimierenden Äußerungen in der gewohnt zynischen Form des Herrn Landesrates Flecker. Er kann es nicht anders. Wenn mit ihm jemand so reden würde, dann hätte er ganz sicher keine Freude und wäre zutiefst beleidigt. Ich schlage ihm vor, dass er sich in seinem eigenen Bereich einmal so intensiv um die Dinge kümmert und sie in Ordnung bringt, bevor er den anderen, die sich bemühen, behutsam Reformen voranzutreiben, Ratschläge erteilt.

Ich habe manchmal geglaubt, dass die ursozialistische Einstellung zum leichten Geldausgeben, nämlich das der anderen, in Erkenntnis des falschen Weges anders geworden ist. Aber das ist nicht so. Wir haben uns getäuscht. Und es scheitern nach wie vor alle Versuche, in irgendeiner Form eine Gemeinsamkeit bei der Erreichung von Konsolidierungen zu finden. Aber damit muss man leben in der Demokratie und damit muss man leben in einem solchen Haus.

Meine Damen und Herren, der steirische Tourismus – und das ist schon mehrmals gesagt worden – ist österreichweit nicht umsonst deswegen an der Spitze, weil es viele sehr innovative Investitionen gegeben hat. Eine und für mich die innovativste Investition war der seinerzeitige, vor fast 30 Jahren erfolgte Entschluss, Loipersdorf zu errichten, ein Entschluss, der ja irgendwie auf einem Irrtum beruht hat. Die Erstzustellung des Schreibens der Rohölaktiengewinnungsgesellschaft erfolgte nämlich nicht an den Wirtschaftslandesrat, sondern an den damaligen für Tourismus zuständigen Landesrat Wegart, dem man meldete, „kein Öl, nur Wasser“. Er ist damals hingefahren und hat dann in der weiteren Folge damit auch die Vaterschaft ganz eindeutig geklärt, weil heute immer von unserer Therme gesprochen wird. Landesrat Wegart war damals mit Landesrat Klauser derjenige, der diese Thermenentwicklung so vorangetrieben hat.

Meine Damen und Herren, wenn heute die Gemeinden des Bezirkes Fürstenfeld und einige weitere diese Therme zu 100 Prozent vom Land erwerben, dann ist das ein gangbarer Weg und es ist ein guter Weg. Es ist kein gefahrloser Weg.

Heute wäre auch der Weg nicht gefahrlos, wenn die Therme im vollständigen Eigentum des Landes geblieben wäre, weil die Entwicklungen auf dem Tourismussektor auf allen Ebenen immer weiter gehen und die Bedingungen sich sehr rasch ändern. Es kann jeden Tag eine andere Entwicklung eintreten und es kann das, was man heute glaubt, dass es sich linear fortsetzen lässt, schon morgen anders sein.

Diese Therme Loipersdorf hat eine ganz hohe Umwegrentabilität erzielt. Es sind im Umfeld von Loipersdorf mehr als 1600 Arbeitsplätze indirekt und direkt von dieser Therme abhängig. Wir hoffen alle gemeinsam, dass die Gemeinden diese Verantwortung wahrnehmen. Es ist sehr klug, den Gemeinden zu sagen, sollte der Anteil des Besitzes der Gemeinden auf unter 55 Prozent absinken, dann ist dieser Anteil dem Land zu refundieren. Das ist eine Sperrklausel, die sehr gescheit ist, weil man ja nie voraussagen kann, wie sich die Dinge entwickeln.

Der Preis wurde angezweifelt. Es konnte aufgeklärt werden, dass ja mit dem Kauf der Therme Loipersdorf auch eine gewisse Übernahme von Verbindlichkeiten und eine Zusage für Investitionen in den nächsten Jahren verbunden ist. Daher kann man diesen Preis als gerechtfertigt ansehen. Die Grundstücke, die jetzt noch zu

erwerben sind, sind ja extra zu bezahlen. Dazu gibt es ja wieder ein Gutachten. Das heißt, bis jetzt ist nur das Objekt Therme Loipersdorf ohne Liegenschaften gekauft, ohne alle umliegenden Grundstücke. Das ist ja noch der weitere Schritt, der erfolgen wird.

Die Therme hat sich deswegen so gut entwickeln können, weil das Land als Eigentümer, als Mehrheits-eigentümer über einen langen Zeitraum hindurch einen Teil oder die gesamten Erträge im Betrieb gelassen hat. Und so ist Loipersdorf zu dem geworden, was es ist.

Heute muss man das natürlich neu überdenken. Selbstverständlich müssen die Gemeinden sich davon verabschieden, in den nächsten Jahren direkte Gewinne aus der Therme zu erzielen, weil sie erstens einmal die Rückzahlung tätigen müssen, die Investitionen und den laufenden Aufwand zu tragen haben. Das wird keine leichte Aufgabe sein. Deswegen werden die Gemeinden 45 Prozent dessen, was sie jetzt zu 100 Prozent erwerben, an Private weitergeben und werden Private hineinnehmen in die Therme und von ihnen Geld lukrieren, um diese Aufgaben erfüllen zu können.

Das Konzept ist ein gutes Konzept. Selbstverständlich gibt es andere Konzepte auch. Wir hoffen alle, dass das gut funktioniert. Es ist also nicht Pessimismus angebracht, sondern es ist realistischer Optimismus angebracht. Ich glaube, dass dieser Schritt letztendlich auch für das Land Steiermark zu einem guten Ende führen wird. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gennaro zwecks Entschließungsantrages.

Abg. Gennaro (18.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Grundsätzlich müsste man sicher etwas zum Kollegen Majcen sagen, aber wenn ich dem Präsidenten etwas verspreche und mein Wort gebe, so halte ich es auch.

Ich darf auf die Begründung unseres Entschließungsantrages verzichten und darf Sie nur mit dem Antrag konfrontieren.

Die sozialdemokratische Fraktion stellt den Unselbstständigen Entschließungsantrag zum Tagesordnungspunkt 24, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens Landesbeteiligungen und grundsätzlich jede Art von Landesvermögen (zum Beispiel den Verkauf von Darlehen im Bereich der Wohnbauförderung) nicht für Zwecke der Budgetsanierung und zur Erreichung der von der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung aufgezwungenen und nur mit Tricks erreichbaren Darstellung eines Budgetüberschusses zu veräußern, zweitens in Zukunft alle Anteile an Landesgesellschaften nur dann abzugeben, wenn gesichert ist, dass die Mehrheit an diesen Gesellschaften in öffentlicher Hand bleibt, drittens in Zukunft Anteile an Landesgesellschaften nur dann abzugeben, wenn ein zumindest zeitlich befristetes Verbot von mindestens fünf Jahren einer Weiterveräußerung in den Verkaufsverträgen verankert wird, viertens in Zukunft Anteile an Landesgesellschaften nur dann abzugeben, wenn eine Verpflichtung zur Durchführung von Investitionen für die Erwerber und Erwerberinnen für einen fixierten Zeitraum in den Verkaufsverträgen verankert wird, fünftens in Zukunft Anteile an Landesgesellschaften nur dann abzugeben, wenn in den Verkaufsverträgen ein Vorkaufs- und Rückkaufsrecht für das Land verankert wird, sechstens in Zukunft Anteile an Landesgesellschaften nur dann abzugeben, wenn die Erlöse aus dem Verkauf wieder der Region, in der die Gesellschaft verkauft wird, zugute kommen. Ich ersuche um Annahme. (18.30 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Hirschmann (18.30 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Kollege Flecker, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte das kurz aus meiner Perspektive zusammenfassend sagen, ich kann so ziemlich jeder Wortmeldung einiges abgewinnen, die heute hier, beginnend vom Kollegen Gennaro bis wieder endend beim Kollegen Majcen, gefallen ist. Ich muss sagen, ich bin überhaupt kein Ideologe, prinzipiell nicht und schon gar nicht in diesen Fragen. Die Landespolitik eignet sich auch gar nicht als Exerzierfeld für ideologische Aufmärsche. Ich sehe das ausschließlich pragmatisch und insofern kann ich dem, was von einigen der SPÖ-Abgeordneten vorgebracht wurde, durchaus viel abgewinnen, weil es im Übrigen auch die Meinung aller meiner Kollegen ist, wenngleich da oder dort andere Akzente gesetzt werden.

Also erstens, meine verehrten Damen und Herren, was in diesem Haus gesagt wird, ist die eine Sache, wie das Handeln vor Ort geschieht, das ist die andere. Ich glaube, wir treffen uns einmal 100-prozentig, meine verehrten Damen und Herren, und ich darf das parteiübergreifend sagen, dass wir als Zielvorstellung mit oder ohne Zurufe gesagt haben, es muss bei dieser Operation, aus welchen Gründen heraus immer sie jetzt gestartet werden muss, eine Stärkung der jeweiligen Region erfolgen, ob das am Präbichl ist, ob das in Loipersdorf ist, ob das auf der Reiteralm ist. Meine verehrten Damen und Herren, solange ich dieses Ressort führe, wird es bei der Linie der steirischen Volkspartei auch bleiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Damit ich auch das von mir her noch einmal unterstreichen darf, wie gesagt, ich habe das vorhin nicht despektierlich gemeint, was hier gesprochen wird, sondern okay, hier müssen Auseinandersetzungen geführt werden und hier wird manches unterschiedlich akzentuiert. Meine verehrten Damen und Herren, Herbert Paiert braucht keinen Verteidiger, aber vielleicht aus meiner Perspektive, aus meinen Ressortbereichen und weil ich

sehr viel mit dem Landesrat Ressel in all den Jahren, wo wir gemeinsam in der Regierung waren und miteinander zu tun gehabt haben, ich glaube, eines darf man auch parteiübergreifend sagen, allen ist uns klar, dass ja das Problem nicht das ist, dass kein Geld da wäre, wir haben die höchsten Budgets aller Zeiten überall, im Bund, in den Ländern. Und bitte, die Damen und Herren, die aus den Gemeinden kommen und selbst sogar Bürgermeister sind, wissen das. Das Problem ist ein anderes, die Ansprüche, die an die öffentliche Hand herangetragen werden, explodieren in einem Maße, dass man sagen muss, wir müssen irgendwo auf den Steuerzahler dann auch noch Rücksicht nehmen. Meine verehrten Damen und Herren, ich habe heute in drei oder vier Gesprächsrunden, bei einigen waren einige der Anwesenden dabei, Wünsche an meinen Ressortbereich herangetragen bekommen, die in die Milliarden gehen. Und da kriege ich jetzt ein ganz praktisches und pragmatisches Problem, lieber Kollege Schleich, weil du das gesagt hast, ich wünschte mir wirklich, dass wir für 542 weitere Gemeinden – oder ich nehme Graz weg, bleiben wir bei 541 Gemeinden – in den nächsten zehn Jahren die Hälfte von dem tun könnten, wie wir, Gott sei Dank, durch einstimmige Beschlüsse in der Landesregierung – und ich bin überzeugt davon, dass wir auch am nächsten Montag einen einstimmigen Beschluss fassen werden – für Gleichenberg tun. Nur, meine verehrten Damen und Herren, das müssen wir schon dazusagen, wir können das nicht. Und das ist jetzt ganz entkleidet jeglicher Ideologie, jeglicher Parteipolitik eine sehr ernsthafte Frage, wo ich jetzt bin, beim Punkt des Budgets. Wenn ich der Herbert Paieryl wäre, ich wäre da überhaupt nicht beleidigt, wenn zu mir einer sagen würde, das ist eine Mogelpackung. Mein Gott, das gehört zum Vokabular seit Jahrhunderten, ich nehme an, das wird es auch schon in vordemokratischen Zeiten gegeben haben. Faktum ist aber, meine verehrten Damen und Herren, dass wir am Grundwiderspruch dessen, was die öffentliche Hand leisten kann und was sie dann schlussendlich nicht mehr leisten kann, da kann man jetzt über ein paar Zehntel Prozentpunkte oder von mir aus über zwei, drei Prozentpunkte noch streiten, an dem schlichtweg nicht scheitern, sondern alle vor die gleiche Aufgabe gestellt werden. Herr Schröder muss bitte in Berlin grosso modo das Gleiche tun wie Herr Schüssel in Wien und Herr Jospin in Paris und Herr Blair in London, wenn er daheim ist. Also gut, wie auch immer. Meine verehrten Damen und Herren, das ist die Fragestellung, die querfeldein über die Parteifarben hinweg gültig ist.

Und wenn Sie es so wollen, in der Sache sehe ich das so, natürlich ist das ein bisschen eine ordnungspolitische Geschichte, die wir hier machen, es ist aber auch eine – Sie werden sagen Geldbeschaffung und ich habe nichts dagegen. Ja, selbstverständlich! Entschuldigung bitte, der Herbert Paieryl kann ja nicht irgendwo einen Hahn aufdrehen und sagen, da kommt jetzt Geld heraus. Sie kennen einen alten Spruch von mir, was ist des Politikers liebste Beschäftigung, auch wieder parteiübergreifend, das Geld anderer Leute auszugeben. Gilt also, wie gesagt, bitte nicht für Sozialdemokraten allein, damit Sie mich nicht missverstehen, sondern das ist ganz sicherlich eine parteiübergreifende Leidenschaft. Diesem Konflikt haben wir uns zu stellen und ich habe das beim Kollegen Schleich am Schluss herausgehört und der Kollege Voves hat mir das auch zugerufen, das sehen wir ganz gleich. Meine verehrten Damen und Herren, falls wir nicht das kambodschanische Modell diskutieren wollen – und das wollen, glaube ich, nicht einmal der Kollege Flecker und ich, obwohl wir am weitesten links stehen in dieser Steiermark –, muss man doch sagen, einerseits bitte ohne das private Engagement, gerade auch im Tourismus und überall – und du hast das selber auch gesagt – bitteschön wäre gar nichts. 95 Prozent der Erfolgsgeschichte des steirischen Tourismus kommt aus privatem Engagement von hunderten, tausenden Betrieben, die wir haben, die eine exzellente Arbeit machen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Aber – und da bin ich bei Ihnen – wenn wir nicht – und das ist auch mit euer Verdienst bitte, gar keine Frage – diese Initialzündungen mit der Holding gemacht hätten in den Schibereichen und dann zum Teil in den Thermenbereichen, dann sage ich nicht, dass nichts wäre, aber es wäre vieles nicht in dem Tempo und auch in dem Ausmaß gelungen. Auf das dürfen wir gemeinsam stolz sein, meine verehrten Damen und Herren, und das ist ja das Eigentliche, was als Ergebnis der letzten fünfzehn Jahre dahintersteckt. Aber kein Ding ohne Kehrseite der Medaille. Ich weiß nicht, Siegi, ob das du gesagt hast oder der Kollege Gennaro, bitte gar nichts persönlich und ich weiß, dass alle, die irgendwo in einem Betrieb arbeiten, im Regelfall immer ihr Bestes geben, aber wenn ich nach 15 Jahren Holding feststellen muss, dass die Holding bitte – und das ist kein weltweiter Konzern, der von Bangkok bis auf die Fidschiinseln agiert – nicht in der Lage ist, die steirischen Landesbetriebe, die 23, vernetzt zu vermarkten, dann brennen bei mir die Sicherungen durch und ich sage, Moment, da ist jetzt im operativen Teil des Geschehens wirklich Feuer am Dach, weil das darf ja nicht wahr sein. Und die Wahrheit war schon und das darf ich bitte auch sagen, bei aller Wertschätzung und Anstrengungen aller, dass sich da nämlich genau das, was Sie manchen anderen vorwerfen, folgende Mentalität da oder dort verschärft herausgebildet hat, wir, nämlich ihr, die Abgeordneten und wir, die Regierungsmitglieder stellen gewissen Unternehmungen sehr hohe Geldsummen zur Verfügung und da haben sich plötzlich so zehn, 15, 20 kleine Königreiche herausgebildet in unterschiedlicher Tüchtigkeit. Einige hervorragend, ich muss sagen, ich hoffe, dass das dann da und dort, wenn es einmal von anderen Leuten jemals geführt werden sollte, ähnlich gut läuft und da oder dort erbärmlich. Und weil da hinten einer sitzt, das ist der Herr Karl Schmidhofer, er hat mit einigen Kollegen den Kreischberg übernommen und, meine verehrten Damen und Herren, ich bin überzeugt davon, das wird in Hinkunft dort besser laufen. Ich sage es ganz so, wie ich mir das denke und wünsche. Bei ein paar anderen Betrieben sage ich dazu, hoffentlich läuft es auch in Zukunft so weiter, weil das hat am Schluss der Franzi Majcen auch richtig gesagt, bitte ohne Risiko sind diese Operationen nicht. Aber worauf es mir in allen Fällen ankam und auch in Zukunft ankommen wird – und wir haben stundenlange Gespräche mit den Loipersdorfern geführt und vor allem mein Dr. Schnabl, der da hinten oben sitzt, wochen- und monatelang das Gleiche erfreulicherweise mit dem Bürgermeister von Trofaiach, Entschuldigung Vordernberg, das Gleiche mit den Kollegen von der Reiteralm und mit einigen anderen auch inzwischen und wir waren uns immer ganz im Klaren, das wird jetzt sozusagen in eine Verantwortung der Region übergeben, aber – und das wünsche ich mir schon, das sage ich dazu und das wird auch überall so sein –, dass dort die regionale Wirtschaft in Zukunft noch stärker mit eingebunden wird.

Meine verehrten Damen und Herren, das, was für den Siegi Wolf, wie es richtigerweise der Kollege Schleich gesagt hat, gilt, wird für die dutzenden anderen, die sich in Loipersdorf beteiligen, auch gelten, dass wir ihnen mit Dankbarkeit sagen dürfen, Leutln, danke schön, dass ihr euch da engagiert in diesen Dingen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin überzeugt davon, dass wir hier mit einer besten Zielabsicht all dieser Leute, aber auch mit einer besten Umsetzung in der Führung der Betriebe in den nächsten Jahren rechnen dürfen.

Die eine Kleinigkeit wurde eh schon vom Sepp Straßberger angemerkt, bitte, es gibt überall eine Investitionsverpflichtung für die Dinge, die wir im Moment übertragen haben.

Lassen Sie mich abschließend, meine verehrten Damen und Herren, noch Folgendes sagen: Eine kleine Differenz hätten wir dort, wo im Entschließungsantrag drinnen steht, die Erlöse, die herauskommen. Und das muss man auch sagen, bitte, es wird von diesem Bereich – und das war von Anfang an zwischen mir und dem Kollegen Paierl ausgemacht – jeder Schilling wieder in neue touristische Projekte eingesetzt. Also nicht zur Budgetsanierung, obwohl bitte, auch um der Wahrheit und der Reinheit der Diktion willen, Budgetsanierung ist ja nichts ganz Unkeusches, also das ist durchaus etwas, was man von der Wertigkeit her positiv betrachten dürfte. Aber in diesem Falle wird das alles reinvestiert. Und die kleine Differenz hätte ich schon, im Sinne dessen, was ich vorher dem Herrn Kollegen Schleich gesagt habe. Leutl, natürlich sind wir hier bei diesen durchaus schwerpunktmäßigen Investitionen, die das Land getätigt hat, in einem gewissen Sinn nicht nur ein bisschen ins Kreuzfeuer mit den Privaten gekommen, sondern auch mit den Regionen.

Ich sage Ihnen Folgendes: Es ist jedenfalls meine Absicht, in dieser Legislaturperiode zumindest schrittweise auch für ein paar andere Regionen etwas zu machen und vor allem für echt benachteiligte Regionen etwas zu machen. Ich nenne das obere Feistritztal. Ich nenne die Mariazeller Gegend. Ich nenne Teile von Murau, einfach Gegenden, die sich viel schwerer tun als in den verkehrstechnisch leichter erreichbaren Regionen. Und bitte noch einmal insofern, ich habe gar nichts dagegen, wenn jemand sagt, das ist auch eine Geldbeschaffungsaktion. Na selbstverständlich und no na net. Das Geld hätten wir sonst nicht. Im Sinne der Gerechtigkeit, sage ich, werden wir hoffentlich auch in einem breiten Konsens, was mit dem Erlös der Mittel geschieht, durchaus gemeinsame Wege gehen. Das Projekt, nehmen wir es her zum Beispiel, in Köflach könnten wir überhaupt nicht finanzieren, wenn wir diese Erlöse nicht hätten. Da bitte ich den Kollegen Majcen und die Kollegen dort in der Region um Verständnis, dass wir das Geld, das wir von und über Loipersdorf erhalten, durchaus auch in andere Regionen geben können.

Lassen Sie mich bitte ein Allerletztes dazusagen zu einer doch für mich sehr erfreulichen Entwicklung. Bis jetzt war es natürlich da oder dort möglich, wenn man ordentlich angepresst hat und wenn man eine ordentliche Lobby gehabt hat, einiges zu machen, nämlich im Sinne, dass man gesagt hat, okay, da steigt das Land ganz tief hinein und da finanzieren wir 50, 80 oder gar 100 Prozent. Siehe da, meine sehr verehrten Damen und Herren, und das ist für mich sehr erfreulich, wenn wir rund eine Milliarde oder 800 Millionen erlösen jetzt – mit Verlaub, es sind keine Privatisierungen, da müssen wir auch in der Diktion ganz klar bleiben, es sind Regionalisierungen, wenn man so will – und wir bei unserem Förderungssystem bleiben in Zukunft, grosso modo 20 Prozent, bitte, heißt das, dass wir in den nächsten Jahren, und das ist nicht mein Verdienst, das ist, wenn man so will, unser aller Verdienst, aber vor allem das Verdienst derer, die sich jetzt anstellen, ein Investment allein für touristische Bereiche von 3 bis 5 Milliarden Schilling erhalten für die Steiermark. Und das ist Weltrekord, das hat es nie vorher gegeben. Das gibt es auch in keinem anderen Bundesland. Ich glaube, das soll uns gemeinsam stolz machen.

Plötzlich, auf einmal geht es überall mit 20 Prozent auch. Also – ich habe es Ihnen gesagt und Sie wissen das auch – wir haben an die zehn bis 15 Thermenprojekte, allein Thermenprojekte, am Tisch liegen, die alle sagen, wir brauchen nur 20 Prozent, das machen wir. Meine verehrten Damen und Herren, unsere Aufgabe wird sein, dass wir gemeinsam klug aussuchen werden müssen aus diesen Projekten, welches wir überhaupt noch mitfinanzieren, weil es für mich persönlich unvorstellbar ist, dass wir auch nur weitere fünf oder sechs Thermen in dieser Periode umsetzen, weil wir werden uns ja nicht selber unsere Marktpolitik zunichte machen.

Aber trotzdem, wie gesagt, ich wollte das, meine verehrten Damen und Herren, noch abschließend hinzufügen, das ist schon eine erfreuliche Geschichte. Ich unterstreiche noch einmal, ohne dieses große Engagement des Landes in den Schibereichen und in den Thermen würden wir heute nicht so gut dastehen. Das hat aber jetzt das Erfreuliche und da kann man den Spieß ein bisschen umdrehen, dass plötzlich viele – es gibt Scharlatane dabei auch – ernst zu nehmende Investoren da sind, die sagen, jawohl, wir möchten gerne etwas machen, uns –reichen die 20 Prozent, aber die hätten wir natürlich schon gerne.

Meine verehrten Damen und Herren, ich danke allen, die heute hier mitstimmen. Ich glaube, das Ergebnis, das konkrete Ergebnis dieser heutigen Abstimmung zeigt ja letztlich, dass viel mehr Konsens in der Sache vorhanden ist, als der Dissens in der Sprache hier am Rednerpult vermuten ließe. In diesem Sinne bin ich überzeugt davon, dass wir einen guten Weg gehen. Ich darf dem Kollegen Voves und den Kollegen in der Regierung, aber auch vor allem den Damen und Herren Abgeordneten von der SPÖ sagen, ich werde es euch sehr schwer machen, auch nur bei einer einzigen Entscheidung in diesem Zusammenhang nicht mitzugehen. Ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 18.47 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir zu diesen Tagesordnungspunkten 24 bis 28 nicht vor.

Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 795/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, betreffend den Verkauf von Landesanteilen an 23 Gesellschaften auf Basis von Bewertungsgutachten und die Verwendung der erlösten Mittel für touristische Infrastrukturinvestitionen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 794/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 793/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 803/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 408/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

29. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 800/1, betreffend Johann-Joseph-Fux-Konservatorium des Landes Steiermark in Graz, Mietkauf von 1190 Quadratmeter Nutzfläche im Bürogebäude Graz, Entenplatz 3 bis 5 laut Immobilienleasing-Mietvertrag und Andienungsrecht; monatlicher Aufwand ab April 2002 von brutto 254.154,01 Schilling = 18.470,09 Euro (erstes bis zehntes Jahr) beziehungsweise 226.372,61 Schilling = 16.451,14 Euro (elftes bis zwanzigstes Jahr).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (18.50 Uhr): Danke, Herr Präsident. Sehr geehrte Landesräte!

Ich stelle den Antrag zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 17. Dezember 2001.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen und der Abschluss des beiliegenden Immobilienleasingmietvertrages mit der Firma Immorent Immobilienleasing Gesellschaft m.b.H., Windmühlgasse 22 bis 24, 1060 Wien sowie des darauf Bezug nehmenden Vertrages über das Andienungsrecht wird genehmigt. Zur Bedeckung der während der Laufzeit fällig werdenden Leasingraten werden jährlich Mittel aus der für Baumaßnahmen zweckgebundenen Rücklage der Landesrundfunkabgabe herangezogen. Ich bitte um Annahme. (18.51 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Werte Damen und Herren, wenn Sie diesem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

30. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 412/1, der Abgeordneten Kröpfl, Gross und Kolleger, betreffend Unterstützung des Vereines der Steirischen Eisenbahnfreunde zur Erhaltung der Dampflokomotive 671.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Walter Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (18.52 Uhr): Zu unserem Antrag mit der Einl.-Zahl 412/1 liegt ein Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Infrastruktur vor. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 11. September 2001 und 9. April 2002 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Darin wird Folgendes berichtet:

Das Tourismusbudget im Landesvoranschlag 2001/2002 musste im Bereich der touristischen Infrastrukturförderungsmittel erhebliche Kürzungen hinnehmen. Für die nötigen Erhaltungsmaßnahmen der Dampflokomotive 671 sind keine Mittel im Landesvoranschlag verfügbar. Eine finanzielle Unterstützung des Vereines der Steirischen Eisenbahnfreunde kann deshalb nicht erfolgen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 412/1, der Abgeordneten Kröpfl, Gross und Kollegger, betreffend Unterstützung des Vereines der Steirischen Eisenbahnfreunde zur Erhaltung der Dampflokomotive 671, wird zur Kenntnis genommen. (18.52 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung liegt vor. Herr Abgeordneter Kröpfl, Sie sind am Wort bitte.

Abg. Kröpfl (18.52 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, verehrte Damen und Herren!

Es tut mir wirklich Leid, dass für die Dampflokomotive 671 aus dem Tourismusbudget keine Mittel zur Verfügung stehen. Ich denke nämlich, dass diese Dampflokomotive gerade im Bezug auf die bevorstehende Landesausstellung in der Weststeiermark sehr gut eingesetzt werden könnte und es ein Kulturjuwel in der Steiermark wäre, wenn man diese Dampflokomotive erhalten könnte. Leider – wie gesagt – scheint es im Tourismusbudget dafür keine Mittel zu geben.

Herr Landeshauptmann Schöggl hat in der Ausschusssitzung zugesagt, dass er vielleicht aus seinem Ressort ein paar Mittel zur Verfügung stellen könnte. Verehrte Damen und Herren, ich glaube, es wäre schade, wenn dieses Kulturjuwel verrotten müsste und wir nicht die nötigen Mittel aufbringen könnten, damit dieser Kessel neu gestaltet werden kann beziehungsweise diese Anforderung, die man heute an diese Maschine stellt, wieder voll umsetzen kann.

Vielleicht gibt es noch eine Möglichkeit, dass vom Land doch noch Mittel dazu fließen könnten. Wir müssen jedoch, Herr Landesrat, diesen Schriftlichen Bericht ablehnen, weil diese Stellungnahme für uns nicht ganz schlüssig ist. Ein paar Schilling für die Erhaltung einer so wertvollen Lokomotive wären, glaube ich, sicherlich möglich gewesen. (18.54 Uhr.)

Präsident: Herr Landesrat, bitte dazu.

Landesrat Dr. Hirschmann (18.54 Uhr): Herr Abgeordneter Kröpfl!

Also, da sind wir jetzt gerade bei diesem Punkt, wo wir vorher waren. In die Region bei euch draußen werden im nächsten Jahr über die Landesausstellung, über die Investitionen von Piber, über die Therme in Köflach, über Sportanlagen, über eine Freizeitanlage in Piberstein – ich darf das kurz summarisch zum Neid aller sagen – so viele Mittel nur aus meinem Ressortbereich fließen, wie in keine andere Region. Und das hat gute Gründe, damit das auch gleich in diesem Zusammenhang geklärt ist, weil ich zum Beispiel glaube, dass wir mit Piber weltweit einen der ganz großen Markenartikel Österreichs haben, den wir bis jetzt überhaupt nicht zu nutzen imstande waren. Bitte, zu dem bekenne ich mich schon und da bitte ich, Herr Kollege Kröpfl, dann schon um eine gewisse Fairness. Ich sage zu niemandem etwas, der dann dort hingeht, wachelt und sagt, für das hat der Hirschmann kein Geld oder was weiß ich. Erstens habe ich gesagt, ist es nicht mein Geld und zweitens sage ich auch offen, aus prinzipiellen Gründen, irgendwo auch eine Schwerpunktsetzung, weil das wollen wir ja auch. Und bitte, wenn man dann sagt, okay, für dieses oder jenes Projekt gibt es eben jetzt kein Geld, erwarte ich mir keinen Jubel, keinen Dank, aber ein bisschen Verständnis. Da muss ich schon sagen, nicht böse sein, das ist eine tolle Geschichte, klass, super. Solche habe ich 4000, 5000 unterschiedliche Projekte in der Steiermark, die mit dem gleichen Recht kommen könnten und sagen könnten, bitte, da habe ich etwas Wertvolles, das muss diesem Zweck zugeführt werden. Bitte, das ist unbewältigbar! Noch einmal, ich habe Verständnis, wenn Sie keine Freude haben und die Betreiber dort keine Freude haben, ich bitte aber nur hier auch klarstellen zu dürfen, dass das Projekt in einer Region beheimatet ist, die in den nächsten Jahren einige 100 Millionen Schilling an Förderungsmitteln bitte durch Ihre Beschlüsse, meine verehrten Damen und Herren, bekommen wird und ausgerüstet wird wie keine andere Region der Steiermark! (Beifall bei der ÖVP. – 18.57 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor und wir kommen zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Damit kommen wir zum Tagesordnungspunkt

31. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über den Antrag, Einl.-Zahl 626/1, der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl, betreffend „Teach-The-Teacher“ – Qualifizierungsoffensive für LehrerInnen im berufsbildenden Schulwesen im Bereich Informatik.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (18.57 Uhr): Herr Präsident!

Der Ausschuss für Generationen und Bildung hat in seinen Sitzungen am 4. Dezember 2001 und 9. April 2002 über folgenden Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Antrag, Einl.-Zahl 626/1 der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl, betreffend „Teach the Teacher“ – Qualifizierungsoffensive für Lehrer und Lehrerinnen im berufsbildenden Schulwesen im Bereich Informatik, hat die Landesregierung vorliegende positive Stellungnahme abgegeben, die Sie sicherlich alle gelesen haben.

Der Ausschuss für Bildung und Generationen stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Generationen, Bildung zum obigen Antrag der Abgeordneten Lafer, Dietrich und Ferstl wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (18.58 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu Tagesordnungspunkt 31 liegt nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

32. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 801/1, betreffend die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Jahr 2002 (zweiter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (18.59 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung einer überplanmäßigen Ausgabe für das Jahr 2002 (zweiter Bericht für das Rechnungsjahr 2002).

In diesem Sinne wird nunmehr berichtet, dass am 11. Februar 2002 eine dringende und im öffentlichen Interesse gelegene überplanmäßige Ausgabe von 29.069,13 Euro bei der Voranschlagsstelle 1/208017-2565 „Pensionen der Landeslehrer, Pensionsvorschüsse“ beschlossen wurde. Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt, Ausgabenersparungen Voranschlagsstelle 1/210007-2461 „Lehrer an öffentlichen allgemein bildenden Pflichtschulen, Bezugsvorschüsse für Wohnbauzwecke“ 29.069,13 Euro.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 4. März 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der zweite Bericht für das Rechnungsjahr 2002 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der Vorlage angeführten überplanmäßigen Ausgabe in der Höhe von 29.069,13 Euro wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (19.00 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung, eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt 32 liegt nicht vor.

Verehrte Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Damit kommen wir zu Punkt

33. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 805/1, betreffend den Erwerb von Landesmietwohnungen durch darin wohnende Landesbedienstete.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Benedikt Bittmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bittmann (19.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Landesräte!

Auf Grund der seinerzeitigen Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Juni 1992 und des Steiermärkischen Landtages vom 1. März 1994 wurden bisher insgesamt 102 Landeswohnungen verkauft beziehungsweise der Abverkauf in die Wege geleitet.

Im Jahre 2001 wurden die Verkäufe von einer Altbauwohnung, fünf Baurechtswohnungen und einer Eigentumswohnung in zwei Wohnanlagen und in einem Einzelobjekt durchgeführt beziehungsweise vorbereitet.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 11. Februar 2002 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Abverkauf von sieben Wohnungen an die Mieter entsprechend den Grundsätzen des Beschlusses des Steiermärkischen Landtages vom 23. Jänner 2001 wird genehmigend zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.00 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wortmeldungen gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt keine. Ich komme zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Dazu kommen wir zu Tagesordnungspunkt

34. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Nach Paragraf 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettels vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in die Landtags-Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Ausschuss für Verfassung und Verwaltungsreform

als Mitglied anstelle von Landtagsabgeordneter Dr. Magda Bleckmann Landtagsabgeordneter Georg Ferstl.

Ausschuss für Notsituationen

als Mitglied anstelle von Landtagsabgeordneter Dr. Magda Bleckmann Landtagsabgeordneter Georg Ferstl.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 19.03 Uhr.)

